

Verfassungsschutzbericht

2005

Freistaat Thüringen

Pressefassung



Verfassungsschutzbericht

Freistaat Thüringen

2005

Pressefassung

Inhaltsverzeichnis

I.	EINIGE INFORMATIONEN ZUM VERFASSUNGSSCHUTZ.....	7
1.	Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie	7
2.	Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)	7
3.	Verfassungsschutz durch Aufklärung.....	9
II.	RECHTSEXTREMISMUS	10
1.	Überblick	10
2.	Ideologischer Hintergrund.....	12
3.	Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	13
3.1	Entstehung der Subkultur der Skinheads und deren Ideologie.....	13
3.2	Strömungen und Strukturen der Skinheadszenen.....	14
3.3	Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen	16
3.4	Rechtsextremistische Musik.....	17
3.5	Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen.....	18
3.6	Skinheadkonzerte	20
3.7	Lieder- und Balladenabende/Auftritte von rechtsextremistischen Liedermachern.....	24
3.8	Rechtsextremistische Produktions- und Vertriebsstrukturen.....	24
3.9	Rechtsextremistische Fanzines.....	27
4.	Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)	27
4.1	Ideologischer Hintergrund.....	27
4.2	Organisationsformen der Neonaziszene im Allgemeinen	28
4.3	Personenpotenzial und Ausdrucksformen des Neonazismus in Thüringen.....	30
4.3.1	Personenpotenzial.....	30
4.3.2	Das Verhältnis zwischen Thüringer Neonaziszene und NPD.....	30
4.3.3	Internet/Publikationen	31
4.4	Organisationsformen der Neonaziszene in Thüringen	32
4.4.1	Kameradschaften	32
4.4.2	Vereine	35
4.4.3	Sonstige	37
4.5	Aktivitäten der Neonaziszene.....	38
4.6	Exkurs: Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten	44
5.	Rechtsextremistische Parteien	47
5.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	47
5.1.1	Der Bundesverband der NPD	47
5.1.2	Der Thüringer Landesverband der NPD.....	52
5.1.3	„Junge Nationaldemokraten“ (JN).....	59
5.2	„Deutsche Volksunion“ (DVU).....	60
5.2.1	Der Bundesverband der DVU.....	60
5.2.2	Der Thüringer Landesverband der DVU	62
5.3	„Die Republikaner“ (REP)	63
5.3.1	Der Bundesverband der „Republikaner“	63
5.3.2	Der Thüringer Landesverband der „Republikaner“	64
5.4	„Deutsche Partei“ (DP)	65
5.4.1	Der Bundesverband der DP	67
5.4.2	Der Thüringer Landesverband der DP.....	67
5.5	Exkurs: Rechtsextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl.....	67

6.	Sonstige Gruppierungen.....	69
6.1	„Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesengemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (Artgemeinschaft)	69
6.2	„Intellektueller“ Rechtsextremismus.....	69
6.3	„Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) – Der Bismarck Deutsche“	70
6.4	Revisionistische Seminarveranstaltungen von Horst MAHLER.....	71
7.	Politisch motivierte Kriminalität – Rechts – im Überblick	71
III.	LINKSEXTREMISMUS	73
1.	Überblick	73
2.	Ideologischer Hintergrund.....	74
3.	Marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen	74
3.1	„Kommunistische Plattform“ (KPF) der „Linkspartei.PDS“	74
3.2	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).....	77
3.2.1	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ).....	79
3.3	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD).....	80
3.4	„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD/Ost)	81
3.5	DKP, KPF und KPD Thüringen aktualisieren ihre „Gemeinsame Erklärung“	85
3.6	Exkurs: Linksextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl	85
3.7	„Roter Tisch Ostthüringen“	88
3.8	„Rote Hilfe e.V.“ (RH).....	89
4.	Autonome.....	89
4.1	Allgemeines.....	89
4.2	Bundesweite Aktionen	91
4.3	Die autonome Szene in Thüringen	95
4.4	Aktionen und Aktivitäten von Autonomen in Thüringen.....	97
5.	Terroristische Gruppierungen.....	107
6.	Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick.....	107
IV.	AUSLÄNDEREXTREMISMUS.....	108
1.	Allgemeines.....	108
2.	Islamismus	109
2.1	Islamismus in Thüringen.....	111
3.	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) – jetzt „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)	113
3.1	Strategiewechsel und Umbenennungen.....	113
3.2	Aufkündigung des Waffenstillstands	114
3.3	Organisatorische und finanzielle Situation.....	114
3.4	Propagandamittel.....	115
3.5	Der KONGRA-GEL in Thüringen	115
V.	SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO).....	117
1.	Gesetzliche Grundlagen zur Beobachtung der Scientology-Organisation	117
2.	Scientology in Thüringen.....	117

VI. EREIGNISKALENDER EXTREMISTISCHER BESTREBUNGEN IN THÜRINGEN.....	119
VII. ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (OK)	124
1. Aufgaben des Verfassungsschutzes	124
2. Aktuelle Beobachtungsschwerpunkte	124
3. Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	126
4. Zusammenarbeit mit anderen Behörden	126
5. Fazit.....	127
VIII. SPIONAGEABWEHR	128
1. Überblick	128
2. Proliferation	128
3. Wirtschaftsspionage.....	129
4. Ausblick	130
5. Frühere, fortwirkende unbekannte Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR.....	131
IX. GEHEIMSCHUTZ.....	132
1. Allgemeines.....	132
2. Personeller Geheimschutz	132
3. Materieller Geheimschutz	133
4. Sonstige Überprüfungen.....	134

I. Einige Informationen zum Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie

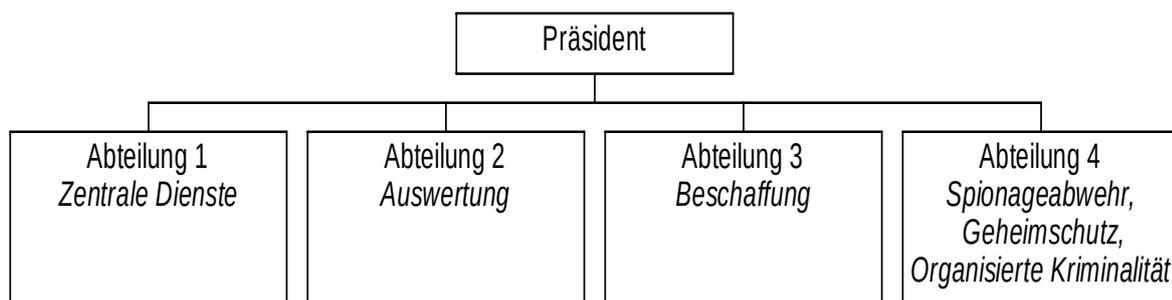
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaats Thüringen garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Freiheit. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung ist es die Aufgabe der Gesellschaft, denjenigen Kräften entgegenzuwirken, die die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Das Grundgesetz legt folglich nicht nur die Prinzipien des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats fest; es trifft auch Vorkehrungen zu seinem Schutz.

Die streitbare Demokratie beschreitet – notwendigerweise – einen schwierigen Weg, indem sie auch gegenüber ihren Gegnern grundsätzlich Toleranz übt. Denn auch Personen, Vereinen und Parteien, die den demokratischen Staat beseitigen wollen, stehen die Freiheitsrechte – wie zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht – zu. Jedoch liefert sich die streitbare Demokratie solchen Bestrebungen nicht tatenlos aus. So ist beispielsweise nach den Artikeln 9 und 21 des Grundgesetzes das Verbot verfassungswidriger Parteien und Vereine oder nach Artikel 18 die Aberkennung von Grundrechten möglich. Der Bund und die Länder unterhalten Verfassungsschutzbehörden, um die notwendigen Informationen über Verfassungsfeinde zu erlangen. Im Freistaat Thüringen ist die Verfassungsschutzbehörde als Landesoberbehörde 1991 errichtet worden.

2. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)

Aufbau und Organisation des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz

Das TLfV verfügte im Haushaltsjahr 2005 über 99 Stellen und Planstellen. Für die Erledigung seiner Aufgaben waren ihm durch Haushaltsgesetz Mittel in Höhe von 5.834.550 € zugewiesen. Das Amt ist wie folgt strukturiert:



Die Fachaufsicht über das Landesamt führt das Thüringer Innenministerium, Referat „Verfassungsschutz, Geheimschutz“.

Abteilung „Zentrale Dienste“

Die Abteilung „Zentrale Dienste“ ist für den inneren Dienstbetrieb und für fachübergreifende Aufgaben des Amtes zuständig. Sie umfasst die Bereiche Grundsatz- und Rechtsfragen, Verfahren der Post- und Telekommunikationsüberwachung (G10), Personal, Haushalt und Innerer Dienst, EDV und Registratur, Öffentlichkeitsarbeit und Berichtswesen. Von den nach au-

ßen wirksamen Aktivitäten dieser Abteilung sind die Organisation und Durchführung von Vorträgen, die Beantwortung von Bürgeranfragen und die Herausgabe periodischer Berichte hervorzuheben. Im Jahre 2005 hielten Mitarbeiter des TLfV etwa 40 Vorträge, die die verschiedenen Beobachtungsbereiche des Verfassungsschutzes betrafen. Sie richteten sich vorrangig an Multiplikatoren aus Politik, politischer Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch an Lehrer, in der Jugend- und Sozialarbeit Tätige sowie an die Vertreter unterschiedlichster Thüringer Verbände und gesellschaftlicher Interessengruppen.

Seine periodische Berichterstattung versteht das TLfV als Serviceangebot gegenüber der Öffentlichkeit und den Fachbehörden, insbesondere solchen, die Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrnehmen.

Abteilung „Auswertung“

Die Abteilung „Auswertung“ erhält von der Abteilung „Beschaffung“ Informationen zu den Aufgabenfeldern Links-, Rechts- und Ausländerextremismus. Sie lenkt diesen Informationsfluss, führt die Erkenntnisse mit anderen Informationen, etwa aus offen zugänglichen Informationsquellen, zusammen und wertet sie aus.

Abteilung „Beschaffung“

Die Abteilung „Beschaffung“ hat die Aufgabe, durch Ermittlungen und den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln (z.B. Observationen, Führen von sog. Vertrauensleuten) die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags erforderlichen Informationen zu beschaffen.

Abteilung „Spionageabwehr, Geheimschutz, Organisierte Kriminalität“

Dieser Abteilung obliegt es, die unerlaubte Tätigkeit fremder und ehemaliger, aber fortwirkender Nachrichtendienste im Freistaat aufzuklären. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, Informationen über Bestrebungen der Organisierten Kriminalität in Thüringen zu sammeln und auszuwerten.

Im Bereich des personellen und materiellen Geheimschutzes werden Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind, unterstützt. Sie werden beraten, wie Verschlusssachen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Kontakt

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 450 121

99051 Erfurt

Telefon: (03 61) 44 06-0

Telefax: (03 61) 44 06-251

Internet: www.verfassungsschutz.thueringen.de

E-Mail: kontakt@tlfv.thueringen.de

Thüringer Innenministerium

Referat 26

Steigerstraße 24

99096 Erfurt

Telefon: (03 61) 37-93 900

Telefax: (03 61) 37-93 111

3. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann nicht allein von staatlichen Behörden geschützt werden. Hierzu bedarf es auch der Mithilfe aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfordert eine umfangreiche Aufklärung über die Gefahren, die durch den politischen Extremismus drohen. Information und Aufklärung sind für den Bürger erforderlich, um die wahren Absichten extremistischer Bestrebungen durchschauen zu können.

Es liegt im Interesse eines jeden Einzelnen, dass diejenigen, die politische Verantwortung tragen, durch die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes rechtzeitig in die Lage versetzt werden, verfassungsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und zu bekämpfen.

Die Tätigkeit des TLFV stellt sicher, dass Regierung und Parlament, aber auch die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Organisationen und Bestrebungen informiert werden. Im Freistaat Thüringen wird die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes sowohl vom Thüringer Innenministerium als auch vom TLFV wahrgenommen.

Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Innenministeriums und des TLFV ist die Information der Bürgerinnen und Bürger durch den jährlichen Verfassungsschutzbericht.

Der Verfassungsschutzbericht wird an Behörden, Institutionen, Schulen und interessierte Bürgerinnen und Bürger auf Anforderung kostenlos versandt. Er kann auch im Internet unter „www.verfassungsschutz.thueringen.de“ abgerufen werden.

II. Rechtsextremismus

1. Überblick

Das rechtsextremistische Spektrum setzt sich in Deutschland aus dem legalistischen und dem völkisch-revolutionären Flügel, der sich als „Nationaler Widerstand“ bezeichnet, zusammen. Die legalistische Auszweigung schließt die Partei „Die Republikaner“ (REP) und die „Deutsche Volksunion“ (DVU) ein. Beide Parteien bekennen sich zwar oberflächlich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, verbreiten jedoch Ansichten, die den Prinzipien des Grundgesetzes zuwiderlaufen und sich an rechtsextremistischen Denkmustern orientieren. Der völkisch-revolutionäre Flügel schließt die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ebenso ein wie die Neonazis und die Skinheads. Mit dem 2004 entworfenen Konzept, das rechtsextremistische Lager in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen, verfolgt die NPD die Strategie, die ideologisch und taktisch fundierten Unterschiede zwischen den beiden Flügeln zu überdecken, um die Zersplitterung des rechtsextremistischen Spektrums zu überwinden, sich als führende Kraft auf der äußersten Rechten zu etablieren und geht gegen das politische System der Bundesrepublik vorzugehen.

Während der „legalistische“ Rechtsextremismus seit Jahren an Mitgliedern verliert, gewann der von der NPD, den Neonazis und den Skinheads gebildete Flügel insbesondere seit 2004 an Mitgliedern und Sympathisanten hinzu und weitete seine Aktivitäten aus. Im Einzelnen stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:

Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Die Anzahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten belief sich bundesweit auf etwa 10.400 Personen (2004: 10.000). Von ihnen gehen die meisten der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten aus. Dieses Spektrum setzt sich überwiegend aus Skinheads zusammen, die ihre Aktivitäten im Vergleich zum Vorjahr stark ausgeweitet haben. Die Anzahl der Skinheadkonzerte, die bundesweit veranstaltet wurden, stieg von 137 im Jahr 2004 auf 193 im Berichtszeitraum an; 26 von ihnen wurden aufgelöst.

In Thüringen erhöhte sich die Zahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten von ca. 500 im Jahr 2004 auf etwa 530 im Berichtszeitraum. Zu ihnen zählen etwa 440 Skinheads (2004: 410). Die Zahl der Skinheadkonzerte, die 2005 im Freistaat durchgeführt wurden, nahm von 12 im Jahr 2004 zwar deutlich auf 19 im Berichtszeitraum zu; neun von ihnen konnten jedoch von der Polizei aufgelöst werden. Sechs weitere Skinheadkonzerte wurden von der Polizei im Vorfeld verhindert. Dank einer verstärkten Vorfeldaufklärung und intensiven Zusammenarbeit gelang es den Thüringer Sicherheitsbehörden somit, den erheblich forcierten Anstrengungen der Szene, Skinheadkonzerte zu veranstalten, erfolgreich zu begegnen. Da 15 von 25 geplanten Skinheadkonzerten entweder im Vorfeld verhindert oder aufgelöst werden konnten, ging die Zahl der Konzerte, die vollständig veranstaltet wurden, von 12 im Jahr 2004 auf 10 im Berichtszeitraum zurück. Thüringen war 2005 das Bundesland, in dem die meisten rechtsextremistischen Konzerte verhindert bzw. aufgelöst werden konnten. Die Anzahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte hat hingegen in Thüringen zugenommen.¹

¹ Siehe S. 71f.

Neonazismus

Die Anzahl der bundesweit aktiven Neonazis stieg 2005 auf ca. 4.100 an, nachdem sie im Jahr zuvor noch etwa 3.800 betragen hatte. In Thüringen schloss das neonazistische Spektrum etwa 230 Personen ein; somit ging deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 zurück. Diese Entwicklung ist u.a. darauf zurückzuführen, dass Neonazis in die NPD eintraten und sich nun vorwiegend dort betätigten.

Neonazis agieren in unterschiedlichen Organisationen und Gruppierungen. Im Berichtszeitraum haben sich die Verflechtungen zwischen ihnen, der NPD und den rechtsextremistischen Skinheads weiter vertieft. Vielerorts haben sich so genannte „Mischszenen“ herausgebildet, die sich aus jungen, aktionsorientierten Rechtsextremisten zusammensetzen. Einzelne Personen können deshalb bestimmten Bereichen des „Nationalen Widerstands“ kaum noch zugeordnet werden. Fast alle führenden Thüringer Neonazis gehören inzwischen der NPD an. Neonazis beteiligten sich an zahlreichen Demonstrationen, die sich – wie im Jahr 2004 – vor allem gegen die Sozial- und Arbeitsmarktreformen richteten. Lokale Aktionsschwerpunkte der Neonazis bildeten 2005 die Städte Eisenach, Weimar und Altenburg.

Rechtsextremistische Parteien

Bundesweit war von allen rechtsextremistischen Parteien allein die NPD imstande, ihre Mitgliederzahl zu steigern. Im Berichtszeitraum gehörten ihr 6.000 Personen an, was einem Zuwachs von 700 Personen gegenüber dem Vorjahr entspricht. Konsequenterweise verfolgte die NPD ihre 2004 eingeleitete Strategie weiter, möglichst alle Auszweigungen der äußersten Rechten in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen, um so die Zersplitterung des rechtsextremistischen Lagers zu überwinden und alle „nationalen Kräfte“ zu konzentrieren.

Die Mitgliederzahl des Landesverbands Thüringen der NPD stieg von ca. 180 im Jahr 2004 auf etwa 240 im Berichtszeitraum erheblich an, da der Partei vor allem Neonazis und andere aktionsorientierte Rechtsextremisten beitraten. Die NPD gewann in Thüringen nicht nur an Mitgliedern hinzu. Sie baute auch ihre Strukturen aus und entfaltete wesentlich mehr Aktivitäten als 2004. Die Partei intensivierte insbesondere den „Kampf um die Straße“, indem sie die Zahl der von ihr in Thüringen angemeldeten Demonstrationen von 6 im Jahr 2004 auf 12 verdoppelte.

Mit dem „Fest der Völker“ am 11. Juni in Jena und dem „Friedensfest“ am 9. Juli in Gera veranstaltete die NPD diejenigen Demonstrationen des rechtsextremistischen Spektrums, die mit ca. 500 bzw. 700-750 Personen die meisten Teilnehmer anzogen. Sie konnte eine vergleichsweise hohe Anzahl von Personen für diese Veranstaltungen gewinnen, weil sie rechtsextremistische Musik als Medium einsetzte. Bei den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag verfehlte die NPD ihr Ziel deutlich, in das Parlament einzuziehen. Ihr gelangen jedoch insbesondere in den neuen Bundesländern, wo sie Stimmen hinzugewann, Achtungserfolge. In Thüringen vermochte die Partei, 3,7 % der Zweitstimmen auf sich zu vereinen. Dem Landesverband gelang es im Berichtszeitraum, den in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 eingeleiteten Aufwärtstrend zu verfestigen.

Im Unterschied zur NPD verloren sowohl die „Deutsche Volksunion“ (DVU) als auch die Partei „Die Republikaner“ (REP) 2005 weiter an Mitgliedern. Zum Jahresende gehörten ihnen in Thüringen nur noch etwa 80 bzw. 70 Mitglieder an. Die „Deutsche Partei“ (DP), der 2005 ebenso wie im Vorjahr nicht mehr als 20 Mitglieder angehört haben, fristete weiterhin ein

politisches Schattendasein. Die Landesverbände dieser drei Parteien traten im Berichtszeitraum öffentlich nur wenig in Erscheinung.

Das rechtsextremistische Potenzial in Thüringen:

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen²

	Freistaat Thüringen			Bund
	2003	2004	2005	2005
NPD	150	180	240	6.000
DVU	100	90	80	9.000
REP	100	90	70	6.500
DP	20	20	20	500
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	470	500	530	10.400
Neonazis	250	250	230	4.100

2. Ideologischer Hintergrund

Rechtsextremistisches Denken wurzelt nicht in einer fest strukturierten Ideologie. Es setzt sich aus geistigen Versatzstücken unterschiedlicher ideengeschichtlicher Herkunft zusammen, die innerhalb der jeweiligen Ausprägung des Rechtsextremismus in unterschiedlicher Form zum Ausdruck kommen. Immer wiederkehrende Grundelemente bilden:

- ein überzogener, häufig aggressiver Nationalismus, der das Prinzip der Völkerverständigung missachtet,
- die Überhöhung des Staats zu einem sich aus sich selbst heraus rechtfertigenden Wert und die Überbetonung der Staatsinteressen gegenüber den Freiheitsrechten des Einzelnen (Ettatismus),
- eine völkische Ideologie, die sich typischerweise zu Rassenideologie und Fremdenfeindlichkeit verdichtet, wobei dem Antisemitismus eine besondere Stellung zukommt,
- das Leugnen oder Verharmlosen der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie das Hervorheben angeblich positiver Elemente des Dritten Reichs (Revisionismus).

Weitere Elemente stellen die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine Ideologie der Ungleichwertigkeit dar. Antipluralismus und Autoritarismus sind in unterschiedlicher ideologischer Ausdrucksweise bei allen Rechtsextremisten zu finden. Die rechtsextremistischen Parteien beispielsweise sind überwiegend auf die „Nation“ fixiert und vertreten demnach eine nationalistische Position. Neonazis hingegen orientieren sich stärker an der „Rasse“ und weisen dementsprechend eine rassistische Position auf.

Das rechtsextremistische Spektrum lehnt wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab und kämpft gegen sie an. Insbesondere ist es gegen die Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien eingestellt.

² Zahlen gerundet, z.T. geschätzt. Bei den angeführten Parteien und Gruppierungen gibt es Mehrfachmitgliedschaften.

3. Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Wie bereits erwähnt belief sich die Anzahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten im Berichtszeitraum bundesweit auf etwa 10.400 (2004: 10.000) Personen. Sie setzten sich überwiegend aus Skinheads zusammen, von denen auch die meisten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ausgehen. Überproportional hoch ist das Personenpotenzial der rechtsextremistischen Skinheadszone in den neuen Bundesländern vertreten, wo nur rund ein Fünftel der Bevölkerung, jedoch fast die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremisten der Bundesrepublik lebt.

Die Anzahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten stieg in Thüringen von ca. 500 im Jahr 2004 auf etwa 530 im Berichtszeitraum an. Unter ihnen befinden sich etwa 440 Skinheads (2004: 410). Die Zahl der Gewalttaten, die 2005 von Rechtsextremisten verübt wurden, geht aus der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität – Rechts – hervor.³

3.1 Entstehung der Subkultur⁴ der Skinheads und deren Ideologie

Die Skinheadbewegung trat in der Bundesrepublik Deutschland erstmals Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts in Erscheinung. Schon bald richteten sich gewalttätige Aktionen von Angehörigen dieser Bewegung gegen die Feindbilder „Ausländer“ und „Linke“. Größtenteils griff die Szene rechtsextremistisches Gedankengut auf, das bald den grundlegenden Bestandteil ihres Selbstverständnisses ausmachte.

Auch in einigen Großstädten der DDR entwickelten sich zu Beginn der 80er Jahre aus den Reihen jugendlicher Rowdies und Hooligans Gruppen, deren grundsätzliche Opposition zum „SED-Staat“ in der Übernahme des typischen Outfits der Skinheads zum Ausdruck kam. Diese Jugendcliquen wiesen bereits deutliche Bezüge zum Rechtsextremismus auf und machten sehr bald durch Gewalttaten auf sich aufmerksam.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands kam es bei Konzerten und anderen Veranstaltungen erstmals zu breiten Kontakten von Skinheads aus Ost und West. Die gesamtdeutsche Skinheadszone weitete sich sprunghaft aus. Es bildete sich eine gesamtdeutsche Skinhead-Subkultur heraus, die sich mehr und mehr politisierte. Parallel hierzu stieg auch die Gewaltbereitschaft der Szene beträchtlich an.

Gegenwärtig lassen Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt keine eindeutigen Schlüsse auf die Skinheadszone mehr zu. Während einerseits inzwischen auch viele unpolitische Jugendliche ein für Skinheads vermeintlich typisches Äußeres angenommen haben, tragen auch Skinheads oft die Haare länger und nordisch-germanischen Schmuck oder bekleiden sich mit zum Teil hochwertiger Markenware und Turnschuhen. Das früher häufig anzutreffende szenetypische Outfit, das von kahlrasierten Köpfen („Glatzen“), Springerstiefeln (oft auch schweren, manchmal mit Stahlkappen versehenen Arbeitsschuhen) und Bomberjacken gekennzeichnet war, ist nicht mehr allein prägend.

³ Siehe S. 71f.

⁴ Unter Subkultur ist im soziologischen Sinne eine Gruppenkultur innerhalb einer umfassenden Kultur oder Gesellschaft zu verstehen, die eigene Verhaltensnormen entwickelt. Die Normen bilden sich aus Überzeugungen, Werthaltungen oder Ideologien heraus, die von der Gesamtkultur abweichen. Die Skinheadszone stellt eine eigenständige jugendliche Subkultur dar.

In der Ideologie der rechtsextremistischen Skinheads herrschen auf das Gedankengut der Nationalsozialisten ausgerichtete Ansichten vor, unter denen nationalistische, rassistische und antisemitische Vorurteile am stärksten in Erscheinung treten; zumeist haben sie jedoch keine fest gefügte Weltanschauung. Ihre Einstellung kommt in der Verachtung von Ausländern, Juden, Andersdenkenden oder so genannten „Undeutschen“, zu denen z.B. Obdachlose und Homosexuelle gezählt werden, zum Ausdruck. Ein hoher Alkoholkonsum und die Gruppendynamik setzen auf Seiten der Skinheads die Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt deutlich herab und lösen häufig spontane gewalttätige Übergriffe aus. Aus diesen Gründen sind rechtsextremistische Skinheads in der Regel als gewaltbereit einzustufen.

Das Schlagwort „White Power“ soll die rassistische Einstellung der rechtsextremistischen Skinheads symbolisieren. Sie sehen sich als Krieger der „weißen Rasse“ an, was die so genannten „14 words“ – eine Art „Kampfruf“ – ausdrücken sollen.⁵ Sehr oft verwenden Skinheads auch nur Insidern bekannte Synonyme, wie z.B. Zahlen an Stelle von Buchstaben. So ist der Gruß „88“ in der Szene weit verbreitet.⁶

3.2 Strömungen und Strukturen der Skinheadszene

Innerhalb der Skinheadszene bildeten sich verschiedene Strömungen heraus. Neben rechtsextremistischen Skinheads – wie z.B. den „White-Power-Skins“ – gibt es auch überwiegend unpolitische sowie politisch linksorientierte Skinheads, zu denen „Red“- oder „Sharp“-Skins⁷ rechnen.

Obwohl die Skinheadszene tendenziell organisationsfeindlich eingestellt ist, bestehen bzw. bestanden in Deutschland einige straff geführte Organisationen, die sich meist als Eliteorganisationen verstehen. Zu ihnen gehören beispielsweise die „Hammerskins“ sowie „Blood & Honour“ („B & H“). Beide Skinheadorganisationen, die in Thüringen über nur sehr wenige Mitglieder bzw. Anhänger verfügen, haben einen politisch-weltanschaulichen Anspruch und agieren international.

„Blood & Honour“ („B & H“)

Ab Mitte der 90er Jahre wurden in Deutschland in der rechtsextremistischen Skinheadszene erste Organisationsansätze festgestellt. Seit 1995 gab es in der Bundesrepublik eine deutsche „Division“ der „B & H“-Bewegung, die in Großbritannien entstanden ist.⁸ Diese Organisation verfolgt das Ziel, auf internationaler Ebene eine autonome Struktur für die Skinheadszene zu schaffen. Sie propagiert ebenfalls den Nationalsozialismus und vertritt die rassistische „White Power“-Ideologie. Um auf die Szene mit dem Medium Musik ideologisch einzuwirken, richtet die „B & H“-Bewegung⁹ den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Organisation von Konzerten und Partys, wo insbesondere nationalistische und rassistische Bands auftreten.

⁵ Die Zahl 14 wird in Anlehnung an die „14 words“ des amerikanischen Rechtsextremisten David LANE verwandt: „We must secure the existence of our race and a future for white children“ („Wir müssen das Leben unserer Rasse und die Zukunft für die weißen Kinder sichern“).

⁶ Die Zahl 88 verwenden Rechtsextremisten als Synonym für die Parole „Heil HITLER“. Die Zahl 8 steht in diesem Falle für H, den achten Buchstaben des Alphabets. Die Zahl 88 entspricht somit HH oder „Heil HITLER“. Diese Verwendung ist im Gegensatz zum „HITLER“-Gruß nicht strafbar.

⁷ „Sharp“ (engl.) steht für „Skinhead against racial prejudice“ („Skinhead gegen rassistische Vorurteile“).

⁸ Nach der nationalsozialistischen Parole „Blut und Ehre“ benannt und vom Frontmann der englischen Skinheadband „Skrewdriver“, Ian Stuart DONALDSON, 1987 in England gegründet.

⁹ Als Synonym wird für „Blood & Honour“ auch die Buchstabenkombination „28“ verwandt.

Ende des Jahres 1997 wurde in Thüringen die bundesweit vertretene „B & H“-Jugendorganisation „White Youth“ gegründet, die jüngere Szeneangehörige organisieren und an ältere Kameraden binden wollte. Das Ziel der Jugendorganisation bestand vor allem darin, zusammen mit der „B & H“-Sektion Thüringen Konzerte und Partys zu organisieren. Am 12. September 2000 verbot der Bundesminister des Innern die deutsche Division der „B & H“-Bewegung sowie deren Jugendorganisation „White Youth“, da sich beide Vereinigungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richteten. Zu diesem Zeitpunkt gehörten der „B & H“-Division Deutschland etwa 200 Personen in 15 Sektionen an; „White Youth“ zählte darüber hinaus rund 50 Mitglieder.

Das Verbot, das im Juni 2001 rechtskräftig wurde, schwächte die Szene. Zahlreiche Protagonisten, die in der Gruppierung früher eine Rolle gespielt hatten, verließen die rechtsextremistische Szene oder verlegten die Aktivitäten in andere Handlungsfelder, woraufhin der organisatorische Zusammenhalt zerfiel. Jedoch waren sowohl ehemalige als auch neue Aktivisten bestrebt, frühere Organisationsstrukturen zumindest ansatzweise aufrechtzuerhalten oder neu aufzubauen. In diesem Zusammenhang wurden seit dem Verbot wegen des Verdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung von den Strafverfolgungsbehörden deutschlandweit mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Obwohl die meisten ehemaligen Aktivisten der „B & H“-Szene nicht mehr zuzurechnen sind, bestehen zwischen früheren Mitgliedern noch vielfach Kontakte. Einige ehemalige Funktionäre traten wieder in Erscheinung, indem sie an der konspirativen Vorbereitung von Konzerten und dem Vertrieb von CDs mitwirkten. Vereinzelt wird der Schriftzug „Blood & Honour“ auf Kleidungsstücken, z.B. T-Shirts oder Basecaps, verwendet. Der hohe Provokationswert dieses Namens und der Reiz des Verbotenen sollen in der Szene eine größere Aufmerksamkeit erregen und den Verkaufsumsatz steigern. Dem Logo „Blood & Honour“ kommt auch unter jüngeren Rechtsextremisten eine gewisse Werbewirkung zu.

Vor allem im süddeutschen Raum und in Thüringen bestehen zwischen einigen ehemaligen Mitgliedern weiterhin enge persönliche Verbindungen. Im Freistaat gab es im Jahr 2005 Anhaltspunkte, die auf den Versuch hindeuteten, die verbotene „B & H“-Bewegung wiederzubeleben. So tauchten vereinzelt T-Shirts auf, die mit dem Schriftzug „Blood & Honour“ oder ähnlich aussehenden Schriftzügen wie „28“ versehen waren. Zudem fanden Skinheadkonzerte statt, an deren Organisation Personen aus dem früheren Umfeld von „B & H“ mitwirkten.

„Hammerskin“-Bewegung

Die „Hammerskins“ stellen eine weltweit aktive Bewegung dar, die 1986 in den USA gegründet wurde und seit Mitte der 90er Jahre auch in Deutschland mit Sektionen vertreten ist. Die Bewegung versteht sich als Elite innerhalb der Skinheadszene. Sie verherrlicht bzw. propagiert rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Die „Hammerskin“-Bewegung strebt an, weltweit alle „weißen, nationalen“ Kräfte in einer „Hammerskin“-Nation zu vereinen. Ihr Erkennungsmerkmal – zwei gekreuzte Zimmermannshämmer in einer Raute – soll die Kraft und Stärke der „weißen Arbeiterklasse“ symbolisieren. Wegen ihres elitären Anspruchs sind die „Hammerskins“, die bundesweit ca. 100 Anhänger zählen, in der Szene umstritten.

Da es den „Hammerskins“ an Organisationsstrukturen ebenso mangelt wie an Führungspersönlichkeiten, gelang es ihnen nicht, sich entsprechend ihrem Anspruch in der rechtsextremistischen Skinheadszene als Elite durchzusetzen oder mit der „B & H“-Bewegung zu konkurrieren. Die Organisation strebt zwar eine „Hammerskin“-Nation an, besitzt aber kein Konzept,

das auf dieses Ziel ausgerichtet ist. Von ihren überregionalen Koordinierungstreffen, die regelmäßig stattfinden, gingen konzeptionelle Impulse bislang nicht aus.

Die „Hammerskins“ stellen die einzige Skinhead-Gruppierung dar, die bundesweit noch aktiv ist; in Thüringen hat sie nur wenige Anhänger.

Rechtsextremistische Jugendcliquen¹⁰

Der Mangel an attraktiven sozialen Alternativen, der besonders im ländlichen Raum besteht, und die empfundene Kameradschaft der Skinheads untereinander führen oftmals zur Bildung von Cliquen, denen es jedoch meist an ausgeprägten Strukturen fehlt. Diese Cliquen treffen sich an Tankstellen, in Jugendclubs, an Haltestellen oder anderen öffentlichen Plätzen. In Thüringen, wo sich solche Cliquen überwiegend regional bilden und subkulturell geprägt sind, treten sie vor allem im Osten und Süden auf. Die Anzahl der Personen, die ihnen zugeordnet wird, schwankt. Von den Jugendlichen, die sich solchen Cliquen anschließen und entsprechend kleiden, sind viele an politischen Zusammenhängen nur wenig interessiert. Der Zusammenhalt wird sehr oft durch martialisch klingende Phantasienamen beschworen.

3.3 Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen

Rechtsextremistische Skinheads sind überwiegend abgeneigt, sich in feste und auf Dauer angelegte Organisationsstrukturen einzugliedern; zumeist sind sie bestenfalls regional organisiert. Kontakte zu rechtsextremistischen Parteien, insbesondere zur NPD, bestehen daher vor allem auf regionaler Ebene und hängen von persönlichen Verbindungen ab. Die DVU und die „Republikaner“ hingegen stehen den Skinheads mit starkem Vorbehalt gegenüber.

Für die NPD und die Neonazis stellt die Skinheadszenen, von der meist keine eigenständigen politischen Aktionen ausgehen, ein ergiebiges Mobilisierungspotenzial für Demonstrationen und Mahnwachen dar. So werden Skinheads bei derartigen Veranstaltungen oft als Ordner eingesetzt. Für die Motivation der Skinheads, sich an solchen Aktionen zu beteiligen, spielt der gebotene Aktionismus eine nicht unwesentliche Rolle.

Mit den Skinheads verfügt insbesondere die Neonaziszene über ein wichtiges Rekrutierungsreservoir. Im Laufe der letzten Jahre bewegten sich die Skinhead- und die Neonaziszene zunehmend aufeinander zu, nachdem sie sich früher voneinander abgegrenzt hatten. In einem größeren Umfang bildeten sich so genannte „Mischszenen“ heraus oder verschmolzen Skinheadcliquen und neonazistische Kameradschaften miteinander. Die Gründe hierfür liegen zum einen in den offeneren Strukturen der Neonazis, die in „unabhängigen Kameradschaften“ agieren und somit der Organisationsunwilligkeit vieler Skinheads entgegenkommen. Zum anderen trugen in der Vergangenheit auch Strukturierungsversuche, die von der „B & H“-Bewegung ausgingen, dazu bei, die Skinhead- und die Neonaziszene einander anzunähern und in einem steigenden Maße zu politisieren.

Die NPD und die Neonazis konnten im Berichtszeitraum wesentlich mehr Teilnehmer für ihre Veranstaltungen mobilisieren, wenn sie rechtsextremistische Musik als Medium einsetzten. Auch die Thüringer NPD bediente sich 2005 verstärkt dieser Methode, um sowohl Neonazis als auch Skinheads anzusprechen. Beispiele für diesen Trend stellen das „Fest der Völker“ am 11. Juni in Jena und das „Friedensfest“ am 9. Juli in Gera dar, an denen sich ca. 500 bzw. 700-750 Personen beteiligten.¹¹ Diese beiden größten rechtsextremistischen Demonstrationen,

¹⁰ Siehe dazu auch S. 29f., 38

¹¹ Siehe S. 58f.

die 2005 in Thüringen veranstaltet wurden, fanden vor allem deshalb einen so großen Zulauf der Szene, weil zahlreiche Skinheadbands auftraten und ihre Musik den Schwerpunkt bildete.

3.4 Rechtsextremistische Musik

Wirkung auf Jugendliche

Rechtsextremistische Musik und Konzerte bilden wichtige Elemente, um die Szene zusammenzuhalten bzw. um für die Szene zu werben. Das Gemeinschaftsgefühl, das die Konzerte stiften, und die aggressiven Rhythmen der Skinheadmusik regen rechtsextremistisch „anpolitisierte“ Jugendliche oftmals an, sich in die rechtsextremistische Szene zu integrieren oder in ihr zu verbleiben. Die Skinheadmusik drückt ihre Aggressionen, Ängste und Wünsche aus. Mit den Texten der Lieder werden die ideologischen Botschaften transportiert, für die die Szene empfänglich ist.

Die Skinheadbands, die ab Mitte der 80er Jahre in der Bundesrepublik aufkamen, trugen erheblich dazu bei, eine rechtsextremistische Gesinnung zum szenespezifischen Allgemeingut zu verfestigen. Zunehmend verarbeiteten sie in ihren Liedtexten rechtsextremistisches Gedankengut, das weite Teile der Skinheadbewegung antrieb, „farbige Rassen“ strikt abzulehnen und nur den „nordisch-arischen Rassen“ eine Existenzberechtigung zuzugestehen. Häufig sind die Texte, die auf den Konzerten vorgetragen werden, extremer als jene, die sich auf den CDs befinden. Mit aggressiven, menschenfeindlichen Formulierungen versuchen die Bands, sich gegenseitig zu übertrumpfen. Die dadurch angestachelten „Hitler-Grüße“ oder Wechselgesänge zwischen Bands und Publikum steigern das aufputschende Erlebnis solcher Konzerte. Die Vorliebe für rechtsextremistische Skinheadmusik war Bestandteil mancher rechtsextremistischer Sozialisierung. Die Hass- und Gewaltparolen dieser Szene gestalten in Kombination mit anderen Faktoren (Gruppendynamik, Alkohol etc.) „rechtsextremistische Erlebniswelten“. Diese können bei jugendlichen Fans der Skinheadmusik nachhaltig rechtsextremistische Feindbilder aufbauen bzw. verfestigen und damit verhaltensprägend wirken.

Facetten rechtsextremistischer Musik

Das musikalische Spektrum, das rechtsextremistische Bands mit einschlägigen Liedtexten unterlegen, ist vielgestaltig. Es reicht vom typischen „R.A.C.“¹² über den „Black Metal“¹³ und „Hardcore“¹⁴ bzw. „Hatecore“¹⁵ bis hin zu eingängigen Melodien bereits bekannter Stimmungslieder oder Schlager, für die neue bzw. umgeschriebene Texte verwandt werden. Die meisten Stücke stützen sich auf schnelle und harte Bass- und Schlagzeug-Beats, die dem Heavy Metal und verwandten Stilrichtungen entlehnt sind. Die Melodien bestehen meist aus stakatoartig aneinandergereihten Tonfolgen, die nur wenig melodisch sind und oft von der grölenden Stimme des Sängers überlagert werden.

Die Inhalte einschlägiger Songtexte und die Verlautbarungen in Bandinterviews etc. lassen sich zum großen Teil als rassistisch, antisemitisch, gewaltverherrlichend und die Zeit des Nationalsozialismus (NS) glorifizierend bezeichnen. Auf der Grundlage eines diffusen „NS-

¹² „R.A.C.“: „Rock against Communism“ (Rock gegen Kommunismus), Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten

¹³ „Black Metal“ stellt eine aggressivere Variante des Heavy Metal dar, der aus kreischenden, hochgestimmten Gitarren, einem donnernden Schlagzeug und einem verzerrt „krächzenden“ Gesang besteht und Gewalt gegenüber positiv eingestellt ist.

¹⁴ „Hardcore“ verbindet die Einfachheit und Rohheit der „Punk-Musik“ mit den harten, schnellen Rhythmen des „Heavy Metal“.

¹⁵ „Hatecore“: aggressivere Variante des sog. „Hardcore“ mit entsprechenden Texten (hate = Hass)

tümelnden“ Weltbildes, das mit Anleihen aus dem Glaubenshaushalt germanischer Götterwelten, militärischem Pathos, martialischem Männlichkeitsritus und dem „Gesetz der Straße“ angereichert wird, formen sich die Lieder der Skinheadbands zu einer Hymne aus Brutalität, Aggression und Menschenverachtung. Anklagen, Vorwürfe und Beschimpfungen gegen das „System“ und die durchgängig unterstellte „jüdische Weltverschwörung“ bestimmen den Tenor der Lieder, die sich über Schmähungen und unverhohlene Drohungen in brutale Verfolgungs- und Vernichtungsphantasien steigern können.

Kontakte ins Ausland

Innerhalb der rechtsextremistischen Skinheadmusikszene findet eine internationale Kooperation statt, die auf der gemeinsam empfundenen Zugehörigkeit zur „White-Power“-Bewegung und weitgehend übereinstimmenden Feindbildern basiert. Skinheadbands aus dem Ausland – insbesondere aus Großbritannien und den USA – und deren CDs sind bei deutschen Skinheads beliebt; entsprechende Gruppen treten regelmäßig bei Konzerten in Deutschland, so auch in Thüringen, auf. Im Gegenzug spielen deutsche Bands bei Veranstaltungen im Ausland und produzieren zum Teil auch Tonträger speziell für diesen Markt in englischer Sprache. Volksverhetzende fremdsprachige Tonträger finden auch in Deutschland weiterhin eine starke Verbreitung. Dementsprechend ist der Einfluss rechtsextremistischer Musik aus dem Ausland – trotz möglicher Sprachbarrieren – hoch, da die durch die Musik propagierten Feindbilder überwiegend denen der deutschen rechtsextremistischen Skinheadszene entsprechen. Mitunter reisen deutsche Skinheads auch zu Skinheadkonzerten ins Ausland.

3.5 Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen

Vorherrschende Musikrichtungen

Das populärste und wirkungsträchtigste Genre rechtsextremistischer Musik stellt in Thüringen die Skinheadmusik dar. Überwiegend spielen die rechtsextremistischen Bands im Freistaat „R.A.C.“ und zunehmend „Hardcore“.

Daneben gibt es bundesweit und insbesondere in Thüringen mit dem „NS-Black Metal“ (NSBM) eine weitere Musikrichtung, in der rechtsextremistisches Gedankengut an Bedeutung gewonnen hat. Beim NSBM handelt sich um einen kleinen, eng umrissenen rechtsextremistischen Randbereich des ansonsten unpolitischen „Black Metal“, der sich jedoch zwischenzeitlich über die Scharnierfunktion neuheidnisch-rechtsesoterischen Gedankengutes an die Vorstellungswelt der rechtsextremen Szene angenähert hat. Die diesem Spektrum zuzuordnenden Bands, zu denen die Gruppe „Totenburg“ aus Gera gehört, verherrlichen den Nationalsozialismus, verwenden nazistische Symbole und betreiben in ihren Liedtexten oder in Bandinterviews rassistische bzw. antichristliche und antisemitische Propaganda. Häufig treten solche Bands auch auf Skinheadkonzerten auf. Zwar scheint dieser Form der Musik in der rechtsextremistischen Musikszene mittlerweile ein etwas höherer Stellenwert zuzukommen, insgesamt reicht sie jedoch in Deutschland nach wie vor weder qualitativ noch quantitativ an den Skinheadmusikmarkt heran.

Rechtsextremistische Musikbands¹⁶ in Thüringen

Im Jahr 2005 wurden einschlägige Aktivitäten von etwa 15 Thüringer Musikbands mit rechtsextremistischen Bezügen bekannt (bundesweit etwa 124). Von ihnen werden die im Folgenden aufgeführten Bands als rechtsextremistisch bewertet; bei weiteren liegen Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Ausrichtung vor:

- „Blutstahl“, Jena
- „Brainwash“, Altenburg
- „D.N.A.“, Gera
- „Eugenik“, Gera
- „Garde 18“, Westthüringen
- „Isengard“, Erfurt
- „Radikahl“ (nur noch Sänger), Weimar
- „SKD“ (vormals „Bataillon“), Gotha
- „Skuld“, Eisfeld
- „Totenburg“, Gera

Einzelne Mitglieder der Bands wirken in verschiedenen Musikgruppen mit. Mitunter schließen sich Musiker aus verschiedenen Bands zu Projekten zusammen und absolvieren, wie z.B. „Eternal Bleeding“, einige Live-Auftritte, wobei das genannte Bandprojekt mit „Bleed to forget“ 2005 auch einen Tonträger veröffentlichte. Bei Konzerten oder Studioaufnahmen werden fehlende Positionen in der Stammbesetzung oft von Musikern anderer Bands kompensiert. So wird „Absurd“ aus Sachsen-Anhalt regelmäßig aus dem Freistaat unterstützt, wenn Bandmitglieder der rechtsextremistischen Black Metal-Band „Totenburg“ aushelfen. Einige Thüringer Bands verfügen über eigene Proberäume.

Die hiesigen rechtsextremistischen Bands sind überwiegend in Mittel- und Ostthüringen angesiedelt. Dieses Gebiet und der Süden Thüringens bilden die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten. Mitunter traten sie auch in angrenzenden Bundesländern, zum Teil auch im Ausland auf. Überregionale Bedeutung haben die rechtsextremistischen Skinheadbands „Blutstahl“, „Eugenik“ und „Radikahl“ erlangt, die vielfach außerhalb von Thüringen aufgetreten sind. Sie zählen zu den etablierten Bands der Thüringer Skinheadszene, in der die Bands großenteils nur eine relativ kurze Zeit bestehen. Einige treten aber später wieder unter neuen Namen auf. Eine solche Band ist die rechtsextremistische Skinheadband „SKD“ aus Gotha, die sich an zahlreichen Skinheadkonzerten in Thüringen beteiligte. Eine weitere, zuletzt sehr aktive Skinheadband war „Skuld“ aus Eisfeld.

Im Jahr 2005 wurden mit „Moments of Truth“ von „Brainwash“, „Tag des Raben“ von „Eugenik“ und „Art und Kampf“ von „Totenburg“ mindestens drei Tonträger von rechtsextremistischen Bands aus Thüringen veröffentlicht. Darüber hinaus kursieren auf dem Markt mehrere selbstgebrannte Exemplare von Studioaufnahmen, Livemitschnitten etc. verschiedener Bands.

Auf der von „Totenburg“ bereits im Vorjahr veröffentlichten CD „Pestpogrom“ befindet sich am Ende mit dem modifizierten „Landser“-Coversong „Walvater Wotan“ eine Standortbestimmung der Band. In dem Lied heißt es u.a.:

¹⁶ Maßgeblich für eine Einstufung als rechtsextremistische Musikband sind vor allem rechtsextremistische Aussagen in den Liedtexten. In die Bewertung einbezogen werden ergänzend auch das öffentliche Auftreten, z.B. bei Konzerten, und Selbstdarstellungen im Internet oder in Fanzines.

„Wir wollen euren Jesus nicht, das alte Christenschwein,
denn zu Kreuze kriechen, kann nichts für Germanen sein.
Walvater Wotan soll unser Herrgott sein,
Walvater Wotan wird Germanien befrei'n ...“

3.6 Skinheadkonzerte

Die oft als überregionale Treffen organisierten Konzerte dienen als Forum, um Kontakte zu pflegen, Informationen auszutauschen und die Vernetzung der strukturschwachen Szene zu fördern. Zugleich bilden diese Veranstaltungen Treffpunkte für die ansonsten stark zersplitterte Szene und vermitteln den Teilnehmern ein Gemeinschaftsgefühl.

Die Organisation von Skinheadkonzerten

Auf das restriktive Vorgehen der Behörden gegen die Veranstaltung von Skinheadkonzerten reagiert die Szene mit einer Vielzahl konspirativer Methoden, wenn sie Konzerte plant und durchführt. Diese Methoden können im Folgenden nur überblicksweise aufgeführt werden:

Die Termine und Orte rechtsextremistischer Konzerte werden meist nicht öffentlich bekannt gemacht. Für sie wirbt die Szene vor allem per SMS, über Telefonketten, Mailinglisten, mit per Post versandten Briefen sowie durch Mundpropaganda. In der Regel wird nur ein Vortreffpunkt benannt, von dem aus die Teilnehmer zum eigentlichen Veranstaltungsort weitergeleitet werden. Mitunter wird der Polizeifunk mit Scannern abgehört, um gegebenenfalls kurzfristig auf Einsätze der Polizei reagieren zu können. Vor Beginn der Konzerte führen die Initiatoren gelegentlich Leibesvisitationen durch und fordern die Teilnehmer auf, die Handys abzugeben.

Die Angehörigen der Szene bemühen sich, ihre wahren Absichten zu verbergen, wenn sie Räumlichkeiten mieten und die Veranstaltungen gegenüber den Ordnungsbehörden anzeigen. So täuschen sie beispielsweise vor, Familienfeiern oder Klassentreffen vorzubereiten. Teilweise werden Räumlichkeiten von Personen gemietet, die sowohl deren Besitzern als auch den Polizei- und Ordnungsbehörden noch nicht einschlägig bekannt sind. Herrschte in den letzten Jahren die Tendenz vor, sich für Konzertveranstaltungen vermehrt Gaststätten oder alter Industriegelände zu bedienen, wurden 2005 zunehmend Räumlichkeiten genutzt, über die Sympathisanten der Szene verfügen. Aus der Sicht der Szene ist es von Vorteil, dass sie kurzfristig als Ausweichobjekt zur Verfügung stehen, wenn ein Konzert an einem anderen Ort verhindert oder aufgelöst wird. In den Sommermonaten finden Konzerte auch auf Waldlichtungen, Wiesen oder anderen Orten im Freien statt. Gegenüber den Ordnungsbehörden werden Konzerte, wenn überhaupt, als „Geburtstagsfeiern mit Livemusik“ angezeigt. Oft erklären Organisatoren, eine „geschlossene Veranstaltung“ mit „geladenen Gästen“, nicht jedoch ein Konzert zu planen. Dazu kommen Anmeldungen von Veranstaltungen durch die NPD, bei denen rechtsextremistische Musikgruppen auftreten.

Bei den Konzerten wird von den Teilnehmern ein Eintrittsgeld zwischen 5 und 20 Euro erhoben. Dessen Höhe hängt von den auftretenden Bands, dem Anlass der Veranstaltung (z.B. „Benefiz-Konzerte für inhaftierte Kameraden“) u.Ä. ab. Oftmals sind im Eintritt Freigetränke enthalten.

Die von den Veranstaltern erzielten Gewinne sind meist nicht genau zu beziffern. In vielen Fällen dürften sie jedoch hoch genug sein, um den Lebensunterhalt der Veranstalter zumindest aufzubessern. Nicht unerhebliche Umsätze und Gewinne werden zum Teil erzielt, wenn Devotionalien der Szene verkauft werden.

Statistik der Skinheadkonzerte

In Deutschland fanden im Berichtsjahr 193 Skinheadkonzerte statt, von denen 26 aufgelöst wurden. Die Zahl der Skinheadkonzerte stieg somit im Vergleich zum Vorjahr, in dem 137 Konzerte stattgefunden hatten, abermals stark an.¹⁷ Einige Konzerte wurden in zeitlicher und räumlicher Nähe zu anderen rechtsextremistischen Veranstaltungen durchgeführt.

Wie bereits ausgeführt wurde, nahm auch in Thüringen die Zahl der Skinheadkonzerte zu. Es fanden 19 Konzerte statt, von denen jedoch 9 von der Polizei aufgelöst werden konnten; weitere 6 Konzerte wurden von der Polizei im Vorfeld verhindert. Im Jahr 2004 waren 12 Skinheadkonzerte veranstaltet und ein weiteres Konzert von der Polizei verhindert worden.

Den Thüringer Sicherheitsbehörden gelang es somit im Berichtszeitraum, den erheblich forcierten Bemühungen der Szene, Skinheadkonzerte zu organisieren, dank verstärkter Vorfeldaufklärung, intensiver Zusammenarbeit und konsequenter Umsetzung des Erlasses des Thüringer Innenministeriums (TIM) zur „Polizeilichen Behandlung von Skinhead-Konzerten“ mit Erfolg zu begegnen. Da 15 der 25 geplanten Skinheadkonzerte im Vorfeld verhindert bzw. aufgelöst werden konnten, ging die Zahl der Konzerte, die vollständig durchgeführt wurden, im Berichtszeitraum auf 10 zurück (2004: 12). Thüringen war daher 2005 das Bundesland, in dem die meisten rechtsextremistischen Konzerte verhindert bzw. aufgelöst werden konnten.

Die Zunahme der Skinheadkonzerte, die im Freistaat stattgefunden haben bzw. stattfinden sollten, entspricht dem Trend, der 2005 in der gesamten Bundesrepublik zu beobachten war. Mit 19 Skinheadkonzerten rangiert Thüringen im Bundesvergleich wie im Vorjahr im oberen Drittel. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Rechtsextremistische Musik und damit verbundene Veranstaltungen sind insbesondere in den neuen Bundesländern sehr populär. Und Thüringen weist aufgrund seiner zentralen geografischen Lage sowie des großen Angebots an preisgünstigen oder leerstehenden Gebäuden eine Infrastruktur auf, die sowohl für die Veranstalter der Konzerte als auch für die Sympathisanten, die aus Thüringen und anderen Bundesländern anreisen, von Vorteil ist.

An den Skinheadkonzerten beteiligten sich in Thüringen jeweils zwischen 50 und 200 Personen, von denen viele oft aus den angrenzenden Bundesländern anreisen. Eine Ausnahme bildete das so genannte „Lunikoff-Abschiedskonzert“ am 2. April in Pößneck, das mehr als 1.000 Personen besuchten.¹⁸ Im Jahr 2004 nahmen an den Skinheadkonzerten in Thüringen im Durchschnitt etwa 150 Personen teil. Diese Zahl stieg im Berichtszeitraum infolge des Konzerts in Pößneck auf 160 Personen an, was dem bundesweiten Durchschnitt entspricht. Wird das Konzert in Pößneck nicht berücksichtigt, beteiligten sich im Berichtszeitraum in Thüringen durchschnittlich ca. 110 Personen an den Skinheadkonzerten. Sowohl in Thüringen als auch in der gesamten Bundesrepublik hat sich der Trend herausgebildet, zwar mehr, jedoch kleinere Konzerte zu veranstalten. Es finden etwa doppelt so viele Veranstaltungen statt, die bis zu 100 Teilnehmer besuchen, als solche, an denen 100 bis 200 Personen teilnehmen. Konzerte mit mehr als 200 Teilnehmern waren zuletzt die Ausnahme. Diese Tendenz dürfte sich herausgebildet haben, weil es für die Organisatoren aufgrund der Gegenwehr, die von der Öffentlichkeit ebenso ausgeht wie von den Behörden, zunehmend schwieriger wird, für größere Musikveranstaltungen geeignete Räumlichkeiten zu finden. Da die Veranstalter von Konzerten immer damit rechnen müssen, dass von ihnen organisierte Musikveranstaltungen

¹⁷ Konzerte auf Bundesebene 1998: 128; 1999: 109; 2000: 82; 2001: 80; 2002: 112; 2003: 119; 2004: 137

¹⁸ Siehe S. 23f.

verhindert bzw. aufgelöst werden, versuchen sie das Risiko finanzieller Verluste in Grenzen zu halten, wenn sie mehrere kleinere Konzerte organisieren.

Die meisten Thüringer Konzertteilnehmer sind zwischen 20 und 25 Jahre alt. Häufig nehmen aber auch weit ältere Skinheads – so genannte „Altglatzen“ – an rechtsextremistischen Skinheadkonzerten teil. Der Anteil der Frauen an den Konzerten variiert; er kann bis zu 20 % betragen.

Mitunter begingen Besucher und/oder Mitglieder der auftretenden Bands während oder im Umfeld der Konzerte Straftaten, bei denen es sich meist um Propagandadelikte handelte. Manchmal wurden im Verlauf der Konzerte Lieder mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Texten gesungen, die den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 Strafgesetzbuch (StGB) erfüllen. Insbesondere bei Skinheadkonzerten, die von der Polizei aufgelöst oder verhindert werden, kommt es infolge des erhöhten „Frustpotenzials“ von Teilnehmern und Organisatoren bisweilen zu Übergriffen gegen Polizeibeamte, die überwiegend in Körperverletzungen und Beleidigungen ihren Ausdruck finden.

Skinheadkonzerte in Thüringen:

Skinheadkonzerte	2003	2004	2005
stattgefunden	5	12	19
davon aufgelöst	1	0	9
verhindert	0	1	6

Übersicht über die Skinheadkonzerte im Jahr 2005:¹⁹

Datum	Ort	Teilnehmerzahl	Auftritt von
14.01.2005	Saalfeld-Gorndorf	100	„Blutstahl“, „SKD“, „Legion Germania“/Bayern
28.01.2005	Altenburg	200	„Brainwash“ u.a.
29.01.2005	Gotha	200	„Isengard“, „SKD“, „Legion Germania“/Bayern u.a.
19.02.2005	Gotha (aufgelöst)	150	„Blutstahl“, „Garde 18“ u.a.
26.02.2005	Guthmannshausen (aufgelöst)	200	„Blutstahl“, „Isengard“, „Haftbefehl“/Sachsen
05.03.2005	Gotha	60-80	„Garde 18“
02.04.2005	Pößneck	über 1.000	„Die Lunikoff-Verschwörung“/Berlin, „White Law“/Großbritannien, „English Rose“/Großbritannien, „Agitator“/Niedersachsen, „Gegenschlag“/Hessen
09.04.2005	Gotha (verhindert)	109	nicht bekannt
23.04.2005	Weimar (verhindert)	40	Geplanter Auftritt von „Blutstahl“ und „Haftbefehl“/Sachsen

¹⁹ Skinheadbands aus Thüringen wurden fett gedruckt.

14.05.2005	Benshausen (aufgelöst)	115	„Storm“/Schweden, „Lunot Svea“ (phon.) /Schweden
02.07.2005	Gera	80-100	„Haftbefehl“/Sachsen, „ Totenburg “ u.a.
16.07.2005	Altenburg (verhindert)	30	geplanter Auftritt von „ Brainwash “ u.a.
30.07.2005	Gotha (aufgelöst)	90	„ SKD “ u.a.
13.08.2005	Niederwill- ingen (verhindert)	115	geplanter Auftritt von „ SKD “, „ Skuld “, „Burning Hate“/Bayern und „Guiltyly the pain“/Sachsen
03.09.2005	Wasungen (aufgelöst)	130	nicht bekannt
10.09.2005	Andisleben (aufgelöst)	116	„Rachezug“/Hessen, „Frontalkraft“/Branden- burg u.a.
24.09.2005	Saalfeld- Gorndorf (aufgelöst)	70-80	„ SKD “, „Race War“/Baden-Württemberg u.a.
08.10.2005	Rudolstadt	60-70	„ SKD “ u.a.
15.10.2005	Sonneberg	90	„ Unbeliebte Jungs “, „Burning Hate“/Bayern
05.11.05	Gotha	118	„ SKD “, „ Blutstahl “ u.a.
19.11.05	Meuselwitz (aufgelöst)	94	„Eternal Bleeding“, „Sawdust“/Brandenburg
26.11.05	Sonneberg	50	„ Unbeliebte Jungs “ u.a.
10.12.05	Sonders- hausen (verhindert)	70	„Odessa“/Sachsen u.a.
17.12.05	Gotha (verhindert)	59	geplanter Auftritt von „ SKD “ u.a.
25.12.05	Gräfenroda (aufgelöst)	133	nicht bekannt

Skinheadkonzert am 2. April in Pößneck

Eines der größten Skinheadkonzerte der letzten Jahre in Thüringen fand am 2. April im „Schützenhaus“ in Pößneck/Saale-Orla-Kreis statt. Das Konzert schloss sich an den Landesparteitag der NPD an, der zuvor in demselben Gebäude durchgeführt wurde. An dem Konzert, das zugleich als „Abschiedskonzert“ des bekannten Rechtsextremisten Michael REGENER alias „Lunikoff“ diente, nahmen weit mehr als 1.000 Personen teil. Sie waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist. Als Veranstaltungsleiter fungierte Frank SCHWERDT, der Vorsitzende des Landesverbands Thüringen der NPD.

Während des Konzerts traten „Die Lunikoff-Verschwörung“ aus Berlin mit eigenen Liedern, „White Law“ und „English Rose“ aus Großbritannien sowie „Agitator“ aus Niedersachsen und „Gegenschlag“ aus Hessen auf. Abschließend trat „Lunikoff“, begleitet von Mitgliedern der Band „Spreegeschwader“ aus Berlin, noch einmal auf.

Im Gebäude befanden sich einige Verkaufsstände, die CDs und rechtsextremistische Devotionalien wie Fahnen, T-Shirts, Schals und Fanzines sowie Straßenschilder mit der Aufschrift „Rudolf Heß“ anboten.

Aufgrund der ungünstigen Kräfteverhältnisse und der problematischen räumlichen Zustände im Veranstaltungsobjekt sah die Polizei von einer Auflösung des Konzerts ab. Gegen vier Personen, die Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendeten, und gegen zwei Personen, die Polizeibeamte beleidigt hatten, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zehn Konzertbesucher wurden zeitweilig in Gewahrsam genommen, nachdem sie sich den Platzverweisen widersetzt hatten.

In Berichten, die im Internet veröffentlicht wurden, wertete die rechtsextremistische Szene das Konzert als einen großen Erfolg.

Michael REGENER alias „Lunikoff“ trat früher als Sänger der Band „Landser“, eine der bedeutendsten deutschen Skinheadgruppen und Kultband des rechtsextremistischen Spektrums, auf. Das Kammergericht Berlin hatte deren Mitglieder am 22. Dezember 2003 u.a. wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 StGB verurteilt. Mit Beschluss vom 10. März erklärte der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil für rechtskräftig. Gegen den als „Rädelsführer“ eingestuften REGENER verhängte das Gericht eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten, die er am 11. April antreten musste. Dem Urteil des BGH kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als damit erstmals höchstrichterlich die Verurteilung von Mitgliedern einer rechtsextremistischen Musikgruppe wegen der Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung bestätigt wird.

3.7 Lieder- und Balladenabende/Auftritte von rechtsextremistischen Liedermachern

Liedermacher stellen infolge des vergleichsweise geringen logistischen Aufwands zumindest für kleinere, oft regional begrenzte Veranstaltungen eine vielversprechende Alternative zu Skinheadkonzerten dar. Sie werden gern für Kameradschaftsabende oder auch für Parteiveranstaltungen zur musikalischen Umrahmung eingeladen. Diese Art von Unterhaltung, an der meist verhältnismäßig wenige Personen teilnehmen, verläuft häufig auch weniger laut und öffentlichkeitswirksam als Skinheadkonzerte, bei denen der „Spaßfaktor“ wesentlich höher ist.

In Thüringen traten im Verlauf einer Saalveranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) am 11. März in Ammelstädt/Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zwei rechtsextremistische Liedermacher aus Rheinland-Pfalz und Bayern auf. Robert STANGE alias „Julmond“ aus Gera trat im Berichtszeitraum in Thüringen und in anderen Bundesländern hervor.

3.8 Rechtsextremistische Produktions- und Vertriebsstrukturen

Rechtsextremistische Musik wird meistens von rechtsextremistischen Labels, d.h. von Produktionsfirmen, die sich in der Hand von Rechtsextremisten befinden, produziert. Für gewöhnlich sind an diese Labels Vertriebe angeschlossen. Im Freistaat Thüringen bestehen u.a. die rechtsextremistischen Labels „W&B Records“ in Fretterode und „Germania-Versand“ in Sondershausen, die produzierte Musik über die zugehörigen Versandhandel vertreiben. Beide Labels brachten in der Vergangenheit verschiedene „Eigenproduktionen“ oder auch Sampler auf den „Musikmarkt“. Auch der „Aufruhr-Versand“ in Gera hatte bereits 2004 dazu aufgerufen, CDs beim „Aufruhr-Versand & Label“ herstellen zu lassen.

Da rechtsextremistische Skinheadmusik im „normalen“ Handel meist nicht zu erhalten ist, hat sich ein Versandhandel speziell für diese Musik herausgebildet. Im Zuge der Kommerzialisierung wurde der Handel mit Tonträgern durch ein umfassendes Angebot an Videos, Bekleidung, Schuhen/Stiefeln, Fahnen, Schmuck, Büchern etc. ergänzt. Rechtsextremistische Musik

und Szenepartikel werden von Vertrieben, in so genannten „Szene-Läden“ sowie von Klein- und Kleinsthändlern angeboten.

Vertriebe/Versandhandel

Die Zahl der rechtsextremistischen Skinheadvertriebe, die in größerem Umfang bundesweit rechtsextremistische Musik und Szenepartikel anbieten und auf dem Postweg versenden, stieg von ca. 60 im Jahr 2004 auf etwa 75 im Berichtszeitraum an. Die Anzahl der Vertriebe, deren Sitz sich in Thüringen befindet, liegt im einstelligen Bereich. Die Aktivitäten der Vertriebe haben deshalb bundesweit zugenommen, weil der Versandhandel über das Internet mit einem verhältnismäßig geringen Aufwand für deren Betreiber abgewickelt werden kann. Internetabietern kommt eine große Bedeutung zu, weil entsprechendes Liedgut und Devotionalien einem umfangreichen Interessentenkreis zugänglich gemacht werden können. MP3-Dateien können von Internetausgabebörsen heruntergeladen werden. Strafrechtlich relevante Tonträger werden vor allem weiterhin im Ausland, vorwiegend in den USA, produziert und von dort aus auch vertrieben.

„W&B Records“ des NPD-Funktionärs und Neonazis Thorsten HEISE aus Nordthüringen stellt einen bedeutenden rechtsextremistischen Skinheadmusikvertrieb in Thüringen dar. Dessen Online-Shop „W&B Versand“ bietet Tonträger, auch rechtsextremistischer Bands und Liedermacher, Textilien, Publikationen sowie nordisch-germanischen Schmuck an. Die Homepage enthält darüber hinaus eine Übersicht, die auf bundesweite Demonstrationstermine des „Nationalen Widerstands“ sowie Konzerte verweist. Links weisen auf Websites des rechtsextremistischen Spektrums hin. Auch der „Aufruhr-Versand“, dessen Sitz sich in Gera befindet, hat sich aufgrund seines breitgefächerten Warenangebots als einer der bekanntesten rechtsextremistischen Vertriebe in Thüringen etabliert. Neu hinzu gekommen ist der „Germania-Versand“ aus Sondershausen, über den nicht nur ein umfangreiches Sortiment an Tonträgern und Bekleidung bezogen, sondern auch Informationen gewonnen werden können, die u.a. die Thüringer NPD betreffen.

Szene-Läden

Szene-Läden stellen wegen ihres Warenangebots einen Anlaufpunkt für Rechtsextremisten, insbesondere für Skinheads, dar. Sie verkaufen zwar einschlägige Tonträger und Devotionalien der Szene, sind jedoch meist nicht im Internet vertreten. Ebenso wenig ist es ihnen möglich, Tonträger zu produzieren. Solche Geschäfte befinden sich u.a. in Erfurt, Gera, Jena, Meiningen und Weimar.

Klein- und Kleinsthändler

Klein- und Kleinsthändler wickeln als „fliegende Händler“ beispielsweise bei Skinheadkonzerten spontan Geschäfte mit kleinen Stückzahlen ab. Sie bedienen lediglich die jeweilige regionale rechtsextremistische Szene – auch mit strafrechtlich relevanter Ware.

Von den beschriebenen Vertriebswegen abgesehen werden Szenepartikel auch privat, bei Kameradschaftstreffen oder sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen veräußert. Mit dieser Dezentralisierung reagiert die Szene offenbar auf die Exekutivmaßnahmen der vergangenen Jahre, als strafrechtlich relevante oder indizierte Produkte sichergestellt werden konnten.

„Projekt Schulhof“ der rechtsextremistischen Vertriebszene

Ein Beispiel für die zunehmende Professionalisierung des rechtsextremistischen Vertriebswesens stellt das so genannte „Projekt Schulhof“²⁰ dar. Mit diesem Projekt beschritt die rechtsextremistische Musikszene einen neuen Weg, um Jugendliche zu werben und Käufer zu gewinnen. Das „Projekt Schulhof“ wird von Rechtsextremisten deutschlandweit seit Beginn des Jahres 2004 betrieben. Es verfolgt das Ziel, CDs mit rechtsextremistischen Musiktiteln nicht nur vor Schulen, sondern auch an öffentlichen Orten wie Jugendtreffs und Bushaltestellen kostenlos an Jugendliche zu verteilen. Etwa 50.000 CD-ROM wurden mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ für dieses Projekt produziert.

Mit dem „Projekt Schulhof“ beabsichtigen die Initiatoren, bisher nicht an die Szene gebundene Jugendliche über das Medium Musik ideologisch zu beeinflussen und mit rechtsextremistischem Gedankengut in Kontakt zu bringen, um sie für die Szene zu gewinnen. Die CD enthält neben Liedern szenebekannter rechtsextremistischer Bands unterschiedlicher Stilrichtungen aus dem In- und Ausland auch Internet- und Kontaktadressen rechtsextremistischer Gruppierungen. Sie führt auch die Unterstützer des Projekts an, zu denen der „W&B“-Versand von Thorsten HEISE zählt.

Nach Bewertung der Strafverfolgungsbehörden ist der Sampler wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie Vorrätighaltens eines schwer jugendgefährdenden Trägermediums strafbar. Demnach ist die CD geeignet, die Entwicklung von Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden. Aufgrund ihres jugendgefährdenden Inhalts besteht gegen die CD ein Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichtes Halle/Saalkreis.²¹

Die Begründung für die Indizierung der CD hebt u.a. auf den Titel „Im Krieg gegen ein Scheiß-System“ der Band „Stahlgewitter“/Niedersachsen ab. In diesem Lied heißt es u.a.:

*„Deutschland steht am Abgrund, das wird schon bald den Letzten klar,
denn nichts wird davon bleiben, nichts so wie es einmal war.
Die nationale Katastrophe ist bereits im vollen Gange.
Der Staat unfähig und bankrott, es dauert nicht mehr lange.*

*Das Reich der Deutschen liegt am Boden, gemartert und zerschunden.
Unser aller Heimatland blutet aus tausend Wunden.
Eine stets devote Klein-Provinz, auch BRD genannt...
Aufrecht geht hier nur noch der Nationale Widerstand.*

Refrain:

*Wir sind im Krieg, wir sind im Krieg, wir sind im Krieg gegen ein Scheiß-System! (3x)
Staatsverschuldung, Multikulti, und Freiheit eine Phrase.
Der Verwesungsgeruch des Scheißsystems liegt uns schon ätzend in der Nase.*

²⁰ Die „Projekt-Schulhof“-CD der rechtsextremistischen Musikszene ist nicht mit der „Schulhof-CD“ der NPD zu verwechseln. Siehe S. 55f.

²¹ Das Amtsgericht Stendal hat den Auftraggeber des „Projekt Schulhof“-Samplers am 8. Februar 2006 vom Vorwurf des Vorrätighaltens schwer jugendgefährdender Trägermedien freigesprochen. Nach Auffassung des Gerichts sind die Inhalte der CD zwar rechtsextremistisch, systemfeindlich und jugendgefährdend; die offensichtliche schwere Jugendgefährdung sei allerdings zu verneinen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft Halle hat Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt. Der allgemeine bundesweite Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichtes Halle vom 4. August 2004 hat damit weiterhin Bestand.

*Sozialabbau und Überfremdung, Massenarbeitslosigkeit.
Ihr Pseudo-Demokraten seid dem Untergang geweiht...*“²²

Mehrere Exemplare des Samplers wurden ab Anfang August 2005 deutschlandweit verteilt. In verschiedenen Orten Thüringens wurden die CDs gezielt in Briefkästen von Personen bzw. Institutionen des regionalen öffentlichen Lebens eingeworfen. Die Polizei stellte im Freistaat Thüringen zahlreiche CDs sicher; bundesweit wurden ca. 3.700 Exemplare der CD beschlagnahmt.

3.9 Rechtsextremistische Fanzines

Fanzines gehören neben der Musik zu den wichtigen Kommunikationsmitteln der rechtsextremistischen Skinheadszenen. Der Begriff „Fanzine“ ergibt sich aus der verkürzten Zusammensetzung der beiden englischen Wörter fan (begeisterter Anhänger) und magazine (Magazin, Illustrierte). Die Fanzines, die meist unregelmäßig erscheinen, werden oft von Skinheads herausgegeben, die über Erfahrungen in der Szene und über entsprechende Kontakte verfügen. Manche Fanzines wirken primitiv und sind von schlechter Qualität, andere durchaus ansprechend und qualitativ hochwertig gestaltet. Die Auflage dieser Schriften fällt unterschiedlich aus. Die Publikationen enthalten vorwiegend Informationen, die Konzerte, Treffen von Skinheads oder Skinheadbands betreffen. Überdies werben sie für Tonträger, Szeneartikel oder andere Fanzines. Die Publikationen haben einen geringen, meist regional begrenzten Verteilerkreis. Sie werden überwiegend auf Konzerten, über Vertriebe und Szene-Läden sowie von Hand zu Hand verkauft. Manche Fanzines können beim Herausgeber oder per Internet direkt bestellt werden.

Bundesweit beläuft sich die Anzahl rechtsextremistischer Fanzines auf etwa 20, was dem Niveau des Vorjahrs entspricht. In Thüringen erschienen 2005 „Ratatösk – Das Fanzine aus der Wartburgstadt“ (Eisenach) sowie das Online-Fanzine „Die Streiche von Max und Moritz“. Letzteres kann seit Mitte 2004 auf der Homepage des Internetvertriebs „W&B Records“ abgerufen werden und enthält u.a. Interviews, die mit Skinheadbands geführt wurden. Aufgrund der überregionalen Kontakte, über die HEISE – der Verfasser dieses Fanzines – verfügt, sowie der Einstellung in das Internet dürfte das Online-Fanzine innerhalb (und außerhalb) der Szene sehr bekannt und daher von überregionaler Bedeutung sein.

4. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

4.1 Ideologischer Hintergrund

Neonationalsozialisten (Neonazis) fordern die Errichtung einer Staatsform und einer „Volksgemeinschaft“, die dem Programm der historischen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) von 1920 entsprechen. Sie orientieren sich ideologisch am 25-Punkte-Programm der NSDAP und HITLERs Buch „Mein Kampf“. Sie propagieren einen totalitären Staat auf der Grundlage des Elite- und Führerprinzips, der die eigene Rasse als höherwertig gegenüber anderen einschätzt und das deutsche Volk vor „rassisch minderwertigen Ausländern“ sowie vor einer „Volksvermischung“ bewahren will. Neonazis streben die Wiederrückbildung der NSDAP an, um ein „Viertes Reich“ zu gründen, das – unter Ausschluss von Ausländern und Juden – nach Angliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete das „Großdeutsche Reich“ wieder auferstehen lässt. Bis Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts bildete Adolf HITLER das Leitbild deutscher Neonazis. Seither stehen nicht wenige Neonazis

²² Der Text wurde der Indizierungsentscheidung Nr. 5245 vom 02.09.2004 der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM; Bundesanzeiger Nr. 185 vom 30.09.2004) entnommen.

HITLER kritisch gegenüber. Diese „Nationalrevolutionäre“ orientieren sich an den Ideologen der NSDAP, Dr. Otto STRASSER und Gregor STRASSER, sowie dem SA²³-Stabschef Ernst RÖHM.

Die hieraus resultierenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten trugen zur Zersplitterung des Neonazismus bei. Die Neonaziszene kann sich ebenso wenig wie der „historische Nationalsozialismus“ auf eine einheitliche, geschlossene Ideologie berufen. Obwohl regionale „Führungskader“ oder einzelne Personen Schulungsveranstaltungen durchführen, hat die Masse der heutigen Neonazis nur eine geringe Kenntnis über den Nationalsozialismus. Ihre Ansichten setzen sich aus ideologischen Versatzstücken nationalsozialistischer und gewaltverherrlichender Rhetorik und Symbolik sowie subkulturellen Elementen zusammen. Es fällt zunehmend schwer, zwischen der politisch-ideologisch geprägten Neonaziszene einerseits und der subkulturell geprägten Skinheadszone andererseits zu unterscheiden. Zwischen beiden Spektren des rechtsextremistischen Lagers bestehen fließende Übergänge und starke personelle Überschneidungen. Was den meisten Neonazis heute an weltanschaulich-ideologischem Tiefgang und an historischem Wissen fehlt, wird durch eine provozierende und aggressive Haltung nach außen kompensiert. Da die Neonazis auf führende Personen der nationalsozialistischen Diktatur, deren Symbole und Riten Bezug nehmen, geht von ihnen ein hohes Provokationspotenzial aus.

Neonazis betrachten ihre Umwelt aus der Sicht rassistisch unterlegter „Freund-Feind“-Kategorien. Sie sehen sich in einem permanenten Kampf gegen das angeblich übermächtige „Weltjudentum“, das sie Außenstehenden gegenüber mit der Kurzformel ZOG²⁴ verschleiern. Neonazis sind davon überzeugt, dass die westlichen Regierungen, insbesondere die der USA und Deutschlands, vom „internationalen Finanzjudentum“ gesteuert würden und dessen Streben nach Weltherrschaft willfährig unterstützten. Als Chiffre hierfür wird der Begriff „amerikanische Ostküste“ verwendet.

4.2 Organisationsformen der Neonaziszene im Allgemeinen

Neonazis sind in einer Vielzahl rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen aktiv, meist regional und in lockeren Strukturen organisiert. Die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)²⁵ stellt die einzige größere, bundesweit agierende neonazistische Organisation dar. Viele Neonazis gehören inzwischen auch der NPD an.

Die Zersplitterung des neonazistischen Spektrums geht sowohl auf die erwähnten internen Richtungsstreitigkeiten als auch auf die staatlichen Repressionen zurück. Nachdem Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts mehrere neonazistische Organisationen verboten worden waren, reagierten Neonazis mit zwei Gegenstrategien. Auf der Suche nach Organisationsformen, die aus ihrer Sicht unangreifbar waren, fand sich ein Teil der Neonazis, die sich selbst als „Freie Nationalisten“ bezeichnen, in unabhängigen Kameradschaften („Organisierung ohne Organisation“) zusammen. Andere Neonazis fanden unter dem „legalen Dach“ der NPD Unterschlupf und nutzten deren Parteienprivileg für eigene Aktionen.

Die Zusammenarbeit zwischen der NPD und Neonazis wird auch als „Nationaler Widerstand“ bezeichnet. Dieser von der NPD proklamierte und auch von Teilen der Neonaziszene verwendete Begriff bezeichnet den Willen von Rechtsextremisten, gemeinsam organisationsübergrei-

²³ SA steht für „Sturmabteilung“.

²⁴ ZOG steht für „Zionist Occupied Government“ („zionistisch beherrschte Regierung“).

²⁵ Siehe S. 37

fend gegen das politische System der Bundesrepublik und die sie tragenden Kräfte vorzugehen. Während des letzten Jahrzehnts war das Verhältnis zwischen der NPD und den Neonazis sowohl von Annäherung als auch von Abgrenzung gekennzeichnet. Zunächst war die NPD gern bereit, mit den Neonazis zusammenzuwirken, brauchte sie diese doch als Mobilisierungspotenzial für ihren „Kampf um die Straße“. Während des gegen die NPD gerichteten Verbotsverfahrens ging die Partei jedoch aus taktischen Gründen auf Distanz zu ihren Bündnispartnern. Im Jahr 2004 leitete die zwischen der NPD und Teilen der Neonaziszene getroffene Absprache, künftig offen zusammenzuarbeiten, einen neuen Trend ein. Diese Entwicklung erreichte in dem Konzept, die extreme Rechte in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen, ihren Höhepunkt.²⁶

Konzept der „Freien Kameradschaften“

Die dominierende Organisationsform der Neonazis bleibt die „Freie Kameradschaft“, obwohl zahlreiche Neonazis inzwischen der NPD beigetreten sind. Nach diesem Konzept sollen Kameradschaften sowohl als kleine autonome Einheiten auf meist lokaler bzw. regionaler Ebene agieren als auch über technische und personelle Kontakte überregional vernetzt sein. Aufgrund ihres informellen Charakters sollen den Behörden weniger Angriffspunkte geboten werden, gegen die Kameradschaften vorzugehen. Obwohl Kameradschaften meistens keine oder nur geringe vereinsähnliche Strukturen aufweisen, sind sie durch eine verbindliche Verteilung von Funktionen dennoch deutlich strukturiert. Diese Gruppierungen werden durch die Bereitschaft gekennzeichnet, gemeinsam politische Arbeit zu leisten und neonazistisches Gedankengut zu verbreiten. Die Verfassungsschutzbehörden sprechen dann von einer neonazistischen „Kameradschaft“, wenn die jeweilige Gruppierung folgende Merkmale aufweist:

- ein abgegrenzter Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung,
- eine zumindest rudimentäre Struktur und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Grundorientierung.

Mehrere Gruppierungen versuchen, die Beschränkung auf einen lokalen Wirkungskreis auszugleichen, indem sie sich Aktionsbündnissen und -büros angliedern. Diese sollen dazu beitragen, die Mobilisierung zu verbessern und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Sie sind teilweise über Internetseiten vernetzt, werden aber – von Ausnahmen abgesehen – ihrem Koordinierungsanspruch nicht gerecht.

Jugendcliquen/Mischszene²⁷

Neben den beschriebenen Organisationsformen, die zumindest ansatzweise über Strukturen verfügen, sind Neonazis noch in anderen Szenen aktiv. Hierbei handelt es sich um Jugendcliquen bzw. Mischszenen, die kaum noch erkennbare Strukturen aufweisen und in denen die Übergänge zum Bereich der Skinheads fließend sind. Auch diese Jugendcliquen bezeichnen sich mitunter als „Kameradschaft“. Sie treffen sich überwiegend in Privatwohnungen und Gaststätten, an öffentlichen Plätzen, Garagenkomplexen usw. Deren Mitglieder weisen zwar meist eine rechtsextremistische Grundeinstellung auf. Im Vordergrund der Cliques stehen allerdings gemeinsame Freizeitaktivitäten, die insbesondere die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Skinheadkonzerten sowie gemeinschaftliche Aktionen ein-

²⁶ Siehe S. 50f.

²⁷ Siehe auch S. 16, 38

schließen. Meist weisen sie weder einen abgegrenzten Aktivistenstamm noch eine wenigstens ansatzweise vorhandene Struktur, die auch ein dauerhaftes Engagement fordert, auf. Mitunter fallen diese Cliques in der Öffentlichkeit durch ein provozierendes Verhalten auf, was meist mit Propagandadelikten, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen einhergeht.

4.3 Personenpotenzial und Ausdrucksformen des Neonazismus in Thüringen

4.3.1 Personenpotenzial

Im Berichtszeitraum nahm in Thüringen die Zahl der Neonazis von etwa 250 im Jahr 2004 auf 230 leicht ab. Diese Entwicklung ist u.a. darauf zurückzuführen, dass Neonazis in die NPD eintraten und sich nun vorwiegend in dieser Partei engagieren. Bundesweit stieg die Zahl der Neonazis hingegen von etwa 3.800 auf ca. 4.100 an.

Die Mehrheit der Thüringer Neonazis ist zwischen 18 und 24 Jahre alt; etwa 15 % der Angehörigen des neonazistischen Spektrums Thüringens sind weiblich. Auch Frauen organisieren rechtsextremistische Veranstaltungen oder melden sie gemeinsam mit anderen an. Darüber hinaus präsentieren sie sich im Internet als so genannte „Mädel“-Gruppierungen. Ein Beispiel hierfür bildet der „Mädelring Thüringen“ (MRT), der sich als „Zusammenschluss aktiver nationaler Sozialistinnen“ bezeichnet.

4.3.2 Das Verhältnis zwischen Thüringer Neonaziszene und NPD²⁸

In Thüringen arbeiten Neonazis und NPD schon seit Jahren offen zusammen. Eine enge Kooperation erfolgt insbesondere im Zusammenhang mit Veranstaltungen, die gemeinsam organisiert und durchgeführt werden. Viele Neonazis sind in der NPD aktiv. Etliche Mitglieder der NPD haben eine „Doppelfunktion“ inne: Einerseits agieren sie als Funktionäre der NPD, andererseits als Führungspersonen des neonazistischen Spektrums.

Im Berichtszeitraum vertieften sich die personellen und aktionistischen Verflechtungen zwischen den Neonazis und der NPD weiter. Diese Entwicklung spiegelt sich u.a. darin wider, dass der führende Neonazi Martin RÜHLEMANN aus Weimar die Funktion des Vorsitzenden des neugegründeten NPD-Kreisverbands Weimar-Weimarer Land übernahm und in den Landesvorstand der NPD gewählt wurde.

Inzwischen sind fast alle führenden Thüringer Neonazis, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der NPD beigetreten. Diese Entwicklung spiegelt auch die Zusammensetzung des Landesvorstands der NPD wider. Fast alle Mitglieder des Landesvorstands gehören Kreisverbänden an, die für eine Zusammenarbeit mit „Freien Nationalisten“ und Skinheads offen eintreten. Hieraus geht exemplarisch hervor, in welchem starken Maße führende Neonazis in Thüringen in die Strukturen der NPD integriert worden sind. Mit den führenden Neonazis dürften auch andere Neonazis in die NPD eingetreten sein.

Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes war im Internet in einem Aufruf unter dem Titel „Thüringer Wahlkampf – Erklärung freier und parteigebundener Kräfte der nationalen und sozialistischen Opposition in Thüringen“ appelliert worden, die NPD im Wahlkampf zu unterstützen. Denn die NPD habe die „Notwendigkeit eines parlamentarischen Kampfes“ erkannt, „welcher uns faktisch, und im bürokratischen Rahmen, politikfähig und in den Parlamenten des kapitalistisch-globalistischen BRD-Systems handlungsfähig macht“. Selbst die Gruppen und Einzelpersonen, die der Parteipolitik eher skeptisch gegenüberstünden, würden

²⁸ Siehe dazu auch S. 54f.

sehen, wie die „Synthese zwischen freien, radikalen Kräften des nationalen und sozialistischen Lagers und der parteipolitischen Arbeit des Thüringer Landesverbands der NPD“ funktionieren. Daraufhin halfen zahlreiche Neonazis der NPD, Informationsstände zu betreiben, Kundgebungen vorzubereiten und Plakate anzubringen.

4.3.3 Internet/Publikationen

Internet

Da im neonazistischen Spektrum feste Strukturen oft nicht vorhanden sind, kommt der Nutzung von klassischen und modernen Medien eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere das Internet wird intensiv eingesetzt, um sich selbst darzustellen, rechtsextremistische Ansichten zu verbreiten und Informationen weiterzugeben. Interessenten können über dieses Medium den Kontakt zu den „Freien Gruppen im Thüringer Widerstand“ aufnehmen. Die Websites von Gruppierungen in Jena sind besonders umfangreich; sie wurden auch häufig aktualisiert.²⁹

Publikationen

Obwohl Thüringer Rechtsextremisten elektronische Medien, wie das Internet, bevorzugt als Kommunikationsmittel einsetzen, werden auch selbst hergestellte Publikationen genutzt, um auf sich aufmerksam zu machen und Informationen zu verbreiten. Oft werden in ihren Artikeln rechtsextremistische Argumentationsmuster verwandt. Im Berichtszeitraum wurden in Thüringen sowohl vom neonazistischen Spektrum als auch von der NPD³⁰ mehr Publikationen und Flugblätter als in den Vorjahren hergestellt bzw. verteilt. Folgende Publikationen wurden vom neonazistischen Spektrum herausgegeben:

„Der Rennsteig Bote“

Am 30. April/1. Mai wurde in Hausbriefkästen in Gotha die erste Ausgabe der Zeitung „Der Rennsteig Bote“ aufgefunden, die auch im Internet abrufbar ist. Die Initiatoren der Publikation wollen ergänzend zu den „gleichgeschalteten Medien“ über „aktuelle Geschehnisse im Landkreis Gotha informieren und (mit) unabhängigen Informationen zu Politik, Wirtschaft, Geschichte und Kultur“ aus der Sicht der Szene aufklären. Die Zeitung, deren zweite und dritte Ausgabe in der zweiten Jahreshälfte erschienen sind, greift nicht nur regionale Themen auf, sondern verweist auch auf lokale Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene.

„Ilmkreis – National“

Im Rahmen des von der NPD am 11. Juni organisierten „Fests der Völker“³¹ wurde die Zeitschrift „Ilmkreis – National“ festgestellt, die sich als „nationaler Rundbrief für den Ilmkreis“ bezeichnet. Diese Zeitschrift, für die ein Arnstädter Rechtsextremist verantwortlich zeichnet, wird offensichtlich im „Eigendruckverfahren“ hergestellt und erscheint unregelmäßig. Die in der Zeitschrift behandelten Themen reichen von der germanischen Mythologie über das „Dritte Reich“ bis hin zu aktuellen Anlässen. In der Zeitschrift wurde auch die Gründung des Vereins „Nationalisten für Kinderrechte“³² erwähnt.

²⁹ Siehe S. 44ff.

³⁰ Siehe S. 55f.

³¹ Siehe S. 58.

³² Siehe S. 36

Publikation „[in‘vers]“

Am 9. und 10. November verteilten zwei Angehörige der „Kameradschaft Eisenach“ an Realschulen in Eisenach die rechtsextremistische Publikation „[in‘vers]“. Die Schülerzeitung wird von einem Dresdener Neonazi hergestellt und ist zur bundesweiten Verteilung bestimmt. In der Zeitung werden aktuelle Themen wie Umweltschutz, Drogenmissbrauch oder Globalisierungskritik aufgegriffen. Die Autoren vermeiden es weitgehend, rechtsextremistische Stereotype zu verwenden. Offensichtlich sollen potenzielle Leser nicht durch einen zu deutlichen Bezug zum Rechtstextremismus abgeschreckt werden. Die Zeitung enthält jedoch Werbeanzeigen für eine rechtsextremistische Publikation, die Adressen von einschlägigen Homepages sowie Kontaktanschriften neonazistischer Organisationen. Über die Zeitung sollen Kinder und Jugendliche an rechtsextremistisches Gedankengut herangeführt und für die Szene gewonnen werden.

4.4 Organisationsformen der Neonaziszene in Thüringen

4.4.1 Kameradschaften

Bundesweit bestehen etwa 160 Kameradschaften. In Thüringen waren im Berichtszeitraum die folgenden Kameradschaften aktiv:

„Kameradschaft Eisenach“

Früher:	„Sektion Eisenach des THS“/NSAW
Sitz:	Eisenach
Mitglieder:	ca. 20
Führungsperson:	Patrick WIESCHKE

Dieser Personenkreis, der ca. 20 Personen umfasst, ist das Relikt der früheren „Sektion Eisenach“ des ehemaligen „Thüringer Heimatschutzes“ (THS). Diese Sektion nannte sich früher auch „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW); diese Bezeichnung wird mitunter heute noch benutzt. Der Name „Kameradschaft Eisenach“ wird jedoch am häufigsten verwendet.

Die „Kameradschaft“ warb im Berichtszeitraum aktiv um neue Mitglieder, indem sie vor verschiedenen Schulen Eisenachs und in Wutha-Farnroda Flugblätter verteilte. Sie enthielten ausländerfeindliche Aussagen, waren mit „HEY IHR DA, MITMACHEN“ überschrieben und riefen Schüler und Jugendliche auf, in der „Kameradschaft“ mitzumachen. Die Flugblätter, für die im Sinne des Pressegesetzes Patrick WIESCHKE verantwortlich zeichnete, zogen u.a. folgendes Fazit: „Integration ist kaum bis gar nicht möglich, deshalb Ausländerrückführung! Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert, deshalb Schluss damit! Toleranz hat seine Grenzen, deshalb weg mit diesem Dogma! Übermäßig viele nichtdeutsche Schüler gefährden das Lernklima, deshalb Trennungen durchführen!“

Die „Kameradschaft Eisenach“ veranstaltete vor allem in der ersten Jahreshälfte zahlreiche „Montagsdemonstrationen“, die gegen die „Agenda 2010“ und die Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ gerichtet waren. Sie führte aber auch weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen durch. Sie richteten sich u.a. gegen die Forderung des Eisenacher Stadtrats, die „Kameradschaft Eisenach“ zu verbieten oder gegen den Castor-Transport durch Thüringen. Darüber hinaus or-

ganisierte dieser Personenkreis auch interne Veranstaltungen. So fanden sich am 20. April, an HITLERS Geburtstag, neben WIESCHKE weitere 15 Anhänger der „Kameradschaft Eisenach“ zu einer „Geburtstagsfeier“ in Eisenach zusammen. Als ein Vortrag über den „Führer“ angekündigt wurde, löste die Polizei die Veranstaltung auf. Sie nahm die Anwesenden vorläufig fest und stellte umfangreiches Propagandamaterial, CDs und Videokassetten sicher.

In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni feierten Angehörige der „Kameradschaft Eisenach“ in der Nähe von Eisenach die Sommersonnenwende, in deren Verlauf es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen WIESCHKE und einem weiteren Angehörigen der Kameradschaft kam. Das Amtsgericht Eisenach erließ daraufhin gegen WIESCHKE einen Haftbefehl und verurteilte ihn im Dezember zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten, die vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Patrick WIESCHKE ist einer der aktivsten Thüringer Neonazis. Der ehemalige Funktionär der NPD und frühere stellvertretende Landesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Thüringen führte die „Sektion Eisenach“ des THS an. Seit seiner Entlassung aus der Haft im Mai 2004 hat er seine Aktivitäten innerhalb der rechtsextremistischen Szene wieder aufgenommen. Er beteiligte sich regelmäßig an rechtsextremistischen Veranstaltungen, die er oft anmeldete oder leitete. Nachdem WIESCHKE im Juni vorläufig festgenommen worden war, gingen die Aktivitäten der „Kameradschaft Eisenach“ deutlich zurück. Er durfte die Stadt Eisenach und den Wartburgkreis nach seiner Entlassung im August infolge von Auflagen nicht betreten.

„Kameradenkreis“ um Thorsten HEISE

auch:	„Kameradschaft Northeim“
Sitz:	Fretterode
Mitglieder:	ca. 20
Führungsperson:	Thorsten HEISE

Die „Kameradschaft Northeim“ wurde 1995 vom Neonazi Thorsten HEISE gegründet. Seit er im Oktober 2002 von Niedersachsen nach Fretterode umgezogen ist, finden auf seinem Anwesen wöchentlich „Kameradschaftsabende“ statt, an denen in der Regel 15 bis 20 Personen teilnehmen. Über HEISE unterhält der „Kameradenkreis“ Kontakte zu Rechtsextremisten in anderen Bundesländern. Die Angehörigen des „Kameradenkreises“ nehmen an szenetypischen Veranstaltungen vor allem außerhalb Thüringens teil. Im Freistaat wurden bisher keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen des „Kameradenkreises“ bekannt.

HEISE zählt zu den bekanntesten deutschen Neonazis. Er war Landesvorsitzender der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) in Niedersachsen, die bis zu ihrem Verbot im Jahre 1995 über ein Jahrzehnt eine der auffälligsten Neonazi-Organisationen in der Bundesrepublik darstellte. HEISE betreibt – wie erwähnt³³ – einen Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel und Militärkleidung. Mit seinem Vertrieb sowie einem Online-Fanzine ist er auch im Internet aktiv.

Nachdem die Führung der NPD „Volksfront statt Gruppenegoismus“ propagiert hatte, trat HEISE mit zwei weiteren bundesweit agierenden Protagonisten der Neonaziszene im September 2004 in die NPD ein. Bald darauf wurde er in den Bundesvorstand gewählt. HEISE soll auf Bundesebene die Zusammenarbeit zwischen der NPD und „freien Kräften“ intensivie-

³³ Siehe S. 25

ren. HEISEs Wahl in den Bundesvorstand erhöhte auch die Akzeptanz des Landesverbands Thüringen im neonazistischen Spektrum. Seit Mai gehört HEISE ebenfalls dem Landesvorstand an.³⁴ Er kandidierte im September sowohl auf der Landesliste der NPD als auch als deren Direktkandidat im Wahlkreis Eichsfeld/Nordhausen/Unstrut-Hainich-Kreis I für die Bundestagswahl. Er erzielte 3,3 % der Erststimmen (5.134).

„Nationaler Widerstand Weimar“/„Braune Aktionsfront Thüringen, Sektion Weimar“ (NWW/B.A.F.)

Sitz:	Region Weimar
Mitglieder:	ca. 20
Führungsperson:	u.a. Martin RÜHLEMANN

Weimar bildete im Berichtszeitraum wiederum einen Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten. Zahlreiche Aktionen gingen von der Gruppierung „Nationaler Widerstand Weimar“/„Braune Aktionsfront Thüringen, Sektion Weimar“ (NWW/B.A.F.) aus, die seit etwa zwei Jahren aktiv ist. Nach eigenen Angaben soll es sich mittlerweile um zwei verschiedene Gruppen handeln, die jedoch miteinander zusammenarbeiten. Sowohl die B.A.F. als auch der NWW betrieben eigene Websites, auf der sie ihre Ansichten wiedergeben, gegen das politische System der Bundesrepublik agitieren und für Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums werben.

Angehörige der B.A.F. verteilten 2005 mehrfach Flugblätter, die unter dem Titel „Deutsche Arbeiter der Faust und der Stirn – steht auf und leistet aktiven Widerstand!“ standen und sich gegen die „Agenda 2010“ und die Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ richteten. Die Verfasser bekennen sich darin u.a. zum Prinzip der „Volksgemeinschaft“, das ein zentrales Element der rechtsextremistischen Weltanschauung bildet. Sie streben einen „Nationalen Sozialismus“ an, „der fern von Globalisierungsideen und Vermarktung des Sozialstaates ein klares Ziel zum Wohle aller Deutschen vor Augen hat“. Mitte November wurden mehrere Flugblätter aufgefunden, die unter dem Titel „Die so genannte ‚Reichskristallnacht‘ vom 9. November 1938 – Die wahre Geschichte“ antisemitische und revisionistische Ansichten verbreiteten und der B.A.F. zuzurechnen sind.

Die Gedenkveranstaltungen, die am 9. und 10. April in Weimar anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald stattfanden, nahmen am 9. April ca. 30 Anhänger der B.A.F. zum Anlass, einen „Nationalen Wandertag“ durch die Stadt zu organisieren. Mit dieser Aktion knüpfte die B.A.F. an die drei so genannten „Nationalen Stadtrundgänge“ des vergangenen Jahres an, die eigener Darstellung nach der Besichtigung der „unzähligen deutschen Kulturgüter“ in Weimar und der „Weiterbildung“ gedient hätten. In Wirklichkeit zielten sie jedoch darauf ab, die politischen Gegner und die Polizeibeamten – die von den Veranstaltern als „Systemknechte“ diffamiert wurden – zu provozieren.

Der Weimarer Neonazi Martin RÜHLEMANN zählt zu den Führungspersonen der B.A.F. und verfügt zudem über gute Kontakte in die Skinheadszene; mehrmals nahm er an Skinheadkonzerten teil. Im Mai übernahm er den Vorsitz des neu gebildeten NPD-Kreisverbands Weimar-Weimarer Land. RÜHLEMANN kandidierte in diesem Jahr auf der Landesliste der NPD für den Bundestag. Im Wahlkampf trug er für den organisatorischen Ablauf zahlreicher Informationsstände der NPD die Verantwortung. RÜHLEMANN ist bereits u.a. mit Propa-

³⁴ Siehe S. 53

gandadelikten (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen – § 86a StGB) strafrechtlich in Erscheinung getreten.

„Bürgerinitiative Altenburger Land“/„Nationale Sozialisten Altenburger Land“/„Initiative – Meinungsfreiheit auch für Deutsche“

Sitz:	Region Altenburg
Mitglieder:	etwa 15
Führungsperson:	u.a. Thomas GERLACH

Eine neue neonazistische Gruppierung stellt die „Bürgerinitiative Altenburger Land“ dar, die auch unter den Bezeichnungen „Nationale Sozialisten Altenburger Land“, „Bürgerinitiative Schöner Wohnen Altenburger Land“ oder „Initiative – Meinungsfreiheit auch für Deutsche“ agiert. Sie trat 2005 erstmals in Erscheinung. Diese Gruppierung beteiligte sich in Altenburg unter dem Motto „Nur Nationaler Sozialismus schafft Arbeit und soziale Gerechtigkeit!“ an den „Montagsdemonstrationen“ und führte eigene Veranstaltungen durch.

Am 17. August fand in Altenburg unter dem Motto „Meinungsfreiheit schützen – gegen Polizeiwillkür“ eine Demonstration statt, an der sich ca. 170 Angehörige der rechtsextremistischen Szene beteiligten. Als Veranstaltungsleiter fungierte der Rechtsextremist Thomas GERLACH, der die Demonstration für die „Initiative – Meinungsfreiheit auch für Deutsche“ angemeldet hatte. Während der Demonstration traten der Vorsitzende des Kreisverbands Erfurt-Gotha der NPD, Michael BURKERT, der bundesweit bekannte Hamburger Neonazi Christian WORCH, der Neonazi Axel REITZ aus Nordrhein-Westfalen sowie der Rechtsextremist Stefan WAGNER aus Sachsen als Redner auf. Mit der Veranstaltung wollte die rechtsextremistische Szene an einen Neonazi erinnern, der in der Nacht vom 16. zum 17. August 2004 in Altenburg Plakate angebracht hatte, die sich auf den Todestag von Rudolf HEß bezogen. Während der vorläufigen Festnahme wurde der Neonazi durch einen Schuss, der sich aus der Dienstpistole eines Polizeibeamten gelöst hatte, verletzt. An der Demonstration, die unmittelbar nach dem Zwischenfall spontan am 17. August 2004 veranstaltet wurde, hatten sich mit etwa 250 Rechtsextremisten weit mehr Personen beteiligt als an der Demonstration am 17. August 2005.

Der langjährige Rechtsextremist Thomas GERLACH aus dem Raum Altenburg wird der organisierten Neonazi- sowie der Skinheadszenen zugerechnet. Mehrfach beging er Propagandadelikte und Körperverletzungen. Die „Bürgerinitiative Altenburger Land“ begann Aktivitäten zu initiieren, nachdem GERLACH am 4. Oktober 2004 aus der Haft entlassen worden war. Er hatte wegen schwerer Körperverletzung eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt.

4.4.2 Vereine

Bundesweit bestehen zahlreiche rechtsextremistische Vereine, die unterschiedliche Ziele verfolgen und historische, politische oder gesellschaftliche Themen aufgreifen. Viele von ihnen sind in das Vereinsregister eingetragen. Im Berichtszeitraum gründeten auch Thüringer Rechtsextremisten Vereine oder entfalteten entsprechende Aktivitäten. Sowohl der „Toringi-Verein zur Thüringer Brauchtumpflege e.V.“ als auch der Verein „Nationalisten für Kinderrechte“ dürften Versuche lokaler Rechtsextremisten darstellen, um zu erkunden, inwieweit es ihnen die Gründung von Vereinen erleichtert, Räume zu mieten oder ihre wirklichen Ziele zu verschleiern. Sollten diese Initiativen erfolglos enden, werden die verantwortlichen Rechtsextremisten vermutlich auch wieder in anderen Personenzusammenschlüssen – wie der NPD und „Freien Kameradschaften“ – oder als Privatpersonen Aktivitäten entfalten.

„Toringi-Verein zur Thüringer Brauchtumpflege e.V.“

Der „Toringi-Verein“, dessen Sitz sich in Gotha befindet, wurde im Oktober 2004 gegründet und im Februar 2005 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Gotha eingetragen. Der Verein, der in Gotha für mehrere Jahre eine Vereinsgaststätte gepachtet hat, verfügte 2005 über 30 bis 40 Mitglieder. Unter seinen Mitgliedern, auch denen des Vorstands, befinden sich zahlreiche Rechtsextremisten aus der Neonazi- und der Skinheadszone.

Laut Satzung dient der Verein angeblich dem Zweck, „Kultur und Brauchtum“ zu pflegen. Dieses Ziel soll vornehmlich durch internationalen Jugendaustausch, Brauchtums- und Denkmalpflege sowie die Pflege des Heimatgedankens verwirklicht werden. Eigener Darstellung nach verfolgt der Verein „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.“ Vereinsaktivitäten i.S.d. Satzung wurden nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand indes nicht entwickelt. Stattdessen führten Mitglieder des Vereins in dessen Räumen zahlreiche rechtsextremistische Veranstaltungen durch, darunter mehrere Skinheadkonzerte. Zudem kam es im Verein und dessen Umfeld wiederholt zu strafbaren Handlungen.

Der Verein dient anscheinend lediglich der Absicht, seinen Mitgliedern sowie anderen Rechtsextremisten in den Vereinsräumen die Gelegenheit zu bieten, rechtsextremistische und „gesellschaftliche“ Aktivitäten zu entfalten. Die in der Satzung formulierten Ziele sind offenbar vorgeschoben. Man muss nicht Mitglied des Vereins sein, um an dessen Veranstaltungen teilzunehmen. Viele Personen, die sich an Aktivitäten in den Vereinsräumen beteiligten, reisten überregional an.

Verein „Nationalisten für Kinderrechte“

Auf die Gründung des Vereins wurde in der rechtsextremistischen Zeitschrift „Ilmkreis – National“³⁵ hingewiesen. Wie aus der Website des Vereins hervorgeht, hat er im März seine Arbeit aufgenommen, die laut Satzung dem „Schutz der Kinder in Deutschland“ und dem „aktiven Schutz deutscher Kinder und deutscher Kultur“ dienen soll. Die Vorstandsmitglieder gehören der Neonazi- und Skinheadszone Arnstadts an.

Der Verein führte 2005 zwei demonstrative Aktionen in Eisenach und Arnstadt durch: Am 8. Oktober organisierte er mit anderen in Eisenach eine Demonstration, der sich etwa 250 Rechtsextremisten anschlossen. Am 26. November führte er eine Kundgebung in Arnstadt durch, an der ca. 70 Angehörige der rechtsextremistischen Szene teilnahmen.³⁶

Auch bei diesem Verein liegen tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vor. Hierauf deuten die bislang durchgeführten Veranstaltungen, die Herkunft der Initiatoren und Sympathisanten des Vereins sowie die Satzung hin, die auf eine „Volksgemeinschaft“ abhebt und sich auf „deutsche Kinder“ beschränkt. Die Initiatoren des Vereins dürften mit ihren Aktionen in erster Linie das Ziel verfolgen, in der Bevölkerung Sympathien für den Verein zu wecken.

³⁵ Siehe S. 31

³⁶ Siehe über diese beiden Veranstaltungen und den Verein auch S. 43

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

Gründungsjahr:	1979
Sitz:	Frankfurt am Main
Mitglieder:	bundesweit ca. 600 Thüringen etwa 10
Publikation:	„Nachrichten der HNG“

Die HNG stellt die mitgliederstärkste neonazistische Organisation in Deutschland dar, die bundesweit agiert. Sie zählt etwa 600 Mitglieder, von denen ca. 10 aus Thüringen stammen. Ihre Hauptaufgabe sieht die HNG darin, „nationale Gefangene“ nach deren Haftentlassung zu betreuen, um sie der rechtsextremistischen Szene zu erhalten. Ein Großteil der Mitglieder der HNG gehört noch anderen rechtsextremistischen Organisationen an. Infolgedessen stellt die HNG ein Bindeglied innerhalb der zersplitterten neonazistischen Szene dar, deren Bedeutung für die Szene mittlerweile jedoch nachgelassen hat. Sie gibt monatlich die Publikation „Nachrichten der HNG“ mit einer Auflage von etwa 700 Exemplaren heraus. In der Publikation soll anhand von Berichten über „Repressionen“ gegenüber „nationalen Gefangenen“ im Justizvollzug die angebliche politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert werden.

4.4.3 Sonstige

Neben den aufgeführten Gruppierungen bestehen in Thüringen weitere lockere Personenzusammenschlüsse, von denen rechtsextremistische Aktivitäten ausgehen.

„Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“ in Jena-Lobeda

In der „Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“ in Jena-Lobeda, einem von den Thüringer Rechtsextremisten Maximilian LEMKE, Ralf WOHLLEBEN und Andre KAPKE bewohnten Gebäude, fanden auch im Berichtszeitraum mehrere Veranstaltungen statt.

Die Räumlichkeiten werden von der rechtsextremistischen Szene Thüringens und anderer Bundesländer für Vortragsabende, Kameradschaftstreffen, Schulungen oder Liederabende genutzt. Das von den Bewohnern selbst als „Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“ bezeichnete Objekt dient der Szene darüber hinaus als Anlaufstelle für ihre Anhänger und soll damit ihrer Zersplitterung entgegenwirken. Auch die Thüringer NPD nutzte 2005 abermals das Gebäude, das dem Kreisverband Jena als Geschäftsstelle dient. Am 10. Juli wurde hier ein Stützpunkt der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) gegründet. Die „Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“ veranschaulicht, wie eng die NPD und die Neonaziszene in Thüringen miteinander vernetzt sind.

Ralf WOHLLEBEN fungiert als Vorsitzender des Kreisverbands Jena und stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands Thüringen der NPD. Gleichzeitig zählt er zu den führenden Neonazis im Freistaat. WOHLLEBEN entfaltet nicht nur in der NPD Aktivitäten, sondern initiierte auch zahlreiche Veranstaltungen des neonazistischen Spektrums. Seit der Kommunalwahl im Juni 2004 gehört er dem Ortschaftsrat von Jena-Lobeda an. In demselben Jahr trat er auf dem ersten Platz der Landesliste der NPD zur Landtagswahl an. Im Berichtszeitraum bewarb er sich auf dem dritten Platz der Landesliste der NPD und als deren Direktkandidat im

Wahlkreis Greiz/Altenburger Land um ein Bundestagsmandat. WOHLLEBEN erhielt 4,5 % der Erststimmen (6.406).

Rechtsextremistische Jugendcliquen³⁷

Weitere rechtsextremistische Aktivitäten gehen in Thüringen von einzelnen, regional agierenden Aktivisten aus, die für Veranstaltungen ein bestimmtes Personenpotenzial aus ihrem Umfeld mobilisieren können. Im Internet, auf Transparenten und Flugblättern erscheinen immer wieder Bezeichnungen von Kameradschaften wie „Nationaler Widerstand Sömmerda“, „Kameradschaft Apolda“ bzw. „Braune Aktionsfront Thüringen, Sektion Apolda“, „Zukunft – Perspektive – Heimat Bad Salzungen“ (ZPH), „Freie Kameradschaft Ilmkreis“, „Kameradschaft Zella-Mehlis“ oder „Kameradschaft Blankenhain“. Kameradschaften im engeren Sinne stellen sie jedoch nicht dar, da es ihnen meist an Merkmalen fehlt, die eine Kameradschaft charakterisieren. Sie verfügen weder über einen abgegrenzten Aktivistenstamm noch über eine zumindest rudimentäre Struktur, noch über Mitglieder, die zu gemeinsamer politischer Arbeit bereit sind. Einige Gruppierungen sind mitunter rein fiktiver Natur, andere Gruppierungen von nur geringer Lebensdauer. Sie stehen und fallen mit dem Engagement und der Überzeugungskraft ihres jeweiligen Wortführers.

4.5 Aktivitäten der Neonaziszene

Im Berichtszeitraum führten Neonazis ungefähr ebenso viele Demonstrationen durch wie 2004. Deren Mehrzahl bildeten zahlreiche kleinere Protestaktionen, die sich gegen die Sozial- und Arbeitsmarktreformen richteten; an ihnen wirkten meist nicht mehr als 20 Personen mit. An vielen Demonstrationen nahm im Wesentlichen derselbe Personenkreis teil. Für Neonazis ist es oft unerheblich, ob Demonstrationen von „Freien Nationalisten“ oder der NPD angemeldet werden. Das neonazistische Spektrum neigt in starkem Maße dem Aktionismus zu, was sich in einer hohen Demonstrationsbereitschaft seiner Anhänger äußert. Neonazis nehmen mitunter eine weite Anreise auf sich, um an Demonstrationen Gleichgesinnter im gesamten Bundesgebiet teilzunehmen (sog. „Demo-Tourismus“). Demonstrationen bilden ein wichtiges Bindeglied in der ansonsten recht schwach strukturierten Neonaziszene und vermitteln den Neonazis ein Gemeinschaftsgefühl. Das Motto der Veranstaltung ist für sie von untergeordneter Bedeutung.

Die Veranstaltungen, die häufig mit Auflagen versehen wurden, verliefen überwiegend störungsfrei. Wenn Straftaten begangen wurden, fielen sie größtenteils in den Bereich der Propagandadelikte. Außer Neonazis nahmen auch Skinheads an den Veranstaltungen teil. Sie bilden nach wie vor ein Mobilisierungspotenzial für Demonstrationen, die sowohl von der NPD als auch von den Neonazis ausgerichtet werden.

Zunehmend ist Rechtsextremisten daran gelegen, einen „besseren Eindruck“ als früher zu erwecken, wenn sie öffentliche Veranstaltungen durchführen. Protagonisten der rechtsextremistischen Szene Thüringens verfassten für diesen Zweck zu Beginn des Jahres unter dem Titel „Verhaltens- und Bekleidungsregeln für öffentliche Veranstaltungen des nationalen Widerstandes in Thüringen“ einen Auflagenkatalog, der im Internet abgerufen werden kann. Er schreibt vor, wie sich Neonazis in Bus oder Bahn verhalten, wie sie mit Alkohol und Zigaretten umgehen, sich kleiden oder mit Medien- und Pressevertretern, Störern und Angehörigen der „Antifa“ umgehen sollen. Wirkung scheinen vor allem die Bekleidungs Vorschriften zu zeigen. So treten auch bei Demonstrationen in Thüringen nur noch selten, wie in den 90er Jahren, Neonazis auf, die Glatze, Springerstiefel und Bomberjacke tragen. Vielmehr ziehen

³⁷ Siehe S. 16, 29f.

sich die Teilnehmer wie „normale Jugendliche“ an. Sie tragen auch Markenkleidung, die unter Jugendlichen „angesagt“ ist.

Veranstaltungen mit Bezug auf historische Daten

Der „Terminkalender“ der Neonazis enthält Daten, an denen die Durchführung von Demonstrationen fest eingeplant ist. Zu ihnen zählen der „Führergeburtstag“ am 20. April, der „Tag der Arbeit“ am 1. Mai, der Todestag von Rudolf HEß am 17. August und der „Heldengedenktag“ (Volkstrauertag), der im November begangen wird. Entsprechende Veranstaltungen fanden sowohl bundesweit als auch in Thüringen statt. Andere Daten, wie der Tag der „bedingungslosen Kapitulation“ am 8. Mai oder die „Reichspogromnacht“ am 9. November, werden sporadisch aufgegriffen. Die folgenden Veranstaltungen waren am wichtigsten:

Rechtsextremisten erinnern an 60. Jahrestag der Bombardierung deutscher Städte

Anlässlich des 60. Jahrestags der Bombardierung Magdeburgs durch alliierte Luftstreitkräfte am 16. Januar 1945 führten rund 1.000 Rechtsextremisten, auch aus Thüringen, am 15. Januar eine als „Trauermarsch“ bezeichnete Demonstration in Magdeburg durch. Bei der Veranstaltung traten neben dem langjährig aktiven Hamburger Rechtsextremisten und Rechtsanwalt Jürgen RIEGER auch die bundesweit bekannten Neonazis Thomas WULFF, Thorsten HEISE und Peter NAUMANN als Redner auf. Sie verharmlosten das NS-Regime und relativierten in revisionistischer Absicht den Völkermord an den europäischen Juden, indem sie den Begriff „Holocaust“ auf die Luftangriffe der Alliierten anwendeten.

Am 2. April führten die Neonazis Sebastian REICHE und Christian REBENSTOCK unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge – Wir feiern nicht! Wir klagen an!“ in Gotha eine Mahnwache durch, an der etwa 20 Rechtsextremisten mitwirkten. Unter ihnen befand sich auch der Vorsitzende des Kreisverbands Gotha-Erfurt der NPD, Michael BURKERT. Im Internet behauptete die rechtsextremistische Szene, „mit dieser symbolischen Mahnwache ein deutliches Zeichen gegen 60 Jahre Befreiungslüge und Schuld kult gesetzt (zu) haben“. Von der Szene im Internet eingestellte Fotos der Veranstaltung bildeten Transparente ab, die mit Parolen wie „Die Mörder machen weiter! Seit 60 Jahren ungesühnt. Anglo-Amerikanischer Bombenholocaust“ versehen sind.

Veranstaltungen zum 1. Mai

Traditionell war der 1. Mai der „Internationale Kampftag“ der Arbeiterbewegung. Die Nationalsozialisten führten den „Tag der nationalen Arbeit“ als gesetzlichen Feiertag ein und missbrauchten ihn für ihre Massenkundgebungen. Rechtsextremisten knüpfen an diese Tradition an und gehen an diesem Tag auf die Straße, um ihre Leitgedanken zu verbreiten. In Leipzig beteiligten sich an einer Demonstration, die der Hamburger Neonazi Christian WORCH initiiert hatte, ca. 800 Rechtsextremisten. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Rechtsextremisten aus Thüringen.

Veranstaltungen zum 8. Mai

Die „bedingungslose Kapitulation“ der deutschen Wehrmacht am 7. bzw. 8. Mai 1945 sieht die rechtsextremistische Szene als „Tag der Schande und Niederlage“ an.

Am 4. und 6. Mai fanden in Gotha und Eisenach Kundgebungen statt, die unter den Leitsprüchen „8. Mai – Das war keine Befreiung“ und „8. Mai – Tag der Befreiung von Ehre, Leben,

Hab und Gut“ standen. Beide Aktionen, an denen etwa 40 bzw. 10 Personen teilnahmen, waren von dem Neonazi Patrick WIESCHKE initiiert worden.

Am 7. Mai verhinderte die Polizei in Haarhausen bei Arnstadt einen Aufmarsch von etwa 40 Rechtsextremisten vor der Gedenkstätte für die Opfer des Ersten Weltkriegs, wo eine „Heldengedenkveranstaltung“ stattfinden sollte. Die Teilnehmer trugen u.a. Kränze mit sich, deren Schleifen mit Aufschriften wie „Kampfbund Mitteldeutschland“ und „8. Mai die Entwürdigung des deutschen Volkes“ versehen waren.

Darüber hinaus wurden in zahlreichen Städten und Gemeinden Thüringens Flugblätter aufgefunden, deren Titel „8. Mai 1945 – Und sie lügen 60 Jahre“ und „8. Mai 1945 – Der Tag als Deutschland starb“ lauteten.

Gedenkveranstaltungen zum 18. Todestag von Rudolf HEß

Die Gedenkveranstaltung für Rudolf HEß hat im neonazistischen Ereigniskalender eine herausragende Bedeutung erlangt. Als Stellvertreter HITLERs in Parteiangelegenheiten war HEß in führenden Funktionen daran beteiligt, den totalitären nationalsozialistischen Führerstaat aufzubauen und dessen Politik durchzusetzen. Der internationale Militärgerichtshof in Nürnberg verurteilte HEß 1946 zu lebenslanger Haft, nachdem er ihn des Verbrechens gegen den Frieden für schuldig befunden hatte. HEß beging 1987 im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau Selbstmord. HEß wurde von rechtsextremistischen Kreisen zum „Märtyrer des Friedens“ stilisiert und avancierte nicht nur unter deutschen Rechtsextremisten zur Symbolfigur.

Die zentrale Gedenkveranstaltung für HEß sollte wie in den Vorjahren in Wunsiedel – wo HEß bestattet worden ist – stattfinden. Auf der Grundlage des neu gefassten § 130 Abs. 4 StGB wurde sie jedoch verboten. Die vom Veranstalter eingelegten Rechtsbehelfe führten nicht zum Erfolg. Trotz des Verbots mobilisierte die rechtsextremistische Szene weiterhin für den 20. August. Sie verzichtete jedoch darauf, einen Bezug zu HEß herzustellen, und thematisierte den § 130 StGB (Volksverhetzung). Von den zunächst in Jena, Karlsruhe, Magdeburg, Nürnberg und Berlin geplanten Ersatzveranstaltungen fanden lediglich in den beiden zuletzt genannten Städten Kundgebungen statt.

In Nürnberg schlossen sich ca. 350 Rechtsextremisten einer Veranstaltung an, welche die NPD unter dem Motto „Arbeit für Deutsche – keine Stimme den Kriegsparteien“ initiiert hatte. In Berlin beteiligten sich rund 600 Rechtsextremisten an einer Demonstration, die ein Neonazi unter dem Leitspruch „Meinungsfreiheit für alle – Paragraph 130 abschaffen“ angemeldet hatte. Nachdem eine Demonstration in Magdeburg kurzfristig verboten worden war, fanden zwei weitere Spontanveranstaltungen statt: In Peine/Niedersachsen demonstrierten ca. 500 Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen und Hessen. In Weißenfels/Sachsen-Anhalt marschierten neben anderen Rechtsextremisten etwa 170 Rechtsextremisten aus Thüringen auf, die sich mit Bussen, u.a. aus Arnstadt, Eisenach und Jena, sowie mehreren Pkw auf dem Weg nach Magdeburg befanden. Nachdem sie nach Thüringen zurückgekehrt waren, unterband die Polizei in Arnstadt eine Spontandemonstration, an der sich etwa 80 Personen beteiligen wollten.

Die Gedenkveranstaltung in Wunsiedel hatte sich zur bedeutendsten Veranstaltung des rechtsextremistischen Lagers – insbesondere des neonazistischen Spektrums – in Deutschland entwickelt. Nachdem sich 2001 etwa 800 Rechtsextremisten an dem Aufmarsch beteiligt hatten, stieg deren Anzahl von rund 2.500 im Jahr 2002 über etwa 2.600 im Jahr danach auf ca.

3.800 im Jahr 2004 an. Jahr für Jahr haben auch Rechtsextremisten aus Thüringen dieses Großereignis besucht. Da die Veranstaltung in Wunsiedel verboten worden war, fiel 2005 die Mobilisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene weit schwächer aus als in den Jahren zuvor. Bundesweit nahmen 2005 an den Veranstaltungen, die anlässlich des Todestages von HEß stattfanden, ca. 2.000 Rechtsextremisten teil.

Sollte das BVerfG die Verfassungsmäßigkeit des § 130 Abs. 4 StGB feststellen und die Verbotsvorgabe des Landratsamts Wunsiedel bestätigen, werden „Heß-Gedenkveranstaltungen“ wahrscheinlich künftig auf sicherer Rechtsgrundlage verboten werden können. Eine der Großveranstaltungen, die für das rechtsextremistische Spektrum in den letzten Jahren von herausragender Bedeutung war und Identität gestiftet hat, könnte dann dauerhaft verhindert werden. In diesem Fall muss jedoch damit gerechnet werden, dass sich andere rechtsextremistische Demonstrationen zu Großveranstaltungen entwickeln.

Aktivitäten im Zusammenhang mit der „Reichskristallnacht“

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstörten nationalsozialistische Trupps in einem barbarischen Terrorakt jüdische Wohn- und Geschäftshäuser, Friedhöfe und Synagogen. Im Verlauf des Pogroms, der als „Reichskristallnacht“ in die Geschichte eingegangen ist, wurden etwa 100 Personen umgebracht und an die 30.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt.

Am 9. November wollten Anhänger der NPD und der rechtsextremistischen „Braunen Aktionsfront Thüringen, Sektion Weimar“ (B.A.F.) in Weimar eine Veranstaltung durchführen, an die sich ein Marsch durch die Innenstadt anschließen sollte. Die Stadt Weimar verbot die Veranstaltung, die zuvor nicht angemeldet worden war. Die Polizei stellte die Identität von 62 Personen fest und sprach zahlreiche Platzverweise aus.

Gedenkveranstaltungen von Rechtsextremisten zum Volkstrauertag

Der Volkstrauertag ist in der Bundesrepublik Deutschland seit 1952 ein nationaler Trauertag, um der Opfer beider Weltkriege und des Nationalsozialismus zu gedenken. Der Volkstrauertag knüpft an den Gedenktag für die Toten des Ersten Weltkriegs an, der während der Weimarer Republik eingeführt, von den Nationalsozialisten jedoch in „Heldengedenktag“ umbenannt und zum offiziellen Staatsfeiertag erklärt wurde. Der Volkstrauertag wird vom rechtsextremistischen Spektrum mit dem Ziel missbraucht, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft im revisionistischen Sinne von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu entlasten und die Wehrmacht zu glorifizieren. Im Jahr 2005 fiel der Volkstrauertag auf den 13. November.

Die zentrale Veranstaltung zum „Heldengedenken“ findet seit Jahren in Halbe/Brandenburg statt. In der Nähe des Ortes fand im April 1945 die letzte große Kesselschlacht des Zweiten Weltkrieges zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee statt. Der Soldatenfriedhof in Halbe stellt die größte Kriegsgräberstätte des Zweiten Weltkriegs in Deutschland dar. Der Ort ist deshalb vor allem für Neonazis von großer symbolischer Bedeutung.

In den 90er Jahren haben Rechtsextremisten regelmäßig den Versuch unternommen, den Soldatenfriedhof in Halbe für derartige Gedenkveranstaltungen zu instrumentalisieren. Was 1990 und 1991 mit zahlreicher Beteiligung von nationalen und internationalen Rechtsextremisten gelang, wurde in den folgenden Jahren durch Versammlungsverbote und Großeinsätze der Polizei wirksam verhindert. Von 1997 bis 2001 verzichteten Rechtsextremisten darauf, eine Gedenkveranstaltung in Halbe ernsthaft anzumelden. Im Jahre 2003 marschierten in Halbe

erstmalig nach zehn Jahren wieder etwa 630 Rechtsextremisten aus der gesamten Bundesrepublik auf. Im Jahr 2004 demonstrierten vor dem Soldatenfriedhof sogar etwa 1.600 Rechtsextremisten.

Am 12. November fand in Halbe unter dem Motto „Ruhm ist: mitgedacht zu werden, wenn an ein ganzes Volk gedacht wird“ das so genannte „Zentrale Heldengedenken“ statt, an dem sich ca. 1.700 Angehörige der rechtsextremistischen Szene aus der gesamten Bundesrepublik beteiligten. Die Veranstaltung war vom „Freundeskreis Halbe“, zu dessen Mitgliedern auch Rechtsextremisten aus Thüringen gehören, organisiert worden. Als Redner traten u.a. der Hamburger Neonazi Christian WORCH und der Rechtsextremist Otto RIEHS auf. Die Demonstration konnte nicht wie geplant durchgeführt werden, weil etwa 1.000 Gegendemonstranten die Marschstrecke blockierten.

Obwohl die Anzahl der Teilnehmer erneut angestiegen war, dürften die Initiatoren mit weit mehr Demonstranten gerechnet haben, da die zentrale Gedenkveranstaltung für Rudolf HEß im August in Wunsiedel verboten worden und somit einer der wichtigsten überregionalen Veranstaltungen des aktionsorientierten neonazistischen Spektrums ausgefallen war.

Rechtsextremisten traten organisationsübergreifend in vielen Orten Thüringens auf, um den Volkstrauertag in ihrem Sinne umzudeuten. Die größte Veranstaltung fand am 13. November in Friedrichroda statt. Die Veranstaltung, die der Vorsitzende des Kreisverbands Erfurt-Gotha der NPD und Neonazi Michael BURKERT als Privatperson angemeldet hatte, zog etwa 120 Teilnehmer an, die nur zu einem geringen Teil der örtlichen Szene angehören. Am selben Tag richtete der bekannte Rechtsextremist Karl-Heinz GEYER – wie in den Jahren zuvor – am Soldatengrab auf der Schmücke bei Oberhof eine Gedenkveranstaltung aus, an der etwa 45 Angehörige der rechtsextremistischen Szene teilnahmen. BURKERT und Kurt HOPPE, der Vorsitzende des Landesverbands der „Deutschen Partei“ (DP), traten auf der Schmücke ebenso als Redner auf wie in Friedrichroda.

Veranstaltungen mit Bezug auf aktuelle Themen

Neonazis greifen außer historischen Daten auch Gegenwartsthemen auf, um sie in ihrem Sinne zu deuten und ihre Ansichten der Bevölkerung nahe zu bringen. Mit der Taktik, soziale oder lokalpolitische Themen aufzugreifen, verfolgen Rechtsextremisten das Ziel, das politische System der Bundesrepublik im Ganzen anzugreifen und sich als „Speerspitze“ des „Volkszorns“ zu etablieren. Sie versuchen, die Ängste jener in der Bevölkerung, die von den Reformen und sonstigen Entscheidungen in Bund, Ländern oder Kommunen Nachteile befürchten, für ihre politischen Absichten zu instrumentalisieren und sich als politische Alternative zum „herrschenden System“ anzubieten. Rechtsextremisten profitierten mitunter von der breiten Proteststimmung, die von den Sozial- und Arbeitsmarktreformen „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ hervorgerufen worden ist. Hingegen werden fremdenfeindliche Parolen öffentlich nur noch selten verwendet.

Einen zentralen Platz in der Agitation der Rechtsextremisten nahmen im Berichtszeitraum wie 2004 zahlreiche Aktionen ein, die sich gegen „Hartz IV“ und die „Agenda 2010“ richteten. Einen Schwerpunkt dieser von neonazistischen Kräften organisierten Aktivitäten bildete 2005 neben Eisenach die Stadt Altenburg.

Proteste gegen „Hartz IV“ und „Agenda 2010“

Von Januar bis August führten „Freie Kräfte“ wiederum „Montagsdemonstrationen“ in Eisenach durch, die unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ standen und sich wie bereits in den Vormonaten gegen die von der Bundesrepublik verfolgten Reformen „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ richteten. An den zahlreichen Kundgebungen der Rechtsextremisten beteiligten sich lediglich jeweils weniger als 20 Personen.

In Altenburg führten Rechtsextremisten eigene Veranstaltungen durch, um gegen die Arbeitsmarktreformen vorzugehen. Sie beteiligten sich aber auch an „Montagsdemonstrationen“ des demokratischen Spektrums, die in dieselbe Richtung zielten. Ende Januar/Anfang Februar organisierte die örtliche rechtsextremistische Szene vor der „Agentur für Arbeit“ in Altenburg Kundgebungen, an denen sich nur wenige Personen beteiligten. Am 7. Februar fand in derselben Stadt eine Demonstration statt, die Thomas GERLACH unter dem Motto „Sozialraubbau stoppen! Alternativen aufzeigen! Hartz IV – Nicht mit uns!“ für die „Bürgerinitiative Schöner Wohnen Altenburger Land“ angemeldet hatte. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 60 Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums mit Fahnen, Plakaten und Transparenten, auf denen u.a. die Losung „Nur Nationaler Sozialismus schafft Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ abgebildet war. Dieselbe Gruppierung führte am 15. April in Altenburg unter dem Motto „Nicht rechts steht der Feind – sondern oben. Gegen Intoleranz und Sozialabbau“ eine weitere Kundgebung durch, an der sich etwa 50 Personen beteiligten.

Rechtsextremisten initiierten zwei Demonstrationen unter dem Motto „Unsere Kinder – unsere Zukunft“

Seit geraumer Zeit greifen Rechtsextremisten das in der Öffentlichkeit häufig diskutierte Thema „Kinderschänder“ auf. Sie fordern, Kinderschänder mit härteren Strafen zu belegen und die Rechte von Kindern zu schützen. Mit Aktivitäten, die sich auf dieses Thema beziehen, wollen sie suggerieren, aktiv für den Schutz von Kindern und Jugendlichen einzutreten. Die rechtsextremistische Ausrichtung dieser Aktionen kommt darin zum Ausdruck, dass die Veranstalter den „Schutz der deutschen Kultur als Entwicklungsgrundlage von jedem Kind“ und die Integration der Kinder in die „aktive Volksgemeinschaft“ fordern.

Am 8. Oktober führte der Eisenacher Neonazi Danny PFOTENHAUER in Eisenach unter dem Motto „Unsere Kinder – unsere Zukunft – Gegen Kinderschänder und für mehr Rechte zum Schutz unserer Kinder“ eine Demonstration durch. In der Anmeldung für diese Demonstration wurde der Verein „Nationalisten für Kinderrechte“ als stellvertretender Veranstalter benannt. An der Veranstaltung beteiligten sich ca. 250 Personen, die je zur Hälfte aus Thüringen sowie aus Sachsen bzw. Sachsen-Anhalt kamen. Diese Demonstration war die größte, die Neonazis 2005 in eigener Regie in Thüringen durchgeführt haben. Unter den Teilnehmern befand sich auch der Vorsitzende des Landesverbands Thüringen der NPD, Frank SCHWERDT. Als Redner traten außer PFOTENHAUER u.a. die Rechtsextremisten Thorsten HEISE und Michael BURKERT auf.

Am 26. November führte der Verein „Nationalisten für Kinderrechte“ unter dem Motto „Unsere Kinder – Unsere Zukunft“ eine Veranstaltung in Arnstadt durch, an der ca. 70 Angehörige der rechtsextremistischen Szene teilnahmen.

Regelmäßig wiederkehrende Thüringer Veranstaltungen

„Sandro WEILKES-Gedenkmarsch“

Einen festen Platz im „Veranstaltungskalender“ der Thüringer Rechtsextremisten nimmt der „Sandro WEILKES-Gedenkmarsch“ ein, der seit 1996 im Mai jeden Jahres durchgeführt wird. Seit 1997 wird er von der NPD organisiert.³⁸

„Thüringentag der nationalen Jugend“

Auch der „Thüringentag der nationalen Jugend“, der vornehmlich auf Jugendliche sowie junge Erwachsene ausgerichtet ist, nimmt im „Veranstaltungskalender“ Thüringer Rechtsextremisten inzwischen einen festen Platz ein. Der „4. Thüringentag“ fand am 28. Mai unter dem Motto „Heimat und Kultur erhalten! Gegen Kapitalismus & Globalisierung vorgehen! Die revolutionäre deutsche Jugendbewegung stärken!“ in Weimar statt. Die Veranstaltung, die von „freien Kräften“ und der NPD initiiert worden war, zog etwa 150 Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums an. Die Stadt Weimar verfügte die Auflösung des „Thüringentags“ vor dem festgesetzten Ende, da er nach Auffassung der Stadt zu diesem Zeitpunkt nicht mehr den Charakter einer Versammlung aufwies.

Die ersten drei „Thüringentage“ fanden am 1. Juni 2002 in Jena, am 31. Mai 2003 in Gotha und am 29. Mai 2004 in Saalfeld statt. In deren Verlauf traten jeweils mehrere Rechtsextremisten als Redner auf. Diese drei „Thüringentage“, die jeweils von einer Skinheadband und zwei rechtsextremistischen Liedermachern musikalisch umrahmt wurden, hatten 130, bis zu 350 bzw. 250-300 Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums angezogen.

Sonstige Veranstaltungen

Außerdem fanden einige Schulungsveranstaltungen statt, die von Aktivisten der Szene organisiert wurden. Sie zielten beispielsweise darauf ab, der „Opfer des Nürnberger Prozesses“ oder des Nationalsozialisten Horst WESSEL zu gedenken.

Am 22. Januar fand in Dillstädt/Landkreis Schmalkalden-Meiningen eine von rechtsextremistischen „freien Kräften“ initiierte „Reichsgründungsfeier“ statt. Zu diesem Anlass kamen etwa 120 Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum Thüringens zusammen, um an die Gründung des zweiten Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 zu erinnern.

Darüber hinaus führten Rechtsextremisten im Laufe des Jahres zahlreiche kleinere Veranstaltungen, darunter auch Sportveranstaltungen, durch. Sie zogen regelmäßig Einsätze der Polizei nach sich, da deren Teilnehmer Ordnungswidrigkeiten und Propagandadelikte begingen.

4.6 Exkurs: Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten

Das Internet hat sich auch in der rechtsextremistischen Szene neben dem Mobilfunk als eines der wichtigsten Kommunikationsmittel durchgesetzt. Es dient heute nicht mehr nur als Agitations- und Propagandainstrument, sondern auch zunehmend dem Ziel, innerhalb der Szene zu kommunizieren. Über das Internet wird Material vertrieben und für Aktionen mobilisiert. Diskussionsforen spiegeln Trends und Meinungsbildungsprozesse der Szene wider. Einige

³⁸ Siehe über dieses Ereignis S. 57f.

Bereiche werden abgeschottet, um einen ungestörten Informations- und Meinungsaustausch zu gewährleisten.

Rechtsextremistische Internetangebote fluktuieren stark. Einige Websites sind vorübergehend offline, verschwinden gänzlich aus dem Netz oder erscheinen später wieder auf einem neuen Speicherplatz. Teilweise werden die Seiten einmal in das Netz gestellt, danach jedoch nur sehr sporadisch oder gar nicht aktualisiert. Manche Websites werden aus aktuellem Anlass lediglich vorübergehend betrieben.

Die rechtsextremistische Szene Thüringens ist mit eigenen Präsenzen umfassend im Internet vertreten. Sie nutzt dabei die gesamte Palette der sich aus dem Internet ergebenden Möglichkeiten, um miteinander zu kommunizieren, Informationen zu verbreiten, sich selbst darzustellen, für sich zu werben und für ihre Ziele zu agitieren. Sie setzt das Internet aber auch ein, um mit Tonträgern, Literatur, Kleidung und anderen Szeneutensilien zu handeln. Diejenigen Websites, die regelmäßig aktualisiert werden, bieten ein umfangreiches Repertoire an Informationen, die meist einen klaren regionalen Bezug aufweisen. Der Berichterstattung der „Systemmedien“ setzen sie eine Art von Gegendarstellung entgegen, in der sich das rechtsextremistische Lager als Opfer verschiedener Kampagnen beschreibt. Im Bereich des neonazistischen Spektrums und der rechtsextremistischen Parteien dient die Berichterstattung vor allem der Selbstinszenierung, als Agitations- und Propagandamedium, als Mobilisierungsinstrument sowie der Anwerbung neuer Mitglieder. Im Musikbereich bieten darüber hinaus die zahlreichen Websites der Vertriebe einem Interessentenkreis komfortable Möglichkeiten, sich per Mailorder mit einschlägigem Szenematerial zu versorgen.

Über das Jahr 2005 waren bundesweit etwa 980, in Thüringen ca. 60 Websites mit rechtsextremistischen Bezügen im Internet abrufbar. Etwa die Hälfte davon wurde mehr oder weniger regelmäßig aktualisiert.

Von den rechtsextremistischen Parteien sind in Thüringen der Landesverband der NPD und einige seiner Kreisverbände sowie der Landesverband der „Republikaner“ und dessen Kreisverband Weimar mit eigenen Websites im Internet vertreten. Darüber hinaus stellten sie Sonderseiten ein, die z.B. dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR galten. Zwischenzeitlich betrieb die NPD auch ein Diskussionsforum.

Mehr als die Hälfte der einschlägigen Thüringer Websites entfällt auf den Musikbereich und hier überwiegend auf Bestellungen aus dem Internet. Zum bedeutendsten Vertrieb für rechtsextremistische Devotionalien zählt der „W&B-Versand“ aus Fretterode, dessen Website nahezu täglich aktualisiert wird. Thorsten HEISE betreibt nicht nur diesen Versand, sondern veröffentlicht unter dem Titel „Die Streiche von Max und Moritz“ darüber hinaus noch ein Online-Fanzine³⁹. Neben weiteren Firmen präsentieren sich noch einige Einzelpersonen und Gruppierungen aus dem Musikbereich sowie rechtsextremistische Musikgruppen im Netz. Deren politische Ausrichtung geht oft schon aus der Gestaltung der Homepage hervor, wenn diese beispielsweise mit dem Titel „Rock fürs Reich“ überschrieben bzw. mit einschlägiger Symbolik bestückt ist.

Die restlichen Websites entfallen auf Gruppierungen und Einzelpersonen aus dem Neonazibereich. Sie schließen aktionsbezogene Websites wie die des „Aktionsbüros Thüringen“ ebenso ein wie Sonderseiten, die zu aktuellen Anlässen, wie z.B. zur „Agenda 2010“ oder dem „Fest der Völker“ am 11. Juni in Jena, angelegt wurden. Ebenfalls anlassbezogen wurde im Januar

³⁹ Siehe S. 27

eine Internetkampagne einer „Interessengemeinschaft für ein sauberes und volksdeutsches Weimar“ als Reaktion auf eine durch den Weimarer Oberbürgermeister einberufene Konferenz zur Zukunft der Klassikerstadt ins Netz gestellt. Die offizielle Website dieser Konferenz, an der Vertreter aus Verwaltung, Wirtschaft, Politik, Kultur und von Interessenvertretungen gegen Rechtsextremismus mitwirkten, um an einer „demokratischen Zukunftsvision für ein ‚weltoffenes und menschliches Weimar‘ zu arbeiten“, wurde unter Beibehaltung des Layouts aus der Sicht der Szene umgestaltet. Inhalte der Originalseite wurden durch teilweise diffamierende Ausführungen ersetzt, die sich auf das Ziel und den Teilnehmerkreis der Konferenz bezogen. Die Teilnehmer wurden zum Teil mit einem Bild und persönlichen Daten steckbriefartig aufgelistet.

In den redaktionellen Bereichen der Websites werden die Strafgesetze nur selten übertreten. Möglicherweise strafrechtlich relevante Inhalte auf den Websites von Thüringer Rechtsextremisten waren zuletzt nur in wenigen Einzelfällen – und dann meist nur kurzzeitig – im Internet abrufbar. Insbesondere im Bereich der Parteien, aber auch bei einigen von Neonazis eingestellten Seiten täuscht das Layout der Homepage gelegentlich über die eigentliche Ausrichtung der Website hinweg.

Einschlägige Homepages sind oft untereinander verlinkt. Darüber hinaus fördern szeneeigene Speicherplatzanbieter weitere Vernetzungsbemühungen der rechtsextremistischen Szene. So bot ein Projekt des Jenaer Rechtsextremisten Ralf WOHLLEBEN „parteigebundenen und freien Nationalisten aus Thüringen“ Speicherplatz zum Selbstkostenpreis an.

Nachdem zahlreiche „Hackingangriffe“ auf rechtsextremistische Internetseiten erfolgt und insbesondere Kundendaten von rechtsextremistischen Vertrieben sowie persönliche Nachrichten aus einschlägigen Forenbereichen veröffentlicht worden waren, strebte das rechtsextremistische Spektrum an, die Sicherheitsmaßnahmen zu verschärfen. Im Sommer gehackte Websites von Rechtsextremisten aus Jena konnten zwar kurze Zeit später wieder abgerufen werden, sorgten aber für Unruhe unter den Betreibern. Im gehackten „Gesprächskreis“ der Thüringer NPD wurden im November Direktiven veröffentlicht, um die Sicherheit bei der Nutzung des Internets zu erhöhen. Sie appellierten an Gleichgesinnte, bei der Verwendung persönlicher Daten, der Nennung von Veranstaltungsterminen und entsprechenden Örtlichkeiten größere Sorgfalt walten zu lassen. Darüber hinaus wurden einzelne rechtsextremistische Websites bei „Hackingangriffen“ gefälscht. In der gefälschten Website des Vereins „Nationalisten für Kinderrechte“ wurden nahezu sämtliche Inhalte durch prinzipiell entgegenstehende Aussagen ersetzt.

Mit der fortschreitenden Etablierung von Rechtsextremisten im Internet nimmt die Gefahr zu, dass immer mehr Menschen mit rechtsextremistischem Gedankengut in Berührung kommen. Insbesondere auf Jugendliche wirkt der Reiz des Verbotenen und die Integration multimedialer Elemente, wie z.B. Spiele, Bilder, Musik und Videosequenzen, in den rechtsextremistischen Websites anziehend. Exekutivmaßnahmen gegen Betreiber von Websites mit strafbarem Inhalt, Sperrung, Löschung oder Filtersoftware leisten nur einen Beitrag zum Schutz der Jugend vor Meinungsmanipulation. Es bedarf zugleich der öffentlichen Diskussion, staatsbürgerlicher Aufklärung und der Medienerziehung, um einen qualifizierten Umgang mit rechtsextremistischer Hasspropaganda zu erreichen.

5. Rechtsextremistische Parteien

5.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1964	1990
Sitz	Berlin	Gera
Mitglieder		
2003	ca. 5.000	ca. 150
2004	ca. 5.300	ca. 180
2005	ca. 6.000	ca. 240
Parteiorgan	„Deutsche Stimme“	
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt
Jugendorganisation	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	Stützpunkte der JN/Vorbereitung der Neugründung eines Landesverbands
Gründungsjahr	1969	
Sitz	Dresden	Regionale Stützpunkte
Mitglieder		
2003	ca. 400	-
2004	ca. 350	wenige
2005	ca. 350	ca. 20

5.1.1 Der Bundesverband der NPD

Entwicklung der Partei

Die NPD, die aus der rechtsextremistischen „Deutschen Reichspartei“ hervorgegangen ist, wurde 1964 gegründet, um das rechtsextremistische Lager zu sammeln. Noch bis Ende der sechziger Jahre zählte die Partei, die in mehreren Landtagen vertreten war, bundesweit mehr als 25.000 Mitglieder. Bei der Bundestagswahl im Jahre 1969 verfehlte sie mit 4,3 % der Stimmen den Einzug in das Parlament nur knapp. Diese Niederlage leitete den Niedergang der Partei ein, der bis in die neunziger Jahre hinein andauerte. Im Jahr 1995 erreichte er seinen Tiefstand, als der Partei nur noch 2.800 Mitglieder angehörten.

Udo VOIGT wurde 1996 zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Ihm gelang es, die Partei von ihrem Image einer „Altherrenpartei“ zu befreien und sie politisch neu auszurichten. VOIGT entwickelte mit dem „Drei-Säulen-Konzept“ nicht nur eine neue Strategie. Er führte auch in Bezug auf die Nachwuchsrekrutierung einen Paradigmenwechsel ein. Dieser Kurs führte zu einer verstärkten Kooperation der Partei mit der Neonazi- und Skinheadszenen, was nach au-

ßen vor allem bei Demonstrationen und Aufmärschen deutlich wurde. Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der NPD, fungierten als ein wichtiges Bindeglied.

Ende der 90er Jahre konnte die NPD die Anzahl ihrer Mitglieder erheblich steigern und deren Altersdurchschnitt durch neue Mitglieder wesentlich senken. Bei Kundgebungen konnte sie auf eine größere Zahl von Teilnehmern verweisen, da sie bisher nicht organisierte Neonazis und Skinheads mobilisieren konnte. Darüber hinaus erschlossen sich ihr in geringem Umfang neue Wählerpotenziale. Den in losen Gruppen, den so genannten „Freien Kameradschaften“, zusammengeschlossenen Neonazis bot die NPD den geeigneten organisatorischen und strukturellen Rahmen, um für ihre Ziele Propaganda zu betreiben und Kundgebungen zu veranstalten.

Im Jahr 2001 stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat vor dem Bundesverfassungsgericht Anträge, um die Verfassungswidrigkeit der NPD feststellen zu lassen und infolgedessen ein Verbot der Partei zu erreichen. Das Verbotsverfahren wurde 2003 eingestellt, da eine Sperrminorität des Zweiten Senats des Gerichts die Beobachtung der NPD auf Bundes- und Landesvorstandsebene durch V-Leute unmittelbar vor und während des Verbotsverfahrens für ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ hielt. Da die NPD während des Verbotsverfahrens aus taktischen Gründen auf Distanz zum neonazistischen Spektrum ging und öffentlichkeitswirksam weniger in Erscheinung trat, wandten sich zahlreiche aktionsorientierte Rechtsextremisten von ihr ab. Zudem wurde während der Verbotsdebatte der Öffentlichkeit die Verfassungsfeindlichkeit der Partei deutlich vor Augen geführt. Infolge dieser Entwicklung geriet die NPD erneut in einen Abwärtstrend hinein, der sich in einem Rückgang der Mitgliederzahl niederschlug. Im Jahr 2003 besaß die NPD nur noch rund 5.000 Mitglieder, nachdem ihr im Jahr zuvor noch 6.100 Personen angehört hatten.

Die NPD vermochte den Abwärtstrend erst in der Mitte des Jahres 2004 zu stoppen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament, bei denen die NPD verhältnismäßig gut abschnitt, der Einzug in den Sächsischen Landtag im September 2004 sowie die Wiederannäherung an das neonazistische Spektrum im Rahmen der „Volksfront von Rechts“ entfachten in der NPD eine Aufbruchsstimmung und zogen einen Zuwachs an Mitgliedern nach sich. Ende 2004 gehörten ihr etwa 5.300 Mitglieder an.

Im Jahr 2005 setzte die NPD ihre Strategie, sich als „Gravitationszentrum“ im Rechtsextremismus zu etablieren, fort. Sie verstärkte die 2004 eingeleiteten Bestrebungen, eine „Volksfront von Rechts“ zu formen, indem sie die Annäherung an andere rechtsextremistische Parteien und Organisationen vorantrieb. Noch 2004 kam die NPD mit der DVU überein, zu Wahlen künftig gemeinsam anzutreten. Im Januar 2005 einigten sich die beiden Parteien auf den „Deutschland-Pakt“, infolgedessen die NPD zur Bundestagswahl zusammen mit Vertretern der DVU antrat. Auch traten der NPD im Berichtszeitraum Neonazis und einzelne Mitglieder der „Republikaner“ bei.

Die Wahlen, die 2005 stattfanden, gingen für die Partei unterschiedlich aus. Während die Partei im Februar bzw. im Mai bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (1,9 % = 27.656 Zweitstimmen) und Nordrhein-Westfalen (0,9 % = 73.959 Zweitstimmen) schlechter als erwartet abschnitt und nach dem Erfolg in Sachsen einen empfindlichen Dämpfer erhielt, gelang es ihr bei der Bundestagswahl im September, mit 1,6 % der Zweitstimmen ihr Ergebnis gegenüber der letzten Bundestagswahl im Jahre 2002 erheblich zu übertreffen. Im Dezember traten drei von zwölf Abgeordneten aus der Fraktion der NPD im Sächsischen Landtag aus, was die Partei nicht nur im Parlament, sondern auch in Sachsen insgesamt erheblich schwäch-

te. Bundesweit gehörten der NPD Ende 2005 etwa 6.000 Mitglieder an. Im rechtsextremistischen Spektrum konnte sie sich als die führende Kraft durchsetzen.

Ideologie der Partei

Die NPD verfiicht aggressiv-kämpferisch eine verfassungsfeindliche Ideologie. Sie verfolgt das Ziel, das von ihr so genannte „System“ – die freiheitliche demokratische Grundordnung – zu überwinden. Die NPD propagiert einen völkischen Kollektivismus und agitiert fremdenfeindlich. Sie spricht von einer „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, die durch „gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur“ entstehe. Die Würde des Menschen hängt für sie, ihrem Parteiprogramm zufolge, von seiner biologisch-genetischen Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ ab. Sie missachtet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die NPD stellt „Grundziele des Volkes“ auf, an denen sich die Volksherrschaft – anstelle der verfassungsmäßigen Ordnung – orientieren solle. In der von der NPD propagierten Gesellschaftsordnung sollen autoritäre Eliten vorherrschen. Der Anspruch auf Führerschaft steht im Widerspruch zum pluralistischen Mehrparteiensystem der Bundesrepublik.

Die Behauptung, dass Menschen unterschiedlicher Abstammung von ungleichem Wert seien, zieht sich wie ein roter Faden durch programmatische Äußerungen von Aktivisten der NPD. Auf Plakaten und in Flugblättern forderte die NPD im Bundestagswahlkampf nicht nur „Arbeit für Deutsche“ und ein „Ausländerheimführungsgesetz“. Sie verlangte auch, Ausländer „aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszugliedern“. Im Berichtszeitraum wandte sie sich vor allem gegen die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) und die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung.

Strategie der Partei

Das „Drei-Säulen-Konzept“, das den „Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente“ umfasst, wurde im Jahr 2004 um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“, erweitert. Dieses Konzept bildete auch im Jahr 2005 die Basis für die politische Agitation der NPD.

„Kampf um die Straße“

Die NPD führte den „Kampf um die Straße“, indem sie zentrale Großveranstaltungen ebenso organisierte wie regionale Demonstrationen, an denen sich auch Neonazis und Skinheads beteiligten. Oftmals wurden Termine und Veranstaltungsorte so gewählt, dass mit einer hohen öffentlichen Aufmerksamkeit und Gegenaktionen zu rechnen war. Auf diese Weise versuchte die NPD, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und ihre Mobilisierungsfähigkeit auszubauen. Die NPD knüpfte an die bereits 2004 verstärkten Bemühungen an, die Zahl der Demonstrationen zu steigern. Im Jahr 2005 veranstaltete sie noch mehr Demonstrationen als im Jahr zuvor. Wie 2004 griff die NPD auch 2005 vor allem die „soziale Frage“ auf, indem sie die Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ und die „Agenda 2010“ in den Mittelpunkt ihrer Aktionen rückte. Auch dadurch erhoffte sie sich, ihr Mobilisierungspotenzial erheblich ausweiten zu können. Sie wandte sich darüber hinaus gegen die Erweiterung der EU und den Euro und diffamierte – insbesondere im Bundestagswahlkampf – die im Bundestag vertretenen Parteien.

Die zahlreichen Demonstrationen am 1. Mai, an denen in Sachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein insgesamt rund 2.200 (2004: 2.300) Personen teilnahmen, veranschaulichen beispielhaft, mit welchen Methoden die

NPD den „Kampf um die Straße“ führt und wie eng sie mit „Freien Nationalisten“ zusammenarbeitet.

„Kampf um die Köpfe“

Der „Kampf um die Köpfe“ ist vor allem darauf ausgerichtet, die Mitglieder der NPD politisch zu schulen, die Programmatik der Partei mit Flugblättern zu verbreiten und die Monatszeitung „Deutsche Stimme“ zu vertreiben. Mit der „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft“ verfügt die NPD über ein eigenes Publikationsorgan des Parteivorstandes, dem ein Versandhandel für rechtsextremes Propaganda- und Werbematerial angeschlossen ist.

Dem bereits im Jahr 2004 deklarierten Ziel folgend, die Führungskapazitäten auszubauen, professionalisierte die NPD im Berichtsjahr ihre Parteiarbeit, indem sie parteiunabhängige Intellektuelle an die Partei heranzog. Bereits nach dem Wahlerfolg in Sachsen gelang es der NPD, einige renommierte rechtsextremistische Intellektuelle als wissenschaftliche Berater ihrer Landtagsfraktion in Sachsen zu gewinnen. Die Landtagsfraktion der NPD wertete die Gründung eines „Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V.“ (i.G.), die in Dresden erfolgte, als einen Beitrag zur „weiteren Professionalisierung“. Das Bildungswerk solle „politische Bildungsarbeit“ (Seminare und Publikationen) leisten und die „Denkansätze der ‚Dresdner Schule‘⁴⁰ im öffentlichen Diskurs“ popularisieren.

„Kampf um die Parlamente“

Nachdem es der NPD 2004 gelungen war, mit 12 Abgeordneten in den Sächsischen Landtag einzuziehen, setzte sie im Berichtszeitraum ihren „Kampf um die Parlamente“ fort. Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Nordrhein-Westfalen verfehlte die NPD bei den Landtagswahlen jedoch das Ziel, in die Parlamente einzuziehen. Bei der Bundestagswahl am 18. September konnte die Partei zwar 1,6 % der Zweitstimmen auf sich vereinen, ihren Stimmenanteil mehr als verdreifachen und sich unter den rechtsextremistischen Parteien als führende Kraft durchsetzen. Ihr Ziel, wenigstens ein Direktmandat zu erringen, erreichte sie jedoch nicht.

Im Rahmen des materiell und personell intensiv geführten Wahlkampfes veranstaltete die NPD bundesweit zahlreiche Demonstrationen. Das Konzept der „Volksfront von Rechts“ setzte sie insofern in die Tat um, als sie neben eigenen Kandidaten auch Mitglieder der DVU, führende Neonazis und Mitglieder anderer rechtsextremistischer Parteien auf ihren Landeslisten oder als Direktkandidaten nominierte.

„Kampf um den organisierten Willen“

Die NPD verfolgt den „Kampf um den organisierten Willen“ in der Absicht, „möglichst alle nationalen Kräfte“ zu konzentrieren, um die Macht durch den „organisierten Willen“ zu erlangen. Dieses Konzept ist mit der „Volksfront von Rechts“ identisch, die die NPD seit 2004 anstrebt. Es zielt darauf ab, die personellen und strukturellen Ressourcen des rechtsextremistischen Lagers zu bündeln. Von Anfang an strebte die NPD an, Neonazis, die DVU, die DP und die „Republikaner“ sowie die Skinheads in die „Volksfront von Rechts“ einzubeziehen. Seither nähern sich rechtsextremistische Parteien und Organisationen der NPD in unterschiedlicher Form an.

⁴⁰ Hierbei soll es sich, wie die „Deutsche Stimme“ im Oktober schrieb, um ein Personengeflecht um die Landtagsfraktion der NPD in Sachsen handeln, das „mit volkstreuer Theoriearbeit eine neue Gesellschaftsordnung geistig vorbereiten möchte“.

Die DVU und NPD unterzeichneten am 15. Januar den „Deutschland-Pakt“, in dem sie ihre weitere Zusammenarbeit für die kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene festschrieben. Mit diesem „Pakt“ strebten die beiden Parteien an, ihrer Kooperation einen festen Rahmen zu verleihen. Sie trafen die folgenden Absprachen:

- Beide Parteien treten bis zum 31.12.2009 bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander an.
- Die NPD tritt zur nächsten Bundestagswahl an und stellt auch 15 Kandidaten der DVU auf.
- Zur nächsten Europawahl kandidiert die DVU. Dabei sollen auch sechs bis sieben Kandidaten, die der NPD angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden.
- Die NPD tritt zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen an. Die DVU wird im Gegenzug an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (2006), Bremen (2007), Hamburg (2008), Thüringen und Brandenburg (2009) teilnehmen.
- Bei allen anderen Wahlen bis 2009 will die DVU „jedenfalls dann nicht“ antreten, „wenn die NPD kandidiert“. Eine Öffnung der Landesliste einer antretenden Partei für Vertreter der jeweils anderen wurde nur für vier Landtagswahlen (Sachsen-Anhalt, Berlin, Thüringen und eine weitere nicht genannte) festgeschrieben.

Während die „Republikaner“ auch 2005 den Appell der NPD zurückwiesen, sich der „Volksfront von Rechts“ anzuschließen, schwenkte die DP zu Beginn des Jahres zumindest teilweise auf den Kurs der NPD ein.⁴¹ Seit einiger Zeit wird die „Volksfront von Rechts“ auch von der für die Szene bedeutsamen rechtsextremistischen Monatszeitschrift „Nation & Europa“ unterstützt.

Ausblick

Es bleibt abzuwarten, inwieweit der „Volksfront von Rechts“ weiter Erfolg beschieden sein wird. Nach wie vor ist das Bündnis sowohl innerhalb als auch außerhalb von NPD und DVU nicht unumstritten, obwohl die Bundesvorsitzenden der beiden Parteien – Udo VOIGT und Dr. Gerhard FREY – wiederholt betonten, an der „Volksfront von Rechts“ festhalten zu wollen. Nicht nur der Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Stefan ROCHOW, äußerte sich sehr kritisch über die „Volksfront“-Strategie.⁴² Selbst in der Landtagsfraktion der NPD in Sachsen kam es in der Frage zum Streit, welchen Kurs die NPD künftig verfolgen solle. Die Auseinandersetzungen bewogen drei Parlamentarier, aus der Fraktion auszutreten. Obwohl VOIGT und Dr. FREY übereinstimmende Ansichten in den Grundpositionen betonen, bestehen die Differenzen zwischen der NPD und der DVU insbesondere in der Beurteilung des Nationalsozialismus oder in Hinsicht auf die Zusammenarbeit mit den Neonazis weiter. Ungeachtet der erfolgten Einbindung führender Neonazis in die „Volksfront von Rechts“ und der aktionsbezogenen Annäherung von NPD und Neonazis bleibt das Verhältnis zwischen beiden Seiten nach wie vor von Konkurrenz und Instrumentalisierung gekennzeichnet. Solange die Gegensätze, die zwischen der NPD, den Neonazis und der DVU bestehen, von Wahlerfolgen überlagert werden, wird dieses Bündnis wahrscheinlich fortbestehen. Sollte es der NPD und der DVU 2006 gelingen, in die Parlamente von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt einzuziehen, könnte die Aussicht auf eine „flächendeckende“ Vertretung in den ostdeutschen Landtagen die rechtsextremistische Szene antreiben, ihre Zusammenarbeit mit der NPD zu intensivieren.

⁴¹ Siehe S. 66f.

⁴² Siehe S. 59

5.1.2 Der Thüringer Landesverband der NPD

Entwicklung des Landesverbands

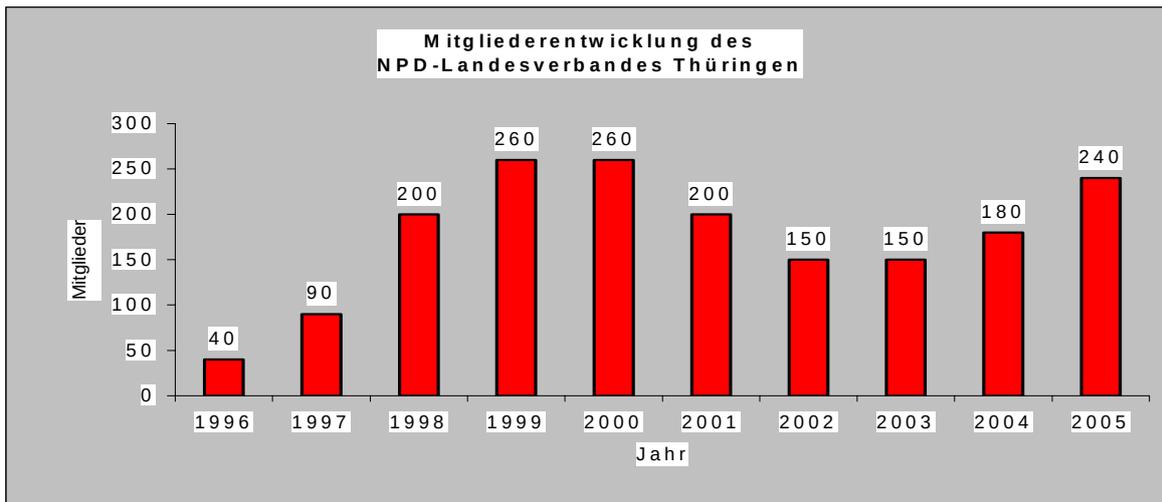
Der Thüringer Landesverband der NPD wurde 1990 gegründet. In den folgenden Jahren änderte sich dessen Gliederung in Regional-, Kreis- und Ortsverbände vielfach. In den Jahren 1997/1998 stieg die Mitgliederzahl erheblich an, da zahlreiche jüngere Personen – namentlich Neonazis – der Partei beitraten. Sie hatten in den Vorständen bald Ämter inne und richteten den Landesverband zunehmend im neonazistischen Sinne und auf Aktionen aus.

Als auch der Thüringer Landesverband im Zuge des gegen die NPD 2001 angestregten Verbotsverfahrens unter dem neuen Landesvorsitzenden Frank SCHWERDT, der selbst dem neonazistischen Spektrum entstammt, gemeinsame Aktivitäten mit Neonazis einschränkte, verlor die Partei bedeutende Anteile ihres neonazistischen Potenzials. Im Landesvorstand setzten sich jene Kräfte durch, die politisch eher zurückhaltend agieren wollten. Nachdem das Verbotsverfahren 2003 eingestellt worden war, öffnete sich der Landesverband nicht nur sogleich wieder Neonazis und Skinheads, sondern weitete auch seine Aktivitäten wieder aus. Der Landesverband konnte den langjährigen Niedergang stoppen, sich konsolidieren und seit 2004 einen Aufwärtstrend verzeichnen. Diese Tendenz schlug sich bei den Landtagswahlen 2004 nieder, als die Partei ihren Anteil an den Wählerstimmen von 0,2 % im Jahr 1999 auf 1,6 % zu steigern vermochte. Bei der Bundestagswahl 2005 erreichte die NPD in Thüringen ihr zweitbestes Ergebnis, als sie 3,7 % der Zweitstimmen gewinnen konnte.⁴³

Mitgliederzahlen

Im Berichtszeitraum gehörten dem Landesverband Thüringen etwa 240 Mitglieder an. Somit hatte die Partei im Vergleich zum Vorjahr etwa 60 Personen, unter denen sich zahlreiche Neonazis befanden, hinzugewonnen. Mit diesem Ergebnis näherte sich die Thüringer NPD wieder den Höchstständen der Jahre 1999 und 2000 an, als ihr etwa 260 Personen angehörten. Mit dieser Mitgliederzahl rangierte der Thüringer Landesverband im Vergleich mit den übrigen Landesverbänden etwa im Mittelfeld, an der Einwohnerzahl Thüringens gemessen jedoch sogar im oberen Viertel. Eine gewisse bundespolitische Bedeutung kommt dem Landesverband insofern zu, als seine Protagonisten Frank SCHWERDT und Thorsten HEISE dem Bundesvorstand der Partei angehören und über weitreichende überregionale Kontakte verfügen. HEISE rechnet außerdem zu den Neonazis, die bundesweit eine führende Rolle spielen.

⁴³ Siehe Exkurs: „Rechtsextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl“, S. 67ff.



Organisationsstruktur

Mit der Gründung des Kreisverbands Weimar-Weimarer Land, die im Mai erfolgte, setzte der Landesverband die 2004 verfolgte Strategie fort, die Strukturen auszubauen. Infolgedessen gliederte sich der Landesverband im Berichtszeitraum in die zehn Kreisverbände Altenburg, Erfurt-Gotha, Gera, Jena, Hildburghausen-Suhl, Nordhausen-Sondershausen, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Wartburgkreis, Weimar-Weimarer Land sowie die zwei Ortsverbände Tannroda und Blankenhain.

Von den Kreisverbänden gingen in unterschiedlichem Maße Aktivitäten aus. Während die einen aktionistisch ausgerichtet sind und ihre Parteiarbeit öffentlichkeitswirksam gestalten, entfalten die anderen kaum Aktivitäten und führen nur interne Veranstaltungen durch. Weitgehend hängt es vom Engagement der führenden Personen und einzelner Aktivisten ab, wie viele Aktionen von den Kreisverbänden ausgehen und inwieweit die Kreisverbände in die Öffentlichkeit hineinwirken und auf Gesinnungsgenossen eine Anziehungskraft ausüben. Die meisten Mitglieder der NPD sind weder willens noch fähig, eine kontinuierliche Parteiarbeit zu leisten. Sie nehmen lediglich mehr oder minder an den Veranstaltungen der NPD und der Neonazis teil.

Die aktivsten Untergliederungen der NPD in Thüringen stellen die Kreisverbände Erfurt-Gotha, Gera und Jena dar. Sie richten ihre Parteiarbeit öffentlichkeitswirksam aus und treten offen für eine Zusammenarbeit mit „Freien Nationalisten“ und Skinheads ein. Von besonderer Bedeutung ist der Kreisverband Jena, der mit drei Mitgliedern stärker als jeder andere Kreisverband im Landesvorstand vertreten ist. Sein Vorsitzender Ralf WOHLLEBEN fungiert zudem als stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands. Im Jahr 2005 trat der Kreisverband Erfurt-Gotha, dessen Vorsitz Michael BURKERT inne hat, mit Aktionen besonders in Erscheinung. Sie belegen, wie eng die NPD und die Neonaziszene in Thüringen miteinander verbunden sind.

Zusammensetzung des Landesvorstands

Als Vorsitzender des Landesverbands amtiert nach wie vor Frank SCHWERDT, als dessen Stellvertreter Ralf WOHLLEBEN. Als Beisitzer fungieren die Vorsitzenden einiger Kreisverbände: Hartmut ECKSTEIN (Wartburgkreis), Gordon RICHTER (Gera), Patrick WEBER (Nordhausen-Sondershausen) und Martin RÜHLEMANN (Weimar-Weimarer-Land). Als Beisitzer amtierem darüber hinaus Thorsten HEISE, der neben dem Bundesvorstand dem

Kreisverband Nordhausen-Sondershausen angehört, und Konrad FÖRSTER, der zu den Mitgliedern des Kreisverbands Jena zählt.

Die meisten Mitglieder des Landesvorstands entstammen dem neonazistischen Spektrum. Sie nehmen oft eine „Doppelfunktion“ wahr, indem sie als Funktionäre der NPD einerseits und als Führungspersonen des neonazistischen Spektrums andererseits agieren sowie neonazistisch und aktionistisch ausgerichteten Kreisverbänden angehören. Auch insofern wird wiederum deutlich, wie weitreichend Neonazis in die Strukturen der NPD in Thüringen integriert sind.

Landesparteitage

In Berichtszeitraum berief der Landesverband drei Landesparteitage ein, die am 2. April in Pößneck, am 21. Mai in Sondershausen und am 16. Juli abermals in Pößneck stattfanden. Der erste Parteitag galt der Neuwahl des Landesvorstands, die wegen Formfehlern jedoch auf dem zweiten Parteitag wiederholt werden musste. Auf dem dritten Parteitag stellte der Landesverband die Landesliste für die Bundestagswahl⁴⁴ auf.

Das Verhältnis der Thüringer NPD zu anderen Rechtsextremisten

Verhältnis zur Neonaziszene⁴⁵

In Thüringen besteht zwischen der NPD und den neonazistischen Kräften traditionell ein enges Verhältnis, das von Integration und Kooperation gekennzeichnet ist. Die Integration von Neonazis umfasst die Gewinnung von neuen Mitgliedern aus dem Spektrum „Freier Kameradschaften“ und bisher ungebundener Kräfte sowie die Übertragung von Ämtern im Landesvorstand bzw. in den Kreisverbänden. Die NPD und die Neonazis kooperieren eng miteinander, indem sie Veranstaltungen gemeinsam organisieren und durchführen. Teilnehmer, Redner und Ordner treten oftmals auch auf Veranstaltungen des jeweils anderen Spektrums auf.

HEISE und SCHWERDT veranschaulichen, in welchem starken Maße Neonazis in den Landesverband eingebunden sind. HEISE trat mit weiteren Protagonisten der Neonaziszene im September 2004 in die NPD ein, nachdem sie die Strategie entworfen hatte, die extreme Rechte in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen. Auf dem Bundesparteitag der NPD im Oktober 2004 wurde er als Beisitzer in den Parteivorstand, im Mai 2005 mit derselben Funktion in den Vorstand des Landesverbands Thüringen gewählt. Auch der Landesvorsitzende SCHWERDT, der ebenso wie HEISE dem neonazistischen Lager entstammt, tritt seit vielen Jahren offen für die Zusammenarbeit von NPD und Neonazis in Thüringen ein. Er fungierte beispielsweise als Vorsitzender des neonazistischen Vereins „Die Nationalen e.V.“, bis er im November 1997 aufgelöst wurde.

Gleichermaßen bekennen sich die meisten Vorsitzenden der Kreisverbände dazu, zusammen mit Neonazis zu agieren. Die Kreisvorsitzenden werden vor allem dann von der neonazistischen Szene akzeptiert, wenn sie selbst diesem Spektrum entstammen oder sogar zu den Führungspersonen lokaler neonazistischer Gruppierungen gehören. Sowohl als Funktionäre der NPD als auch als führende Neonazis agieren vor allem Ralf WOHLLEBEN, Michael BURKERT sowie Martin RÜHLEMANN, die als Vorsitzende der Kreisverbände Jena, Erfurt-Gotha und Weimar-Weimarer Land amtieren.

⁴⁴ Siehe Exkurs: „Rechtsextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl“, S. 67ff.

⁴⁵ Vgl. auch S. 30f.

Verhältnis zu Skinheads

Die Thüringer NPD umwirbt neben den Neonazis auch die Skinheads. Die Skinheads, von denen meist keine eigenständigen politischen Aktionen ausgehen, besuchen gern Musikveranstaltungen, die von der NPD durchgeführt werden. Auf diese Weise erhöhen sie das Mobilisierungspotenzial der Partei. Verbindungen zwischen der NPD und Skinheads hängen meistens von persönlichen Kontakten ab, da Skinheads zumeist nicht oder bestenfalls regional organisiert sind.⁴⁶

Ein hervorstechendes Beispiel für die Taktik der NPD, die Skinheadszenen offen zu umwerben, um sie für sich zu gewinnen, stellt das Skinheadkonzert vom 2. April in Pößneck dar.⁴⁷ Es schloss sich an den Landesparteitag der NPD an, der zuvor in demselben Gebäude durchgeführt wurde.

Der Kreisverband Gera der NPD pflegte die Kontakte zur Skinheadszenen im Berichtszeitraum am intensivsten, um deren Anhänger für die NPD einzunehmen. Mit dem „Friedensfest“⁴⁸ am 9. Juli in Gera organisierte er bereits zum dritten Mal eine Veranstaltung, in deren Mittelpunkt nicht politische Inhalte, sondern die Musik von Skinheadbands standen.

Verhältnis zu anderen Parteien und Organisationen

Der Landesverband setzte das Konzept, eine „Volksfront von Rechts“ zu formen, und den „Deutschland-Pakt“⁴⁹ insofern in die Tat um, als er die Kandidaten für die diesjährige Bundestagswahl organisationsübergreifend unter den Mitgliedern der NPD und der DVU auswählte. So traten als Direktkandidaten für die NPD der Landesvorsitzende der DVU, Walter BECK, und Uwe BÄZ-DÖLLE an, der die DVU seit 1999 im Stadtrat von Lauscha vertritt. Kurt HOPPE, Vorsitzender des Landesverbands Thüringen der „Deutschen Partei“ (DP), vervollständigte die Zahl der Direktkandidaten. In der Wahl dieser Personen komme, betonte SCHWERDT, das „Bündnis der Nationalen“ bereits zum Ausdruck.

Veröffentlichungen

Im Berichtszeitraum arbeitete der Landesverband verstärkt darauf hin, die Öffentlichkeitsarbeit und die interne Information seiner Mitglieder über das Internet und eine neue Publikation zu verbessern. Die NPD wollte auf diese Weise anscheinend nicht nur die Informationsmöglichkeiten für Mitglieder und Interessierte erweitern, sondern auch ihre Außendarstellung verbessern, um sich als „wählbare Alternative“ darzustellen.

Internet

Im Internet⁵⁰ präsentierte sich die Thüringer NPD über die Homepages des Landesverbands und des Kreisverbands Jena. Im Juli richtete der Kreisverband Jena im Internet auch einen eigenen „Gesprächskreis“ ein. Darüber hinaus stellte die NPD in Thüringen auch anlassbezogene Sonderseiten in das Internet ein, die sich zum Beispiel auf größere Veranstaltungen bezogen.

⁴⁶ Siehe S. 16

⁴⁷ Siehe S. 23f.

⁴⁸ Siehe S. 58f.

⁴⁹ Siehe S. 50f.

⁵⁰ Siehe S. 44ff.

„Schulhof-CD“ der NPD

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes verteilte die NPD deutschlandweit unter dem Titel „Hier kommt der Schrecken aller Pauker und Spießer“⁵¹ eine so genannte „Schulhof-CD“, mit der vor allem Jung- und Erstwähler angesprochen werden sollten. Die CD umfasst 13 Lieder rechtsextremistischer Skinheadbands und Liedermacher sowie das „Deutschlandlied“. Der Tonträger enthält im Gegensatz zur „Schulhof-CD“ der rechtsextremistischen Vertriebszene keine strafbaren Inhalte.⁵² Die Lieder der CD spiegeln die Bandbreite der unter Jugendlichen gängigen Stilrichtungen wider. Die Auflagenhöhe beträgt nach eigenen Angaben rund 200.000 Exemplare. Auch in Thüringen wurden zahlreiche CDs verteilt.

Die NPD setzte bereits vor den Landtagswahlen in Sachsen (September 2004), Schleswig-Holstein (Februar 2005) und Nordrhein-Westfalen (Mai 2005) eine (erste) „Schulhof“-CD mit dem Titel „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag!“ als Propagandamittel ein.

„Thüringenstimme“

Der Landesverband Thüringen gibt seit August unter dem Namen „Thüringenstimme“ ein Informationsblatt heraus. Eigenen Angaben zufolge will die Partei mit dieser Publikation, die im Eigendruck produziert wird, regelmäßig über „das Geschehen“ im Landesverband unterrichten und zu „wichtigen politischen Tagesfragen“ Stellung nehmen. Als Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes wurde Ralf WOHLLEBEN benannt. Die Publikation dürfte sich vorwiegend an Parteimitglieder und Sympathisanten richten. Entsprechende Publikationen gibt die NPD auch in mehreren anderen Bundesländern heraus.

Im Mittelpunkt der beiden ersten Ausgaben der „Thüringenstimme“ stand die Bundestagswahl. Sie stellten die Mitglieder der Landesliste und die Direktkandidaten der Thüringer NPD vor und verwiesen auf geplante Informationsstände. Die dritte Ausgabe informierte u.a. über Vorstandswahlen in einigen Kreisverbänden.

Ausblick

Der Landesverband Thüringen dürfte auch 2006 bestrebt sein, weitere Mitglieder zu gewinnen und seine Strukturen entsprechend auszubauen. So hat der Landesverband bereits die Gründung von zwei neuen Kreisverbänden im Eichsfeld und im Unstrut-Hainich-Kreis angekündigt.

Weiterhin wird die NPD wahrscheinlich das Ziel verfolgen, den „Kampf um die Straße“ aktiv zu führen; bereits im Berichtszeitraum wurden für 2006 mehrere Veranstaltungen angemeldet. Überdies plant die NPD, 2006 an den Bürgermeister- und Landratswahlen in Thüringen teilzunehmen. Wie zur Bundestagswahl will sie entsprechend der „Volksfront“-Strategie sowohl Mitglieder der NPD, als auch der DVU und DP als Kandidaten aufstellen.

Aktivitäten des Landesverbands

Der Landesverband Thüringen der NPD verstärkte in diesem Jahr erneut seine Aktivitäten, indem er insbesondere den „Kampf um die Straße“ intensivierte. Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte die NPD die Zahl ihrer Demonstrationen bzw. Kundgebungen von 6 auf 12. Im Durchschnitt belief sich die Zahl der Teilnehmer wie 2004 auf ca. 175. Die Zahl der Perso-

⁵¹ Auf der CD befinden sich keine Interpreten aus Thüringen.

⁵² Siehe S. 26f.

nen, die am „Fest der Völker“ am 11. Juni in Jena und am „Friedensfest“ am 9. Juli in Gera teilnahmen, fiel mit 500 bzw. 700-750 für Thüringen ungewöhnlich hoch aus. Viele Veranstaltungen wurden gemeinsam mit Neonazis organisiert und durchgeführt. Die Partei konnte in der Öffentlichkeit stärker als 2004 in Erscheinung treten, da es ihr gelang, mehr Neonazis als im Vorjahr in ihre Veranstaltungen einzubeziehen. Die NPD weitete vor der Bundestagswahl ihre Aktionen erheblich aus, um sich im „Kampf um die Parlamente“ als politische Alternative darzustellen und über ihre Anhänger hinaus vor allem jene Protestwähler an sich zu ziehen, die der Sozialpolitik der Bundesregierung abgeneigt sind. Der „Kampf um die Köpfe“ trat hingegen in den Hintergrund, da Schulungsveranstaltungen kaum noch organisiert wurden.

Der Landesverband war 2005 bestrebt, mehrere öffentlichkeitswirksame Aktionen fest im „Veranstaltungskalender“ Thüringer Rechtsextremisten zu verankern. Mit diesen zumeist durch das Medium „Musik“ geprägten Veranstaltungsreihen strebt die NPD an, ihre Akzeptanz im aktionsorientierten rechtsextremistischen Spektrum zu erhöhen, die Präsenz auf der Straße auszubauen und Planungssicherheit zu schaffen. Diese Strategie wandte sie bereits auf den „Thüringentag der nationalen Jugend“ ebenso an wie auf das „Friedensfest“, die sie erstmals 2002 bzw. 2003 organisierte. Nunmehr soll diese Linie auch auf das „Fest der Völker“ übertragen werden, das bereits für die Zeit bis 2015 angemeldet worden ist.

Für Veranstaltungen der Thüringer NPD konnten im Berichtszeitraum dann wesentlich mehr Teilnehmer mobilisiert werden, wenn rechtsextremistische Musik als Medium eingesetzt wurde. Dieser Trend hat auch auf das „Friedensfest“ eingewirkt, dessen Teilnehmerzahl von ca. 200 im Jahr 2003 über etwa 150 im Jahr darauf auf 700-750 im Berichtszeitraum anstieg. Das „Friedensfest“ stellte die größte öffentlichkeitswirksame Veranstaltung dar, die vom rechtsextremistischen Spektrum Thüringens 2005 organisiert wurde.

Folgende Veranstaltungen der Thüringer NPD ragten im Berichtszeitraum heraus:

Demonstration am 5. März in Greiz

Am 5. März führte der Kreisverband Gera in Greiz unter dem Motto „Sozialismus ist machbar – Nationalisten gegen Agenda 2010“ eine Demonstration durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 220 Personen teil, die überwiegend aus Thüringen und Sachsen stammten. Als Redner traten neben dem Vorsitzenden des Landesverbands Thüringen, Frank SCHWERDT, zwei weitere Rechtsextremisten auf. Die NPD habe, hieß es einem Bericht im Internet zufolge, die Stadt Greiz als Veranstaltungsort gewählt, um den Bürgern eine „soziale Alternative“ aufzuzeigen.

Kundgebung am 16. April in Erfurt

Am 16. April veranstaltete die NPD unter dem Motto „Endlich soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ in Erfurt eine Kundgebung, an der sich 60-70 Angehörige der rechtsextremistischen Szene Thüringens beteiligten. Der Vorsitzende des Kreisverbands Erfurt-Gotha, Michael BURKERT, leitete die Veranstaltung, die eigenen Angaben zufolge von freien und parteigebundenen Rechtsextremisten aus Thüringen organisiert worden war. Als Redner traten außer BURKERT und dem Neonazi Patrick WIESCHKE zwei weitere Rechtsextremisten auf. Mit der Veranstaltung, hieß es auf der Website des rechtsextremistisch ausgerichteten „Aktionsbüros Thüringen“, werde die 2004 begonnene erfolgreiche Kampagne der NPD und „Freier Nationalisten“ gegen die Reformen „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ fortgesetzt.

„Sandro WEILKES-Gedenkmarsch“ am 7. Mai in Neuhaus am Rennweg

Am 7. Mai veranstaltete der Landesverband in Neuhaus am Rennweg den „Sandro-Weilkes-Gedenkmarsch“, an dem etwa 90 Angehörige der rechtsextremistischen Szene teilnahmen. Die Veranstaltung war wiederum von Frank SCHWERDT zum „Andenken des ermordeten Sandro WEILKES“ angemeldet worden. Als Redner traten der rechtsextremistische Rechtsanwalt Horst MAHLER und der Rudolstädter Rechtsextremist Thomas WIENROTH auf.

Der „Gedenkmarsch“ nimmt im „Veranstaltungskalender“ der Thüringer Rechtsextremisten einen festen Platz ein. WEILKES war im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen rechts- und linksgerichteten Jugendlichen 1995 erstochen worden. Seither versucht die rechtsextremistische Szene, den Tod WEILKES‘ als Märtyrertod zu symbolisieren und die Straftat als politisch motiviertes Verbrechen hinzustellen. Aus diesem Anlass veranstalten die Rechtsextremisten alljährlich im Mai in Neuhaus am Rennweg eine Demonstration.

Die Anzahl der Teilnehmer, die von ca. 300 im Jahr 2000 über 220, 120 und 150 in den Jahren danach auf etwa 75 im Jahr 2004 abgesunken war, konnte 2005 nur geringfügig übertroffen werden, obwohl sich WEILKES Todestag zum zehnten Mal jährte.

„Fest der Völker“ am 11. Juni in Jena

Am 11. Juni fand in Jena-Lobeda unter dem Motto „Fest der Völker – Für ein Europa der Vaterländer“ eine Veranstaltung statt, an der sich ca. 500 Rechtsextremisten beteiligten. Außer Frank SCHWERDT, Ralf WOHLLEBEN, der die Veranstaltung auch angemeldet hatte, Patrick WIESCHKE und Sascha WAGNER, der Bundesorganisationsleiter der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), traten die Rechtsextremisten Claudiu MIHUTIU (Rumänien), Constant KUSTERS (Niederlande), Stephen SWINFEN (Großbritannien), Tim MUDDE (Niederlande), Zsolt ILLÉS (Ungarn), Bojan RASATE (Rumänien), Thomas ÖLUND (Schweden), Michal LASSAK (Slowakei), Giovanni DI BLASI (Italien) und Nick GIOHALAS (Griechenland) sowie drei Personen einer russischen Abordnung und ein Österreicher auf. Darüber hinaus spielten die Skinheadbands „Indiziert“ (Schweiz), „Brigade M“ (Niederlande), „John“ (Schottland), „System Coffin“ (Sachsen-Anhalt), „Verszerzödes“ (Ungarn), „Nothung“ (Schweden), „Defiance“ (Frankreich) und „Before the War“ (Slowakei).

Aufgrund der großen Zahl von Bands und Rednern sowie deren internationaler Herkunft nimmt diese Veranstaltung einen neuen Stellenwert in der Agenda rechtsextremistischer Veranstaltungen in Thüringen ein. Wie die Anmeldung der Veranstaltung für die kommenden zehn Jahre zeigt, unternimmt die NPD in Thüringen abermals einen Versuch, neben dem „Friedensfest“ und dem „Thüringentag der nationalen Jugend“ eine dritte Veranstaltungsreihe einzurichten.

Demonstration am 25. Juni in Erfurt

Am 25. Juni fand in Erfurt unter dem Motto „Vereint für soziale Gerechtigkeit gegen Volksbetrug“ eine Demonstration statt, die vom Kreisverband Erfurt-Gotha und „Freien Kräften“ veranstaltet wurde. Als Versammlungsleiter fungierte der Vorsitzende des Kreisverbands Michael BURKERT. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 250 Rechtsextremisten, die überwiegend der NPD und der Neonaziszene angehörten. Als Redner traten neben BURKERT u.a. Frank SCHWERDT und Thorsten HEISE sowie der Hamburger Neonazi Christian WORCH auf. Das „Rezept gegen den Sozialabbau im Lande“ bestehe – so HEISE – darin, „bei der nächsten Bundestagswahl die NPD zu wählen“.

„Friedensfest“ am 9. Juli in Gera

Am 9. Juli veranstaltete der Kreisverband Gera unter dem Motto „Gegen Globalisierung und soziale Mißstände – Wahlauftaktveranstaltung des Kreisverbands Gera für Bundestagswahl“ in Gera eine Kundgebung, an der 700-750 Rechtsextremisten teilnahmen. Während der als „Friedensfest“ bezeichneten Veranstaltung traten neben dem Bundesvorsitzenden der NPD, Udo VOIGT, und Frank SCHWERDT sowie anderen Rednern die Skinheadbands „Eugenik“ und „Radikahl“ aus Gera bzw. Weimar sowie „Hauptkampflinie“ aus Hessen auf. Wer sich bei der Bundestagswahl für die NPD entscheide, agitierte ein Redner, treffe angeblich eine „Entscheidung für mehr Demokratie und Recht in Deutschland“.

Der NPD gelang es, die Zahl der Personen, die sich an dem „Friedensfest“ beteiligten, von ca. 200 im Jahr 2003 über etwa 150 im Jahr 2004 erheblich zu steigern. Diese ungewöhnlich hohe Teilnehmerzahl dürfte vor allem auf den Einsatz des Mediums „Musik“ und eine gewisse Planungssicherheit der Veranstalter und Teilnehmer zurückzuführen sein, da die Veranstaltung bereits zum dritten Mal veranstaltet wurde.

5.1.3 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Mit den JN verfügt die NPD als einzige der rechtsextremistischen Parteien über eine zahlenmäßig relevante Jugendorganisation. Die Organisation, die 1969 gegründet wurde, bildet einen „integralen Bestandteil der NPD“. Als Bundesvorsitzender amtiert seit 2002 Stefan ROCHOW. Der Vorsitzende der JN ist kraft seines Amtes zugleich Mitglied des Parteivorstands der NPD. Die JN bekennen sich zur „Volksgemeinschaft“, die sie in „einer neuen nationalistischen Ordnung“ verwirklichen wollen.

Nachdem die JN lange lediglich ein „Anhängsel der NPD“ gebildet haben und daher kaum noch wahrgenommen worden sind, bemühen sie sich seit 2004, ihre Organisationsstrukturen wiederaufzubauen und eigene politische Akzente zu setzen. Obwohl sie einige Landesverbände und regionale Stützpunkte gegründet haben, ist es ihnen im Berichtszeitraum jedoch nicht gelungen, die Organisation spürbar wiederzubeleben, ein eigenständiges Profil zurückzugewinnen und zumindest in Bezug auf das Personenpotenzial einen Aufwärtstrend einzuleiten. Infolgedessen dürfte sich die Anzahl ihrer Mitglieder bundesweit unverändert auf rund 350 belaufen.

Bundesvorsitzender kritisiert Kurs der NPD und bekräftigt nationalrevolutionäre Zielrichtung

Im Juni veröffentlichte der Bundesvorstand der JN unter dem Titel „Nationalismus heißt Kapitalismuskritik! – Eine notwendige Standortbestimmung“ ein Positionspapier, in dem er entschieden antikapitalistische und nationalrevolutionäre Ansichten vertritt. Der Bundesvorstand bekräftigte das Selbstverständnis, sich als „Jugendorganisation mit revolutionärer Ausrichtung“ zu verstehen. Er erteilte „jeder konservativ-bürgerlichen Vorstellung von Politik eine klare Absage“ und meinte, die „Chancen für eine revolutionäre Umgestaltung“ seien „günstiger denn je“. Die Aufgabe der JN bestünde darin, sich der „Hauptaufgabe einer fundamentaloppositionellen nationalistischen Bewegung“, der „Ablehnung des Systems und der Entwicklung einer Systemalternative“ zu stellen. Die „Herausforderung der nächsten Zeit“ laute, die zunehmende Unzufriedenheit junger Menschen zu kanalisieren und in „nationalistischen Widerstand“ umzuwandeln.

Im Rahmen der öffentlichen Kontroverse, die von dem Positionspapier ausgelöst wurde, äußerte sich der Bundesvorsitzende Stefan ROCHOW widersprüchlich zur „Volksfront-Strategie“. Einerseits bezeichnete er die „Volksfront“ als „rechtsreaktionäres, national- und sozialdemagogisches Bündnis“, das bereits im Ansatz gescheitert sei. Andererseits könne man im Moment nur eine „NPD/DVU als parteipolitische Opposition“ unterstützen, da die politische Lage seiner Meinung nach existenzbedrohend sei. Die Zusammenarbeit mit der DVU, betonte ROCHOW in einer nachgeschobenen Stellungnahme, stehe jedoch nicht zur Disposition.

Auf dem Bundesparteitag, der am 26. November in Chemnitz/Sachsen stattfand, bekannte sich der wiedergewählte Bundesvorsitzende ROCHOW zur Rolle der JN als „integralem Bestandteil der NPD“. Trotzdem müsse die Jugendorganisation auch jungen Menschen einen geschützten Raum bieten, in dem eigene Politik betrieben werden könne. Lediglich auf diese Weise würde es den JN gelingen, „nicht nur als sprachloses Anhängsel der NPD wahrgenommen“ zu werden. Auf dem Parteitag wurde der Rechtsextremist Thomas WIENROTH als Vertreter der Thüringer JN in der Funktion eines Beisitzers in den Bundesvorstand gewählt.

Die JN führten am 8. Mai in Berlin unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge – Schluß mit dem Schuld kult“ eine Veranstaltung durch, an der sich etwa 3.300 Rechtsextremisten beteiligten. Unter ihnen befanden sich auch Delegationen ausländischer rechtsextremistischer Organisationen.

Der Thüringer Landesverband der JN

Vom Jahr 2001 an gingen vom Thüringer Landesverband der JN, der erst im Jahr zuvor gegründet und in mehrere Stützpunkte untergliedert worden war sowie höchstens etwa 70 Mitglieder gezählt hat, kaum noch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus. Spätestens ab 2003 existierte er faktisch nicht mehr. In der zweiten Hälfte des Jahres 2004 leitete die NPD die Reorganisation der JN ein, indem sie im August den Stützpunkt Saale-Orla gründete. Mit der Gründung des Stützpunkts in Jena am 10. Juli setzte die NPD ihre Strategie fort, die Strukturen und Aktivitäten der JN wiederzubeleben. Vermutlich besteht auch im Raum Saalfeld-Rudolstadt ein Stützpunkt. Somit dürften in Thüringen drei Stützpunkte der JN existieren; ein neuer Landesverband bestand im Berichtszeitraum noch nicht.

Schätzungsweise verfügen die JN in Thüringen über etwa 20 Mitglieder. In diesem Jahr richteten die JN in Thüringen kleinere interne Veranstaltungen und eine Kundgebung am 30. April in Pößneck aus, an der sich etwa 35 Rechtsextremisten beteiligten.

5.2 „Deutsche Volkunion“ (DVU)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1987	1991
Sitz	München	
Mitglieder		
2003	ca. 11.500	ca. 100
2004	ca. 11.000	ca. 90
2005	ca. 9.000	ca. 80

für Thüringen relevante überregionale Publikation	„National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ (NZ)
Internet	kein eigener Internetauftritt vorhanden ⁵³

5.2.1 Der Bundesverband der DVU

Die DVU wurde 1987⁵⁴ in München unter dem Namen „Deutsche Volksunion-Liste D“ (DVU-Liste D) gegründet und 1991 durch Satzungsänderung in „Deutsche Volksunion“ (DVU) umbenannt. Mit derzeit etwa 9.000 Mitgliedern stellte sie auch 2005 die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei Deutschlands dar. Die DVU verfügt in allen Bundesländern über Landesverbände. Gegenwärtig ist sie in den Landesparlamenten von Brandenburg und Bremen vertreten.

Der Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY, der seit der Gründung der DVU als ihr Bundesvorsitzender amtiert, wurde zuletzt auf dem Bundesparteitag im Januar 2005 in München in dieser Funktion bestätigt. Dr. FREY führt die Partei zentralistisch. Der bedingungslose Machtanspruch des Vorsitzenden lässt den Unterorganisationen keinen Handlungsspielraum, um eigene Initiativen zu entfalten und selbstständig politische Arbeit zu leisten. Nach wie vor ist die DVU bei ihrem Vorsitzenden hoch verschuldet. Die Personalunion von Vorsitzendem und Kreditgeber verleiht Dr. FREY eine ungewöhnliche Machtfülle. Er ist faktisch zugleich deren Chefideologe und -stratege, alleinige Entscheidungsinstanz in Sach- wie Personalangelegenheiten, einzig befugtes Sprachrohr und nicht zuletzt ihr oberster Spendeneintreiber und Großfinanzier.

DVU schließt mit der NPD den „Deutschland-Pakt“

Obwohl sich NPD und DVU über viele Jahre ablehnend gegenübergestanden und jeweils für sich den Führungsanspruch innerhalb des rechtsextremistischen Lagers reklamiert hatten, näherten sie sich ab Mitte des Jahres 2004 im Rahmen der „Volksfront von Rechts“ deutlich einander an. Am 15. Januar 2005 schlossen die Bundesvorsitzenden der NPD und DVU, Udo VOIGT und Dr. Gerhard FREY, den „Deutschland-Pakt“, in dem die weitere Zusammenarbeit beider Parteien für die kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene festgelegt wurde.⁵⁵ Entsprechend diesem Bündnis beteiligte sich die DVU nicht mit eigenen Listen, sondern mit Kandidaten auf den Landeslisten der NPD sowohl an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen als auch der Bundestagswahl.

Die DVU nahm am 19. September auf ihrer Homepage im Internet unter der Überschrift „Ein Aufwind war`s – ein Sturm (noch) nicht“ zum Wahlergebnis der NPD Stellung. Die Zusammenarbeit von DVU und NPD werde, hieß es in der Analyse, „gemäß dem von beiden Parteien geschlossenen ‚Deutschland-Pakt‘ fortgesetzt“. Wahlen in den neuen Bundesländern seien von „ganz besonderer Bedeutung“, da dort das „rechte Potenzial weit überdurchschnittlich hoch“ sei. In Umsetzung des im „Deutschland-Paktes“ festgehaltenen Grundsatzes, sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen, wird die DVU im Frühjahr 2006 in Sachsen-Anhalt und die NPD im Herbst 2006 in Mecklenburg-Vorpommern für den Landtag kandidieren. Die

⁵³ Auf der Internetseite des Bundesverbands findet sich ein Hinweis auf den DVU-Landesverband.

⁵⁴ DVU e.V. 1971 als Verein gegründet, 1987 als Partei konstituiert, 1987 – 1991 „DVU-Liste D“

⁵⁵ Siehe S. 50f.

DVU prognostiziert günstige Wahlaussichten für beide Parteien, da sich die „Schnauze voll-Stimmung“ weiter ausbreiten werde.

„National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) verstärkt antisemitische Agitation

Die DVU hat ihr Parteiprogramm bewusst vage formuliert, um ihre extremistische Zielsetzung zu verschleiern und möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Artikel, die in der „NZ“ publiziert werden, enthalten jedoch tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen. Diese Zeitung, die sich im Besitz von Dr. FREY befindet, dient der DVU als Sprachrohr. Schwerpunkte der Agitation, die von der DVU und der „NZ“ betrieben werden, stellen tendenziell ausländerfeindliche, revisionistische und antisemitische Thesen dar. Häufig werden Themen, die sich auf Ausländer und die Zuwanderung beziehen, gezielt eingesetzt, um Überfremdungsängste zu schüren.

Im zweiten Halbjahr verstärkte die „NZ“ die antisemitische Agitation. Sie entzündete sich an dem von Rechtsextremisten aufgebrachten Begriff des „Bombenholocaust“, mit dem die von den Nationalsozialisten betriebene Vernichtung der Juden relativiert werden soll, und konzentrierte sich dann in zahlreichen Artikeln auf angebliche jüdische Mächte, die im Hintergrund auf die deutsche Politik einwirkten.

In ihrer 43. Ausgabe beklagte die „NZ“ unter dem Titel „Zuzug von Ostjuden gesichert – Doch Leistungsträger verlassen Deutschland“ einen – wie sie es formulierte – unverminderten Zustrom von Juden aus den Staaten der früheren Sowjetunion. Es habe sich herumgesprochen, dass „in Deutschland niemand durch die engen Maschen des sozialen Netzes rutsche“. Insofern könne man es den „jüdischen Migrantinnen nicht verübeln ... dass sie die angebotene weltweit einzigartige Vollversorgung nutzen“. Diese Verlockung habe zu einem „grotesken Höhepunkt“ geführt, als 50.000 bereits nach Israel eingewanderte Ostjuden umdisponiert hätten und in die GUS zurückgekehrt seien, um von dort aus durch eine erneute Migration „das Land der Täter“ zu bereichern. Die massenhafte Zuwanderung der Ostjuden geschehe im Interesse des „Zentralrats der Juden“ (ZdJ), der auf diese Weise seinen Einfluss in Deutschland stärken wolle. Indem in diesem Artikel willkürlich auf die angebliche Abwanderung einer besonders leistungsfähigen deutschen Bevölkerungsgruppe verwiesen wird, spielt der Beitrag auf das rechtsextremistische Stereotyp der „Umvolkung“ an. Demnach verfolge eine jüdisch inspirierte antideutsche Politik das Ziel, die Substanz des deutschen Volkes aufzulösen und dessen Leistungsfähigkeit nachhaltig zu untergraben.

5.2.2 Der Thüringer Landesverband der DVU

Als Vorsitzender des Landesverbands Thüringen, der 1991 gegründet worden ist, amtiert Walter BECK. Der Organisationsgrad des Landesverbands, der sich in Kreisverbände untergliedert, ist gering. Die Aktivitäten der meisten Parteimitglieder beschränken sich darauf, die „NZ“ zu beziehen und gelegentlich an den „Politischen Stammtischen“ der Partei teilzunehmen. Seit Jahren verliert der Landesverband an Mitgliedern. So ging dessen ohnehin geringe Mitgliederzahl von etwa 90 im Jahr 2004 auf nur noch ca. 80 im Berichtszeitraum zurück. Der Landesverband besteht fast nur noch formal, da von ihm kaum noch öffentlichkeitswirksame Aktionen ausgehen.

Tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen des Landesverbands ergeben sich u.a. aus der Beteiligung an der „Volksfront von Rechts“. So nahm der Landesvorsitzende Walter BECK am Bundesparteitag der NPD am 30./31. Oktober 2004 in Leinefelde sowie an der Saalveranstaltung von „nationalen Kräften“ am 4. Dezember 2004 in Sondershausen teil, wo er zwar für die DVU warb, das Bündnis der „rechten Kräfte“ jedoch in den

Vordergrund stellte. Im Berichtszeitraum trat der Landesverband insofern für die „Volksfront von Rechts“ ein, als Mitglieder der DVU auf Listenplätzen der NPD für den Bundestag kandidierten. So traten als Direktkandidaten für die NPD Walter BECK und Uwe BÄZ-DÖLLE, der die DVU seit 1999 im Stadtrat von Lauscha vertritt, zur Bundestagswahl an.

Der Landesverband übt der personellen, strukturellen und aktionistischen Defizite wegen, die die DVU seit Jahren prägen, auf jugendliche Rechtsextremisten keine Anziehungskraft aus. Diese dürften sich von der NPD und den Neonazis stärker angezogen fühlen. Daher konnte die DVU aus der „Volksfront von Rechts“ weder bundesweit noch in Thüringen Nutzen ziehen. Einzelne Mitglieder der DVU werden sich vermutlich an den Thüringer Kommunalwahlen im Jahr 2006 beteiligen.

5.3 „Die Republikaner“ (REP)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1983	1992
Sitz	Berlin	
Mitglieder		
2003	ca. 8.000	ca. 100
2004	ca. 7.500	ca. 90
2005	ca. 6.500	ca. 70
Unter-Organisationen (Bund)	„Arbeitskreis Republikanische Jugend“ (RJ) „Republikanischer Bund der Frauen“ (RBF) „Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten“ (RepBB) „Republikanischer Hochschulverband“ (RHV) „Johann Gottlieb Fichte-Stiftung e.V.“	
für Thüringen relevante überregionale Publikation	„Zeit für Protest – Die Zeitung für den mündigen Bürger“	
Internet	Eigener Internetauftritt des Bundesverbands, des Landesverbands Thüringen und des Kreisverbands Weimar	

5.3.1 Der Bundesverband der „Republikaner“

Die Partei „Die Republikaner“ wurde 1983 in München gegründet. Ende 1994 wählte die Partei den damaligen Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Baden-Württemberg, Dr. Rolf SCHLIERER, zum Vorsitzenden. Er wurde zuletzt auf dem Bundesparteitag im November 2004 im Amt bestätigt. Die Partei, deren Schwerpunkt sich seit jeher in Süddeutschland befindet, verfügt in jedem Bundesland über einen Landesverband.

Die Bedeutung der Partei nimmt seit etwa Mitte der 90er Jahre kontinuierlich ab. Diese Tendenz spiegelt sich vor allem in der stetig sinkenden Mitgliederzahl sowie den seit Jahren rückläufigen Wahlergebnissen wider. Allein im Berichtszeitraum ging die Mitgliederzahl der „Republikaner“ von 7.500 auf 6.500 Personen zurück. Bei der Bundestagswahl erzielte die Partei abermals ein Ergebnis, das als Niederlage zu werten ist. Ihr Stimmenanteil belief sich wie 2002 auf magere 0,6 %, womit sie weit hinter dem Wahlergebnis der NPD zurückblieb.⁵⁶

Nach wie vor liegen bei den „Republikanern“ tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vor. Sie sind an zahlreichen Stellen und auf allen Parteiebenen zu erkennen, jedoch insbesondere dort, wo unterhalb der Ebene des Bundesvorstands bzw. außerhalb dessen unmittelbarer Einflussphäre (noch) ein aktives Parteileben besteht. Allerdings verfolgt oder unterstützt nicht jedes Mitglied der „Republikaner“ rechtsextremistische Ziele. Anhaltspunkte ergeben sich nicht unmittelbar aus dem Parteiprogramm der „Republikaner“, son-

⁵⁶ Siehe Exkurs: „Rechtsextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl“, S. 67ff.

dern unter anderem aus dem Zusammenwirken mit anderen Rechtsextremisten, einer fremdenfeindlichen Agitation, die die Menschenwürde verletzt, sowie der Diffamierung von Repräsentanten und Institutionen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Ein wesentliches Agitationsmuster bildet die pauschale Verunglimpfung der etablierten Parteien.

Bedeutung und Wirkung des Abgrenzungsbeschlusses

Auf dem letzten Bundesparteitag am 27./28. November 2004 in Veitshöchheim/Bayern verabschiedete die Partei eine Resolution, in der sich die große Mehrheit der Delegierten „zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur Demokratie“ bekannte und eine Beteiligung an einer „rechten Volksfront“ zurückwies. Somit hatte sich abermals jene Mehrheit in der Partei durchgesetzt, die an dem Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien – vorzugsweise der NPD – festhalten will.

Im Berichtszeitraum verfolgte die Parteiführung diesen Kurs weiter, indem sie die Aufforderung der NPD und DVU, sich der „Volksfront von Rechts“ anzuschließen und sich an einem von der NPD dominierten Wahlbündnis für die Bundestagswahl zu beteiligen, ablehnte.

Der Abgrenzungskurs der Parteiführung hat die „Republikaner“ tief gespalten und ist auch 2005 stark umstritten geblieben. Er hat Mitglieder und Funktionäre einiger Landesverbände veranlasst, aus der Partei auszutreten. Ein starker Flügel hält an dem Ziel fest, sich mit der NPD im Rahmen der „Volksfront von Rechts“ zu verbünden. Das schwache Wahlergebnis, das die Partei bei der Bundestagswahl erzielt hat, dürfte auf den Widerstreit in den Reihen der „Republikaner“, ob sie sich der „Volksfront von Rechts“ anschließen sollen oder nicht, erheblich einwirken.

5.3.2 Der Thüringer Landesverband der „Republikaner“

Der Landesverband Thüringen der „Republikaner“ wurde 1992 gegründet. Dr. Heinz-Joachim SCHNEIDER aus Jena wurde im August 1998 zum Landesvorsitzenden gewählt und auf dem letzten Landesparteitag im Juni in Weimar im Amt bestätigt.

Die Mitgliederzahl des Landesverbands bezifferte sich im Berichtszeitraum auf etwa 70 Personen. Somit ging sie im Vergleich mit dem ohnehin niedrigen Niveau des Vorjahrs, als der Landesverband noch ca. 90 Mitglieder zählte, weiter zurück. Der Landesverband vermag eine erfolgreiche Parteiarbeit nicht zu betreiben, da er nur über eine geringe Zahl von engagierten Mitgliedern verfügt. In manchen Regionen des Freistaats sind parteipolitische Aktivitäten völlig zum Erliegen gekommen. Innerhalb der rechtsextremistischen Szene Thüringens sind die „Republikaner“ weitgehend isoliert. Im Vergleich mit anderen Landesverbänden der Partei spielt der Thüringer Landesverband lediglich eine untergeordnete Rolle und ist praktisch bedeutungslos.

Die „Republikaner“ hielten zwar Sitzungen des Landesvorstands ab und beriefen in den noch aktiven Kreisverbänden Mitgliederversammlungen ein. Öffentlich trat die Partei jedoch lediglich im Wahlkampf für den Bundestag auf, als sie mit Informationsständen, Flugblättern und Informationsmaterial für ihre Ansichten warb.

Aus der Bundestagswahl⁵⁷ gingen die „Republikaner“ auch in Thüringen geschwächt hervor, da sie mit 0,7 % der Zweitstimmen ihr ohnehin schwaches Ergebnis aus dem Jahr 2002 nicht

⁵⁷ Siehe Exkurs: „Rechtsextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl“, S. 67ff.

verbessern konnten und weit hinter die NPD zurückfielen. Das Wahlergebnis dürfte auch in Thüringen den Richtungsstreit aufs Neue beleben.

Sowohl der Landesverband als auch der Kreisverband Weimar präsentieren sich mit eigenen Websites im Internet. Der Landesverband zog dort in zahlreichen Beiträgen nicht nur die Legitimität des Grundgesetzes in Zweifel. Er stellte auch den deutschen Rechtsstaat und dessen Vertreter in Frage, griff das politische System der Bundesrepublik im Ganzen an und bediente sich fremdenfeindlicher Argumentationsmuster. Folgende Beispiele seien genannt:

„Was sind das nur für Menschen, die uns regieren wollen? Eine Bitte: Streicht das Wort VOLK aus dem Namen Volksvertreter und nennt euch: „ICH und mein Konzern – AG“, denn ihr vertretet doch nur Euch selbst (und natürlich Eure Geldgeber). Aber eines ist sicher: Ewig wird sich das deutsche Volk das nicht gefallen lassen !!!“⁵⁸

„Der ungebremste und illegale Zuzug von Ausländern in unser Land und unsere Sozialsysteme sowie das jahrelange Dulden von abgelehnten Asylanten auf unsere Kosten ist ein unerklärter Krieg gegen das deutsche Volk.“⁵⁹

„Laut dem Westfalenblatt vom 23.02.05 hat der Vorstand von Schalke 04 beschlossen ein Zeichen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu setzen und das daher eine Mitgliedschaft bei den REPUBLIKANERN oder der NPD nicht mit der Mitgliedschaft bei Schalke vereinbar ist. Hier wird durch einen Vereinsvorstand offene Diskriminierung betrieben und so gehandelt wie es in Geschichtsbüchern zu lesen ist. Es werden durch Assauer und Co. Zustände geschaffen so wie im 3. Reich die Juden ausgegrenzt wurden oder in Zeiten der Apartheid in Südafrika die schwarze Bevölkerung. Ist der nächste Beschluss etwa, dass Rechte mit einem Symbol als solche zu kennzeichnen sind?...“⁶⁰

5.4 „Deutsche Partei“ (DP)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1993	2003
Sitz	Erfurt	
Mitglieder		
2003	ca. 500	ca. 20
2004	ca. 500	ca. 20
2005	ca. 500	ca. 20
Internet	Ein eigener Internetauftritt des Bundesverbands war im Berichtszeitraum nicht festzustellen. Er nutzt deshalb die Internetseite des Landesverbands Baden-Württemberg.	

⁵⁸ Internetbeitrag REP-Thüringen vom 17.01.2005 (aus dem Original übernommen)

⁵⁹ Internetbeitrag REP-Thüringen vom 13.04.2005 (aus dem Original übernommen)

⁶⁰ Internetbeitrag REP-Thüringen vom 07.03.2005 (aus dem Original übernommen)

5.4.1 Der Bundesverband der DP

Die DP wurde 1993 (wieder)gegründet. Als ihr Bundesvorsitzender amtierte von 2001 bis Anfang 2005 der frühere hessische Landtagsabgeordnete der FDP und ehemalige Vorsitzende des „Bundes Freier Bürger – Offensive für Deutschland. Die Freiheitlichen“ (BFB-Die Offensive), Dr. Heiner KAPPEL, der jedoch infolge von Richtungsstreitigkeiten im Januar abgewählt wurde. Seither führen die ehemalige Vorsitzende der „Freiheitlichen Deutschen Volkspartei“ (FDVP)⁶¹, Claudia WIECHMANN aus Sachsen-Anhalt, und Ulrich PÄTZOLD, ein Funktionär der DP aus Bayern, als Doppelspitze die Partei. Die DP, der im Berichtszeitraum bundesweit wie in den Jahren zuvor etwa 500 Mitglieder angehörten, gliedert sich in 13 Landesverbände, von denen einzelne jedoch nahezu inaktiv sind oder nur über schwach ausgeprägte Strukturen verfügen.

Die DP gibt vor, sich an den Leitmotiven „Wahrheit – Freiheit – Recht“ zu orientieren. Sie strebt an, als Sammelbewegung aller „freiheitlich, wertkonservativ und patriotisch“ gesinnten Bürger zu fungieren. Ihre Politik orientiert sich an ihrem 12-Punkte- und 20-Punkte-Programm vom 28. April 2002 und 4. Oktober 2003.

Bei der DP liegen tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vor, auch wenn nicht jedes Mitglied verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Ihrer Agitation liegen unterschwellig fremdenfeindliche Denkmuster zugrunde, die sich gegen die Zuwanderung von Ausländern richten. Das 20-Punkte-Programm agitiert gegen die Strukturen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und setzt das Grundgesetz herab, das „Ausdruck der unverändert andauernden Teil-Souveränität Deutschlands gegenüber den Siegermächten des zweiten Weltkrieges“ sei.

In den vergangenen Jahren verfolgte die DP das Ziel, als Sammelbecken für Angehörige rechtsextremistischer Organisationen zu fungieren. Auf diese Weise hoffte sie, aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszugelangen und im Parteienspektrum an Gewicht zu gewinnen. Auch 2005 gelang es ihr nicht, diese Ziele zu erreichen.

Im Jahr 2004 sah sich die DP gezwungen, auf die Wahlerfolge der NPD und DVU und auf das Konzept einer „Volksfront von Rechts“ zu reagieren. Sie musste sich entscheiden, welche Stellung sie anderen „nationalgesinnten“ Parteien und Gruppierungen gegenüber einzunehmen gedachte. Während der Parteivorsitzende Dr. KAPPEL eine Kooperation mit der NPD und der DVU im Rahmen der „Volksfront von Rechts“ zurückwies und stattdessen ein Bündnis mit den „Republikanern“ und der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) anstrebte, sprach sich die Mehrheit des Bundesvorstands gegen einen strikten Abgrenzungskurs aus. Infolge dieser grundlegenden Meinungsverschiedenheiten kam es in der DP zum Streit über die künftige politische Ausrichtung der Partei, an dessen Ende Dr. KAPPEL im Januar 2005 des Amtes enthoben wurde und sich der Vorstand der DP überwiegend zur Zusammenarbeit mit der NPD bekannte.

Auf dem Bundesparteitag, der am 29. Mai stattfand, schlossen die Delegierten Dr. KAPPEL aus der Partei aus und wählten Claudia WIECHMANN sowie Ulrich PÄTZOLD zu gleichberechtigten Bundesvorsitzenden. Franz-Josef REISCHMANN aus Thüringen wurde in den Vorstand gewählt und zugleich zum Bundesgeschäftsführer berufen. Aus diesem Grunde dürfte auch die Bundesgeschäftsstelle von Bad Soden (Hessen) nach Erfurt verlegt worden sein. Die Teilnehmer des Bundesparteitags einigten sich darauf, die DP künftig als eigenständige Partei etablieren zu wollen. Die DP wolle mit anderen Parteien keine Fusion eingehen,

⁶¹ Im Oktober 2004 trat die rechtsextremistische FDVP der DP bei und löste sich auf.

sei jedoch von Fall zu Fall bereit, über Fragen einer Zusammenarbeit zu diskutieren. Die Teilnehmer des Parteitags bestätigten außerdem den Kurs, der im 20-Punkte-Programm festgelegt worden war. Zum Kernthema der politischen Arbeit wurde die EU und deren angeblich negativen Auswirkungen auf die Völker erklärt.

Ein weiterer Bundesparteitag der DP fand am 11. Dezember in Oberhof/Thüringen statt. In dessen Mittelpunkt stand ein vom Bundesvorstand entworfenes, neun Punkte umfassendes „Deutschland-Manifest“, in dem sich die DP u.a. gegen eine multikulturelle Gesellschaft und für eine Rückkehr zum „Kern-Europa der Vaterländer“ ausspricht. Auf der Basis dieses „Manifests“ soll dann auf dem Bundesparteitag 2006 ein modernisiertes Parteiprogramm beschlossen werden. Zudem sprach sich die DP dafür aus, künftig mit anderen „freiheitlichen und volkstreu“ Parteien vorbehaltlos zusammen zu arbeiten. In Hinsicht auf eine Kooperation mit der NPD und DVU hielt sich die Bundesführung der DP jedoch zurück.

5.4.2 Der Thüringer Landesverband der DP

Der Landesverband Thüringen, der 2003 gegründet wurde, konnte sich auch im Berichtszeitraum nicht unter den rechtsextremistischen Parteien Thüringens etablieren, sondern fristet weiter ein politisches Schattendasein. Nach wie vor gehören dem Landesverband etwa 20 Mitglieder an. Eine regelmäßige Parteiarbeit findet kaum statt. Ebenso wenig tritt der Landesverband mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten in Erscheinung. Die Saalveranstaltung, die die DP im Dezember 2004 zusammen mit NPD, DVU und „Freien Kräften“ unter dem Motto „Eine Bewegung werden! Gemeinsam die Volksfront von Rechts schaffen!“ durchführte, konnte die DP nicht in politisches Kapital ummünzen. Auch die Wahl von zwei Mitgliedern des Landesverbands in den Bundesvorstand trug nicht dazu bei, die Bedeutung des Landesverbands bundespolitisch zu erhöhen.

Auf die rechtsextremistischen Bestrebungen des Landesverbands deuten vor allem die engen Kontakte hin, die der Landesvorsitzende der Partei, Kurt HOPPE, zur NPD bzw. zum neonazistischen Spektrum unterhält. So besteht seit längerem ein gutes Verhältnis zwischen den Thüringer Landesverbänden der DP und der NPD. Im vergangenen Jahr lobte der Landesvorsitzende der NPD, Frank SCHWERDT, die Zusammenarbeit mit dem Landesverband der DP, insbesondere mit dessen Vorsitzenden Kurt HOPPE. HOPPE nahm am 21. Mai und am 25. Juni an Kundgebungen teil, die Neonazis, die NPD und „Freie Kräfte“ veranstaltet hatten. Darüber hinaus trat er im Wahlkreis Suhl/Schmalkalden-Meiningen/Hildburghausen als Direktkandidat der NPD zur Bundestagswahl an. Die DP hat angekündigt, zusammen mit der NPD und DVU an den Kommunalwahlen 2006 teilzunehmen.

5.5 Exkurs: Rechtsextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl

An den vorgezogenen Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag nahmen die NPD und die „Republikaner“ teil. Die NPD gewann in erheblichem Umfang an Stimmen hinzu, während die „Republikaner“ hinter ihrem Ergebnis von 2002 zurückblieben. Den beiden Parteien gelang es jedoch nicht, mehr als fünf Prozent der Zweitstimmen auf sich zu vereinen bzw. Direktmandate zu gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen. Ihre Ansichten und Ziele, die den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegengerichtet sind, werden folglich von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor nicht geteilt.

NPD

Für die NPD stimmten bundesweit 748.568 Wähler, was einem Anteil von 1,6 % entspricht. Somit gelang es der Partei, im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 533.336 Stimmen bzw. 1,2 % hinzuzugewinnen. Im früheren Bundesgebiet und in Berlin-West erzielte sie 1,1 % der Stimmen, in den neuen Ländern und in Berlin-Ost hingegen 3,6 %. Ihre besten Ergebnisse erreichte die NPD in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, wo sie 4,8, 3,7 bzw. 3,5 % der Stimmen erhielt.

Der Landesverband Thüringen trat zur Wahl des Bundestages mit einer Landesliste, die 15 Personen umfasste, und mit Direktkandidaten in allen neun Wahlkreisen an. Überwiegend wurde die Landesliste mit Personen besetzt, die der aktivistischen und an der Zusammenarbeit mit Neonazis und Skinheads interessierten Richtung der NPD angehören. Somit hält der Landesverband an dem Kurs fest, den er seit 2003 eingeschlagen hat. Die neuen Organisationsstrukturen schlugen sich ebenfalls in der Zusammensetzung der Landesliste nieder. So kandidierten u.a. die drei Vorsitzenden der neu geschaffenen Kreisverbände, welche insbesondere junge aktionsorientierte Rechtsextremisten aus dem neonazistischen Spektrum an die NPD binden sollen. Sowohl für die Landesliste als auch als Direktkandidaten für die Wahlkreise wurden fast ausschließlich amtierende Kreisvorsitzende und andere Funktionäre nominiert. Die NPD setzte das Konzept, eine „Volksfront von Rechts“ zu bilden, in Thüringen auch insofern in die Tat um, als sie die Kandidaten für die Bundestagswahl entsprechend dem „Deutschland-Pakt“ organisationsübergreifend unter Mitgliedern der NPD und der DVU auswählte. Auf Platz eins der Landesliste rangierte mit Dr. Rita HOFFMANN eine parteilose, jedoch der DVU nahe stehende Mitarbeiterin der „NZ“, die das politische Sprachrohr der DVU bildet. Der Landesvorsitzende der „Deutschen Partei“, Kurt HOPPE, wurde als Direktkandidat aufgestellt, weil er seit Jahren enge Kontakte zum neonazistischen Spektrum unterhält und eine basisbezogene Zusammenarbeit des rechtsextremistischen Lagers in Thüringen forciert.

In Thüringen wurde die NPD von 52.988 Männern und Frauen gewählt, nachdem sich 2002 13.572 Wahlberechtigte für sie entschieden hatten. In den ländlichen Regionen erreichte sie bessere Ergebnisse als in den Städten. Die NPD schnitt bei der Bundestagswahl in Thüringen wahrscheinlich deshalb verhältnismäßig erfolgreich ab, weil es ihr mit ihren Wahlkampfthemen gelungen ist, einen Teil jener Protestwähler für sich zu gewinnen, die mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage unzufrieden sind und eine Besserung ihrer Situation von den etablierten Parteien nicht erwarten. Insofern hat die Strategie der NPD, für wirtschafts- und sozialpolitische Themen populistische Lösungen anzubieten und soziale Fragen mit fremdenfeindlichen sowie antisemitischen Vorstellungen zu verbinden, vor allem in den neuen Bundesländern zum Erfolg geführt.

Die „Republikaner“

Auf die „Republikaner“ entfielen insgesamt 266.101 Zweitstimmen. Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2002 büßten sie somit 14.570 Stimmen ein. Ihr Stimmenanteil belief sich wie 2002 auf 0,6 %. Damit blieben die Wahlergebnisse der Partei deutlich hinter denen der NPD zurück.

Der Landesverband Thüringen trat mit einer eigenen Landesliste an, die vier Kandidaten umfasste. Der Landesvorsitzende Dr. Heinz-Joachim SCHNEIDER nahm Platz zwei der Liste ein und überließ damit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden und Vorsitzenden des Kreisverbands Weimar, Frank WELSCH, den ersten Listenplatz. Auf den Plätzen drei und

vier bewarben sich der Kreisvorsitzende des Kreisverbands Erfurt, Silvio DETTMAR, sowie der Beisitzer im Landesvorstand, Matthias RITTER, um einen Sitz im Bundestag.

In Thüringen vereinten die „Republikaner“ 9.966 Stimmen auf sich, nachdem sich 2002 noch 11.348 Wähler für sie entschieden hatten. Ihr Anteil an den Zweitstimmen ging von 0,8 auf 0,7 % zurück.

6. Sonstige Gruppierungen

In Thüringen traten im Berichtszeitraum wiederholt sonstige überregionale rechtsextremistische Gruppierungen auf. Sie wählten den Freistaat für ihre Veranstaltungen, weil er sich zentral in der Mitte Deutschlands befindet. Die Personen, die an den Veranstaltungen dieser Gruppierungen teilnahmen, stammten überwiegend aus anderen Bundesländern. Inhaltlich reicht das Spektrum der im Folgenden dargestellten Gruppierungen vom germanisch-heidnischen über den neonazistischen bis hin zum „intellektuellen“ Rechtsextremismus.

6.1 „Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesengemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (Artgemeinschaft)

Die germanisch-heidnische „Artgemeinschaft“, die 1951 gegründet wurde, hat ihren Sitz in Berlin, entfaltet ihre Aktivitäten aber von Hamburg aus. Sie versteht sich als Glaubensbund, der „die Kultur der nordeuropäischen Menschenart“ bewahren, erneuern und weiterentwickeln will und verbindet germanisch-heidnische Glaubensansätze mit rassistischen Vorstellungen. Von ihren bundesweit ca. 150 Mitgliedern kommen etwa 10 aus Thüringen. Die „Artgemeinschaft“ gibt die „Nordische Zeitung“ sowie eine Schriftenreihe heraus und verfügt über eine eigene Website. Ihr Vorsitzender, der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER, zählt seit Jahren zu den aktivsten Rechtsextremisten Deutschlands. Wegen seines breit angelegten Engagements, seiner Kontakte und Auftritte als Referent oder als Verteidiger von Rechtsextremisten gilt er als Symbol- und Integrationsfigur im deutschen Rechtsextremismus.

Ihre regelmäßigen überregionalen „Gemeinschaftstagungen“, die um die Tag- und Nachtgleichen, die Sommersonnenwende und Anfang Dezember stattfinden, führte die „Artgemeinschaft“ auch 2005 wieder in Nordthüringen durch. Die Teilnehmer, unter denen sich ehemalige und aktuelle Aktivisten der rechtsextremistischen Szene befinden, kamen nahezu aus dem gesamten Bundesgebiet. Die geschlossenen Veranstaltungen wirkten teils wie gesellige Familienveranstaltungen, in denen germanisches Kulturerbe gepflegt wird. Dieser harmlos anmutenden Lagerfeuerromantik stehen allerdings eindeutig rechtsextremistische Ideologeelemente im Regelwerk der „Artgemeinschaft“ entgegen. So gebietet das „Sittengesetz“ der „Artgemeinschaft“ ihren Mitgliedern u.a., sich für die „Wahrung, Einigung und Mehrung germanischer Art“ einzusetzen, „Gefolgschaft dem besseren Führer“ zu leisten und eine „gleichgeartete Gattenwahl (als) Gewähr für gleichgeartete Kinder“ zu treffen.

6.2 „Intellektueller“ Rechtsextremismus

Seit den achtziger Jahren arbeitet eine Strömung des rechtsextremistischen Spektrums darauf hin, völkische und nationalistische Ordnungsvorstellungen intellektuell und wissenschaftlich zu fundieren. Die Wortführer dieser Strömung, die als „Neue Rechte“ bezeichnet wird, richteten Gesprächskreise ein, hielten Seminare und Kongresse ab und gaben programmatische Schriften sowie Zeitschriften heraus, um den „Kampf um die Köpfe“ zu gewinnen. Denn erst dann, meinen sie, könne es infolge einer „Revolution von rechts“ gelingen, die Macht im Staat an sich zu ziehen.

Der „Neuen Rechten“ ist es jedoch bisher nicht gelungen, ihre Ideen zur Geltung zu bringen. Es gelang dieser Strömung nicht einmal ansatzweise, einen öffentlichen Diskurs anzustoßen, um eine „kulturelle Hegemonie“ – d.h. die Meinungsführerschaft des Rechtsextremismus in der Gesellschaft – zu erlangen. Ebenso wenig vermochte sie, ihre Gedanken im rechtsextremistischen Spektrum durchzusetzen. Zirkel, die die Ansichten der „Neuen Rechten“ verbreiteten, sind von Richtungsstreitigkeiten geprägt, lösten sich auf oder stagnierten auf niedrigem Niveau. Publikationen dieser Richtung wurden eingestellt oder nur noch in unregelmäßigen Abständen herausgegeben.

In Thüringen kommt dem Bereich des „intellektuellen“ Rechtsextremismus nur eine geringe Bedeutung zu. Thüringer Rechtsextremisten führen weder Gesprächszirkel durch noch geben sie Schriften heraus, um die Vorstellungen der „Neuen Rechten“ zu verbreiten. Vereinzelt nehmen Thüringer an Tagungen teil, die einige rechtsextremistische Zirkel im Freistaat durchführen. Im Berichtszeitraum fanden im Freistaat Tagungen des „Deutschen Kollegs“ und der „Deutschen Akademie“ statt.

„Deutsches Kolleg“

Das „Deutsche Kolleg“ stellt einen rechtsextremistischen Theoriezirkel dar, der sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches“ versteht und rassistisches sowie antisemitisches Gedankengut verbreitet. Seine zentrale Aufgabe sieht das „Deutsche Kolleg“ darin, die „nationale Intelligenz“ zu schulen, um zur „Wiederherstellung und vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Volkes als Deutsches Reich“ beizutragen. An den beiden Veranstaltungen des „Deutschen Kollegs“ vom 8. bis 10. April und vom 23. bis 25. September in Mosbach bei Eisenach wirkten jeweils nur etwa 10 Personen mit. In den Veranstaltungen, die der Rechtsextremist Dr. Reinhold OBERLERCHER leitete, wurden die Themen „Reichsbürgerkunde“ und „Hegels Naturphilosophie“ behandelt. Der Rechtsextremist Horst MAHLER, der in der Vergangenheit zusammen mit OBERLERCHER zu den Protagonisten des „Deutschen Kollegs“ zählte, nahm vermutlich aufgrund persönlicher Differenzen nicht mehr an den Veranstaltungen teil.

„Deutsche Akademie“

Die „Deutsche Akademie“ stellt einen rechtsextremistischen Intellektuellenzirkel dar, der im Umfeld der NPD Schulungen zur „staatstheoretischen Bildungsarbeit“ ausgerichtet. Für die Veranstaltung der „Deutschen Akademie“, die 2005 stattfanden, zeichnete der Rechtsextremist Jürgen SCHWAB, der dem Sprecherrat der „Deutschen Akademie“ angehört und als einer der maßgeblichen Theoretiker der NPD galt, verantwortlich. Nunmehr zählt er zu den Wortführern der „Nationalrevolutionäre“, die eine eigenständige Strömung im Rechtsextremismus bilden. An einer Tagung dieser „nationalrevolutionären Kräfte“ nahmen am 8./9. Oktober in Mosbach bei Eisenach etwa 30 Rechtsextremisten teil.

6.3 „Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) – Der Bismarck Deutsche“

Die DDF bildet eine neonazistische Organisation, die nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut verbreitet. Die Aktivitäten der Organisation beschränken sich nahezu ausschließlich darauf, die Zweimonatsschrift „Recht und Wahrheit“, die Artikel von rechtsextremistischen Autoren und Verlegern publiziert, herauszugeben und ein- bis zweimal jährlich „Recht und Wahrheit-Lesertreffen“ unter dem Namen „Tage Deutscher Gemeinschaft“, deren Teilnehmer dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum angehören, zu veranstalten. Für die Lesertreffen trägt der ehemalige Vorsitzende der NPD, Günter DECKERT, die Verantwortung.

Die DDF führt seit 1997 in Nordthüringen ihre jährlichen „Recht und Wahrheit-Lesertreffen“ durch. In diesem Jahr fand die Frühjahrstagung vom 15. bis 17. April und die Herbsttagung vom 4. bis 6. November statt. An ihnen beteiligten sich jeweils bis zu 80 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet, unter denen sich nur wenige Personen aus Thüringen befanden. Die „Recht und Wahrheit-Lesertreffen“ haben für die rechtsextremistische Szene Thüringens nur eine geringe Bedeutung. Dies hat seine Ursache in dem von den Initiatoren geübten Verzicht auf größere Außenwirkung, in der Auswahl sowie der intellektualisierenden Betrachtungs- und Behandlungsweise der jeweils angeschnittenen Themen.

6.4 Revisionistische Seminarveranstaltungen von Horst MAHLER

In diesem Jahr führte der Rechtsextremist Horst MAHLER in Mosbach bei Eisenach zwei rechtsextremistische Wochenendseminare durch, um seine revisionistischen Thesen zu verbreiten. So veranstaltete er am 23./24. April eine Wochenendveranstaltung der „Reichsbewegung“, in deren Verlauf er unter dem Titel „Horst Mahler über den Befreiungskampf und den Volksaufstand“ vor mehr als 30 Teilnehmern referierte. Am 29./30. Oktober fand ein weiteres Seminar der „Reichsbewegung“ unter dem Motto „Warum wurde das von Adolf Hitler geführte Deutsche Reich von den Westmächten zusammengeschlagen?“ mit etwa 60 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Die Seminare haben für das rechtsextremistische Spektrum in Thüringen nur geringe Bedeutung. Sie dienen lediglich einem festen Stamm von Interessenten zum Informationsaustausch bzw. zur Diskussion.

7. Politisch motivierte Kriminalität – Rechts – im Überblick

Die im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts – in den Jahren 2003, 2004 und 2005 in Thüringen begangenen Straftaten stellen sich wie folgt dar⁶²:

Straftaten	2003	2004	2005
Insgesamt	774	591	620
davon im Einzelnen:			
Propagandadelikte	611	392	398
Gewaltkriminalität ⁶³	48	36	53
Volksverhetzungen	80	80	83
Sachbeschädigungen	18	27	13
Sonstige	17	56	73

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts – ist die Anzahl der Straftaten im Vergleich mit dem Jahr 2004 leicht angestiegen. Es wurden 29 Delikte mehr festgestellt, was einem Anstieg um 4,9 % entspricht. Infolgedessen hat sich die rückläufige Tendenz der Fallzahlen, die seit 2000 zu beobachten war, nicht fortgesetzt. Wie 2004 machten auch im Berichtszeitraum die Propagandadelikte mehr als die Hälfte der Straftaten aus, die auf den Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts – entfielen. Aufgrund der Erfahrungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, weisen ungefähr 75 % der Propagandadelikte einen

⁶² Quelle: Thüringer Landeskriminalamt (LKA)

⁶³ Die politisch motivierte Gewaltkriminalität umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte.

extremistischen Hintergrund auf. Entgegen dem Trend der Vorjahre hat auch die Anzahl der Straftaten, die der Gewaltkriminalität zuzurechnen sind, zugenommen. Sie stiegen von 36 im Jahr 2004 auf 53 im Berichtszeitraum deutlich an und wurden überwiegend vor einem extremistischen Hintergrund begangen. Die fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten, die sich auf unterschiedliche Delikte verteilen, haben gegenüber dem Jahr 2004 hingegen weiter von 133 auf 105 abgenommen.

Die meisten Delikte waren in den Schutzbereichen der Polizeidirektionen Jena (142), Gera (103) und Gotha (99) zu verzeichnen. Zu diesen Polizeidirektionen gehören die Städte Eisenach, Weimar und Altenburg, die 2005 die lokalen Aktionsschwerpunkte der Neonazis bildeten.

III. Linksextremismus

1. Überblick

Bundesweit schließt das Potenzial der revolutionären Marxisten etwa 25.400 Personen ein. Hinzu kommen ca. 5.500 Personen, die die Verfassungsschutzbehörden der gewaltbereiten linksextremistischen Szene zurechnen. Etwa 5.000 von ihnen sind Autonome. Diese Zahlen entsprechen im Wesentlichen den Werten des Vorjahrs. Die verschiedenen Auszweigungen des linksextremistischen Spektrums stagnierten somit weiterhin auf dem bereits 2002 erreichten Niveau. Gewaltbereiten Linksextremisten gelingt es nach wie vor, für anlassbezogene, überregionale Aktionen und Demonstrationen mehrere tausend Personen zu mobilisieren.

Geschätzte Mitglieder- bzw. Anhängerpotenziale in Thüringen

	Freistaat Thüringen			Bund
	2003	2004	2005	2005
KPF der PDS	50-100	50	50	1.000
DKP	50	50	50	weniger als 4.500
MLPD	50	50	50	etwa 2.300
KPD	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	etwa 200
Gewaltbereite Linksextremisten davon Autonome	150	150	150	5.500 5.000

Die Lage im Freistaat stellte sich im Jahre 2005 in Bezug auf das linksextremistische Spektrum wie folgt dar:

Im Freistaat Thüringen wird das Potenzial der gewaltbereiten autonomen Szene auf etwa 150 Personen beziffert. Der Szene gelang es, in etwa der gleichen Größenordnung zusätzlich Personen für ihre Aktionen zu gewinnen. Die Anzahl der gewaltbereiten Autonomen und ihrer Sympathisanten hat sich somit seit dem Jahre 2002 nicht verändert, was in etwa auch dem bundesweiten Trend entspricht. Das Netzwerk „Autonome Thüringer Antifa-Gruppen“ (ATAG) hingegen, in dem sich die regionalen Gruppen und Zusammenschlüsse der Thüringer Szene überwiegend organisiert hatten, besteht in der ursprünglichen Zusammensetzung nicht mehr. Überdies sind von den bisher bekannt gewordenen Gruppen des Netzwerks nur noch wenige existent oder aktiv. Die Zahl, die Art und die Intensität der Aktivitäten, die von den Autonomen ausgingen, die der Szene immanente Neigung zu Straf- und Gewalttaten, die von ihr eingesetzten Kommunikationsmittel und die von ihr bevorzugten thematischen Schwerpunkte änderten sich 2005 im Wesentlichen nicht. Allerdings hat sich die Anzahl der im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Links – begangenen Straftaten gegenüber dem Jahr 2004 auf 200 verdreifacht.⁶⁴ Der „Antifaschismus“ bildete für die gewaltbereite autonome Szene in Thüringen nach wie vor das wichtigste Aktionsfeld. Das Verständnis, das Linksextremisten mit dem Antifaschismus verbinden, reduziert sich nicht auf die gegenwärtig aktuellen Traditionslinien von Nationalsozialismus und Faschismus. Es schließt die Auseinandersetzung mit dem angeblich „imperialistischen System“ der Bundesrepublik Deutschland ein,

⁶⁴ Siehe „Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick“, S. 107

das ihrer Auffassung nach das „Dritte Reich“ in modifizierter Form fortsetzt. Folgerichtig richteten sich 2005 die Aktionen des autonomen Spektrums nicht nur gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene und deren Strukturen, sondern zunehmend auch gegen die Zivilgesellschaft, die von einem „rechten“ Konsens gekennzeichnet sei und daher bekämpft werden müsse.

Der Szene gelang es, dann besonders viele Anhänger zu mobilisieren, wenn sich ihre Aktionen gegen Aktivitäten des rechtsextremistischen Lagers richteten. Wie in den vergangenen Jahren blieben auch im Berichtszeitraum „traditionelle“ Aktionen und Aktivitäten, die über mehrere Jahre stattgefunden hatten, aus. So organisierte die autonome Szene in diesem Jahr in Thüringen keine „Revolutionäre Mai-Demonstration“, nachdem eine solche Veranstaltung seit 2001 jährlich durchgeführt worden war.

Ebenso wenig veränderten sich im Wesentlichen die Aktivitäten der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, die ihr niedriges Potenzial an Mitgliedern nicht steigern konnten. Ihre Aktionen wurden, sofern sie in der Öffentlichkeit überhaupt in Erscheinung traten, kaum wahrgenommen. Sowohl das autonome Spektrum als auch die linksextremistischen Parteien unterhielten im Berichtszeitraum Kontakte, die über Thüringen hinausreichten.

2. Ideologischer Hintergrund

Das in sich breit gefächerte linksextremistische Spektrum vertritt im Einzelnen ideologisch voneinander abweichende Positionen. Es schließt Anhänger der „wissenschaftlichen Sozialismus- und Kommunismustheorien“ ebenso ein wie Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Autonome. Die Werke von MARX, ENGELS, LENIN, von STALIN, TROTZKI und MAO TSE-TUNG stellen die Grundlage der unterschiedlichen Anschauungen und theoretischen Gebilde dar. Gemeinsam ist den Linksextremisten das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen. Ihre – wie unterschiedlich auch immer gearteten – Bestrebungen richten sich letzten Endes gegen grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Linksextremisten wollen entweder ein marxistisch-leninistisches Staatsgebilde oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ errichten. Sie verbindet das Bekenntnis zur revolutionären Gewalt, zum Klassenkampf und zur Klassenherrschaft. Ihr Grundsatz, dass sich die von ihnen angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen nur durch den Einsatz revolutionärer Gewalt vollziehen lassen, wird aus taktischen Gründen oft verschwiegen. Bei tagespolitischen Auseinandersetzungen greifen sie häufig zu legalen, gewaltfreien Formen des politischen Engagements. Das erleichtert es den Linksextremisten, auf bestimmten Politikfeldern auch Bündnispartner zu finden, die extremistischen Methoden im Grunde genommen abgeneigt sind. Die eigene extremistische Ausrichtung wird bewusst verschleiert.

3. Marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen

3.1 „Kommunistische Plattform“ (KPF) der „Linkspartei.PDS“

Gründungsjahr:	1989
Sitz:	Berlin
Mitglieder:	ca. 1.000 (Bund) ca. 50 (Thüringen)
Publikationen:	Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“ (monatlich); seit November 2005 in „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS“ umbenannt

Das Statut der PDS, die sich im Juli in „Die Linkspartei“ umbenannte, ermöglicht es, im Rahmen der Partei Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften zu bilden. Sie sind integraler Bestandteil der Partei und eröffnen der PDS, die sich als linke „Strömungspartei“ versteht, Ansatzpunkte für eine breite Bündnis- und Integrationspolitik. Eine Vereinigung dieser Art stellt die am 30. Dezember 1989 in der damaligen SED-PDS gegründete KPF dar, die sich in ihrer Satzung als „ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS“ definiert. Als marxistisch-leninistische, sich zum Kommunismus bekennende Organisation arbeitet sie eng mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und weiteren Personenzusammenschlüssen zusammen. Im Rahmen des von ihr angestrebten „breiten linken Bündnisses“ geht es ihr insbesondere darum „die Zusammenarbeit mit allen ..., die mit dem Ziel einer sozialistischen Alternative zum bestehenden kapitalistischen System aktiv in politischen, sozialen und anderen Auseinandersetzungen der Gegenwart stehen“, herzustellen.

Die KPF wird auf Bundesebene von einem Bundeskoordinierungsrat geleitet und vom Bundessprecherrat vertreten. Auf Landesebene sind adäquate Organe tätig. Ihr höchstes Gremium stellt die laut Satzung mindestens einmal jährlich einzuberufende Bundeskonferenz dar. Sie beschließt die politischen Leitlinien der KPF und wählt den Bundeskoordinierungs- und Bundessprecherrat. In Thüringen konstituierte sich die KPF im März 1993.

Auch 2005 setzte sich die KPF in der PDS mit Nachdruck dafür ein, weiterhin eine marxistische Politik zu verfolgen. Die PDS solle vor allem „an der sozialistischen Zielstellung, der antikapitalistischen Grundausrichtung und der uneingeschränkten Ablehnung des Einsatzes militärischer Mittel zur Lösung internationaler Konfliktsituationen“ festhalten. Eine solche Politik sieht die KPF durch den im Zusammenhang mit der vorgezogenen Bundestagswahl initiierten Fusionsprozess zwischen der PDS und der WASG gefährdet. Die KPF begrüßte zwar ein Bündnis von PDS und WASG im Wahlkampf. Sie lehnte jedoch die geplante Vereinigung beider Parteien strikt ab, da der Vereinigungsprozess „das Verschwinden unserer Partei von der politischen Landkarte der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der nächsten zwei Jahre“ zur Folge haben und die PDS in einem „linkssozialdemokratischen Projekt“ aufgehe könne. In dem durch eine Fusion notwendigen neuen Parteistatut könne, fürchtet die KPF darüber hinaus, der „Pluralismus in der PDS“ beseitigt und „marxistisch orientierten Gliederungen die Rechte beschnitten oder genommen“ werden.⁶⁵

Sahra WAGENKNECHT, die dem Bundeskoordinierungsrat der KPF ebenso angehört wie dem Bundesvorstand der PDS und diese als Abgeordnete im Europäischen Parlament vertritt, stimmte am 11. Juni auf einer Sitzung des Vorstands der PDS als einziges Mitglied dieses Gremiums gegen die geplante Vereinigung von PDS und WASG. Als Hauptgrund führte sie – der Diktion der KPF folgend – an, die PDS verstehe sich als antikapitalistische Partei, die eine sozialistische Perspektive anstrebe, die WASG hingegen nach Äußerungen führender Mitglieder als Sozialstaatspartei. Dass hinsichtlich sozialer Fragen Gemeinsamkeiten existierten, könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterschiede prinzipieller Natur seien.

Auf der außerordentlichen Tagung des 9. Parteitags der PDS am 17. Juli stellten Parteilinke aus dem Umfeld der KPF, des „Marxistischen Forums“ und des „Geraer Dialogs“ vergeblich einen Antrag, den Begriff „Partei des Demokratischen Sozialismus“ im Parteinamen beizubehalten. Später stimmten sie – ebenfalls erfolglos - gegen die Änderung des Namens. Die Umbenennung der PDS in „Die Linkspartei“⁶⁶ bedeute einen „Identitätsverlust“, da der Name

⁶⁵ Mitteilungen der KPF, Nr. 6, 7 und 11/05

⁶⁶ Der Name PDS ist noch als freiwillige Zusatzbezeichnung auf Landesverbandsebene möglich.

PDS unlösbar mit der DDR verknüpft sei. Mit der Tilgung des Parteinamens sollen auch die Erinnerung an sozialistische Grundstrukturen auf deutschem Boden getilgt, vermutet die KPF, und zugleich jegliche sozialistische Zielstellungen aufgegeben werden. „Die Kommunistinnen und Kommunisten in der mit dem Zusatz PDS ausgestatteten Linkspartei“ befänden sich nunmehr „in der kompliziertesten Situation seit Ende 1989“.

Auf der 4. Tagung der 12. Bundeskonferenz der KPF am 9. Oktober in Berlin stellte die Bundessprecherin Ellen BROMBACHER in Bezug auf die Bewahrung „antikapitalistischer und sozialistischer Ansätze“ in der Partei resigniert fest: „Die Ergebnisse unseres Wirkens sind eher bescheiden. Die Kommunistische Plattform hatte und hat nicht die Kraft, grundlegenden Einfluss auf die politische Linie der PDS auszuüben – aber ihre Kraft reichte aus, zu dokumentieren, dass es die kommunistischen Wurzeln der Partei noch gibt.“ Zu viele, denen Opportunismus zuwider sei, hätten die Partei verlassen. Dennoch sei es „nicht gelungen, das sozialistische Ziel in der Versenkung verschwinden zu lassen, in der PDS die Totalitarismuskonzeption einzuführen, Krieg als Mittel der Politik akzeptabel zu machen oder dem Antikommunismus zum Durchbruch zu verhelfen“. Diese Prinzipien konnten verteidigt werden, weil eine Mehrheit der PDS-Mitglieder entsprechend denke und fühle und weil es in der Partei eine Minderheit gebe, die dem eine Stimme verleihe gegen jene, die beinahe zu jeder Anpassung bereit seien. Wesentlicher Teil dieser Minderheit sei zu jedem Zeitpunkt der PDS-Entwicklung die KPF gewesen. Ihr Interesse habe stets mit den Interessen all jener Mitglieder der PDS übereingestimmt, die sich der Identität der PDS als sozialistische, antikapitalistische Partei verpflichtet fühlten und die die Legitimität des frühen Sozialismus auf deutschem Boden verteidigten. Es ging und gehe um den Erhalt antikapitalistischer Positionen in der PDS. Die KPF bleibe „solange in dieser Partei, wie die Möglichkeiten, in ihr kommunistische Überzeugungen zu vertreten, stärker sind, als die sich in ihr entwickelnden antikommunistischen Tendenzen“. Wie schon in den letzten Jahren bekräftigte die KPF auch auf dieser Tagung abermals ihre Absicht, die „Zusammenarbeit mit dem Marxistischen Forum, dem Geraer Dialog⁶⁷ und anderen marxistisch orientierten Kräften innerhalb und außerhalb der Partei, insbesondere mit der DKP“ zu intensivieren und die „aktive Arbeit in verschiedenen sozialen, antifaschistischen und Antikriegsbündnissen“ weiterzuführen. Sie will sich „im Interesse sozialistischer Politik weiter aktiv am Parteileben der Linkspartei.PDS beteiligen“ und sich zugleich um „engere Kontakte zu Genossinnen und Genossen der WASG bemühen“.

KPF führt 3. Tagung ihrer 12. Bundeskonferenz am 12. März in Weimar durch

Am 12. März führte die KPF in Weimar auf „Initiative der Thüringer Genossen“ anlässlich des bevorstehenden „60. Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald“ die 3. Tagung ihrer 12. Bundeskonferenz durch. Wie Medien berichteten, sollen die 61 Delegierten und 20 Gäste auf aktuelle Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes eingegangen sein und sich mit innenpolitischen, wirtschaftlichen sowie internen Problemen der PDS befasst haben. Ein Thüringer Mitglied der DKP soll „die herzlichsten Grüße des Sekretariats und des Parteivorstandes der DKP“ übermittelt und unterstrichen haben, „welch große Bedeutung der gemeinsame Kampf der Kommunisten in unserem Land gegen Neofaschismus, Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau“ habe: „Wir sind Genossinnen und Genossen mit einem gemeinsamen Ziel, das wir nur mit Aktionseinheit erreichen können.“ Die Einladung an die KPF, am 14. „UZ“-Pressefest der DKP teilzunehmen, sei von den Delegierten der Konferenz dankend angenommen worden.

⁶⁷ Der „Geraer Dialog in und bei der PDS“ konstituierte sich im Februar 2003 und benannte sich im November desselben Jahres in „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ um.

3.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Gründungsjahr:	1968
Sitz:	Essen
Vorsitzender:	Heinz STEHR
Mitglieder:	weniger als 4.500 (Bund) ca. 50 (Thüringen)
Publikationen:	„Unsere Zeit“ („UZ“, wöchentlich)

Die 1968 in Frankfurt am Main gegründete DKP versteht sich als Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). In den auf dem 12. Parteitag der DKP im Jahr 1993 beschlossenen „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ – das derzeit gültige Parteiprogramm der DKP stammt noch aus dem Jahr 1978 – charakterisiert sie sich „als Partei der klassenbewußten und klassenkämpferischen Arbeiterklasse“. Ihre Politik basiert „auf der materialistischen Wissenschaft ..., die von Marx und Engels begründet und von Lenin und anderen Marxistinnen und Marxisten weiterentwickelt wurde“. Im Klassenkampf sieht sie „die zentrale Triebkraft der Geschichte“, in der Arbeiterklasse „die entscheidende soziale Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt“ und „im Sozialismus die Zukunft“. „Hauptgegner der Arbeiterklasse in Deutschland und der DKP“ ist für sie „der deutsche Imperialismus“. Als ihre Hauptaufgabe sieht die Partei demzufolge den Kampf für eine Politik an, die „konsequent antikapitalistisch ist ... und die mit monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnissen brechen will“.

Die DKP Thüringen, die im Januar 1996 gegründet worden ist, umfasst nach eigenen Angaben vier Regionalgruppen. Der Koordinierungsrat, der von der Landesmitgliederversammlung gewählt wird, bildet das Führungsgremium der Partei.

1. Tagung des 17. Parteitages der DKP am 12./13. Februar in Duisburg

Am 12./13. Februar fand in Duisburg die 1. Tagung des 17. Parteitages der DKP statt. Sie stand im Zeichen der gravierenden Probleme, die auf die Partei einwirkten: So hatten die andauernde Programmdebatte und unterschiedlichen Ansichten über die Situation im Irak massive innerparteiliche Konflikte hervorgerufen. Außerdem war die Anzahl der Mitglieder nach eigenen Angaben im Vergleich zum 16. Parteitag, der am 30.11./1.12.2002 stattgefunden hatte, von etwa 4.700 auf 4.454 Genossen zurückgegangen. Hinzu kamen die ungelösten chronischen Finanzprobleme und die Kampagne „Die UZ muss Wochenzeitung bleiben!“, mit der neue Abonnenten gewonnen werden sollten, die jedoch das gewünschte Ziel nicht erreichte. In seinem Eröffnungsreferat kritisierte der Vorsitzende der DKP, Heinz STEHR, „die Entwicklung des Imperialismus zu reaktionären Verhältnissen“ sowie „Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau“. Wer dies ändern wolle, müsse „vor allem auf Klassenkampf, auf außerparlamentarischen Kampf, auf entsprechende Bewegungen und die Vernetzung dieser Kräfte setzen. Wahlbeteiligungen sollten diesen Prozess unterstützen und befördern“. Die unmittelbare Aufgabe bestehe vor allem darin, die Zusammenarbeit der Arbeiterbewegung mit der sozialen und globalisierungskritischen Bewegung zu verstärken. STEHR äußerte sich besorgt über die Entwicklung, die die DKP genommen habe. Er warnte vor „zerstörerischen Auseinandersetzungen“ und einer „Strömungspartei“. Diese Situation müsse schnellstens überwunden werden, da sie der Partei die Kraft nähme, aktiver in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen, und zudem deren Ansehen in politischen und sozialen Bewegungen zerstöre.

Die Neufassung ihres noch aus dem Jahre 1978 stammenden „Mannheimer Programms“, das 1993 mit den „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ fortgeschrieben wurde, erwies sich auch im Berichtszeitraum als schwierig. Einem Beschluss des 16. Parteitag nach sollte auf dem 17. Parteitag ein endgültiges Parteiprogramm beraten werden. Um die fort dauernden Blockaden in der Programmkommission zu überwinden, hatte der Parteivorstand schließlich auf seiner 7. Tagung im Juni 2004 eine aus vier Personen bestehende Autorengruppe mit der Erarbeitung eines Entwurfs beauftragt, den diese dem Parteitag übergab. Der Entwurf wurde vom neugewählten Parteivorstand auf seiner konstituierenden Sitzung am 5./6. März beraten und danach für eine Diskussion in der Partei veröffentlicht. Die Verabschiedung des neuen Parteiprogramms ist jetzt für die 2. Tagung des 17. Parteitags vorgesehen, die am 8. April 2006 wiederum in Duisburg stattfinden soll.

Trotz „lebhafter Diskussionen“ eskalierte der parteiinterne Streit in Duisburg nicht. Die „UZ“ schrieb dazu: „Wer von diesem 17. Parteitag der DKP einen Eklat, Putschversuche oder destruktiven Streit erhofft oder befürchtet hat, musste im Verlauf der zweitägigen Debatten zur Kenntnis nehmen: Diese kleine DKP ist nicht nur nah dran an den aktuellen Kämpfen und Problemen unserer Zeit, sondern bei allen Irritationen auch in der Lage, souverän mit unübersehbaren Meinungsverschiedenheiten umzugehen“.

Bei der Wahl des Vorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter jedoch wurden Heinz STEHR, Nina HAGER und Rolf PRIEMER zwar in ihren Ämtern bestätigt, aber von „Kritikern per Stimmzettel abgemahnt“. Für STEHR stimmten 72 % (2002: 81 %), für HAGER 66 % (2002: 79 %) und für PRIEMER 79,5 % (2002: 89 %) der Delegierten. Im Parteivorstand, der auf 40 Mitglieder erweitert wurde, ist auch weiterhin ein Mitglied der DKP aus Thüringen vertreten.

DKP organisiert „Internationale Konferenz kommunistischer Parteien“

Bereits am 11. Februar, dem Vortag des 17. Parteitages, waren am Tagungsort nach einem Bericht der „UZ“ Vertreter von 18 „Bruder- und Schwesterparteien“ zur zweiten von der DKP organisierten „Internationalen Konferenz kommunistischer Parteien“ zusammen gekommen. Sie verfolgten die Absicht, „über den gemeinsamen Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau sowie Schritte gegen die imperialistische Kriegspolitik zu diskutieren“. STEHR habe sich in seinem einleitenden Beitrag für die Bildung eines Netzwerks der europäischen kommunistischen Parteien ausgesprochen, da „nach dem Zusammenbruch und der Zerschlagung des realen Sozialismus die Kräfte neu definiert werden“ müssten, „die mit durchsetzungsfähigen Kampfformen Veränderungen erreichen können“. Die entscheidende Kraft bliebe die internationale Arbeiterbewegung. Die Gäste, die eine Reihe von kommunistischen Parteien aus drei Kontinenten vertraten, sollen in vorbereiteten Statements die Sicht ihrer Parteien auf die angesprochenen Fragen vorgestellt haben. Es fand zwar ein „lebendiger Austausch von Standpunkten“ statt, Beschlüsse wurden aber nicht gefasst.

An der ersten „Internationalen Konferenz“ der DKP am 29./30. Juni 2002 in Berlin sollen noch 33 Parteien aus 31 Ländern teilgenommen haben, die sich jedoch schon damals auf keinen verbindlichen Beschluss zur Koordinierung internationaler kommunistischer Ziele hatten einigen können.

14. Pressefest der DKP-Wochenzeitschrift „Unsere Zeit“ (UZ) vom 24. bis 26. Juni in Dortmund

Vom 24. bis 26. Juni fand unter dem Motto: „Sozial is‘ muss!“ das 14. Pressefest der DKP-Wochenzeitschrift UZ im Dortmunder Revierpark Wischlingen statt. Eigenen Angaben der

Partei zufolge geriet die Veranstaltung, an der sich rund 50.000 Besucher beteiligt haben sollen, wie in den vergangenen Jahren „zum schönsten, spannendsten und größten Volksfest der Linken“ in Deutschland. Neben der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und der „Assoziation Marxistischer StudentInnen“ (AMS), die beide der DKP nahe stehen, sollen sich Vertreter von 22 kommunistischen Parteien aus aller Welt sowie „70 Stände von Organisationen und Initiativen, mit denen die DKP befreundet ist und eng zusammenarbeitet“, an der Veranstaltung beteiligt haben. Auf dem Programm standen u.a. Podiumsdiskussionen, die sich z.B. auf die Bundestagswahl 2005, die Zukunft des Sozialismus und die internationale Zusammenarbeit der Linken bezogen. Ein Kernstück des Festes bildeten traditionell die Zelte und Märkte, die die Landesverbände der DKP ausgerichtet hatten.

Das Pressefest, mit dem die DKP nach eigener Angabe „für die Zusammenarbeit der Linken in Deutschland, für die Entwicklung von außerparlamentarischen Aktionen und für eine andere Politik“ werben wollte, stellte nach Auffassung der Parteispitze wieder ein „gelungenes Fest“ und einen „großen Erfolg“ dar. Für die „UZ“ seien fast 100 Abonnenten und für die DKP einige Dutzend Mitglieder geworben worden.

Finanzielle Probleme der „UZ“

Die massiven finanziellen Probleme, die auf das Zentralorgan der DKP seit Jahren einwirken, hielten auch 2005 an. Die von der Partei am 1. September 2004 gestartete, mit großem propagandistischem Aufwand betriebene Werbekampagne „Die UZ muss Wochenzeitung bleiben!“ hatte nicht den gewünschten Erfolg. So konnte das Ziel, bis zum Pressefest der „UZ“ 700 neue Abonnenten zu gewinnen, nicht erreicht werden. Einem Bericht der „UZ“ zufolge konnten bis zum 1. Oktober dann „ca. 85 Prozent der Zielstellung“, was 594 Abonnements entsprach, erreicht werden. Der DKP Thüringen gelang es lediglich, 17 neue Abonnements einzuwerben, womit sie hinter den meisten Landesverbänden zurückblieb.

Der Landesverband Thüringen trat auch 2005 nur selten in Erscheinung. Seine personellen und finanziellen Probleme dauern offenbar an. Wie aus der Homepage des Landesverbands hervorging, sollen Genossen der DKP und der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD/Ost) am 20. August in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald eine gemeinsame Gedenkfeier für Ernst THÄLMANN veranstaltet haben. Mitglieder beider Parteien haben sich Berichten auf der Website der DKP und im Zentralorgan „Die Rote Fahne“ zufolge auch am „Ersten Deutschen Sozialforum“ vom 21. bis 24. Juli in Erfurt – insbesondere an dem in der Landeshauptstadt organisierten „Sternmarsch“ – beteiligt. Im August äußerte sich die DKP noch einmal öffentlich zu den Bundestagswahlen und bekräftigte die Absicht, die offene Liste der Linkspartei.PDS Thüringen zu unterstützen.⁶⁸

Weiterhin führte die DKP Thüringen am 8./9. Oktober in Bad Sulza ein „Seminarwochenende“ durch, an dem auch Prof. Hans Heinz HOLZ, Mitglied der Programmkommission der DKP, teilnahm. Im Verlauf der Veranstaltung wurde der aktuelle Programmentwurf diskutiert und anschließend „mit großer Mehrheit eine Stellungnahme mit zahlreichen Statements und Forderungen in Form eines Antrags an den Parteitag verabschiedet“.

3.2.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die formal selbstständige, jedoch mit der DKP eng verbundene Jugendorganisation zählt bundesweit etwa 300 Mitglieder. In Thüringen, wo sie seit 1996 existiert, ist sie nur mit wenigen Mitgliedern vertreten.

⁶⁸ Siehe Exkurs: „Linksextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl“, S. 85ff.

Nachdem die SDAJ im Jahr 2004 ein zentrales Pfingstcamp in Köln organisiert hatte, fanden im Berichtszeitraum vom 13. bis 16. Mai wieder vier regionale Pfingstcamps in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Thüringen statt. Die Veranstaltungen standen unter dem Slogan „Aufstehen und Kämpfen – gegen Krieg, Sozialraub, Nazis und die postmoderne Spaßkultur!“ Wie die „UZ“ berichtete, „campten 400 Jugendliche mit der SDAJ, um Ausbildungskillern, Nazis und der militaristischen EU-Verfassung den Kampf anzusagen“.

Mitglieder der SDAJ beteiligten sich an den „15. Weltfestspielen der Jugend und Studierenden“, die vom 7. bis 15. August in Caracas/Venezuela stattfanden.⁶⁹ Mit ca. 60 Personen soll die SDAJ nach Berichten in der „UZ“ die größte Gruppe innerhalb der deutschen Delegation, die knapp 200 Teilnehmer umfasste, gestellt haben. Im Rahmen der Festspiele seien von der SDAJ u.a. eine eigene dreisprachige „WFS“-Zeitung herausgegeben und ein Informationsstand betrieben worden.

3.3 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Gründungsjahr:	1982
Sitz:	Gelsenkirchen
Vorsitzender	Stefan ENGEL
Mitglieder:	ca. 2.300 (Bund) ca. 50 (Thüringen)
Publikationen:	„Rote Fahne“ (wöchentlich)

Die MLPD wurde 1982 in Bochum gegründet. Sie „wendet den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen schöpferisch auf die heutige Situation an“. In der Präambel ihrer „Organisationspolitischen Grundsätze“ charakterisiert sie sich „als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland“, deren „grundlegendes Ziel ... der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ ist. In ihrem 1999 auf dem „Gelsenkirchener Parteitag“ beschlossenen Parteiprogramm führt sie ergänzend aus: „Die Eroberung der politischen Macht ist das strategische Ziel des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Die MLPD hat die Aufgabe, die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen und ihre Kämpfe in einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höherzuentwickeln. ... Der Kern der revolutionären Taktik der MLPD besteht darin, den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden bzw. den wirtschaftlichen in den politischen Kampf umzuwandeln und den Klassenkampf auf das sozialistische Ziel hin auszurichten.“ Im linksextremistischen Lager ist die MLPD aufgrund ihres sektiererischen Auftretens isoliert.

Eisenach und Sonneberg bilden im Freistaat die organisatorischen Schwerpunkte der Partei. Auch der Jugendverband „REBELL“ und die Kinderorganisation „Rotfüchse“, die Nebenorganisationen der Partei darstellen, sind in Thüringen vertreten.

⁶⁹ Die „Weltfestspiele“ werden vom „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ), dessen Sitz sich in Budapest befindet, organisiert. Nach eigenen Angaben stellt er mit über 100 Verbänden in aller Welt – wozu aus Deutschland u.a. die SDAJ gehört – die „größte antiimperialistische Jugendorganisation der Welt“ dar.

„12. Internationales Pfingstjugendtreffen“ vom 14. bis 16 Mai in Gelsenkirchen

Vom 14. bis 16. Mai fand in Gelsenkirchen unter maßgeblicher Beteiligung der MLPD das „12. Internationale Pfingstjugendtreffen“ statt, das von den Organisatoren als „größte selbstorganisierte und selbstfinanzierte Jugendveranstaltung in Deutschland“ bezeichnet wurde. Angaben im Internet und in der von der MLPD herausgegebenen Wochenzeitung „Rote Fahne“ zufolge sollen über 24.000 Gäste aus 25 Ländern und fünf Kontinenten an der Veranstaltung mitgewirkt haben. Der „bundesweiten“ Auftaktdemonstration „Jung und Alt – Weg mit Hartz IV!“, die durch die Innenstadt von Gelsenkirchen führte, sollen sich 5.000 Personen angeschlossen haben. Höhepunkte des Treffens bildeten den Berichten zufolge eine Diskussionsveranstaltung, an der sich unter dem Titel „Das ABC des echten Sozialismus“ der Vorsitzende der MLPD, Stefan ENGEL, beteiligte, und ein „Antifaschistisches Tribunal“, dessen Thema „Brauchen wir das Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda?“ lautete. Die Teilnehmer des „Tribunals“ sollen sich für ein Verbot aller faschistischen Organisationen ausgesprochen haben.

Sommercamp des Jugendverbands „REBELL“ vom 16. Juli bis 28. August in Truckenthal

Das traditionelle Sommercamp des Jugendverbands „REBELL“ und seiner Kinderorganisation „Rotfüchse“ wurde in der Zeit vom 16. Juli bis 28. August zum dritten Mal in der „Ferien- und Freizeitanlage Truckenthal“ im Thüringer Wald veranstaltet. An dem Camp nahmen nicht bis zu 600 Jungen und Mädchen teil, wie die MLPD⁷⁰ erwartet hatte, sondern lediglich etwa 400. Ein Großteil der Zeit wurde für den Bundestagswahlkampf der MLPD verwandt. Es seien 850 Plakate hergestellt und anschließend in 25 Thüringer Städten aufgehängt sowie 5.000 Wahlzeitungen eingeworfen worden.⁷¹ Einen Höhepunkt des Lagers bildete wie in den letzten Jahren ein angeblich von knapp 900 Gästen besuchtes „3. Großes Waldfest“, auf dem auch der Vorsitzende der MLPD, Stefan ENGEL, aufgetreten sein soll.

In welchem Maße Kinder und Jugendliche für die politischen Ziele der MLPD im Rahmen des „Sommercamps“ instrumentalisiert werden, zeigt die Demonstration am 12. August in Sonneberg auf, die auch die Aufmerksamkeit der Lokalpresse auf sich zog. Aus dem Lager sollen etwa 130 „Rotfüchse“ und „REBELLEN“ mit selbstgemalten Plakaten und Transparenten gegen „Hartz IV“, Kriege und Umweltverschmutzung protestiert, für das „Große Waldfest“ geworben und Spenden gesammelt haben.

3.4 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD/Ost)

Gründungsjahr:	1990
Sitz:	Berlin
Vorsitzender:	Werner SCHLEESE
Mitglieder:	ca. 200 (Bund) wenige Mitglieder (Thüringen)
Publikationen:	„Die Rote Fahne“ („DRF“, monatlich)

⁷⁰ Der in Gelsenkirchen ansässige „Vermögensverwaltungsverein Koststraße 8 e.V.“ erwarb 2002 ein ehemaliges Pionierlager in Truckenthal, einem Ortsteil von Schalkau/Landkreis Sonneberg. Der Verein verwaltet das Vermögen der MLPD; als dessen Vorsitzender fungiert Stefan ENGEL. Die MLPD will die Immobilie nach eigenem Bekunden zu einem ganzjährig nutzbaren Freizeit-, Bildungs- und Jugendzentrum ausbauen. Seit 2003 führt die Partei hier das traditionelle „Sommercamp“ ihrer Jugendorganisation „REBELL“ und der Kinderorganisation „ROTFÜCHSE“ durch.

⁷¹ Siehe Exkurs: „Linksextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl“, S. 85ff.

Die am 31. Januar 1990 im damaligen Ost-Berlin von ehemaligen SED-Mitgliedern „wiedergegründete“ KPD bekennt sich zu den Lehren von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN. In ihrem auf dem 23. Parteitag 2003 neu gefassten Statut definiert sie sich als „marxistisch-leninistische Partei nach dem Vorbild der Leninschen Bolschewiki“, die „fest in der Tradition des Bundes der Kommunisten, des Spartakusbundes, der KPD und SED sowie ihrer hervorragenden Persönlichkeiten“ steht, zu denen sie u.a. Karl LIEBKNECHT, Rosa LUXEMBURG, Wilhelm PIECK, Ernst THÄLMANN, Walter ULBRICHT und Erich HONECKER rechnet. Sie sieht sich als „Erbe und Bewahrer der Erfahrungen und Erkenntnisse des Klassenkampfes der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Deutschland“ sowie „des Besten, was die deutsche Arbeiterklasse bisher erkämpfte, der sozialistischen Erfahrungen und Errungenschaften der DDR“ an. In ihrem auf dem 20. Parteitag 1999 beschlossenen Programm führt die Partei zu ihrer „Mission“ ergänzend aus: „Die Kommunistische Partei Deutschlands sieht als ihre Hauptaufgaben: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln und seine Überführung in Volkes Hand, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Deutschland und die Schaffung eines Arbeiter- und Bauernstaates.“

Der organisatorische Schwerpunkt der Partei befindet sich in den neuen Bundesländern. Die Landesorganisation Thüringen besteht seit April 1993. Der im April 2002 „wiedergegründete“ Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD), der auch in Thüringen organisatorisch vertreten ist, stellt die Jugendorganisation der Partei dar.

Machtkampf innerhalb der KPD

Im Jahr 2005 wurde die KPD von innerparteilichen Machtkämpfen geprägt. Medien der Partei zufolge stritten zwei Fraktionen unter dem Parteivorsitzenden Werner SCHLEESE einerseits und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden und Chefredakteur des Zentralorgans „Die Rote Fahne“ („DRF“), Hans WAUER, andererseits um die Führung der Partei und deren weiteren politisch-ideologischen Kurs. Im April begann mit einem unter der Überschrift „Ein offenes Wort über den gegenwärtigen Zustand unserer Partei“ in der „DRF“ publizierten Artikel der offene Machtkampf, der mit der Spaltung der Partei endete. In dem in stalinistischer Diktion verfassten, mit persönlichen Anfeindungen durchsetzten Aufsatz wurden WAUER, dem Mitglied des Zentralkomitees (ZK), Emil COLLET, sowie „einer Handvoll zählenden parteifeindlichen Gruppierung“ u.a. „rüdes Vorgehen gegen objektiv mit uns Verbündete“, „ein Putschversuch zwecks Eroberung der gewählten Parteiführung“, „Verstoß gegen Programm und Statut der Partei“, „abenteuerliches Linkssektierertum“ sowie „diffamierende Angriffe gegen bewährte und kampferprobte Funktionäre unserer Partei“ vorgeworfen. Die Partei wisse sich jedoch, hieß es in dem Aufsatz weiter, solcher Angriffe zu erwehren. Sie habe ihre Positionen gestärkt und durch „konsequente offensive Abwehrmaßnahmen das gesamte Parteikollektiv mobilisiert zur Zerschlagung der parteifeindlichen Akteure“. Gegen die Angehörigen der Gruppierung, zu denen auch Thüringer Genossen – darunter der Vorsitzende der Landesorganisation – gezählt wurden, seien inzwischen „Untersuchungs- und Aufklärungsmaßnahmen“ eingeleitet worden.

Auf der außerordentlichen Tagung des ZK der KPD am 10. April wurde Berichten in der „DRF“ und auf der Homepage der Partei nach noch einmal festgestellt, dass sich die Angehörigen der „linkssektiererischen parteifeindlichen WAUER/COLLET-Gruppierung“ u.a. fraktionsbildend und parteizersetzend verhalten und versucht hätten, „durch sektiererische Abschottung und mit den verbreiteten Vorbehalten gegen andere linke Parteien und Organisationen die KPD zu einer Sekte zu degradieren“. WAUER und COLLET seien als „Drahtzieher

dieser Gruppierung“ aus der Partei ausgeschlossen worden. Im Rahmen von Landes- und Regionalmitgliederversammlungen sollen inzwischen die Erkenntnisse über deren Wirken ausgewertet, „ihr Versuch zur Installation einer gegnerischen Spalterfraktion in der Partei und zur Eroberung der Parteiführung“ verurteilt und zurückgewiesen worden sein. Mittlerweile hätten sich „viele unserer Genossen aus den Landesorganisationen gemeldet und ihre Treue und ihr Vertrauen zum Zentralkomitee und ihren Parteivorsitzenden bekundet“. Zu den zeitgleich veröffentlichten, an die Parteiführung gerichteten Loyalitätserklärungen gehörte auch ein Brief, den Thüringer Mitglieder der KPD unterzeichnet hatten.

Der im Juni durchgeführte 24. Parteitag der KPD stand nach Berichten in den Parteimedien noch ganz im Zeichen der innerparteilichen Querelen, die inzwischen mit einem Sieg der Fraktion um den dort wiedergewählten Parteivorsitzenden SCHLEESE geendet hatten. Die Delegierten sollen in einem Beschluss unter dem Titel „Fest um die Führung unseres Parteikollektivs geschart“ „ihre Übereinstimmung mit den politisch-ideologischen Positionen und den organisatorischen Maßnahmen der führenden und leitenden Organe der Partei“ bekundet haben. Der Ausschluss der Initiatoren und Mitwirkenden der „partei-feindlichen linkssektiererischen Gruppierung“ um WAUER und COLLET wurde in dem Beschluss gebilligt und bestätigt.

Seit dem Ende des innerparteilichen Machtkampfes hat die KPD ihre Bemühungen merklich verstärkt, ein „umfassendes politisches parlamentarisches und außerparlamentarisches partei- und organisationsübergreifendes antiimperialistisches Volks-, Aktions- und Kampfbündnis zur Abkehr und Abwehr von der monopolkapitalistischen volksfeindlichen Politik“ zu schaffen. Bereits im Januar hatte SCHLEESE nach Angaben in der „DRF“ in offenen Briefen an PDS und DKP erfolglos für die Schaffung eines „demokratisch organisierten Gremiums für die Organisation des Volkswiderstandes gegen Kriegspolitik, Faschisierungspolitik und alle Erscheinungen des sozialen Abbaus“ geworben. Einen weiteren – ebenso vergeblichen – Versuch, ein Linksbündnis für die vorgezogenen Bundestagswahlen zu formen, unternahm die Partei Anfang Juni.⁷²

An der durch dogmatischen Stalinismus, Verherrlichung der DDR und der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ geprägten politisch-ideologischen Ausrichtung der KPD hat sich nichts geändert.

Gründung der KPD (B)

Ein Teil der Mitglieder, die aus der KPD ausgeschlossen worden bzw. ausgetreten sind, gründete nach eigenen Angaben im Mai die Splitterpartei KPD (B), die seit Juli die Monatszeitschrift „Trotz Alledem“ („TA“) herausgibt. Das „B“ soll für den Begriff „Bolschewiki“ stehen und zum Ausdruck bringen, dass die neue Partei „konsequent die Erfahrungen, Lehren und Grundsätze des Marxismus-Leninismus vertritt“ und sich entschieden von „Opportunismus, Revisionismus sowie anderen kleinbürgerlichen Strömungen“ abgrenzt. Ihre Hauptaufgabe sieht die KPD (B) darin, „ein marxistisch-leninistisches und somit wissenschaftliches Bewusstsein in der Arbeiterklasse“ herauszubilden und ständig weiterzuentwickeln, indem sie sich auf die „Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin“ stützt. Die KPD (B) wirft der KPD vor, in ihrer Führung hätten sich „partei-feindliche Kräfte installiert“, die glauben, „den Marxismus-Leninismus trotz verbaler Bekenntnisse zu dieser Ideologie, durch den Revisionismus ersetzen zu können“. Deshalb sei es notwendig geworden, „Kommunisten dieses Landes ein politisches Kampfbündnis zu geben, das frei von Revisionismus und Opportunismus agiert“.

⁷² Siehe Exkurs: „Linksextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl“, S. 85ff.

Inzwischen hat die Partei nach einem Bericht in der Dezember-Ausgabe der „TA“ ihren ersten Parteitag „erfolgreich durchgeführt“. An der Veranstaltung hätten Mitglieder aus acht Bundesländern teilgenommen, „um an diesem Tag am Aufbau der für die Arbeit der KPD (B) notwendigen Parteiorgane mitzuwirken, die hierfür erforderlichen Beschlüsse zu fassen und die entsprechenden Parteidokumente zu verabschieden“.

Auch in Thüringen ist der „TA“ zufolge eine Landesorganisation der KPD (B) gegründet worden. In Viernau soll am 8. Oktober – in Fortsetzung der Tradition der „DRF-Leserforen“ – bereits ein erstes Leserforum der „TA“, an dem sich 22 Personen beteiligten, stattgefunden haben.

24. Parteitag der KPD am 11. Juni in Berlin

Der 24. Parteitag der KPD fand am 11. Juni in Berlin statt. Neben der bereits erwähnten Ergebniseinsicht an die „Führung unseres Parteikollektivs“ sollen die Delegierten auch einen Beschluss mit dem Titel „Zu möglichen vorgezogenen Bundestagsneuwahlen“ gefasst sowie Grußbotschaften an die Kommunistischen Parteien Kubas, Tschechiens, Vietnams und Nordkoreas verabschiedet haben. Der bisherige Parteivorsitzende SCHLEESE sei in seinem Amt bestätigt worden; in die leitenden Parteiorgane sollen auch drei Thüringer Genossen gewählt worden sein.

KPD tritt in Thüringen nur wenig hervor

In Thüringen entfaltete die KPD kaum Aktivitäten. Neben der mit der KPF und der DKP entworfenen „Gemeinsamen Erklärung“⁷³ gehörten dazu nach Berichten in ihren Medien u.a. eine am 24. September in Erfurt durchgeführte öffentliche Mitgliederversammlung sowie die gemeinsam von Genossen der DKP und KPD am 20. August in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald veranstaltete Gedenkfeier für Ernst THÄLMANN. Mitglieder beider Parteien sollen sich auch an dem bereits erwähnten „Ersten Deutschen Sozialforum“ vom 21. bis 24. Juli in Erfurt, insbesondere an dem veranstalteten „Sternmarsch“, beteiligt haben.

„Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD)

Der KJVD führte nach Angaben der KPD am 26. Februar in Erfurt den III. Verbandstag durch, in dessen Verlauf ein Mitglied der KPD aus Thüringen zum Vorsitzenden der Jugendorganisation gewählt wurde. Die Thüringer Landesorganisation des KJVD führte, berichtete die „DRF“, am 19. November ein „Jugendforum“ in Gera durch. Auf der Veranstaltung sollen u.a. Mitglieder der SDAJ, der Gewerkschaftsjugend sowie parteilose Jugendliche mit den Mitgliedern des KJVD über den „gemeinsamen Kampf gegen Demokratie- und Sozialabbau“ diskutiert haben.

Wie das Zentralorgan „DRF“ mehrfach kritisch anmerkte, stagniere die Entwicklung des KJVD. Außerdem sei die „politisch mobilisierende Wirksamkeit“ des Jugendverbands unzulänglich. Erscheinungen von Selbstisolierung von der Jugend sowie Ignoranz gegenüber anderen Jugendorganisationen seien nicht zu übersehen; politische Konzeptionslosigkeit habe bislang die politisch-ideologische Arbeit des KJVD gehemmt. „Der Jungkommunist“, die Monatszeitschrift des KJVD, wirke nicht als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator, seien doch „politisch falsch orientierende Beiträge, fehlerhafte Darstellungen und ein lang-

⁷³ Siehe dazu „DKP, KPF und KPD Thüringen aktualisieren ihre ‚Gemeinsame Erklärung‘“, S. 85

weilendes Layout“ kaum geeignet, Interesse zu wecken und Aktivitäten zu fördern. Das Blatt verfehle die von ihr beabsichtigte politische Wirkung; von fehlendem Masseneinfluss ganz zu schweigen. Als Gründe für die negative Entwicklung in der Jugendorganisation wurden u.a. fehlende Unterstützung von Seiten des ZK der KPD, unzureichende Wahrnehmung der persönlichen und kollektiven Verantwortung durch die Führungskräfte des KJVD sowie die räumliche Zersplitterung der Organisationsstrukturen und Mitglieder des Verbandes angeführt.

Infolge der Machtkämpfe in der KPD scheint sich der organisatorische Schwerpunkt des KJVD von Berlin nach Thüringen verlagert zu haben. Nachdem bereits im Februar ein Genosse der Thüringer KPD zum Vorsitzenden der Jugendorganisation gewählt worden ist, können seit November das ZK des Verbandes sowie die Redaktion, der Verlag und der Vertrieb der Monatsschrift „Der Jungkommunist“ unter einer Erfurter Postfachadresse erreicht werden.

3.5 DKP, KPF und KPD Thüringen aktualisieren ihre „Gemeinsame Erklärung“

Auf der Homepage der DKP Thüringens und im Zentralorgan „DRF“ veröffentlichten Beiträgen zufolge wurde die aus dem Jahr 2001 stammende „Gemeinsame Erklärung“ von DKP, KPD und KPF Thüringen am 19. Februar aktualisiert. Damals hatten Vertreter dieser Organisationen ausgehend von der Erkenntnis, „dass das Zusammenwirken der Kommunisten, unabhängig ihrer Organisationszugehörigkeit, auf der Grundlage gemeinsamer politischer Überzeugungen und unter Hinteransetzung unterschiedlicher Auffassungen ein unbedingtes Erfordernis ist“, eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Sie waren u.a. übereingekommen, gemeinsam einmal im Quartal die politische Lage einzuschätzen und Erfahrungen auszutauschen sowie gemeinsam außerparlamentarische Aktionen gegen Neofaschismus, „die Gefahr imperialistischer Kriege“ und Sozialabbau zu unterstützen, die Mitglieder vor Ort zur gegenseitigen Kontaktaufnahme aufzufordern sowie die Arbeitspläne auszutauschen.

Bei der Aktualisierung der „Gemeinsamen Erklärung“ wurde „Übereinstimmung darüber erzielt, dass das Zusammenwirken der KommunistInnen auf der Grundlage gemeinsamer politischer Überzeugungen immer dringlicher wird“. „Fünfzehn Jahre nach der Annexion der DDR durch die BRD“ sei das Vermächtnis derer, die „unter dem Einsatz ihres Lebens Widerstand gegen Faschismus und Krieg leisteten“, noch nicht erfüllt, lähmten Demokratie- und Sozialabbau die Kräfte der Menschen und präsentiere sich die Bundeswehr immer stärker als eine „Armee der Aggression“. Die Verfasser betonten daher in der Erklärung ihre „besondere Verpflichtung“, „gegen zunehmenden Antikommunismus und entsprechenden Stimmen- und Platzgewinn von Neofaschisten in deutschen Parlamenten noch stärkeren Widerstand zu leisten“.

Im Gegensatz zur „Gemeinsamen Erklärung“ aus dem Jahr 2001 wurden bei der „Aktualisierung“ keine konkreten Beschlüsse gefasst, sondern lediglich vage Verpflichtungen und Absichtserklärungen thematisiert.

3.6 Exkurs: Linksextremistische Parteien beteiligen sich an der Bundestagswahl

Von den in Thüringen vertretenen linksextremistischen Parteien KPD, DKP und MLPD beteiligte sich lediglich letztere mit eigenen Listen am 18. September an den vorgezogenen Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag. Ungeachtet aller im Wahlkampf gegenüber der PDS und der WASG geltend gemachten politisch-ideologischen Vorbehalte versuchten diese Parteien, aus der Dynamik des sich entwickelnden Linksbündnisses Nutzen zu ziehen. Insbesondere die

MLPD und die KPD hatten die PDS sowohl in ihren Parteiprogrammen als auch in den Medien häufig scharf angegriffen. Eine Teilhabe, wenn auch nicht auf „gleicher Augenhöhe“, gelang letzten Endes nur der DKP.

MLPD

Nachdem die MLPD vor der Bundestagswahl 2002 zum aktiven Wahlboykott aufgerufen hatte, beteiligte sie sich in diesem Jahr als „die einzige echte sozialistische Alternative“ an der Bundestagswahl. Vorausgegangen war im Mai ein gescheiterter Versuch des Parteivorsitzenden Stefan ENGEL, PDS, WASG und Oskar LAFONTAINE für ein „linkes Wahlbündnis“ auf „gleicher Augenhöhe“ zu gewinnen.

Daraufhin stellte die MLPD in allen 16 Bundesländern Landeslisten sowie in 36 Wahlkreisen Direktkandidaten auf. Die Thüringer Landesliste umfasste acht Bewerber; in zwei Wahlkreisen traten zusätzlich Direktkandidaten an. Bei der Sammlung der für die Teilnahme an der Wahl erforderlichen ca. 45.000 Unterstützungsunterschriften sollen nach Angaben der MLPD in rund 110 Städten Wählerinitiativen mit über 3.000 Mitgliedern entstanden sein, darunter auch in Eisenach, Erfurt und Suhl. Die Teilnehmer des Sommercamps in Truckenthal wurden ebenfalls in die Wahlkampagne eingebunden. Die Partei erhielt bundesweit 45.238 Zweit- (0,1 %) und 16.480 Erststimmen (weniger als 0,1 %). In Thüringen votierten 5.668 Wähler (0,4 %) für sie; die beiden Direktkandidaten erhielten zusammen 1.595 Erststimmen (0,1 %). Die MLPD erzielte in Thüringen und in Sachsen-Anhalt mit jeweils 0,4 % der Zweitstimmen ihr bundesweit bestes Ergebnis.

In zwei Interviews, die ENGEL dem Zentralorgan „Rote Fahne“ am 18. bzw. 23. September gab, beschönigte er die enttäuschenden Wahlergebnisse, indem er sie als „Wahldesaster der Herrschenden“, „Nährboden für den Aufschwung des Klassenkampfes und des echten Sozialismus“ sowie „vorläufigen Höhepunkt der Loslösung der Massen von den bürgerlichen Parteien, dem Parlamentarismus und seinen Institutionen“ deutete. Der MLPD sei der bisher beste und erfolgreichste Wahlkampf gelungen, was zu einem Achtungserfolg geführt habe. Das Bundesergebnis der Zweitstimmen läge um das 4,5-fache über dem Ergebnis der letzten flächendeckenden Teilnahme der MLPD an einer Bundestagswahl im Jahre 1994. Diese Stimmen seien „unter der Bedingung des weitgehenden Medienboykotts in Fernsehen, Radio und Presse und anderer massiver Wahlbehinderungen eine bewusste Entscheidung für die MLPD, für ihr Programm, für ihre Repräsentanten und für die sozialistische Alternative“ gewesen. Trotz massiver Wahlmanipulation und -behinderungen habe sie erheblich an Masseneinfluss hinzugewonnen, in 360 Städten Wahlkampf betrieben und in 202 Orten systematisch die Parteiarbeit neu aufgenommen. Fast die Hälfte der Zweitstimmen sei in den neuen Bundesländern einschließlich Ostberlin erzielt worden, wo sie noch 1994 „keinen Fuß auf den Boden“ bekommen hätte. Aufgrund des guten Ergebnisses bei der Bundestagswahl habe die Partei beschlossen, an der nächsten Landtagswahl im März 2006 in Sachsen-Anhalt „als dem schwächsten Kettenglied der Monopole“ teilzunehmen, um den „guten Lauf in der Ausdehnung des Masseneinflusses“ fortzusetzen.

DKP

Die DKP begrüßte „den Prozess zur Sammlung und Bündelung linker Kräfte“ und rief zur Wahl der Linkspartei auf, da sie die „einzige Alternative zur neoliberalen Politik der etablierten Parteien“ darstelle. Der Parteivorstand beschloss auf seiner 3. Tagung am 9. und 10. Juli in Essen, keine Landeslisten in Konkurrenz zum linken Wahlbündnis aufzustellen, sondern in

Gesprächen mit PDS und WASG „zügig Vorschläge für Kandidatinnen und Kandidaten aus den Reihen der DKP auf Landes- und Ortsebene“ einzubringen.

Elf Mitglieder der DKP wurden in neun Bundesländern – nicht jedoch in Thüringen – auf die offenen Landeslisten der Linkspartei.PDS gesetzt, allerdings nur auf aussichtslose hintere Plätze. Darüber hinaus traten drei Direktkandidaten der DKP an.

In den ebenfalls auf der 3. Tagung des Parteivorstands beschlossenen „Positionen der DKP zur Bundestagswahl 2005“ bekräftigte die Partei noch einmal, dass für sie auch weiterhin „die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes und der sozialen Bewegungen im Mittelpunkt“ steht: „Ein Politikwechsel wird nicht im Parlament durchgesetzt, sondern in den Betrieben und auf der Straße.“ Demokratische und soziale Rechte ließen sich nur dann erzwingen, „wenn die sozialen Bewegungen – vor allem die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse – den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickeln und strukturelle antimonopolistische Reformen durchsetzen“. Dennoch werde im Bundestag eine linke Opposition gebraucht, die der außerparlamentarischen Bewegung⁷⁴ Impulse geben könne und damit den Aufbruch für eine neue Politik befördere. Die DKP unterstütze aber auch den Einzug der Linkspartei mit einer Fraktion in den Bundestag, um den „Widerstand gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft“ zusammenzuführen, die Schaffung und Entwicklung eines gemeinsamen Projektes linker Bewegungen und Parteien voranzutreiben und neue Formen der Zusammenarbeit zu finden.

Gleichlautende Töne schlug auch die DKP Thüringen in einer Stellungnahme zu den bevorstehenden Bundestagswahlen an: „Mit fester Überzeugung unterstützen wir die offene Liste der Linkspartei.PDS Thüringen und erklären unsere Zustimmung zur Umsetzung des von dieser Bewegung erklärten Programms. Denn „nur eine starke von der außerparlamentarischen Bewegung unterstützte linke Opposition“ könne „im deutschen Bundestag einen erfolgreichen Kampf gegen die Kräfte des deutschen Imperialismus führen“.

Nach der Bundestagswahl sah sich die DKP auch als Wahlsieger an, obwohl deren Kandidaten kein Mandat gewinnen konnten. Das Sekretariat des Parteivorstands begrüßte, dass die Linkspartei in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen sei. Sie gab die nach solchen Ereignissen übliche Standardbewertung ab: „Die DKP ... hat zur Sammlung und Bündelung linker Kräfte, zur Formierung der Zusammenarbeit von PDS und WASG und dem Einschluss anderer Linker, einen Beitrag geleistet. ... Die DKP hat mit eigenen wahlpolitischen Forderungen, die in vielfältigen Formen öffentlich bekannt gemacht wurden, engagiert und aktiv in den Wahlkampf eingegriffen. Der Bekanntheitsgrad der DKP und das Ansehen von Kandidatinnen und Kandidaten ist in der Zusammenarbeit der Linken bei diesen Wahlen spürbar gewachsen. Die DKP konnte neue Mitglieder und Leserinnen und Leser der UZ gewinnen.“

In seinem in der „UZ“ unter der Überschrift „Unser Engagement hat sich gelohnt!“ veröffentlichten Referat auf der 4. Parteivorstandstagung am 24./25. September stellte der stellvertretende Parteivorsitzende Rolf PRIEMER mit Genugtuung fest: „Die außerparlamentarische Bewegung kann nunmehr die Tribüne des Bundestages nutzen, um Nein zur Kriegespolitik, Nein zum Sozialabbau und Nein zum Demokratieabbau zu sagen und zugleich öffentlichkeitswirksam deutlich machen – es gibt Alternativen zur neoliberalen Politik! An all diesen Ereignissen haben wir mitgewirkt. Wir haben neue Kontakte und solidarische Beziehungen zu anderen Linken hergestellt. Die DKP und die auf den offenen Listen der Linkspartei kandidie-

⁷⁴ Nach der Diktion der DKP ein (schwammiger) Sammelbegriff für die (linke) Arbeiter-, Gewerkschafts-, Friedens-, Sozial-, Demokratie-, Ökologie-, antifaschistische, antirassistische und globalisierungskritische Bewegung

renden ... Genossen haben bundesweit Beachtung und ... Anerkennung und Respekt gefunden“. Das Wahlergebnis stelle eine Ermutigung für die Entwicklung weiterer außerparlamentarischer Aktivitäten und für die Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften dar. Die Linken seien in Deutschland stärker geworden. Nach der Wahl müsse nun die Zusammenarbeit intensiviert werden. Daher wolle sich die DKP zum einen konstruktiv an der weiteren Debatte um die Linkspartei beteiligen, zum anderen jedoch die organisatorische und politische Selbständigkeit bewahren.

KPD

Im Gegensatz zur Bundestagswahl 2002 beteiligte sich die durch innerparteiliche Machtkämpfe und eine daraus folgende Abspaltung geschwächte KPD in diesem Jahr nicht an den Wahlen. Wie die MLPD versuchte auch sie, von der Dynamik des sich entwickelnden Linksbündnisses zu profitieren. Auf Vorschlag des ZK beschlossen die Delegierten des 24. Parteitags am 11. Juni, „auf selbständiges Auftreten und Beteiligen an einer möglichen vorgezogenen Wahl zu verzichten“. Statt dessen forderten sie, dass sich „alle unter der Ausbeutung und Unterdrückung in unserem Lande Leidenden ... in einer antifaschistisch demokratischen Allianz zusammenschließen“.

Der Vorsitzende der KPD, Werner SCHLEESE, hatte bereits Anfang Juni gleichlautende offene Briefe u.a. an die WASG, PDS und DKP geschrieben, in denen er die Bereitschaft der Partei betonte, die Bündelung der Kräfte der deutschen Linken und einen gemeinsamen linken Wahlkampf zu unterstützen. Gleichzeitig warb er dafür, ein möglichst umfangreiches linkes Wahlbündnis, das neben linken Parteien auch „linke und sozial orientierte Verbände und Vereine“ und eine gemeinsame Kandidatenliste umfassen sollte, zu formen. Das Projekt kam jedoch nicht zustande, da es u.a. von der PDS abgelehnt wurde.

Im September veröffentlichte die „DRF“ eine „Gemeinsame Erklärung“ von DKP, KPD und KPF Thüringen, die diese am 16. Juli auf einer gemeinsamen Beratung beschlossen hatten. Die DKP und KPD betonten darin u.a., nicht mit eigenen Kandidaten zur Bundestagswahl antreten, sondern die Liste der Linkspartei.PDS unterstützen zu wollen.

In einer „Erklärung des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD zu den Bundestagswahlen“ bescheinigte sich die Partei, „vielfältig zu den erreichten 8,7 % Wählerstimmen für den Einzug der sogenannten Linkspartei in den Bundestag“ beigetragen zu haben. Deren Abgeordnete wurden aufgefordert, „die nur allzu berechtigten Forderungen ihrer Wähler für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit zur Richtschnur ihres Handelns“ zu machen. Die KPD werde darüber „künftig aufmerksam und öffentlich wirksam“ wachen. Außerdem sei es „Grundbedingung für Erfolg in der Parlamentsarbeit, eine konsequent auftretende handlungsfähige außerparlamentarische Kampffopposition“ als „Stütze wirklich linker Abgeordneter“ sowie „drängende und zwingende politische Kraft gegenüber den nicht auf die Wählerforderungen verpflichteten Parlamentariern“ zu organisieren. Daher müsse jetzt möglichst schnell ein „umfassendes partei- und organisationsübergreifendes Aktionsbündnis antiimperialistischen Charakters“ geschaffen werden. Nur mit einer solchen Gegenmacht ließen sich die Forderungen der Wähler realisieren. Die KPD hielte ihre „Position der Aktionseinheit in einem umfassenden antiimperialistischen Bündnis“ auch weiterhin aufrecht, wolle ihre Eigenständigkeit jedoch bewahren.

3.7 „Roter Tisch Ostthüringen“

Der „Rote Tisch Ostthüringen“ bezeichnet sich auf seiner Homepage als einen „Zusammenschluss von Linken in Ostthüringen, deren Fernziel es ist, eine Gesellschaftsordnung frei von

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu errichten“. Vom „Manifest der Kommunistischen Partei“ ausgehend verfolge er dieselben Ziele wie die „anderen proletarischen Parteien im Klassenkampf: Bildung und Organisation des Proletariats, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“. Zu diesem Zweck will die Organisation „die Zersplitterung der linken Kräfte und Bewegungen durch Bildung von Aktionseinheiten, ... gemeinsame Gespräche, Terminkoordination und Aktionen“ überwinden.

Aktivitäten des „Roten Tisches Ostthüringen“ waren auch 2005 kaum festzustellen. Erwähnenswert ist ein von der Organisation veranstaltetes Vortrags- und Diskussionswochenende, das im August in Ostthüringen stattgefunden haben soll. Die Veranstaltung habe sich u.a. mit dem „60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus“ befasst.

3.8 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Gründungsjahr:	1975
Sitz:	Göttingen
Mitglieder:	ca. 4.300 (Bund)
Publikation:	„Die Rote Hilfe“ (vierteljährlich)

Die RH versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“, die vermeintlich politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum politisch und materiell unterstützt. Sie organisiere „die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“. Darüber hinaus gelte die Solidarität „den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde“. Die Organisation gliedert sich bundesweit in knapp 40 Orts- bzw. Regionalgruppen. In Thüringen existieren Ortsgruppen in Erfurt und Jena sowie eine Regionalgruppe Südthüringen, deren Sitz sich in Zella-Mehlis befindet.

4. Autonome

4.1 Allgemeines

Ende der 70er Jahre bildeten sich in der Bundesrepublik die ersten autonomen Gruppen heraus. Heute agieren Autonome in fast allen größeren Städten, insbesondere in Ballungsgebieten wie Berlin oder dem Rhein-Main-Gebiet. Im Jahr 2005 belief sich die Anzahl der gewaltbereiten Autonomen bundesweit auf etwa 5.000.

Der Begriff des Autonomen schließt den Anspruch ein, ein selbstbestimmtes, eigenen Bedürfnissen und Wünschen folgendes, „befreites“ Leben zu führen, das weder von Anordnungen und Gesetzen noch von staatlichen und gesellschaftlichen Zwängen eingeengt wird. Ihre paradoxe Devise lautet: „Keine Macht für niemand!“. Ihre individuelle Befindlichkeit mündet daher in einer generellen Anti-Haltung, die ein Leben in Nischen propagiert. Die ideologischen Grundlagen der Autonomen setzen sich aus Elementen des Anarchismus ebenso zusammen wie aus diffusen sozialrevolutionären, nihilistischen und marxistischen Versatzstücken. Ein konsistentes ideologisches Konzept vermochten die Autonomen nicht zu entwickeln.

Die Autonomen lehnen den Dialog mit dem ihrer Ansicht nach „repressiven“ Staat ab. Vielmehr wollen sie das „herrschende System“ mit Gewalt zerschlagen, da es sie daran hindert, eigene Lebensformen zu praktizieren. Ihr ausgeprägter Individualismus ist mit in sich geschlossenen Konzeptionen, die auf eine Veränderung der Gesellschaft gerichtet sind, unvereinbar.

Die folgenden Schwerpunktthemen bilden die Grundlagen für die Diskussionen und Aktionen der autonomen Szene:

- Antifaschismus,
- Kampf gegen angenommene „Großmachtrollen“ der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union,
- Kampf gegen angenommenen „Geschichtsrevisionismus“ und „Opfermythen“ im Zusammenhang mit der öffentlichen Wahrnehmung der Zeit des Nationalsozialismus,
- Repression und innere Sicherheit,
- Antirassismus,
- Anti-Atomkraft-Bewegung, insbesondere Castor-Transporte,
- Internationalismus,
- Neoliberalismus und Globalisierung,
- „Häuserkampf“/Kampf gegen Umstrukturierung.

Die Intensität und Bedeutung der genannten Themen schwanken; im Berichtszeitraum blieb das Themengebiet „Antifaschismus“ Aktionsschwerpunkt der autonomen Szene.

Die Autonomen setzen sich mit ihren Themen auf vielfältige Art und Weise auseinander. Ihre Aktionen umfassen Demonstrationen, Diskussionen und Vortragsveranstaltungen ebenso wie Straßenkrawalle und Sachbeschädigungen, die zum Teil ein erhebliches Ausmaß erreichen, sowie Brand- und Sprengstoffanschläge. Gewalt gegen Personen setzen Autonome vorzugsweise ein, wenn sich ihre Protestaktionen gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene richten. Hier suchen Autonome die direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner bzw. mit den Einsatzkräften der Polizei. Die Folge sind Sachbeschädigungen und Körperverletzungen, die oft auch Polizeibeamte betreffen.

Fest strukturierte, auf Dauer angelegte und übergreifende Organisationsformen widersprechen dem Grundverständnis der Autonomen. Sie agieren meist in kleinen, unverbindlichen, lokal begrenzten, dezentralen Personenzusammenschlüssen.

Da die Wirkungsmöglichkeiten derartiger Gruppen schon allein wegen ihres niedrigen Organisationsniveaus begrenzt sind, unternahmen die Autonomen verschiedene Versuche, übergreifende Organisationsformen zu finden. Integrative Möglichkeiten eröffnet vor allem das Aktionsthema „Antifaschismus“, das nach Ansicht der Autonomen nicht allein auf den Kampf gegen Rechtsextremisten ausgerichtet ist, sondern auch die Auseinandersetzung mit dem angeblich in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden „imperialistischen System“ einschließt, das nach dem Selbstverständnis der Autonomen in modifizierter Form an die Herrschaft der Nationalsozialisten anknüpfe.

Im April 2001 scheiterte mit der Auflösung der seit 1992 bestehenden „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) der bisher bedeutendste Ansatz, bundesweit autonome Strukturen zu organisieren. Von der Szene danach unternommene Versuche, eine inhaltliche und organisatorische Erneuerung herbeizuführen, schlugen bisher fehl. Isolierung, regionale Begrenztheit des Aktionsradius und zahlenmäßige Schwäche konnten nicht überwunden werden. Das Vorhaben – vom Ansatz her in sich widersprüchlich – war mit den Grundlagen autonomen Selbstverständnisses schwer zu vereinbaren.

Absprachen zwischen den Gruppen sind in der Regel informeller Natur. Sie verständigen sich vor allem über das Internet, E-Mail-Anschlüsse und Infotelefone, die eine überregionale Ver-

netzung, Agitation und Mobilisierung ermöglichen. Nach wie vor werden aber auch herkömmliche Formen der Kommunikation intensiv genutzt. So erscheint bundesweit weiterhin eine Reihe von Szenenblättern, die teilweise konspirative Verbreitung finden. Aufgrund ihrer überregionalen Ausstrahlung hat die Zeitschrift „INTERIM“, die vierzehntägig in Berlin herausgegeben wird, die größte Bedeutung erlangt.

Als Anlaufpunkte für die Szene und deren Sympathisanten haben so genannte „Infoläden“ eine besondere Bedeutung erlangt. Sie dienen als Treffpunkt und vertreiben linksextremistische Schriften und Flugblätter. Plakate und Aushänge informieren über aktuelle Aktivitäten und geplante Aktionen. Ausgelegte Literatur, hier und da auch kleine Bibliotheken, stehen jedermann zur Verfügung. Interessierte finden dort Schriften zu szenetypischen Themen. Die „Infoläden“ bieten auch Räumlichkeiten, um Aktionen und Demonstrationen vorzubereiten und Kontakte zwischen Angehörigen des linksextremistischen Spektrums zu ermöglichen. Faxgeräte, Computer und Kopierer, die sich in den „Infoläden“ befinden, stehen den Angehörigen der Szene zur Verfügung.

4.2 Bundesweite Aktionen

Linksextremistische Aktionen im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 12./13. Februar 2005 in Dresden

Aus Anlass des 60. Jahrestags der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg fanden am 12./13. Februar in der Stadt Protestaktionen statt, an denen sich vor allem Autonome beteiligten.

Am 12. Februar nahmen zwischen 500 und 700 Personen, die überwiegend dem autonomen Spektrum zuzurechnen sind, an einer „antifaschistischen“ Demonstration teil, deren Motto „Gegen jeden Geschichtsrevisionismus – no tears for krauts“ lautete. Die Teilnehmer der Veranstaltung trugen Fahnen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Israels sowie Transparente mit sich, deren Losungen u.a. „Alles Gute kommt von oben – Dem deutschen Opfermythos offensiv entgegentreten!!!“ und „No Tears for Krauts – Deutsche Täter sind keine Opfer“ lauteten.

Am 13. Februar protestierten etwa 1.000 Angehörige des autonomen Spektrums gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten in Dresden. Sie versuchten, den Aufmarsch mit Blockadeaktionen, Sprechchören und Feuerwerkskörpern zu stören. Am Rand der Veranstaltung kam es vereinzelt zu Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. In der Inneren Neustadt wurden mehrere Mülltonnen und Recyclingcontainer in Brand gesetzt. Berichten im Internet zufolge kam es zu Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen.

Unter dem Motto „Keine Träne für Dresden“ hatte die „autonome antifa dresden“ dazu aufgerufen, sich sowohl an der Demonstration am 12. als auch an den Aktionen am 13. Februar zu beteiligen. In einem Aufruf eines „bundesweiten Bündnisses gegen das Zelebrieren des Opfermythos am 13. Februar in Dresden“, der u.a. von der „Antifaschistischen Aktion Gera“ (AAG) unterstützt wurde, hieß es unter dem Motto „No tears for krauts“: „Wenn sich zu den diesjährigen ‚Trauerfestspielen‘ in Dresden das deutsche Volk die Seele aus dem Leib heult, ist das für uns – Antifas und GegnerInnen Deutschlands – ein Grund zur Freude.“ Das primäre Ziel der Aktionen am 13. Februar bestehe darin, „die interkulturelle Praxis des Gedenkens, die Auschwitz und Dresden nebeneinander formuliert und in der alle gesellschaftlichen und historischen Bedingungen der ‚Tat‘ verschwinden“, zu kritisieren und anzugreifen. Eine „Fragmentierung der Geschichte, in der sich die Deutschen selbst mit einem Holocaust-Mahnmal wohlfühlen können“ sei den Autoren des Aufrufs unerträglich.

Die Trauerveranstaltungen, die jedes Jahr anlässlich der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten stattfinden, werden von Teilen des linksextremistischen Spektrums entschieden abgelehnt und schon seit Jahren mit Aktionen bekämpft. Die Aktivitäten des autonomen Spektrums richteten sich insbesondere gegen die offiziellen Trauerfeierlichkeiten, wurden jedoch mit Protestaktionen gegen Veranstaltungen der Rechtsextremisten verknüpft. Teile des linksextremistischen Spektrums diffamierten die Trauerveranstaltungen als Versuch, einen „deutschen Opfermythos“ zu konstruieren, um die „Erinnerung an Shoa und Nationalsozialismus durch ein liberal verbrämtes deutsches Kollektiv“ öffentlich in Besitz zu nehmen und die Schuld an Verbrechen während des Nationalsozialismus zu relativieren. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang der Leitspruch „Deutsche Täter sind keine Opfer!“

Revolutionärer 1. Mai“ in Berlin

Linksextremisten nahmen auch in diesem Jahr den 1. Mai in Berlin zum Anlass, ihre „revolutionären“ Ziele auf der Straße zu verbreiten. Gewalttätige Auseinandersetzungen, die den „Revolutionären 1. Mai“ in den vergangenen Jahren geprägt hatten, blieben 2005 in einem solchen Ausmaß jedoch aus. Der Polizei gelang es, Zerstörungen – die in den zurückliegenden Jahren zu verzeichnen waren – weitgehend zu verhindern.

Am 30. April veranstalteten Angehörige der autonomen Szene am Boxhagener Platz eine gegen „Yuppieisierung und Umstrukturierung“ gerichtete Kundgebung, an der sich etwa 700 Personen beteiligt haben sollen. Im Anschluss an die Veranstaltung wurden in der Nähe des Boxhagener Platzes Polizeibeamte mit Flaschen und Steinen beworfen, woraufhin 65 Personen vorläufig festgenommen wurden.

Zum 1. Mai hatten dogmatisch ausgerichtete Linksextremisten, insbesondere maoistischer Prägung, aufgerufen, sich unter dem Motto „International kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung – Keine Befreiung ohne Revolution“ einer „revolutionären“ Demonstration anzuschließen. An der Demonstration nahmen etwa 700 Personen teil.

Eine weitere Demonstration setzte sich unter dem Motto „Keine Räumung der Yorckstraße 59!“ dafür ein, ein linkes Szeneobjekt, das sich dort befindet, zu erhalten. An der Veranstaltung beteiligten sich ca. 800 Personen.

Nach 18.00 Uhr versammelten sich am Oranienplatz etwa 350 Personen zu einer Spontandemonstration. Die Demonstranten, deren Anzahl auf etwa 1.500 anwuchs, versuchten, in Richtung Berlin-Mitte zu gelangen. Nachdem die Polizei die Fahrbahn in Höhe der Lindenstraße abgesperrt und den Aufzug gestoppt hatte, warfen Teilnehmer der Demonstration mit Steinen und Flaschen. Außerdem schoben sie Gegenstände auf die Fahrbahn und warfen einen Pkw um. Später richteten Demonstranten in Berlin-Kreuzberg vereinzelt Sachschäden an; sie warfen mit Steinen und Flaschen.

Aktionen gegen rechtsextremistische Aufmärsche am 1. Mai

Gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten in Leipzig richteten sich Protestaktionen, denen sich etwa 4.000 Personen anschlossen. Unter den Gegendemonstranten sollen sich ca. 2.000 gewaltbereite Angehörige des autonomen Spektrums befunden haben. Im Verlauf der Protestaktionen kam es wiederholt zu Ausschreitungen. Gegendemonstranten bewarfen Polizeibeamte massiv mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern, errichteten Barrikaden und zündeten sie an. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein und nahm 104 Gegendemonstranten,

darunter auch Personen aus Thüringen, vorläufig in Gewahrsam. 66 Polizeibeamte wurden verletzt, 31 ihrer Einsatzfahrzeuge mit Steinen und Flaschen beworfen und beschädigt.

Protestaktionen richteten sich am 1. Mai auch gegen die Aufmärsche von Rechtsextremisten, die in Nürnberg, Frankenthal und Worms organisiert worden waren. Auseinandersetzungen zwischen Gegendemonstranten und der Polizei fanden in Nürnberg und Worms, wo ein Polizeibeamter durch einen Steinwurf schwer verletzt wurde, statt.

Auf den Homepages des autonomen Spektrums in Thüringen war auf die Protestaktionen am 1. Mai – insbesondere in Leipzig – hingewiesen worden. Im Vergleich mit dem Vorjahr war in Thüringen für diese Gegenveranstaltungen jedoch nur wenig mobilisiert worden.

Aktionen von Linksextremisten gegen ursprünglich geplante Rudolf HEß-Gedenkveranstaltung

Obwohl die am 20. August in Wunsiedel von Rechtsextremisten geplante zentrale Gedenkveranstaltung anlässlich des Todestages von Rudolf HEß verboten worden war, hielten Linksextremisten an ihren dort geplanten Protestaktionen fest. So beteiligten sich in Wunsiedel ca. 2.000 Personen, die sich zum größten Teil aus Linksextremisten – darunter Autonome – zusammensetzten, an einer Demonstration, deren Motto „Gegen deutsche Opfermythen! NS-Verherrlichung stoppen!“ lautete. Nach dem Verbot der in Wunsiedel geplanten rechtsextremistischen Veranstaltung wurde innerhalb des linksextremistischen Spektrums über mögliche Verlagerungen des Veranstaltungsortes spekuliert. So kam es auch zu Protesten gegen Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums in Nürnberg und in anderen Städten.

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums war vor allem im Internet, aber auch auf bundesweiten Informationsveranstaltungen, für Aktionen gegen den Aufmarsch in Wunsiedel mobilisiert worden. In Thüringen wurden in Erfurt, Arnstadt, Jena und Gera Informationsveranstaltungen angekündigt, bei denen auch Busfahrkarten zur Anreise nach Wunsiedel verkauft werden sollten. Auf den Homepages der Gruppe „Left Resistance Arnstadt“ (LRA) und der „Autonomen Thüringer Antifa-Gruppen“ (ATAG) wurde auf die in Wunsiedel geplanten Proteste hingewiesen, auf der Website der „Antifaschistischen Aktion Gera“ (AAG) zur Teilnahme an einem „Antifaschistischen Aktionstag und der Demonstration am 20. August in Wunsiedel“ aufgerufen.

Autonome gehen gegen einen Aufzug von Rechtsextremisten am 29. Oktober in Göttingen vor

Gegen einen rechtsextremistischen Aufmarsch am 29. Oktober in Göttingen demonstrierten 4.000 bis 5.000 Personen, unter denen sich zahlreiche Angehörige des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums befanden. Im Verlauf der Aktionen kam es zu Ausschreitungen, als bis zu 1.000 militante Gegendemonstranten Barrikaden aus Baumstämmen, Müllcontainern, Paletten und Fahrradständern errichteten und in Brand setzten. Vermummte griffen die Polizei und Teilnehmer der rechtsextremistischen Demonstration mit Steinen, Flaschen und Stöcken an. Nach einem Bericht in der Lokalpresse wurde die Berufsfeuerwehr von Autonomen daran gehindert, die Brände zu löschen. So sollen Löschfahrzeuge von etwa 300 Autonomen umringt und mit einem Steinhaapel überschüttet worden sein.

Schon am Vorabend soll in Göttingen unter dem Motto „No love for the nation – mit Deutschland schlußmachen“ eine so genannte „Warm up Demo“ stattgefunden haben, der sich nach Angaben der Szene „über 500 Demoteilnehmer“ angeschlossen haben sollen. Während der

Veranstaltung, zu der die „Antifa | Aktion & Kritik“ aufgerufen hatte, sollen Slogans wie „Gegen jeden Antisemitismus – Nieder mit Deutschland und für den Kommunismus“ skandiert worden sein.

Die Aktionen wurden in der autonomen Szene als großer Erfolg angesehen und im Internet entsprechend kommentiert. Auf der Homepage der „Antifa | Aktion & Kritik“ heißt es unter der Überschrift „Desaster Area Göttingen – Nazis (fast) weggerockt – Bullen (sicher) an die Wand gespielt!“ : „... jetzt gilt es jedoch linksradikale Politik konsequent weiterzuführen und sich nicht auf den sehr erfolgreichen Antinaziprotesten auszuruhen. Gegenstand unserer Kritik ist weiterhin die Nationalstaatliche Verfasstheit der Welt im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen.“

Neben Gruppierungen, die nicht dem extremistischen Spektrum zugehören, hatten auch Linksextremisten zu Protestaktionen gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten am 29. Oktober mobilisiert, darunter die „Antifa | Aktion & Kritik“ und die „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.). Beide Gruppierungen sind aus der im Frühjahr 2004 aufgelösten „Autonomen Antifa [M]“ hervorgegangen, die viele Jahre zu den bedeutendsten autonomen Gruppierungen der Bundesrepublik gezählt hatte. In Thüringen war auf den Homepages der AAG, der LRA sowie des Netzwerks ATAG auf die Aktionen verwiesen worden.

Ideologische Gegensätze zwischen „antideutschen“ und „antiimperialistischen“ Linksextremisten

Die ideologischen Gegensätze bestehen fort, die innerhalb des autonomen Spektrums seit Jahren die „antideutsch“ eingestellten Gruppen von solchen trennen, die traditionell „antiimperialistische“ Ansichten vertreten.

Schon in der Bewertung des israelisch-palästinensischen Konflikts im Zuge der so genannten „Al-Aksa-Intifada“ traten zwischen beiden Lagern fundamentale Gegensätze zutage, die sich nach den Anschlägen vom 11. September 2001, mehr noch aber nach dem Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak im Jahr 2003 zuspitzten. Den Kernpunkt „antideutscher“ Anschauungen bildet der Holocaust. Daraus resultiert sowohl die strikte Ablehnung des deutschen Nationalstaats, den es aufzulösen gelte, weil die Diktatur der Nationalsozialisten und die Bundesrepublik eine Traditionslinie verbinde und der „deutsche Kapitalismus“ immer danach streben werde, die Juden zu vernichten, als auch die bedingungslose Solidarität mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel. Dieser wird von den „antideutschen“ Gruppierungen als Schutzraum für Juden vor antisemitischer Verfolgung verstanden, der deshalb gegen alle Angriffe verteidigt werden müsse. Jedwede Kritik an Israel und dessen Politik gilt „Antideutschen“ als Antisemitismus. Ähnlich werten sie die Kritik an den USA, da diese als Schutzmacht Israels begriffen werden. Im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts stellen sich „Antideutsche“ klar auf die Seite Israels.

Während sich die „antideutsche“ Richtung bedingungslos zum Staat Israel und dessen Politik bekennt, sehen die traditionell „antiimperialistisch“ ausgerichteten Gruppierungen Israel als „imperialistischen Aggressor“ und „imperialistischen Brückenkopf“ der USA in der arabischen Welt an. Sie solidarisieren sich mit dem Volk der Palästinenser, da es einen „antiimperialistischen“ Kampf gegen Israel führe. Die Haltung zu Israel markiert die ideologische Trennlinie zwischen der „antideutschen“ und der „antiimperialistischen“ Richtung.

4.3 Die autonome Szene in Thüringen

Das Potenzial der gewaltbereiten autonomen Szene Thüringens wird auf etwa 150 Personen beziffert. Etwa in gleicher Größenordnung lassen sich zusätzlich Personen für Aktionen der Szene mobilisieren. Was die Zahl ihrer Angehörigen anbelangt, stagniert die Szene damit wie in den beiden Vorjahren auf dem Stand des Jahres 2002.

Die Zahl, die Art und die Intensität der Aktivitäten, die auf die Autonomen zurückgingen, änderten sich im Wesentlichen nicht. Allerdings hat sich die Anzahl der im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Links – begangenen Straftaten gegenüber dem Vorjahr auf 200 verdreifacht.⁷⁵ Ebenso wie in den vergangenen Jahren blieben auch im Jahr 2005 „traditionelle“ Aktionen und Aktivitäten, die über mehrere Jahre stattgefunden hatten, aus. So entfalteten Linksextremisten auch in diesem Jahr weder Aktivitäten, um sich dem „Sandro-Weilkes-Gedenkmarsch“ der rechtsextremistischen Szene in Neuhaus am Rennweg entgegenzustellen, noch organisierten sie Protestaktionen, die sich gegen das Treffen der Burschenschaften in Eisenach richteten. Ebenso wenig führte die autonome Szene in diesem Jahr eine „Revolutionäre Mai-Demonstration“ durch, nachdem eine solche Veranstaltung seit 2001 jährlich stattgefunden hatte. Für die „Revolutionäre Mai-Demonstration“ am 30. April 2004 in Gera war es der Szene gelungen, etwa 150 Personen zu mobilisieren.

Diese Entwicklung dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass sich die Aktivitäten der Szene im Berichtszeitraum fast ausschließlich auf das Aktionsfeld „Antifaschismus“ konzentrierten. Innerhalb dieses Aktionsfeldes kam es sowohl zu thematischen Verschiebungen als auch zu einer Konzentration auf regionale Schwerpunkte der Szene. Weiterhin wirkt der sowohl bundesweit als auch in Thüringen kontrovers geführte Diskurs über den Nahost-Konflikt, insbesondere über die Intervention der USA im Irak, auf die Szene ein. „Antideutsche“ Positionen sind auch unter den Autonomen in Thüringen verbreitet und werden namentlich von der Erfurter Gruppe „mila26“ sowie „Antifascist Youth Erfurt“ (aye) geteilt.

Regionale Schwerpunkte der Thüringer Szene bilden nach wie vor Erfurt, Gera und Jena sowie seit 2005 auch Arnstadt. Weitere Regionen, in denen Autonome aktiv sind, stellen Eisenach, Meiningen, Suhl, Zella-Mehlis und Weimar dar.

Zusammensetzung des Netzwerks „Autonome Thüringer Antifa-Gruppen“ (ATAG) hat sich verändert

Das Netzwerk ATAG, in dem sich in den letzten Jahren die regionalen Gruppen und Zusammenhänge der Autonomen überwiegend in der Absicht organisiert hatten, durch „einen gemeinsamen organisatorischen Rahmen“ autonome Antifa-Strukturen zu stärken und „alltäglich Widerstand gegen das kapitalistische System zu praktizieren“, besteht in der ursprünglichen Zusammensetzung nicht mehr. Noch Anfang Februar wurden auf der Internetseite des Netzwerks dessen Zielsetzung formuliert und sechs Gruppen aufgeführt, die in ATAG organisiert sind: „Autonome Antifa-Gruppe Bad Salzungen“ (AAGS), „Antifaschistische Aktion Eisenach“ (AAe), „yafago“ (youth against fascism and government) Erfurt, „Infoladen Jena“, „Freie Union Revolutionärer AnarchistInnen“ (F.U.R.A.) Meiningen und „Antifaschistische Aktion Gera“ (AAG). Auf der aktuellen Internetseite werden weder die sechs Gruppen angeführt, noch die Ziele des Netzwerks beschrieben. Sie bildet allein das Emblem „ANTIFASCHISTISCHE AKTION“ ab und verweist – jeweils als Link – nur noch auf die AAG und den „Infoladen Jena“.

⁷⁵ Siehe „Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick“, S. 107

Auch scheinen von den bislang bekannt gewordenen Gruppen und Zusammenschlüssen des Netzwerks nur noch wenige aktiv bzw. existent zu sein. So sind im Wartburgkreis und in Eisenach nennenswerte Aktivitäten, die von Gruppen des Netzwerks ausgingen, zumindest seit 2003 nicht mehr bekannt geworden. Ebenso ist die Erfurter anarchistisch-kommunistische Gruppe „yafago“, der eine herausragende Rolle sowohl in der autonomen Szene Thüringens als auch innerhalb des Netzwerks ATAG zugeschrieben wurde, seit 2003 nicht mehr in Erscheinung getreten. Auf der aktuellen Internetseite wird die Erfurter Gruppe „mila26“ zwar als „antideutsche Gruppe aus Erfurt“ erwähnt. Sie enthält jedoch keine Hinweise darauf, ob sich „mila26“ ATAG angeschlossen hatte oder hat und somit die Lücke schließen konnte, die der Ausfall der Gruppe „yafago“ hinterlassen hat. Gleiches gilt für die neu gegründete Gruppe „Left Resistance Arnstadt“ (LRA), die im Berichtszeitraum als eine der aktivsten Gruppen der hiesigen autonomen Szene in Erscheinung getreten ist. Von der Jugendgruppe „Antifascist Youth Erfurt“ (aye) sind seit mehreren Monaten Aktivitäten nicht mehr bekannt geworden. Ebenso wenig ist die Gruppe noch im Internet präsent.

Die autonome Szene nutzt überwiegend das Internet und E-Mail-Anschlüsse, um untereinander Kontakt zu halten, zu agitieren und für Veranstaltungen zu mobilisieren. Zumindest bis Ende April wartete die Erfurter Szene zusätzlich mit der eigenen Radiosendung „LeftBeat“ auf, um alle zwei Wochen über „News und Infos rund um Antifa und linke Politik“ zu informieren. Die Sendung wurde seit dem Jahre 2002 über die Frequenz eines lokalen Senders ausgestrahlt und nach eigenen Angaben von der Jugendgruppe aye produziert. Im Juni erschien die erste und bisher einzige Ausgabe der Arnstädter Szeneschrift „VAKUUM – Arnstädter Infoblatt für Antifaschismus und Gegenkultur“.

Im Berichtszeitraum wurde das Internet von der linksextremistischen Szene verstärkt eingesetzt, um den politischen Gegner direkt anzugreifen. So wurden u.a. die Seiten von rechtsextremistischen Gruppierungen und Online-Versandläden, unter denen sich auch die Seite www.freier-widerstand.net befand, „gehackt“. Einer Veröffentlichung bei „indymedia“ konnte entnommen werden, dass die Seiten der NPD Jena und des „Nationalen Widerstands Jena“ im Mai 2005 ebenfalls „gehackt“ worden seien. Einerseits zielten die Internetattacken darauf ab, die betroffenen Seiten zu verändern; andererseits verfolgten sie den Zweck, Daten und private Nachrichten zu erlangen.

Ebenso wie autonome Gruppen in anderen Bundesländern kann auch die Szene in Thüringen auf „Infoläden“ zurückgreifen. Solche befinden sich in

- Arnstadt – Infoladen Arnstadt
- Erfurt – Infoladen „Sabotnik“
- Gera – „Infobüro Gera“
- Jena – Infoladen Jena und Infoladen „Schwarzes Loch & Archiv“
- Meiningen – Infoladen „Notausgang“
- Weimar – Infoladen Weimar

Darüber hinaus dient der Szene ein Gebäude als Kontakt- und Treffpunkt, das sie seit April 2001 auf dem Betriebsgelände der ehemaligen Firma „Topf & Söhne“ in Erfurt in Besitz genommen hat.

Wie bereits erwähnt stellt der „Antifaschismus“ auch für Linksextremisten in Thüringen, besonders für die Autonomen, das wichtigste Aktionsfeld dar. Die autonome Szene trat auch in diesem Jahr durch zahlreiche, gegen die rechtsextremistische Szene gerichtete demonstrative Aktionen in Erscheinung. Wenn Parteien oder Gruppierungen des rechtsextremistischen

Spektrums öffentlich Veranstaltungen angekündigt hatten, riefen Autonome meist zu Gegenaktionen auf. Mit ihren Aktivitäten verfolgten sie das Ziel, den jeweiligen „Naziaufmarsch“ zu vereiteln oder wenigstens zu behindern.

Zugleich strebten Autonome an, ihren Protest gegen die Politik der Bundesregierung und vermeintliche gesellschaftliche Missstände zum Ausdruck zu bringen. Ihrer Meinung nach förderten „staatlicher Rassismus“ und „Kriminalisierung des antifaschistischen Kampfes“ auch in der Bevölkerung die Entfaltung rechtsextremistischer Tendenzen. Die Kritik und die Aktionen des autonomen Spektrums richteten sich deshalb auch gegen die Zivilgesellschaft, da sie von einem „rechten“ Konsens gekennzeichnet sei und daher bekämpft werden müsse. Autonome distanzieren sich von Aktivitäten demokratischer Bündnisse, die sie beispielsweise als „Bier trinken und Bratwurst essen gegen Rechts“ diskreditierten und für wirkungslos hielten.

Bei Demonstrationen konnten gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten in der Regel nur dann verhindert werden, wenn Einsatzkräfte der Polizei eingriffen. Häufig hatten Autonome bereits im Vorfeld zu Blockade- und Störaktionen aufgerufen. Oft suchten sie den unmittelbaren Kontakt zum politischen Gegner, um den „Naziaufmarsch“ mit allen Mitteln zu verhindern. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner war häufig von Straftaten begleitet. 126 der im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – Links –“ im Berichtszeitraum erfassten 200 Delikte standen im Zusammenhang mit Demonstrationen.⁷⁶

Das autonome Spektrum wertete seine Gegenaktionen als Erfolg, wenn es ihm gelungen war, die Umleitung eines Aufzuges oder eine vorzeitige Beendigung der Veranstaltung zu erreichen. Eine geringe Resonanz und mangelnde Beteiligung von Angehörigen der Szene wurden hingegen kritisch angemerkt.

4.4 Aktionen und Aktivitäten von Autonomen in Thüringen

„Antifaschistische“ Demonstration am 29. Januar in Gera

Am 29. Januar veranstaltete die „Antifaschistische Aktion Gera“ (AAG) unter dem Motto „break the silence naziläden abreissen – deutsche zustände angreifen“ in Gera eine Demonstration. Die etwa 250 Teilnehmer der Veranstaltung setzten sich vornehmlich aus Angehörigen des autonomen Spektrums zusammen. Einem Internetbeitrag des „Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands“ (KJVD) zufolge waren sie u.a. aus Leipzig, Dresden, Gera, Erfurt, Berlin und Frankfurt/Oder angereist. Transparente trugen Losungen wie „Nazistrukturen angreifen und zerstören“ und „Kein Vergeben und Vergessen – Rassismus und Faschismus entgegenreten!“ und bildeten szenetypische Logos mit Gewaltdarstellungen ab. Außerdem sollen die Demonstranten Parolen wie „Antifaschismus muss praktisch sein – schmeißt den Nazis die Läden ein“ und „Gera wir sind da – Autonome Antifa“ skandiert haben.

Für die Kundgebung wurde bundesweit vor allem im Internet mobilisiert. Die AAG richtete unter dem Titel „break the silence“ eine Sonderseite ein, auf der u.a. aktuelle Informationen, Hintergründe, Pressemitteilungen veröffentlicht wurden, die im Zusammenhang mit der Demonstration standen. Ein Teil dieser Beiträge wurde parallel hierzu auch auf der Website des linken Mediennetzwerks „indymedia“ publiziert. Zudem wiesen der Erfurter Infoladen „Sabotnik“ auf seiner Homepage und das Erfurter Szeneradio „LeftBeat“ in einer Sendung am 27. Januar auf die bevorstehende Kundgebung hin.

⁷⁶ Siehe „Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick“, S. 107

Der Protestmarsch in Gera bildete den vorläufigen Höhepunkt einer unter dem gleichen Motto abgehaltenen Aktions- und Veranstaltungsreihe der AAG, in deren Rahmen die Gruppe schon zuvor für den Monat Januar verschiedene Veranstaltungen angekündigt hatte. So beteiligten sich die „autonomen Antifaschisten“ bereits am 21. Januar an einer Mahnwache des Geraer „Bündnisses gegen Rechts“, mit der die Tötung eines „Rußlanddeutschen“ durch vier Jugendliche in Gera am 21. Januar 2004 in Form eines „Jahrestages“ erneut thematisiert wurde. Darüber hinaus initiierte die AAG am 27. Januar anlässlich des bundesweiten Holocaust-Gedenktages eine gesonderte Kundgebung, die nach eigenem Bekunden ausdrücklich als „kritische Ergänzung der offiziellen Kranzniederlegung“ zu verstehen sei. Man wolle hiermit, so ein Sprecher der AAG, einen Kontrapunkt zur „Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens als Argumentationsgrundlage und moralische Rechtfertigung der bundesdeutschen Sicherheits- und Außenpolitik“ setzen. Einen weiteren Bestandteil der Aktionskampagne bildeten Vorträge und Informationsveranstaltungen zur „break the silence“-Demonstration am 29. Januar. Solche Veranstaltungen wurden u.a. in Dresden, Leipzig und Berlin angekündigt.

Die Demonstration richtete sich gegen eine von der AAG unterstellte Dominanz „rechter“ Einstellungsmuster in Gera, wo „die Hegemonie rechter Alltagskultur nicht wahrgenommen, geschweige denn als Problem in Frage gestellt“ würde. Zudem werde das Klima in der Stadt durch die fortgesetzte „Kriminalisierung von AntifaschistInnen“, durch „Polizeiwillkür und permanente Rechtsbeugung“ sowie „repressive Maßnahmen gegen Antifaschisten“ geprägt. Vor dem Hintergrund dieser Kritik an der „bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft“ formulierten die Veranstalter auch den Slogan „Naziläden abreissen“, mit dem sie auf die Existenz mehrerer „Szeneläden“ mit rechtsextremistischen Devotionalien und Kleidungsmarken in Gera aufmerksam machen wollten. Einer der im Aufruf zur Demonstration genannten „Naziläden“ war zu Beginn des Jahres Ziel eines Angriffs geworden. Unbekannte hatten Scheiben des Geschäfts eingeschlagen und die Fassade mit den Parolen „Naziläden angreifen“ und „Nazis raus“ besprüht. Auch solle mit der Demonstration den „deutschen Zuständen der Kampf angesagt werden“.

„Antifaschistisch“ motivierte Aktionen gegen „Naziläden“ in Meiningen am 7./8. und 11. Februar

In der Nacht vom 7. auf den 8. Februar kam es in Meiningen zu Sachbeschädigungen an drei Läden, deren Fassaden und Fensterscheiben Unbekannte mit Aufschriften wie „Kauft nicht bei Nazis“ und „Kein Deal mit Nazimarken“ beschmiert hatten. In einem im Netzwerk „indymedia“ publizierten Beitrag wurde vermutet, die Schmierereien seien eine Reaktion auf Versuche von Rechtsextremisten, in Meiningen Fuß zu fassen, um eine rechte Infrastruktur aufzubauen. Die betroffenen Läden hätten anscheinend die Aufgabe, „die rechte Szene mit den bei Neo-Nazis beliebten NS-Accessoires auszustatten“. Der Beitrag stieß bei den Lesern nicht auf ungeteilte Zustimmung. Insbesondere wurde die Wahl des Slogans „Kauft nicht bei Nazis“ kritisiert, da er Parolen der Nationalsozialisten ähnelt, die gegen die Juden gerichtet waren.

Gegen die Läden richtete sich auch eine Demonstration am 11. Februar in Meiningen, an der sich zwischen 20 und 30 Personen beteiligten. Vor den Geschäften sollen jeweils Reden gehalten worden sein. Mitgeführte Transparente trugen die Losungen „Schöner Leben ohne Naziläden“ und „Wir können auch anders – Gemeinsam gegen Antisemitismus, Rassismus und soziale Ausgrenzung“.

Die Demonstranten führten außerdem ein Flugblatt mit dem Titel „Schöner leben ohne Naziläden – Den rechten Alltagsbetrieb angreifen“ mit. Das Flugblatt beschrieb die Situation in Meiningen, wie sie sich dessen Autoren darstellt. Ihrer Ansicht nach stehe Meiningen „den durch rechtsextreme Gewalttaten in die Schlagzeilen geratenen sächsischen und brandenburgischen Städten in nichts mehr nach“. „Körperliche Angriffe durch Neonazis auf Antifaschisten, Anschläge auf Autos und das multikulturelle Zentrum ‚Mittleres Tor‘“ seien „leider schon fast zur Normalität geworden“. Nun verbreiteten Neonazis szenetypische Kleidung, meinten die Autoren des Flugblatts, Devotionalien der NS-Zeit, Rechtsrock und Bücher mit antisemitischem Inhalt, um sich in der Stadt festzusetzen.

Das Flugblatt gab darüber hinaus nahezu gleichlautend den Text über die Anschläge auf die „Naziläden“ wieder, der bei „indymedia“ veröffentlicht worden war. Ebenso wurde in einem Beitrag bei „indymedia“ die Demonstration thematisiert. Demnach sollen während der Veranstaltung „Knallkörper“ gezündet worden sein. Wie die Presse berichtete, soll es nach der Demonstration zwischen Angehörigen des autonomen Spektrums, der Polizei und Ladenpersonal zu Rangeleien gekommen sein. Mülltonnen seien in Flammen aufgegangen, Fassaden besprüht und ein Auto beschädigt worden.

Left Resistance Arnstadt“ (LRA) berichtet über „antifaschistische“ Aktivitäten im Ilm-Kreis

In einem Beitrag, der von der neu gegründeten Gruppe „Left Resistance Arnstadt“ (LRA) im März auf ihrer Website veröffentlicht worden war, wurden Aktionen beschrieben, die sich gegen die geschlossene Veranstaltung der Rechtsextremisten am 26. Februar in Arnstadt gerichtet hatten. Der Bericht zeigte auf, mit welchen Methoden die LRA rechtsextremistische Strukturen im Ilm-Kreis bekämpfen bzw. „aufdecken“ will. Nachdem „Arnstädter AntifaschistInnen“ der Zeitpunkt der Veranstaltung bekannt geworden sei, hätten sie sich umgehend erkundigt, um mögliche Treffpunkte der Rechtsextremisten in der Region und den Veranstaltungsort zu erfahren: „Schon am Samstag Vormittag gingen die ersten Meldungen ein: Nachdem ZeugInnen etliche Neo-Nazis im Ilm-Kreis gesichtet hatten, machten sich mehrere AntifaschistInnen auf den Weg um in der Region nach möglichen Treffpunkten zu suchen. Auf der Autobahn-Abzweigung A4 (Anschlussstelle Neudietendorf/Thörey) wurde man gegen Nachmittag schließlich fündig ... Der Treffpunkt an der Raststätte galt vermutlich als Schleusungsstelle. Diese Methode wird oft bei illegalen Rechtsrock-Konzerten und rechtsradikalen Informationsveranstaltungen genutzt: Interessenten bekommen per SMS eine Wegbeschreibung zu einem Vorabtreffpunkt zugeschickt. Dort angekommen werden diese von einer kleinen Gruppe Neo-Nazis ‚abgecheckt‘, sprich: sowohl Insassen als auch das Fahrzeug selbst werden unter die Lupe genommen. Wenn die betreffenden Personen ‚sauber‘ sind erhalten sie detaillierte Informationen, wie sie zum richtigen Treffpunkt gelangen. So können die Organisatoren sich und ihre Veranstaltung vor Störaktionen, einer Auflösung oder gar strafrechtlicher Verfolgung absichern. Im Fall der A4-Raststätte warteten die AntifaschistInnen einfach so lange, bis sich das Kontroll-Team der Neo-Nazis selbst auf den Weg zum Veranstaltungsort machte und verfolgten den braunen Autokonvoi.“

Die „Arnstädter AntifaschistInnen“ hätten sich dann, hieß es in dem Bericht weiter, zum Veranstaltungsort begeben, seien jedoch nicht eingelassen worden. Statt dessen hätten die Rechtsextremisten die Polizei zu Hilfe gerufen. Die Verfasser des Beitrages berichteten von „zahlreichen Graffitiaktionen während der Nazi-Veranstaltung“ und von „mehreren Brandanschlägen vor den Wohnungen der Organisatoren und einiger Teilnehmer der Veranstaltung“: „Als die Rechtsextremisten ... bemerkten, dass ihr verstecktes Treffen aufgefliegen ist und ein Neo-Nazi in Panik versuchte, zwei Antifaschisten tötlich anzugreifen, orderten seine Kamera-

den Polizeischutz, welcher auch rasch kam. Six-Packs⁷⁷ standen in zwei Zufahrtstraßen zum Veranstaltungsort und sorgten für die Sicherheit der Neo-Nazis. Ganz ‚sicher‘ war der Abend dann doch nicht. Unbekannte sprühten während der Veranstaltung mehrere Graffitis gegen Neo-Nazis und setzten zeitgleich acht Container vor den Wohnungstüren der Organisatoren und Teilnehmer der rechtsradikalen Veranstaltung in Brand ...“

Gewaltbereite Gegendemonstranten stören Demonstration der NPD am 16. April in Erfurt

Gewaltbereite Gegendemonstranten aus der autonomen Antifa-Szene übten an der Kundgebung der NPD am 16. April nicht nur lautstark Kritik, sondern bewarfen deren Teilnehmer auch u.a. mit Flaschen und Eiern. Die Polizei nahm 14 Gegendemonstranten vorläufig fest.

Im Vorfeld war von der autonomen Antifa-Szene zu Gegenaktionen aufgerufen worden. So wurde auf der Website des Erfurter Infoladens „Sabotnik“ an die Teilnehmer der Gegenaktionen appelliert, die „Nazikundgebung (zu) plätten“. Im Internet wurde über die Aktionen am 16. April u.a. wie folgt berichtet: „Gegenüber den Nazis war der Tag jedoch ein antifaschistischer Erfolg. Die 60 verängstigten Nasen ... wurden mit Eiern und teilweise Flaschen in Schach gehalten. Ihre von Band gespielten Parolen konnten leicht mit lautstarken Rufen, Pfeifen und Sirengeheule übertönt werden. Der Thüringer Antifa-Sommer ist somit erfolgreich gestartet!“

Das örtliche Szeneradio „LeftBeat“ schilderte die Aktionen in einer Sendung am 21. April so: „Unter dem Motto ‚Sozialarbeit stoppen, Sozialismus ist machbar‘ mobilisierten NPD und Kameradschaften aus der Region in die Stadt, die zur Frontstadt erklärt wurde. Um diese zu erobern, waren es dann aber doch etwas zu wenige. Ein kleines Häufchen von 60 kampferprobten Kameraden, das von einer Bullenkolonne an den Kundgebungsort und später wieder zurück eskortiert werden musste, stand geschützt von einem weiteren Polizeikessel auf dem Anger und war von Gegendemonstranten wortwörtlich eingekreist. Viele Leute, die etwas Spaß haben wollten, ließen es sich nicht nehmen, Nazis mit Eiern, faulen Obst und Flaschen zu attackieren. Die weit größere Gruppe von Gegendemonstranten jedoch, unter der sich auch einige Politiker und ehemalige DDR-Bürgerrechtler befanden, beließ es beim Trillerpfeifenkonzert und übte sich im Distanzieren. Selbstverständlich sowohl von den Nazis als auch von den gewaltbereiten Gegenaktivisten. Auch der Spruch Nazis raus wurde häufig gerufen, was die alte Frage aufwirft, wo die Nazis eigentlich hin sollten bzw. wo sie eigentlich herkommen. Dennoch war es ein sehr netter Vormittag, an dem alle ihren Spaß haben und ihren Frust abbauen konnten. Wäre da nicht eine etwas übereifrige Polizeieinsatzleitung gewesen, die aufgrund der auf die Nazis geworfenen Gegenstände Wasserwerfer gegen die Gegenaktivisten einsetzte. Dabei traf sie jedoch nicht nur gewaltbereite Jugendliche, sondern u.a. auch Landtagsabgeordnete unterschiedlichster Fraktionen. ... Trotzdem, alles in allem ein wunderschöner Tag.“

Protestaktionen richten sich gegen das „Fest der Völker“ der NPD am 11. Juni in Jena

Gegen das vom Kreisverband Jena der NPD am 11. Juni in Jena veranstaltete „Fest der Völker“ richteten sich mehrere Protestaktionen, die Bürger, demokratische Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen organisiert hatten. Unter den Gegendemonstranten, deren Anzahl sich auf mehr als 5.000 belief, befanden sich auch mehrere hundert Angehörige des autonomen Spektrums, das bundesweit zur Teilnahme an Gegenaktionen aufgerufen hatte.

⁷⁷ Szenejargon für Einsatzfahrzeug der Polizei

Zahlreiche Autonome beteiligten sich auf dem Parkplatz „Am Gries“ daran, eine Sitzblockade durchzuführen und Barrikaden zu errichten, woraufhin die Veranstaltung der NPD nach Jena-Lobeda verlegt wurde. Außerdem schlossen sie sich einer Spontandemonstration an, die in die Innenstadt von Jena führte. Durch den Einsatz von mehreren tausend Polizisten aus Thüringen und anderen Bundesländern gelang es, gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Gegendemonstranten und Rechtsextremisten zu unterbinden. Die Polizei nahm 54 Gegendemonstranten vorläufig fest.

Demonstration des autonomen Antifa-Spektrums am 9. Juli in Gera

Am 9. Juli fand in Gera unter dem Motto „Der Provinz einheiz’n. 3. NPD Open Air verhindern – Standortnationalismus angreifen“ eine Demonstration statt. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 300 Personen, die sich überwiegend aus Angehörigen des autonomen Spektrums zusammensetzten. Zahlreiche Demonstranten waren aus Berlin angereist. Die Veranstaltung richtete sich gegen die Kundgebung der NPD, die zeitgleich in Gera durchgeführt wurde.

Die Teilnehmer führten u.a. Transparente mit sich, die mit dem Leitspruch der Demonstration und der Losung „Der NPD das Maul stopfen. Keine Kaderschmiede für Nazis in Köpenick und Anderswo“ versehen waren.⁷⁸ Andere Transparente trugen die Aufschrift „No Place to hide“, um auf die Demonstration am 23. Juli in Arnstadt zu verweisen. Die Demonstration wurde während einer Zwischenkundgebung in der Nähe des Veranstaltungsortes der NPD vom Veranstaltungsleiter plötzlich aufgelöst. Danach kam es in der Innenstadt von Gera zu Sachbeschädigungen. Es wurden zwei Container angezündet und die Rücklichter eines Pkw eingeschlagen. Darüber hinaus sollen, hieß es in einem von der AAG im linken Netzwerk „indymedia“ veröffentlichten Beitrag, „mehrere Nazis“ und die „Nazikneipe Halleluja“ angegriffen worden sein. Außerdem seien „bei manchen Häusern in der Innenstadt“ die Scheiben zu Bruch gegangen. In dem Beitrag lässt die AAG die Gewalttaten von einem namentlich nicht genannten „Antifaschisten“ wie folgt kommentieren: „Wenn die Stadt der Meinung ist, die mordenden Nazis mit einem Volksfest unter den Teppich kehren zu können und gegen AntifaschistInnen zu hetzen, dann haben sie dafür heute die Rechnung bekommen.“

Die AAG hatte gemeinsam mit der Berliner Gruppe „Antifa Aufstand Köpenick“ (AAK) aufgerufen, sich der Demonstration anzuschließen, und im Internet eine Sonderseite eingerichtet, um für die Veranstaltung zu mobilisieren. Darüber hinaus kündigte die Gruppe Informationsveranstaltungen in Berlin, Leipzig, Marburg, Göttingen, Nürnberg, Erfurt und Jena an. Die AAK unterstützte die AAG insofern, als sie ihrerseits mit einer Sonderseite im Internet für die Veranstaltung warb. Die „Autonomen Thüringer Antifa-Gruppen“ (ATAG), der Erfurter Infoladen „Sabotnik“ und die Gruppe „Left Resistance Arnstadt“ (LRA) wiesen – neben anderen Gruppen – auf ihren Websites auf die Demonstration hin.

Die Demonstration zielte nicht allein darauf ab, der Kundgebung der NPD entgegenzuwirken. Analog zu der „antifaschistischen“ Demonstration am 29. Januar in derselben Stadt thematisierte die AAG am 9. Juli abermals die Ansicht, dass in der Zivilgesellschaft der neuen Bundesländer – insbesondere in Gera – ein „rechter“ Konsens bestünde. Die Gruppe distanzierte sich wiederum eindeutig von den Aktivitäten demokratischer Bündnisse, die sie als „Bier trinken und Bratwurst essen gegen Rechts“ oder als „Straßenmusik und Mitmachangebote für die ganze Familie“ diskreditierte. In ihrem Aufruf grenzte sich die AAG klar von „den bürgerlichen Veranstaltungen der Zivilgesellschaft“ ab, da diese „für ein Projekt eintreten, dem

⁷⁸ Die Losung bezieht sich auf das „Nationale Schulungszentrum“, das auf dem Gelände der Bundeszentrale der NPD in Berlin-Köpenick entsteht.

unser Widerstand gebührt“: „Wir wenden uns am 9. Juli gegen Deutschland und Kapitalismus. Wir werden diejenigen in den Fokus unserer Kritik rücken, welche dafür verantwortlich sind, dass seit Jahren linksradikale Antifapolitik unterminiert wird – die Stadt und ihre BewohnerInnen.“ Der Widerstand richte sich deshalb nicht nur gegen die „Nazis“. Vielmehr strebe die Gruppe an, „die kulturelle, ökonomische und politische Formierung des wieder erstarkenden Deutschlands“ anzugreifen. Die Protestaktionen, die demokratische Gruppierungen unter dem Motto „Gera bunt, tolerant und weltoffen“ ebenfalls am 9. Juli durchführten, bezeichnete die AAG im linken Netzwerk „indymedia“ als „bürgerliches Volksfest gegen die Beschmutzung des provinziellen Standorts“.

Autonome beteiligen sich an Demonstration am 23. Juli in Arnstadt

Am 23. Juli versammelten sich in Arnstadt ca. 300 Personen, um unter dem Motto „No Place to hide! Den rechten Vormarsch stoppen – Nazistrukturen aushebeln!“ gegen rechtsextremistische Strukturen und Gewalt in der Region zu protestieren. Die Demonstration, an der sich Angehörige des autonomen Spektrums beteiligten, führte durch die Innenstadt von Arnstadt.

Für die Demonstration wurde u.a. auf den Websites der Gruppe LRA, des Netzwerks ATAG und des Erfurter Infoladens „Sabotnik“ sowie mit Flyern mobilisiert. Auf den Flyern war außerdem die LRA als Veranstalter aufgeführt.

Einer im Internet verbreiteten Presseerklärung der LRA vom 18. Juli zufolge sollen mehrere „antifaschistische“ Gruppen aus Thüringen die Demonstration mit dem Ziel unterstützt haben, öffentlichkeitswirksam auf die „unhaltbaren Zustände“ in Arnstadt und der umliegenden Region hinzuweisen. Ein ebenfalls im Internet publizierter, mit „Left Resistance Arnstadt“ unterzeichneter Aufruf ging auf vermeintliche Ursachen und Folgen ein. Von den Zuständen in Arnstadt und Umgebung gehe, so die Verfasser des Aufrufs, zum einen mittlerweile ein konkretes und beständiges Bedrohungsszenario für Menschen mit „migrantischem Hintergrund und subkulturellen Interessen“ aus. Zum anderen behinderten diese Zustände eine „antifaschistische, emanzipatorische Politik“: „Es existieren quasi keine Möglichkeiten antifaschistischer Betätigung ohne die Drohung und Anwendung physischer Gewalt durch bekennende NationalsozialistInnen und das Wirken der Repression polizeilicher Organe, welche das Übel innerhalb antifaschistischer Strukturen vermuten.“ Bliebe ein „offensiver Widerstand“ aus, würde sich Arnstadt, meinen die Verfasser, zunehmend zu einer „national befreiten Zone“ entwickeln. Insbesondere trage an den Zuständen, die die Verfasser des Aufrufs in der Stadt und deren Umgebung auszumachen meinen, die Bevölkerung Schuld: „...doch der Grund für diese Zustände ist nicht zuletzt das Fortwesen einer über tausenddreihundert Jahre alten „ur-deutschen“ Tradition, welche nichts anderes bedeutet als Reaktion pur und Aggression gegen jene, die sich nicht in das Bild des eigenen, ignoranten Provinzkollektivs einfügen. Hier schließt die Öffentlichkeit – ein Konglomerat an WendeverliererInnen, KleinbürgerInnen, WählerInnen von links bis rechts, den polizeilichen Behörden und der Presse – um der bäuerlichen Idylle willen das Bündnis mit den Nazis, indem sie sie parieren lassen.“ Abschließend appellierten die Verfasser: „Längst herrschen in und um Arnstadt beängstigende Zustände, längst brauchen die sowieso wenigen antifaschistischen Zusammenhänge in dieser Region unsere Solidarität und praktische Unterstützung. Darum muss es am 23. Juli und immer und an jedem Ort in diesem Land heißen: where ever you walk – antifascist action is on!“

In einer weiteren Presseerklärung der LRA vom 25. Juli wurde die Demonstration als Erfolg gewertet. Mehr als 300 „Antifas, Punks und Alternative“ aus bundesweiten und regionalen Zusammenhängen, aber auch einige Bürger aus Arnstadt seien dem Aufruf der Gruppe gefolgt. Nicht nur die LRA, sondern auch „antifaschistische Gruppen“ aus Berlin, Leipzig und

Gera hätten sich mit Redebeiträgen an der Demonstration beteiligt. Die Demonstration bilde, kündigte ein Sprecher der LRA an, nur den Anfang „einer Offensive gegen rechte Gewalt und organisierte Strukturen in der Region“.

Autonomes Antifa-Spektrum ruft zu Störungen von Wahlkampfkundgebungen der NPD auf

Anlässlich der Bundestagswahl wurde auf den Websites des Netzwerks ATAG und der Gruppe LRA aufgerufen, die Wahlkampfkundgebungen der NPD am 10. und 16. September in Ohrdruf bzw. in Gotha zu stören. Auf der Website der LRA hieß es in einem Bericht, Neonazis der NPD bereiteten zusammen mit Aktivisten so genannter „Freier Kameradschaften“ für den September in Mittelthüringen, speziell in Gotha und im Ilmkreis, eine „große Wahloffensive“ vor. Außerdem enthielt der Beitrag mit Lichtbildern versehene Informationen über jene Personen, die nach Ansicht der Verfasser für die „NPD-Wahloffensive“ die Hauptverantwortung trügen.

Auf der Website der LRA wurde auch über die Störaktionen selbst berichtet. Danach sei die Wahlkampfkundgebung der NPD am 10. September in Ohrdruf von mehr als 30 „AntifaschistInnen“ mit „Transparenten, Plakaten und teils auch lautstark“ gestört worden. Eine dem Beitrag beigelegte Bildserie zeigt u.a. ein Transparent, auf dem neben den Worten „KEIN VERGEBEN. KEIN VERGESSEN. RASSISMUS UND FASCHISMUS ENTGEGENTRETEN! (LRA) LEFT RESISTANCE ARNSTADT“ eine uniformierte Person mit Hakenkreuzbinde und zum „Hitlergruß“ ausgestreckten Arm abgebildet ist, die von einem überdimensionalen Fuß zertreten wird. Die Verfasser warfen der Bevölkerung von Ohrdruf sowie Politikern und der Polizei vor, nicht genug gegen Rechtsextremisten zu tun und zogen aus den Störaktionen den folgenden Schluss: „Ein wichtiger Schritt in der ‚braunsten Stadt Deutschlands‘, eine Stadt mit einer grausamen Geschichte, an einem Ort, wo Stadt, PolitikerInnen und Polizei den Neonazis seit jeher Platz machen, formierte sich unerwartet Protest, welcher hoffentlich ein Signal setzten konnte, welches über den Tag hinaus geht und den Beginn einer positiven Entwicklung in Ohrdruf manifestiert.“

Auch die Kundgebung der NPD am 16. September in Gotha soll, wie aus einem unter der Überschrift „Antifa-Wahlauswertung: NPD-Wahlkampf demontiert“ auf der Website der LRA veröffentlichten Beitrag hervorgeht, lautstark gestört worden sein. Und es soll „sogar eine kleine spontane Kundgebung mit improvisiertem Redebeitrag, an der sich zahlreiche Punks, Autonome und BürgerInnen beteiligten“ stattgefunden haben. Die Verfasser bewerteten die Ergebnisse im Wahlkreis Gotha/Ilmkreis als schockierend. Den Erfolg der Rechtsextremisten führten sie jedoch nicht auf einen funktionierenden Wahlkampf zurück, da dieser von „engagierten AntifaschistInnen in und um Arnstadt regelrecht demontiert“ worden sei. So seien nicht nur die Kundgebungen in Ohrdruf und Gotha gestört worden, sondern auch Plakate und Aufrufe der NPD in Arnstadt und Umgebung entfernt worden oder „verschwunden“. Den Höhepunkt der Aktionen habe eine „Antiwahlkampfparty“ gebildet, auf der „zahlreiche Wahltröphäen Feuer fingen“. Mehrere Bilder, die brennende Wahlplakate der NPD zeigen, ergänzen den Beitrag. Abschließend hieß es in dem Bericht: „In Hinblick auf die nächsten Kommunal- und Landtagswahlen ein beängstigendes Ergebnis, von den Medien bislang noch verschwiegen oder bagatellisiert, für uns längst ein bindendes Signal: Nazistrukturen aufdecken! Faschistische Aktivitäten stören, blockieren, sabotieren!“

Kundgebungen der AAG am 9. und 13. November in Gera

Am 9. und 13. November veranstaltete die AAG unter dem Motto „no place for the enemy – Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus angreifen“ in Gera zwei Kundgebungen. Mit der Veranstaltung am 9. November wollte die AAG der Opfer der Reichspogromnacht im Jahr 1938 gedenken. Während der Veranstaltung sollen, berichtete die AAG, „Kerzen und ein Kranz“ niedergelegt, Transparente mit den Aufschriften „Geschichtsrevisionismus stoppen – Antisemitismus angreifen“ sowie „no peace for the enemy“ entrollt und Ansprachen gehalten worden sein. Die Kundgebung am 13. November, die unter dem Motto „Keine Glorifizierung deutscher Täter! Volkstrauertag abschaffen!“ stand, fand vor dem Ostfriedhof in Gera statt. An der Aktion sollen sich etwa 20 Personen beteiligt haben, die Flugblätter verteilt und eine Torwand mit der Aufschrift „Deutschland abschießen“ aufgestellt hätten.

Für beide Veranstaltungen war von der AAG vor allem im Internet mobilisiert sowie über die Website des Netzwerks ATAG und im Internetportal „left action – linksradikale Gruppen in Leipzig“ geworben worden.

Die AAG brachte in ihrem Aufruf – wie bei anderen Aktionen auch – die strikte Ablehnung eines deutschen Staates zum Ausdruck, um für die beiden Kundgebungen zu werben. Im Jahr 2005 würden in Deutschland „das Gedenken an deutsche Täter gepflegt und die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte als Kriegsverbrechen dargestellt“. Ziel der Zivilgesellschaft der Bundesrepublik sei es, „historische Rehabilitation“ zu betreiben und „Deutschland zum Opfer unter vielen und zum erinnerungspolitischen Vorreiter zu stilisieren“. Deutschland versuche sich dabei „ungeniert zum eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges (zu) stilisieren“. Antisemitismus bilde einen Teil einer „deutschen Ideologie“. Daher könne es nur heißen: „Es gibt kein besseres Deutschland, deswegen Nie wieder Deutschland!“.

Im Unterschied zu früheren Aktionen gab die AAG im Vorfeld der beiden Kundgebungen vor, mit Vertretern bürgerlicher Institutionen zusammenarbeiten zu wollen. Bisher hat die Gruppe ein derartiges Engagement strikt abgelehnt. In einem offenen Brief forderte sie „die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, der Kirchen und alle Einwohnerinnen und Einwohner“ auf, sich an ihren Kundgebungen zu beteiligen. Mit ihnen solle den offiziellen Gedenkfeierlichkeiten am Volkstrauertag eine Absage erteilt werden, da diese aus Sicht der AAG ein „geschichtsrevisionistisches Spektakel“ darstellen würden.

Autonome führen „Aktion antifaschistischer Praxis“ am 13. November an der Schmücke bei Oberhof durch

Am 13. November kam es an einem Soldatengrab an der Schmücke bei Oberhof zu Sachbeschädigungen. Von der Grabstätte wurde das Grabkreuz entfernt, zerbrochen und mit roter Farbe bespritzt, auf die angrenzende Landstraße u.a. der Schriftzug „Deutsche Täter sind keine Opfer“ gesprüht. Am Nachmittag desselben Tages wurden auf der Website der linksextremistischen Gruppe LRA Fotografien von den Sachbeschädigungen eingestellt. Sie ergänzen einen Beitrag mit der Überschrift „Volkstrauertag – Alle Jahre wieder?“, der über Aktivitäten des rechtsextremistischen Spektrums am Volkstrauertag und Gegenaktionen berichtet. „Traditionsbewusst zeigen sich Neonazis aus Arnstadt und Umland“, hieß es in dem Beitrag, „auch beim diesjährigen Volkstrauertag. So waren die Fahrt zum großen Pilgertreffen in Halbe, mehrere Kranzniederlegungen an Gräbern der deutschen Mörder aus beiden Weltkriegen und die Veranstaltung mit Kultcharakter auf der Schmücke nur die offensichtlichen Nazi-Veranstaltungen eines nostalgisch-verklärten Tages im Zeichen des Geschichtsrevisionismus

und Antisemitismus.“ Das Soldatengrab sei von Unbekannten zerstört worden, um die zu erwartende „geschichtsrevisionistische Veranstaltung der RechtsextremistInnen zunichte zu machen“. Die Verfasser des Berichts forderten: „Geschichtsrevisionismus angreifen! Deutsche Täter sind keine Opfer! Grabmäler deutscher Täter beseitigen! Volkstrauertag abschaffen!“

Autonome beteiligen sich am 19. November in Gotha an Protestaktionen gegen den „Toringi-Verein zur Thüringer Brauchtumspflege e.V.“

Am 19. November fanden in Gotha Protestaktionen statt, die sich gegen die Aktivitäten des „Toringi-Vereins“ richteten. Autonome hatten im Vorfeld aufgerufen, innerhalb der Demonstration, die von einem „Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt“ durchgeführt wurde, einen „Antifablock“ zu bilden.

In einem gemeinsamen Aufruf der Gruppe LRA und der „Antifaschistischen Gruppe Südthüringen“ (AGST) grenzten sich die Verfasser deutlich von den gewaltfreien Protesten bürgerlicher Bündnisse und konkret vom „Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt Gotha“, das die Demonstration initiiert hatte, ab. Es gelte, hieß es in dem Aufruf unter dem Titel „Let’s get in Action. Antifa heißt Angriff“, von einer „betont pazifistischen Form des Protestes“ Abstand zu nehmen. Gewalt dürfe zwar nicht als politischer Inhalt vermittelt werden, sie auszuschließen sei jedoch „ahistorisch und politisch unverantwortlich“. Antifaschistische Aggression sehe „ihren Zweck als Gegenwehr zu einer Ideologie, die Auschwitz zu verantworten hat“. Ebenso eindeutig formulierten die Initiatoren ihre Ziele auf einem für den geplanten „Antifablock“ entworfenen Flyer mit den Worten: „Während sich der bürgerliche Widerstand vor allem daran stört, dass besoffene Nazis urinierend in die saubere Biedermeierheimatlichkeit eindringen, fordern wir die Zerschlagung ALLER Nazistrukturen-Treffpunkte ÜBERALL!“ Es gelte, „den Faschisten offensiv entgegenzutreten und ihre Netzwerke zu zerschlagen!“

Die Szene berichtete von 150-170 Personen, die sich den Protestaktionen in Gotha angeschlossen hätten. Gegen 29 Gegendemonstranten wurden Platzverweise ausgesprochen, 25 weitere im Anschluss an die Protestaktionen in Unterbringungsgewahrsam genommen. Bereits im Vorfeld war es zu Sachbeschädigungen am Gebäude des „Toringi-Vereins“ gekommen, als Unbekannte Farbbeutel an dessen Fassade geworfen hatten.

Aktionen der autonomen Szene anlässlich rechtsextremistischer Kundgebung am 26. November in Arnstadt

Gegen die Kundgebung des rechtsextremen Spektrums am 26. November in Arnstadt richteten sich sowohl eine Protestkundgebung, zu der ein örtliches demokratisches Bündnis aufgerufen hatte, als auch Gegenaktionen der autonomen Szene. Während die Protestkundgebung des demokratischen Bündnisses weitestgehend störungsfrei verlief, suchten Gegendemonstranten der autonomen Szene die direkte Konfrontation mit den Teilnehmern der rechtsextremistischen Veranstaltung. Ein Gegendemonstrant verletzte sich im Verlauf der Aktionen schwer. Der Polizei gelang es, beide politischen Lager voneinander zu trennen. Gegen mehr als hundert Gegendemonstranten sprach sie Platzverweise aus.

Einem auf der Website der Gruppe LRA veröffentlichten Bericht zufolge sollen „rund 200 Antifas, Punks und linke Jugendliche“ vor Ort gewesen sein. Sie wollten „massiven Widerstand“ leisten, der jedoch „in einer Flut von Repressalien“ erstickt worden sei. Die „extrem rechte Kundgebung“ hätte nicht verhindert werden können.

Die Verfasser des Berichts verwiesen auf „Sabotageaktionen und Angriffe auf Nazistrukturen im Vorfeld“ des 26. November, die ihrer Meinung nach weit erfolgreicher gewesen seien. Sie erwähnten u.a. die Sachbeschädigungen an einer Grabstätte auf der Schmücke am 9. November und am Gebäude des „Toringi-Vereins“ in Gotha, die den Protestaktionen vom 19. November in Gotha vorausgegangen waren.

Außerdem berichteten die Verfasser von Aktivitäten im Rahmen der „antifaschistischen Aktionswochen bis zur Demo“ am 26. November, zu denen über die Website der LRA aufgerufen worden war. Am 12. November sollen sich ca. 50 „AntifaschistInnen“ in Arnstadt spontan versammelt haben, um gegen den „Naziaufmarsch“ am 26. des Monats zu protestieren und zu dessen Verhinderung aufzurufen. Sie seien – von lauten Sprechchören, Lautsprecherdurchsagen, Feuerwerk und Knallkörpern begleitet – teilweise vermummt und mit Transparenten versehen durch die Stadt gezogen. Die Verfasser des Beitrags werteten die Spontandemonstration als vollen Erfolg, seien viele Passanten doch auf diese Weise über den „Naziaufmarsch“ unterrichtet worden. Außerdem seien, hieß es in dem Bericht, in der Stadt flächendeckend mehrere Dutzend gegen den „Naziaufmarsch“ gerichtete Plakate angebracht worden. Schließlich riefen die Verfasser des Beitrags auf, am 26. November nach Arnstadt zu kommen, um den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu verhindern.

Protestaktionen des demokratischen Bündnisses werden als „antifaschistische Farce“ diskreditiert

Die Verfasser des bereits erwähnten Beitrags kritisierten das Verhalten der Arnstädter Öffentlichkeit. So seien die Bemühungen „Arnstädter AntifaschistInnen“ im Vorfeld der „Nazikundgebung“ vom 26. November weder von Parteien noch von der Stadt oder der Presse unterstützt worden. Vielmehr hätten die Polizei, die Stadt und die Presse mit der „Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands“ reagiert. Auch sei ein Verbot des „neonazistischen Aufmarschs“ von Beginn an nicht in Betracht gezogen worden. Das „militante Auftreten unbekannter AktivistInnen“ sei nach Auffassung der Verfasser „nur die logisch-absehbare Konsequenz aus Intoleranz und Ignoranz“ gewesen. Die Protestaktionen des demokratischen Bündnisses hätten sich am 26. November als „antifaschistische Farce“ erwiesen. Mittel wie einfache Gegenkundgebungen seien nur wenig hilfreich. Vielmehr sollte der Schwerpunkt darin liegen, „die Nazis zu stören, deren Kundgebung zu blockieren oder zu verhindern“. Gleichzeitig wehrten sich die Verfasser gegen Kritik von Seiten der bürgerlichen Protestkundgebung und betonten, dass sich die eigenen Aktivitäten letztlich gegen das bestehende System richten. So sei „hiesigen Antifas“ vorgeworfen worden, die Lehren aus der deutschen Geschichte mit Füßen zu treten. Die Lehre, die sie aus der deutschen Geschichte, aus Nationalsozialismus und Holocaust gezogen haben, so die Verfasser des Berichts, bestehe darin, den deutschen Staat und seine machtausübenden Organe abzuschaffen. Der Polizei warfen die Verfasser ein martialisches Auftreten und eine brutale Vorgehensweise vor. „Während die AG ‚Zivilcourage‘ sich damit befasst“, agitierten die Verfasser des Berichts abschließend, „den Neonazis ein in der Form nicht erträumtes Podium zu bieten, schließen wir mittelfristig einen politisch-inhaltlichen Diskurs mit den Nazis aus. Gerade in schwachen Sozialkulturen, wie Arnstadt gilt es RechtsextremistInnen im Kampf um die Straße, Köpfe und Stimmen zurückzudrängen. Perspektivisch ist antinazistische Arbeit mit dem Aufdecken von Strukturen und dem Bekämpfen ihrer Aktivitäten verbunden, was, und das beweist der heutige Tag, die non-verbale Auseinandersetzung mit deren Helfern in Grün und Blau voraussetzt. Kampf dem Polizeistaat. Tod dem Faschismus.“

5. Terroristische Gruppierungen

Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlügen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten wie Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Sprengstoffanschläge oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Auch im Jahre 2005 blieben Aktivitäten linksterroristischer Gruppen aus. Die Rote Armee Fraktion hatte bereits 1998 ihre Auflösung erklärt.

6. Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick

Die im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Links – in den Jahren 2003, 2004 und 2005 in Thüringen begangenen Straftaten lassen sich wie folgt darstellen:⁷⁹

Straftaten	2003	2004	2005
Insgesamt	75	67	200
davon im Einzelnen:			
Gewaltkriminalität	9	16	48
Sachbeschädigungen	26	13	60
Verstöße gegen das Versammlungsverbot	23	21	48
Sonstige	17	17	44

Die Anzahl der Straftaten, die im Jahr 2005 im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Links – begangen wurden, ist im Vergleich mit dem Jahr 2004 von 67 auf 200 drastisch angestiegen. Sie hat sich fast verdreifacht. Proportional zur Entwicklung der Fallzahlen insgesamt nahmen auch die Gewalttaten und die Sachbeschädigungen stark zu. Linksextremisten verübten solche Straftaten insbesondere dann, wenn sich ihre Aktionen gegen Demonstrationen von Rechtsextremisten richteten. Von den 200 im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Links – begangenen Straftaten entfielen 180 auf die Schutzbereiche der Polizeidirektionen Jena, Erfurt, Gotha und Gera, die im Berichtszeitraum regionale Schwerpunkte des autonomen Spektrums bildeten.

⁷⁹ Quelle: Thüringer Landeskriminalamt (LKA)

IV. Ausländerextremismus

1. Allgemeines

Ausländerextremistische Organisationen besitzen höchst unterschiedliche organisatorische Strukturen und verfügen über keine homogene Ideologie. Entsprechend ihrer Ausrichtung sind sie islamistisch, linksextremistisch oder nationalistisch geprägt. Auch vertreten sie unterschiedliche Auffassungen zu der Frage, ob Gewalt ein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein kann. Während einige solcher Gruppierungen durch gewaltsame und auf Gewalt ausgerichtete Vorbereitungshandlungen die innere Sicherheit oder auch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, entfalten andere Aktivitäten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind. Oftmals zielen Aktionen, die von extremistisch ausgerichteten Ausländern in Deutschland durchgeführt werden, darauf ab, Veränderungen der politischen Verhältnisse in den Heimatländern herbeizuführen oder die Politik der Bundesrepublik zu beeinflussen.

Die meisten ausländerextremistischen Gruppierungen nutzen die Bundesrepublik als Ruhe- und Rückzugsraum. Wie die aktuelle Entwicklung zeigt und aus Äußerungen von Islamisten hervorgeht, ist auch die Bundesrepublik Anschlagziel, Rekrutierungs- und Vorbereitungsraum geworden. Außerdem haben ausländerextremistische Gruppen Möglichkeiten erschlossen, zur Unterstützung des Kampfes in der Heimat in Deutschland finanzielle Mittel zu beschaffen.

Bundesweit gehörten 2005 rund 57.420 Ausländer einer extremistischen oder islamistischen Vereinigung an. Nach wie vor verfügen die islamistischen Gruppen mit 32.100 Personen (2004: 31 300) über das größte Mitglieder- und Anhängerpotenzial; ihre Zahl stieg somit gegenüber dem Vorjahr an. Als Angehörige linksextremistischer Ausländergruppierungen gelten ca. 16.890 Personen (2004: 16.840), 8.430.(2004: ca.8.430) Personen werden dem extrem-nationalistischen Spektrum zugeordnet.

Nur eine kleine Minderheit der im Freistaat Thüringen lebenden Ausländer gehört einer extremistischen Gruppierung, Organisation oder Partei an oder unterstützt eine solche. Wie in den Vorjahren verfügte im Berichtszeitraum einzig der „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL; früher PKK, KADEK) über gefestigte Strukturen. In einigen islamistischen Kreisen Thüringens werden die Ideologien und Werte des „Westens“ als schädlich und feindlich für Muslime dargestellt. Bestrebungen, in Thüringen Anhänger für Bewegungen oder Organisationen zu gewinnen, die islamistische Grundsätze vertreten, werden vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) aufmerksam beobachtet. Bislang können diesem Spektrum Einzelpersonen und kleine Gruppen zugeordnet werden.

Das ausländerextremistische/islamistische Personenpotenzial ist in Thüringen von etwa 130 im Jahr 2004 um 30 auf etwa 100 Personen im Berichtszeitraum zurückgegangen und entspricht somit dem Stand des Jahres 2003. Von ausländerextremistischen Gruppierungen gingen 2005 in Thüringen sehr selten öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus. Demonstrationen und Informationsstände veranstalteten sie meist dann, wenn sie auf aktuelle Ereignisse reagieren oder auf die Verhältnisse in ihren Heimatländern aufmerksam machen wollten. Anhänger von ausländerextremistischen Gruppierungen, die in Thüringen leben, nehmen an überregionalen Veranstaltungen dieses Spektrums teil.

2. Islamismus

Islamismus bezeichnet eine politisch instrumentalisierte Glaubensform des Islam. Politische Extremisten fordern im Namen des Islam eine Gesellschaftsordnung, die im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht. Sie berufen sich auf den Koran, der ihrer Ansicht nach eine uneingeschränkte Gültigkeit besitzt und ihren Forderungen somit einen Absolutheitsanspruch verleiht. Ein Teil der Islamisten sieht die im Koran enthaltene Aufforderung zum „Jihad“ (wörtlich „innerer Kampf“, Anstrengung, auch „Heiliger Krieg“) als Rechtfertigung und Verpflichtung an, ihre politischen Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.

Weltweiter Jihad

Das Ziel der „Glaubenskämpfer“ im Jihad (Mujahedin) besteht darin, die Juden und die „Kreuzfahrer“ zu bekämpfen. Mit „Kreuzfahrern“ werden in Anlehnung an die „Kreuzzüge“ des Mittelalters vor allem die USA, Australien und jene europäischen Staaten gleichgesetzt, in denen eine christliche Tradition besteht. Westliche Einflüsse in der „islamischen Welt“ werden als feindliche Bedrohung gedeutet und müssen nach Ansicht der Islamisten bekämpft werden. Mit dieser Begründung greifen die Mujahedin Ziele in den islamischen Länder an, deren Regierungen sie als Vasallen westlicher Mächte ansehen. Letzten Endes streben sie eine weltweite Islamisierung an.

Brennpunkt Irak

Im Jahr 2005 bildete der Irak das wichtigste Ziel der Jihad-Propaganda. Im Laufe des Jahres fielen dort mehrere tausend Menschen den Angriffen jener zum Opfer, die eine Umgestaltung des Landes im demokratischen Sinne ablehnen. Die Anschläge richteten sich vorzugsweise gegen den Aufbau neuer staatlicher Strukturen, insbesondere der Sicherheitskräfte. Iraker, die sich zu Polizisten ausbilden lassen, werden als Kollaborateure angesehen und als solche bekämpft. Der Jordanier Abu Musab AL-ZARQAWI gilt als Führer der AL-QAIDA im Irak.

Kampf ohne Fronten

Das weltweite Terrornetzwerk AL-QAIDA hat sich von einer terroristischen, hierarchisch organisierten Kaderorganisation zu einer Gemeinschaft von „Glaubenskämpfern“ gewandelt, die in kleinen Gruppen ihre Aktionen als autonome Zellen planen und selbstständig agieren. Eine neue Tätergeneration ist herangereift, die ohne Anweisungen von BIN LADEN oder AL-ZARQAWI Attentate vorbereitet und durchführt. Es besteht die Gefahr, dass ehemalige Irakkämpfer – ähnlich den ehemaligen Afghanistankämpfern – nach Europa zurückkehren und sich hier, basierend auf den dort erworbenen Kenntnissen, an der Planung und Durchführung von Anschlägen beteiligen.

Die Fronten im Krieg der islamistischen Terroristen können auf Landkarten nicht verzeichnet werden. Wie die Anschläge in London, Jordanien und Ägypten abermals gezeigt haben, können sich überall dort, wo islamistische Propaganda auf Gewaltbereitschaft trifft, Zirkel von Mujahedin herausbilden, die bereit sind, für ihren Glauben in den Tod zu gehen. Der islamistische Terrorismus bedeutet eine Kampfansage an alle Werte, die dem islamischen Weltbild der Mujahedin zuwiderlaufen.

In London explodierten am 7. Juli parallel zum Weltwirtschaftsgipfel im schottischen Glesneagles während des morgendlichen Berufsverkehrs in der U-Bahn drei Bomben. Ein weiterer

Sprengsatz zerfetzte die obere Hälfte eines Doppeldeckerbusses. 56 Menschen starben, mehr als 700 wurden verletzt. Weitere Attentatsversuche wenige Tage später erzeugten in der Stadt ein Klima der Angst. Die Anschläge in London zielten ebenso wie das Attentat vom 11. Mai 2004 in Madrid darauf ab, die europäische Staatengemeinschaft in ihrem Zentrum zu treffen.

Die Anschläge verdeutlichen die Gefahr, die von einem „home-grown“-Terrorismus⁸⁰ ausgeht. Denn die Täter waren junge islamische Muslime, die zwar in der liberalen Gesellschaft Großbritanniens aufgewachsen, jedoch in Ausbildungslagern in Pakistan von Fundamentalisten indoktriniert worden sind. Darüber hinaus demonstrierten die Attentate den Erfolg der Ideologie des internationalen Jihad: Seine Anhänger sind auf ein soziologisches oder ethnisch definiertes Täterprofil nicht zu begrenzen.

Jihad im World Wide Web

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in islamistischen Radikalisierungsprozessen spielt das Internet. Täglich werden Hetzpropaganda, heroisierende Videos, auf denen Attentäter als Märtyrer dargestellt werden, und Anleitungen zum Bau von Bomben neu in das Netz eingestellt. Die globale Vernetzung ermöglicht es, die Idee eines umfassenden „heiligen islamischen“ Krieges schnell in der Welt zu verbreiten.

So wurde beispielsweise Ende 2005 einige Wochen lang über den Server eines Erfurter Unternehmens eine türkischsprachige Internetseite mit islamistischen Inhalten verbreitet, auf der u.a. Videobotschaften von Ayman AL-ZAWAHIRI, dem Stellvertreter Osama BIN LADENS, sowie Propaganda-Videos für den Widerstand in Afghanistan, im Irak und den Kampf der Palästinenser eingestellt waren. Die Urheberschaft der Internetseite, die in unregelmäßigen Abständen den Provider wechselt, konnte bislang nicht geklärt werden. Dies deutet auf die Schwierigkeit hin, islamistische oder strafbare Inhalte im Internet zu verfolgen bzw. zu unterbinden.

Weiterhin erhöhte abstrakte Gefährdung für Deutschland

Die Gefährdungslage ist in Deutschland nach wie vor latent hoch. Die Bundesrepublik stellt weiterhin nicht nur einen Vorbereitungsraum, sondern auch ein potenzielles Anschlagziel islamistischer Terroristen dar. Dies wurde im Prozess gegen vier Anhänger der islamistischen „AL-TAWHID“-Bewegung, als deren operativer Führer Abu Musab AL-ZARQAWI gilt, im vergangenen Jahr deutlich. Die Gruppe hatte Anschläge auf das Jüdische Gemeindezentrum von Berlin sowie ein Lokal und eine Diskothek in Düsseldorf geplant. Am 26. Oktober wurden die vier Angeklagten vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren verurteilt.

Die Ausrichtung des islamistischen Terrors auf so genannte „weiche“ (wenig geschützte) Ziele, die eine starke Wirkung auf die Öffentlichkeit versprechen, erschwert es, mögliche Angriffspunkte einzugrenzen.

⁸⁰ „Lokaler“ Terrorismus

Gemeinsame Terrorabwehr der Sicherheitsbehörden in Berlin

Eine enge Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ist notwendig, um die Vorbereitung von Terrorakten frühzeitig erkennen und konzentriert bekämpfen zu können. Im Dezember 2004 wurde das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin eingerichtet, um die Kommunikation zwischen Nachrichtendiensten, Polizei, Generalbundesanwalt und anderen Behörden zu optimieren. Vertreter von Sicherheits- und Polizeibehörden tauschen im GTAZ terrorrelevante Erkenntnisse aus, stimmen Vorgehensweise und Ermittlungen ab. Auch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) ist mit einem Verbindungsbeamten in diesem Terrorismusabwehrzentrum vertreten.

2.1 Islamismus in Thüringen

Die überwiegende Mehrheit der Thüringer Muslime lebt ihren Glauben friedlich und im Einklang mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Ihre politischen Diskussionen spiegeln die allgemeine soziale Entwicklung ebenso wider wie die Stimmungslage der muslimischen Bevölkerung in Deutschland.

Sowohl bundesweit als auch in Thüringen äußerten sich Muslime und muslimische Verbände im Berichtszeitraum verstärkt in der Öffentlichkeit, um den Terror im Namen des Islam zu verurteilen. Mit Vorträgen und Begegnungsveranstaltungen versuchten beispielsweise Thüringer Moscheevereine, das Bild, das ihre deutschen Mitbürger vom Islam haben, positiv zu prägen. Vertreter der Moscheegemeinden in Thüringen distanzieren sich öffentlich ausdrücklich von Gewalt und Terrorismus.

Einflüsse islamistischer Bewegungen

Etablierte Moscheevereine aus den alten Bundesländern unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit der Muslime in Thüringen. In diesem Zusammenhang versuchten einschlägige islamistische Gruppierungen, ihre Position unter den Muslimen in den neuen Bundesländern auszubauen und Anhänger zu gewinnen.

„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)

So erklärt eine Moschee in Thüringen ihren Besuchern den Islam mit deutschsprachigen Faltblättern. Diese verweisen auf Kontaktadressen „Islamischer Zentren“ (Moscheevereine) in den alten Bundesländern. Teilweise gehören diese Moscheegemeinden dem Dachverband „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) an.

Die IGD, deren Sitz sich in München befindet, stellt eine der größten muslimischen Verbände in der Bundesrepublik dar. Unter ihrem organisatorischen Dach sind eine Reihe „Islamischer Zentren“ in Deutschland zusammengefasst, die der Ideologie der „Muslimbrüder“ nahe stehen. Im Jahre 1928 in Ägypten gegründet, ist die „Muslimbruderschaft“ mittlerweile in nahezu allen arabischen Staaten sowie in Ländern mit muslimischen Bevölkerungsanteilen verbreitet. Sie verfolgt das Ziel, auf die jeweiligen Staaten – zum Teil verdeckt – in religiöser, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht Einfluss zu nehmen, um eine schleichende Transformation dieser Staaten in eine islamistische Staatsform herbeizuführen. Nach außen vertritt die IGD einen dialogbereiten und toleranten Islam, um ihre Absichten der öffentlichen Wahrnehmung zu entziehen. Der Muslimbruderschaft gehörten im Berichtszeitraum wie 2004 bundesweit ca. 1.300 Personen an.

Salafiya

Islamistisches Gedankengut wird in Thüringen auch von Predigern und Zeitschriften verbreitet, die ein salafitisches Glaubensverständnis vertreten. Die Salafiya ist als islamische Reformbewegung um 1900 entstanden. Salafiten orientieren sich unmittelbar an den Aussagen und an der Lebensweise des Propheten MOHAMMED und seiner Zeitgenossen. Ihrer Ansicht nach kann der Islam allein aus dem Koran und der Sunna heraus erklärt werden. Sie suggerieren eine Unvereinbarkeit von islamischen Werten und westlichem Moralverständnis.

Auf diese Weise äußern sich beispielsweise die Autoren der Zeitschrift „Denk mal islamisch“, die alle zwei Wochen vom „Islamischen Informationszentrum Ulm e.V.“ herausgegeben und im gesamten Bundesgebiet verteilt wird. Exemplare liegen auch in Thüringer Moscheen aus.

Tabligh-i Jamaat al-Islami (TJ)

Seit etwa zwei Jahren propagieren darüber hinaus in Thüringen Anhänger der TJ ihre strenge Auslegung des Korans. Die TJ bildet eine muslimische Glaubensgemeinschaft, die in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Indien gegründet worden ist. Diese Missionsbewegung verfolgt die Absicht, Muslime wieder auf den „richtigen Weg“ zu führen. Ihre Anhänger sprechen auf ihren Reisen Muslime an, um sie zu Veranstaltungen der TJ einzuladen, in denen „fehlgeleiteten“ Muslimen der „richtige Weg“ gewiesen wird. Dieser Weg besteht darin, nach den strikten Vorschriften des Korans und der Sunna zu leben.

Im Unterschied zu anderen islamistischen Ideologien versteht sich die TJ als apolitisch; die ethnische Zugehörigkeit ihrer Anhänger ist für die Organisation irrelevant. Dennoch weist ihre Ideologie integrationsfeindliche Tendenzen auf. Der TJ gehörten im Berichtszeitraum bundesweit ca. 500 Personen an. Ihre Lehre stößt unter den Muslimen in Thüringen größtenteils auf Ablehnung.

Alle von den jeweiligen islamistischen Strömungen verbreiteten Formen des Islam stehen in Einzelfragen im Widerspruch zu den Menschenrechten und zum demokratischen Staatswesen der Bundesrepublik. Die ideologischen Ansichten der Islamisten hemmen die Integration von Ausländern in die Gesellschaft der Bundesrepublik, da ihrer Auffassung nach der Islam und die westlichen Wertevorstellungen grundsätzlich nicht miteinander vereinbart werden können. Die Anschauungen der Islamisten liefern die ideologische Grundlage dafür, den gewaltbereiten Jihad zu rechtfertigen.

3. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) – jetzt „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

gegründet:	im November 2003; nach erfolgter Auflösung des „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), der als Nachfolgeorganisation der 1978 in der Türkei gegründeten und im April 2002 aufgelösten PKK gilt
Betätigungsverbot:	Das vereinsrechtliche Betätigungsverbot vom 26.11.1993 gegen die PKK erstreckt sich sowohl auf den KADEK als auch auf den KONGRA-GEL. ⁸¹
Leitung:	Zübeyir AYDAR in Abhängigkeit von Abdullah ÖCALAN als „kurdischem Volksführer“ und dem Leitungsrat
Publikationen:	u.a. „Serxwebun“ (Unabhängigkeit)
Mitglieder/Anhänger (Bund)	ca. 11.500
Teilgebiet Erfurt:	ca. 60

Die von Abdullah ÖCALAN 1978 in der Türkei gegründete PKK verfolgte das Ziel, einen unabhängigen autonomen Kurdenstaat durchzusetzen. Daher begann sie 1984, einen Guerillakrieg gegen das türkische Militär zu führen. Da von der PKK auch in Deutschland gewalttätige Aktionen ausgingen, unterliegt sie seit 1993 hierzulande einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.

3.1 Strategiewechsel und Umbenennungen

Anfang 2000 wurde beschlossen, die Partei grundlegend neu auszurichten. Das Ziel, einen autonomen Kurdenstaat zu errichten, wurde aufgegeben. Vielmehr strebte die PKK nunmehr an, die kulturelle Autonomie der Kurden innerhalb einer demokratischen Türkei durchzusetzen. Die von ÖCALAN vorgegebene „Friedensstrategie“ wurde nach der Gründung des „Freiheits- und Demokratiekongresses Kurdistans“ (KADEK) im April 2002 weiter verfolgt. Die Organisation behielt sich jedoch die Rückkehr zum bewaffneten Kampf vor, falls sie von der türkischen Regierung angegriffen oder die „kurdischen Frage“ nicht zufriedenstellend gelöst würde.

Am 26. Oktober 2003 beschloss der KADEK auf seinem 2. außerordentlichen Kongress einstimmig seine Auflösung. An dessen Stelle sollte eine Vertretung des kurdischen Volkes treten, die innerhalb internationaler Kriterien eine legale und demokratische Politik verfolgen könne. Am 15. November 2003 gab der „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) auf einer Pressekonferenz seine Gründung bekannt. Der KONGRA-GEL strebte vor allem an, alle

⁸¹ Im August 2002 stellte der Bundesinnenminister fest, dass die Neugründung des KADEK im April 2002 lediglich als bloße Umbenennung der PKK zu werten sei und sich das vereinsrechtliche Betätigungsverbot gegen die PKK folglich auch auf den KADEK erstreckt. In einer Stellungnahme vom Juli 2004 kam der Bundesinnenminister zu dem Schluss, dass das vereinsrechtliche Betätigungsverbot der PKK auch auf den KONGRA-GEL anzuwenden sei.

kurdischen Interessengruppen unter einem Dach zusammenzufassen, um die Kurdenfrage mit friedlichen und demokratischen Mitteln zu lösen.

Im April fand ein „Kongress zum Wiederaufbau der Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) statt, an dem sich 250 Delegierte beteiligten. Im Anschluss an den Kongress wurde die Gründung der „neuen“ PKK bekannt gegeben. Die Neugründung müsse, so der Sprecher des Parteirats der PKK, Murat KARAYILAN, als zweite offizielle Geburt der Organisation verstanden werden. Deren wesentliches Ziel bestehe darin, eine „Föderation des Demokratischen Ostens“ zu erreichen.

In diese Richtung zielt auch die von ÖCALAN entwickelte Idee des „Demokratischen Konföderalismus“. Sie sieht vor, anstelle des früher angestrebten eigenständigen Kurdenstaates einen konföderalen Verbund zu bilden, der die kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, im Iran und Irak einschließt. Im Zusammenhang mit diesem neuen Konzept verkündete ÖCALAN die Gründung der „Koma Komalen Kurdistan“ (KKK/„Konföderation der kurdischen Gemeinschaften“) und erklärte sich zu deren Führer. Die neugegründete „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) wurde zur „ideologischen Kraft“ des Projekts erklärt; der KONGRA-GEL hingegen solle in diesem System den höchsten demokratischen Volkswillen vertreten.

3.2 Aufkündigung des Waffenstillstands

Während der KONGRA-GEL 2005 in Europa an der von ÖCALAN vorgegebenen Friedenslinie festhielt, kam es in der Türkei verstärkt zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Sicherheitskräften und den „Volksverteidigungskräften“ (HPG). Die HPG bilden den militärischen Arm des KONGRA-GEL. Im Sommer setzten die „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), eine die kurdischen Interessen vertretende Gruppe, ihre im Jahr zuvor begonnenen, terroristischen Aktionen in Form von Anschlägen und Gewalttaten in türkischen Urlaubsorten fort.

In verschiedenen Ausgaben der „Özgür Politika“ distanzierte sich der KONGRA-GEL von den Anschlägen. Die HPG dementierten in dieser Zeitung, mit der TAK oder mit den Anschlägen in Verbindung zu stehen. Jedoch wurden auch von der HPG im Rahmen der „legitimen Selbstverteidigung“ zivile Ziele vermehrt angegriffen.

Im Juni hat eine Gruppe von 140 türkischen und kurdischen Intellektuellen öffentlich an die PKK appelliert, die Gewaltaktionen zu stoppen. Der Sprecher des Parteirats der PKK, Murat KARAYILAN, begrüßte die Initiative. Die Aktionen der HPG würden, argumentierte er jedoch, der „legitimen Verteidigung“ dienen, da die Aktionen des türkischen Militärs zugenommen hätten.

3.3 Organisatorische und finanzielle Situation

Ebenso wie die PKK stellt der KONGRA-GEL eine hierarchisch aufgebaute Kaderorganisation dar. Die Generalversammlung bildet das oberste Entscheidungsorgan des KONGRA-GEL. Die HPG führt weiterhin militärische Aktionen in der Türkei durch, die mit dem „Recht auf Gegenwehr“ und „legale Selbstverteidigung“ begründet werden. Vorgaben für die politischen Aktivitäten in Europa gingen maßgeblich von den Führungsfunktionären der „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) aus.

Die Strukturen des KONGRA-GEL sind im Berichtszeitraum in Deutschland im Wesentlichen gleich geblieben. Nach wie vor ist Deutschland in die drei Sektoren (Serits) Nord, Mitte und Süd eingeteilt, die sich wiederum in die ihnen nachgeordneten Gebiete (Bölge) und Teil-

gebiete untergliedern. Anordnungen und Vorgaben werden entsprechend dieser Organisationsstruktur weiter gegeben.

Die wichtigste Einnahmequelle stellt nach wie vor die Spendensammlung dar, die die Organisation jährlich europaweit unter ihren Anhängern durchführt. Weiterhin finanziert sich der KONGRA-GEL aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Parteipublikationen und dem Erlös aus Veranstaltungen. Die Mittel dienen u.a. dem Zweck, den Propagandaapparat, die Führungskräfte sowie die Guerilla-Einheiten zu unterhalten.

3.4 Propagandamittel

Der KONGRA-GEL setzte das Internet, den Fernsehsender „ROJ TV“, der über Satellit empfangen werden kann, diverse Publikationen und die türkischsprachige Zeitung „Özgür Politika“ ein, um politische Erklärungen, Interviews von Führungskräften und Hinweise auf Veranstaltungen der Organisation öffentlichkeitswirksam zu verbreiten.⁸²

Am 5. September wurde das Verbot, das das Bundesministerium des Innern gegen den in Neu-Isenburg/Hessen ansässigen E.Xani-Verlag als Herausgeber der Tageszeitung „Özgür Politika“ erlassen hatte, vollzogen. In diesem Zusammenhang hatte die Polizei die Räumlichkeiten des Verlags sowie des Medienbetriebs Welat GmbH in Neu-Isenburg, des MIR Musik Verlags in Düsseldorf und zahlreiche Privatwohnungen im Bundesgebiet durchsucht. Im Verlauf der Aktion wurde umfangreiches Beweismaterial, unter dem sich u.a. Propagandamaterial, Geschäftsunterlagen und hohe Geldbeträge befanden, beschlagnahmt.

Die Anhänger des KONGRA GEL protestierten sowohl in Deutschland als auch im europäischen Ausland mit zahlreichen Kundgebungen und Veranstaltungen, die in der Regel friedlich verliefen, gegen das Verbot.

Mit einer am 22. September erhobenen Klage beantragten die Betroffenen, die Verbotsverfügung gegen den E.Xani-Verlag aufzuheben und eine aufschiebende Wirkung anzuordnen. Mit Beschluss vom 18. Oktober gab das Bundesverwaltungsgericht dem Antrag statt und ordnete die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung an. Das Vereinsverbot sei, wie die summarische Prüfung ergeben habe, rechtswidrig. Die Verbotsverfügung wurde am 20. Dezember aufgehoben.

3.5 Der KONGRA-GEL in Thüringen

Die einzige Struktur des KONGRA-GEL in Thüringen bildet das Teilgebiet Erfurt, das an das Gebiet Kassel angebunden ist. Dem Teilgebiet Erfurt, das sowohl den Großraum Erfurt als auch Teile West- und Südwestthüringens einschließt, wurden im Berichtszeitraum wie bereits 2004 ca. 60 Mitglieder/Anhänger zugerechnet.

Die Anhänger des KONGRA-GEL sind auf regionaler Ebene größtenteils in örtlichen Vereinen organisiert, von denen sich die meisten dem Dachverband „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM)⁸³ angeschlossen haben. Für Thüringen gibt die YEK-KOM auf ihrer Website den „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ als einen ihrer Mitgliedsvereine an.

⁸² „ROJ TV“ sendet seit 1. März 2004 anstelle des kurdischen Fernsehsenders „MEDYA-TV“, dessen Sendelizenzantrag im Februar 2004 abgelehnt worden war.

⁸³ Die YEK-KOM ist mit gleichartigen Zusammenschlüssen europaweit im europäischen Dachverband „Konföderation kurdischer Vereine in Europa“ (KON-KURD) organisiert.

Polizei durchsucht Räume des „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins Erfurt e.V.“

Am 6. Dezember durchsuchte das Thüringer Landeskriminalamt (LKA) die Räume des „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins Erfurt e.V.“ sowie die Wohnung des Vereinsvorsitzenden. Den Ausgangspunkt bildete ein Ermittlungsverfahren, das wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingeleitet worden war. Der Vereinsvorsitzende steht im Verdacht, für die verbotene PKK und deren Nachfolgeorganisationen geworben und Spenden gesammelt zu haben. Bei der Durchsuchung der Vereinsräume wurden u.a. verbotene Fahnen, Bilder ÖCALANs, Flugblätter und Propagandazeitschriften beschlagnahmt.

Auch im Jahr 2005 waren verschiedene Aktionen und Veranstaltungen des KONGRA-GEL in Deutschland insbesondere darauf ausgerichtet, die Forderung nach einer demokratischen Lösung der Kurdenfrage und die Verbesserung der Haftbedingungen Abdullah ÖCALANs öffentlichkeitswirksam zu unterstützen. An Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet und im europäischen Ausland nahmen auch kurdische Volkszugehörige teil, die in Thüringen leben. Die Organisatoren solcher Veranstaltungen verstanden es auch im Berichtszeitraum, politische Themen mit publikumswirksamen folkloristischen Elementen zu verbinden, um auf diese Weise sowohl einen hohen Mobilisierungsgrad der in Deutschland lebenden Kurden zu erreichen als auch einer breiten Zuhörerschaft ihre politischen Ansichten und Ziele nahe zu bringen.

Im Berichtszeitraum ging die Anzahl der Aktionen des „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins Erfurt e.V.“ im Vergleich zum Vorjahr stark zurück.

„Kurdisch-Deutscher Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ führt Demonstration am 4. Februar in Erfurt durch

Am 4. Februar veranstaltete der „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ unter dem Motto „Freiheit für Remzi KARTAL“ vor dem Thüringer Landtag eine Demonstration, an der ca. 30 Personen mitwirkten. Die Teilnehmer führten Plakate und Spruchbänder mit sich, die u.a. mit den Aufschriften „Frieden und Freiheit für Kurdistan“, „Kurden sind keine Handelsware zwischen EU und Türkei“ und „Freiheit für Remzi Kartal“⁸⁴ versehen waren. Zudem wurde ein Flugblatt der YEK-KOM verteilt, das die Festnahme KARTALs thematisiert und das Vorgehen der Bundesrepublik Deutschland als „Angriff gegen die demokratischen und legalen Bemühungen“ des KONGRA-GEL verurteilt. Die Verfasser werfen der Bundesregierung vor, eine Verbots- und Kriminalisierungspolitik zu betreiben, um die von der türkischen Regierung gegenüber dem kurdischen Volk praktizierte Vernichtungspolitik zu unterstützen. Sie fordern die sofortige Freilassung KARTALs.

⁸⁴ KARTAL fungiert als stellvertretender Vorsitzender des KONGRA-GEL. Er wurde am 22.01.2005 in der Nähe von Nürnberg von der Polizei festgenommen.

V. Scientology-Organisation (SO)

1. Gesetzliche Grundlagen zur Beobachtung der Scientology-Organisation

Die SO in Deutschland wird seit 1997 durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Mehrheit der Länder beobachtet. Der Beobachtungsbeschluss fußt auf der Feststellung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 5./6. Juni 1997, der zufolge in Bezug auf die SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bestehen und somit die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gegeben sind.

Um sich der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden zu entziehen, ist die SO seit Jahren bestrebt, sich als Glaubensgemeinschaft darzustellen, die sich auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegt. Hierzu werden von der Organisation – mit unterschiedlichem Erfolg – auch fortwährend die Gerichte bemüht. So scheiterte die SO mit ihrer Klage gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit dem Ziel, die Beobachtung mit offenen und nachrichtendienstlichen Mitteln zu untersagen. Das Verwaltungsgericht (VG) Köln hat am 11. November 2004 die im März 2003 eingereichte Klage der „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD), sowie der „Scientology Kirche Berlin e.V.“ (SKB) in vollem Umfang abgewiesen. Das Gericht traf die Feststellung, dass tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen der SO vorliegen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, und somit die weitere Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gerechtfertigt ist. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung wurde die Berufung beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster zugelassen. Eine Entscheidung ist hier bislang noch nicht ergangen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Saarlouis entschied in einem anderen Berufungsverfahren am 27. April 2005 zugunsten der SO, indem es die Beobachtung der SO unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel für unrechtmäßig erklärte. Das OVG stellte in der Urteilsbegründung speziell auf die Verhältnisse im Saarland ab; daher kann das Urteil nicht auf die nachrichtendienstliche Beobachtungstätigkeit der anderen Verfassungsschutzbehörden übertragen werden.

2. Scientology in Thüringen

Erstmals seit Jahren trat die SO in Thüringen mit einer Informationsveranstaltung am 10. Juni in Gera öffentlich in Erscheinung. Sie stellte ein gelbes Zelt auf, in dem auf Stellwänden Bilder von der weltweiten Arbeit der so genannten „Volunteer-Ministers“ dargestellt waren, z.B. als Katastrophenhelfer in Überschwemmungs- und Erdbebengebieten, am „Ground Zero“ in New York und in anderen Einsatzgebieten. Das Thema Drogenaufklärung, sowie die Beseitigung von Lernschwierigkeiten bei Jugendlichen und Erwachsenen stellten einen weiteren Schwerpunkt der Informationsveranstaltung dar.

Mit der Veranstaltung führte die SO offensichtlich die „Gelbe-Zelte-Aktion“ fort, die in den Vorjahren bereits in anderen Bundesländern durchgeführt wurde. Mit der Veranstaltung dürfte die Organisation vorrangig das Ziel verfolgen, Kursteilnehmer und perspektivisch Mitglieder zu gewinnen. Eine größere Resonanz fand die Veranstaltung nicht.

Die SO hat in Thüringen in den letzten Jahren keine Aktivitäten entfaltet, die auf eine Niederlassung oder Einrichtung im Freistaat schließen lassen. Die Informationsveranstaltung in Gera

wurde von der „Scientology Kirche Bayern e.V.“ angemeldet. Auch die gelegentliche Zusendung von Broschüren und Informationsmaterial an öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen erfolgt durch Organisationseinheiten außerhalb Thüringens.

VI. Ereigniskalender extremistischer Bestrebungen in Thüringen

Termin:	Ereignis:
Januar – August	21 „Montagsdemonstrationen“ von Neonazis in Eisenach
6. Januar	Mahngang von Neonazis in Eisenach
11., 13./14. Januar	Neonazis verteilen Flugblätter vor Eisenacher Schulen
14. Januar	Skinheadkonzert in Saalfeld-Gorndorf
22. Januar	Saalveranstaltung in Dillstädt/Landkreis Schmalkalden-Meiningen zur Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871
25. Januar	Rechtsextremisten veranstalten Kundgebung gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Altenburg
27. Januar	Rechtsextremisten veranstalten Kundgebung gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Altenburg
28. Januar	Skinheadkonzert in Altenburg
29. Januar	Demonstration der NPD unter dem Motto „Gegen Intoleranz – für Meinungsfreiheit“ in Schleusingen
29. Januar	Skinheadkonzert in Gotha
29. Januar	Demonstration der autonomen Szene unter dem Motto „break the silence naziläden abreissen – deutsche zustände angreifen“ in Gera
31. Januar	Rechtsextremisten nehmen an „Montagsdemonstration“ des demokratischen Spektrums gegen Sozialabbau in Altenburg teil
1. Februar	Rechtsextremisten veranstalten Kundgebung gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Altenburg
4. Februar	Rechtsextremisten veranstalten Kundgebung gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Altenburg
4. Februar	„Kurdisch-Deutscher Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ veranstaltet unter dem Motto „Freiheit für Remzi KARTAL“ Demonstration vor dem Thüringer Landtag
7. Februar	Rechtsextremisten demonstrieren gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Altenburg
7./8. und 11. Februar	„Antifaschistisch“ motivierte Aktionen gegen „Naziläden“ in Meiningen
10. Februar	Kundgebung von Neonazis vor der „Agentur für Arbeit“ in Mühlhausen
17. Februar	Flugblattaktion von Neonazis vor der Regelschule in Wutha-Farnroda
19. Februar	Skinheadkonzert in Gotha aufgelöst
19. Februar	KPF, DKP und KPD Thüringen aktualisieren ihre „Gemeinsame Erklärung“ aus dem Jahr 2001
23. Februar	Mahnwache von Neonazis in Eisenach
26. Februar	Saalveranstaltung der rechtsextremistischen Szene in Arnstadt zum Nürnberger „Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher“/Gegenaktionen von „Arnstädter AntifaschistInnen“
26. Februar	Skinheadkonzert in Guthmannshausen aufgelöst
26. Februar	III. Verbandstag des KJVD in Erfurt
5. März	Saalveranstaltung der rechtsextremistischen Szene in Dillstädt/Landkreis Schmalkalden-Meiningen zum Gedenken an den 75. Todestag des Nationalsozialisten Horst WESSEL
5. März	Demonstration der NPD unter dem Motto „Sozialismus ist machbar – Nationalisten gegen Agenda 2010“ in Greiz

Termin:	Ereignis:
5. März	Skinheadkonzert in Gotha
10. März	Demonstration von Rechtsextremisten gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Mühlhausen
11. März	Saalveranstaltung der JN in Ammelstädt
11. März	Mahnwache von Neonazis in Eisenach
12. März	3. Tagung der 12. Bundeskonferenz der KPF in Weimar
2. April	Landesparteitag der NPD in Pößneck
2. April	Skinheadkonzert in Pößneck
2. April	Mahnwache von Neonazis in Gotha
8. – 10. April	Schulungsveranstaltung des „Deutschen Kollegs“ in Mosbach bei Eisenach
9. April	„Stadtrundgang“ der rechtsextremistischen Szene in Weimar
9. April	Skinheadkonzert in Gotha verhindert
11. April	Rechtsextremisten beteiligen sich an einer Demonstration des demokratischen Spektrums in Pößneck
15. April	Rechtsextremisten führen Kundgebung in Altenburg gegen Sozialabbau durch
15. – 17. April	„Frühjahrstagung“ der Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ in Nordthüringen
16. April	Demonstration der NPD unter dem Motto „Endlich soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ in Erfurt/Gegenaktionen von Anhängern der autonomen Antifa-Szene
20. April	Neonazis verteilen Flugblätter in Wutha-Farnroda
20. April	„Hitler-Geburtstagsfeier“ von Neonazis in Eisenach
23./24. April	Rechtsextremist Horst MAHLER veranstaltet Seminar in Mosbach bei Eisenach
23. April	Skinheadkonzert in Weimar verhindert
30. April	Demonstration der JN „Gegen Sozialabbau und Volksbetrug!“ in Pößneck
30. April/1. Mai	Rechtsextremistische Zeitung „Der Rennsteig Bote“ in Gotha verteilt
4. Mai	Kundgebung von Neonazis zum 8. Mai in Gotha
6. Mai	Kundgebung von Neonazis zum 8. Mai in Eisenach
7. Mai	„Sandro-WEILKES-Gedenkmarsch“ der NPD in Neuhaus am Rennweg
7. Mai	„Heldengedenktagsveranstaltung“ in Haarhausen verhindert
8. Mai	Mahnwache von Neonazis in Mühlhausen
13. – 16. Mai	Vier regionale Pfingstcamps der SDAJ; „Ostcamp“ findet in Ostthüringen statt
14. Mai	Demonstration der NPD unter dem Motto „Vereint für soziale Gerechtigkeit! Gegen Volksbetrug!“ in Waltershausen
14. Mai	Gründung des Kreisverbands Weimar-Weimarer Land der NPD
14. Mai	Skinheadkonzert in Benshausen aufgelöst
16. Mai	Saalveranstaltung der JN in Ammelstädt
20. Mai	Demonstration der NPD unter dem Motto „Gegen Zuzug von Ausländern in Suhl-Nord“ in Suhl
21. Mai	Demonstration der NPD unter dem Motto „Vereint für soziale Gerechtigkeit! Gegen Volksbetrug!“ in Ohrdruf
21. Mai	Landesparteitag der NPD in Sondershausen
21. Mai	„Stadtrundgang“ der rechtsextremistischen Szene in Weimar
21. Mai	Treffen der rechtsextremistischen Szene im Jonastal aufgelöst

Termin:	Ereignis:
28. Mai	„4. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Weimar
28. Mai	Spontandemonstration der rechtsextremistischen Szene in Jena
30. Mai	Protest von Neonazis gegen den Castor-Transport bei Eisenach
Juni	„Infoladen Arnstadt“ eröffnet. Erste Ausgabe der Arnstädter Zeitschrift „VAKUUM“
10. Juni	Scientology-Organisation (SO) führt in Gera Informationsstand durch
11. Juni	Demonstration der NPD unter dem Motto „Fest der Völker – Für ein Europa der Vaterländer“ in Jena/Gegenaktionen von Autonomen
11. Juni	Landesparteitag der „Republikaner“ in Weimar
18. Juni	Rechtsextremisten veranstalten Fußballturnier in Pennewitz/Ilmkreis
25. Juni	Demonstration der NPD unter dem Motto „Vereint für soziale Gerechtigkeit gegen Volksbetrug!“ in Erfurt
2. Juli	Treffen von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene in Gelmeroda bei Weimar
2. Juli	Skinheadkonzert in Gera
9. Juli	Demonstration der NPD unter dem Motto „Gegen Globalisierung und soziale Mißstände – Wahlaufaktveranstaltung des Kreisverbands Gera für Bundestagswahl“ in Gera
9. Juli	Demonstration der autonomen Szene unter dem Motto „Der Provinz einheiz’n 3. NPD Open Air verhindern – Standortnationalismus angreifen“ in Gera
10. Juli	Gründung des Stützpunkts Jena der JN
16. Juli	Landesparteitag der NPD in Pößneck
16. Juli	Skinheadkonzert in Altenburg verhindert
16. Juli	Feier der rechtsextremistischen Szene in Saalfeld-Gorndorf aufgelöst
16. Juli	„Gemeinsame Erklärung“ von DKP, KPD und KPF Thüringen zur Bundestagswahl
16. Juli – 28. August	„Sommercamps“ des MLPD-Jugendverbands „REBELL“ in Truckenthal
23. Juli	Autonome beteiligen sich unter dem Motto „Den rechten Vormarsch stoppen – Nazistrukturen aushebeln!“ an Demonstration in Arnstadt
30. Juli	Treffen von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene in Vollersroda bei Weimar verhindert
30. Juli	Skinheadkonzert in Gotha aufgelöst
seit August	Verteilung der „Projekt Schulhof“-CD der rechtsextremistischen Vertriebsszene
12. August	Teilnehmer des „Sommercamps“ der MLPD in Truckenthal demonstrieren in Sonneberg
13. August	Rechtsextremisten veranstalten „Rudolf-Heß-Fußballgedenkturnier“ in Teichwolframsdorf/Landkreis Greiz
13. August	Skinheadkonzert in Niederwillingen verhindert
17. August	Demonstration der rechtsextremistischen Szene in Altenburg
20. August	Spontane HEß-Demonstration in Arnstadt von der Polizei unterbunden
20. August	Mitglieder von DKP und KPD Thüringen veranstalten in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald gemeinsam Gedenkfeier für Ernst THÄLMANN
26. – 28. August	Vortrags- und Diskussionswochenende des „Roten Tisches Ostthüringen“ in Ostthüringen
August/September	Wahlkampfaktivitäten von NPD und „Republikanern“ zur Bundestagswahl

Termin:	Ereignis:
3. September	Skinheadkonzert in Wasungen aufgelöst
10. September	Demonstration der NPD unter dem Motto „Man kann wieder wählen gehen! NPD – Aus der Mitte des Volkes!“ in Ohrdruf/Gegenaktionen von „AntifaschistInnen“
10. September	Skinheadkonzert in Andisleben aufgelöst
16. September	Demonstration der NPD unter dem Motto „Man kann wieder wählen gehen! NPD – Aus der Mitte des Volkes!“ in Gotha/Proteste der autonomen Antifa-Szene
18. September	NPD, „Republikaner“ und MLPD beteiligen sich mit eigenen Listen an den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag
23. – 25. September	Schulungsveranstaltung des „Deutschen Kollegs“ in Mosbach bei Eisenach
24. September	Skinheadkonzert in Saalfeld-Gorndorf aufgelöst
24. September	Öffentliche Mitgliederversammlung der KPD in Erfurt
8. Oktober	Skinheadkonzert in Rudolstadt
8. Oktober	Demonstration von Neonazis in Eisenach
8. Oktober	„Leserforum“ der KPD (B)-Zeitung „Trotz Alledem“ in Viernau
8. – 9. Oktober	Arbeitstagung der „Deutschen Akademie“ in Mosbach bei Eisenach
15. Oktober	„Nationaler Widerstand Jena“ veranstaltet „3. Herbstfest“
15. Oktober	Skinheadkonzert in Sonneberg
21. Oktober	Rechtsextremistische Veranstaltung in Erfurt aufgelöst
29./30. Oktober	Rechtsextremist Horst MAHLER veranstaltet Seminar in Mosbach bei Eisenach
4. – 6. November	„Herbsttagung“ der Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ in Nordthüringen
5. November	Skinheadkonzert in Gotha
9. November	Kundgebung der autonomen Szene in Gera zum Gedenken an die Reichspogromnacht (9./10. November 1938)
9./10. November	Verteilung der rechtsextremistischen Schüler- und Jugendzeitung „[in’vers]“ in Eisenach
12./13. November	„Volkstrauertagsveranstaltungen“ der NPD in Pößneck, Gera, Weimar; Thüringer Rechtsextremisten beteiligen sich am „Zentralen Heldengedenken“ der rechtsextremistischen Szene in Halbe/Brandenburg
13. November	„Volkstrauertagsveranstaltung“ der „Republikaner“ in Weimar
13. November	Veranstaltungen von Neonazis zum Volkstrauertag in Friedrichroda und auf der Schmücke/Oberhof
13. November	Kundgebung der autonomen Szene in Gera gegen den Volkstrauertag
19. November	Skinheadkonzert in Meuselwitz aufgelöst
19. November	Feier der rechtsextremistischen Szene in Apolda aufgelöst
19. November	Mahnwache von Neonazis in Gotha
19. November	Autonome beteiligen sich an Protestaktionen gegen den „Toringi-Verein zur Thüringer Brauchtumpflege e.V.“ in Gotha
26. November	Versammlung von Neonazis in Arnstadt/Gegenaktionen der autonomen Szene
26. November	Skinheadkonzert in Sonneberg
6. Dezember	Polizei durchsucht Räume des „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins Erfurt e.V.“
10. Dezember	Skinheadkonzert in Sondershausen verhindert
11. Dezember	Bundesvorstandssitzung und Delegiertenparteitag der DP in Oberhof
17. Dezember	Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene mit Liedermacher

Termin:	Ereignis:
17. Dezember	Skinheadkonzert in Gotha verhindert
25. Dezember	Skinheadkonzert in Gräfenroda aufgelöst

VII. Organisierte Kriminalität (OK)

1. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Durch das Gesetz zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts vom 28. Juni 2002 wurde dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) die Aufgabe übertragen, Bestrebungen und Tätigkeiten der OK im Geltungsbereich des Grundgesetzes zu beobachten. Thüringen gehört neben Bayern, dem Saarland, Hessen und Sachsen zu den Bundesländern, die den gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes auf dieses Beobachtungsfeld erweitert haben.

Unter OK ist gemäß § 2 Abs. 4 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten zu verstehen, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

1. unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
2. unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
3. unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft

tätig werden.

Dem TLfV obliegt es in einem besonderen Maße, die freiheitliche demokratische Grundordnung als hohes Gut unserer Verfassung zu bewahren und zu schützen. Weil auch die OK unsere Verfassung bedroht, ist der Verfassungsschutz verpflichtet, frühzeitig auf Gefahren, die von der OK ausgehen, zu verweisen. Somit stellt der Verfassungsschutz auch in Bezug auf die OK ein „Frühwarnsystem“ zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dar.

Dieser originären Aufgabe kommt der Verfassungsschutz insofern nach, als er bereits im Vorfeld Informationen auf dem Gebiet der OK aus unterschiedlichen Quellen – auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln – sammelt, sich abzeichnende Tendenzen, Entwicklungen und Zusammenhänge rechtzeitig erkennt und Beobachtungskonzepte für die Zukunft entwirft. Im Ergebnis führt die dem TLfV zugewiesene Aufgabe dazu, dass neben die polizeiliche Sicherheitsgewährleistung, die gefahrenabwehrend und überwiegend strafverfolgend ausgerichtet ist, auch eine nachrichtendienstliche Sicherheitsgewährleistung hinzutritt.

Für die Zukunft gilt es, den folgenden Problemfeldern eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um bestimmte Tendenzen frühzeitig zu erkennen:

- Bildung und Etablierung krimineller Organisationen
- Entstehung und Herausbildung bestimmter geografischer und deliktischer Brennpunkte
- Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen verschiedenen kriminellen Gruppierungen vor dem Hintergrund der Einflussnahme, des Machterhalts und der damit verbundenen Gewinnsicherung und -maximierung

2. Aktuelle Beobachtungsschwerpunkte

Die Schwerpunkte der Ermittlungsarbeit lagen im Berichtszeitraum im Bereich der Rotlichtszene, der asiatischen organisierten Kriminalität sowie der Rockerkriminalität. Erkenntnisse

aus Strukturermittlungen gingen in Lagebilder und -beurteilungen ein. In mehreren Fällen wurden Informationen an die Strafverfolgungsbehörden abgegeben.

Rotlichtszene

Die Rotlichtszene stellte im Berichtszeitraum auch in Thüringen einen Nährboden für verschiedenartige Kriminalitätsformen dar. Die hohen Gewinne, die sich mit der Prostitution erzielen lassen, stehen nicht selten in unmittelbarem Zusammenhang mit anderen kriminellen Geschäften wie Geldwäsche, Betäubungsmittel- und Waffenhandel.

Schwerpunkte der Prostitution bilden vor allem die größeren Städte entlang der Bundesautobahn 4. Es handelt sich größtenteils um so genannte „Wohnungsprostitution“, die straff organisiert ist, Strukturen aufweist und zentral gesteuert wird. Prostitution wird im Freistaat jedoch nicht nur in Wohnungen, sondern auch teilweise als Nachtbars, Massagestudios oder Swingerclubs getarnten Bordellen betrieben. Einen offenen Straßenstrich gibt es in Thüringen hingegen nicht.

Oft werden die Prostituierten unter Vortäuschung falscher Tatsachen in das Bundesgebiet geschleust und gezwungen, ihrer Tätigkeit nachzugehen. Bundesweiten Erkenntnissen zufolge stammen mehr als die Hälfte der Prostituierten aus Osteuropa. Das Rotlichtmilieu ist von einer straffen Organisation, einer hierarchischen Struktur sowie eigenen Gesetzen und Regeln gekennzeichnet. Im Dunstkreis des Milieus spielen auch regelmäßig Betäubungsmittel und illegale Waffen eine Rolle. In der Vergangenheit fanden auch in Thüringen mitunter heftig geführte Revier- und Verteilungskämpfe zwischen rivalisierenden Gruppen und Personen statt.

Asiatische organisierte Kriminalität

Im Fokus der Ermittlungen standen im Berichtszeitraum auch Gruppierungen, die sich aus asiatischen Straftätern zusammensetzen. Aus der Strukturanalyse ergaben sich vor allem Hinweise auf die Schleusungskriminalität und den Betäubungsmittelhandel. Großenteils sind die Angehörigen dieser kriminellen Strukturen in der Tschechischen Republik und im Osten Deutschlands ansässig. Im Berichtszeitraum wurden in Thüringen die einschlägigen Anlaufstellen von kriminellen Gruppierungen auch als Ausgangspunkt für den Handel mit unverzollten Zigaretten, Raubkopien und gestohlener Unterhaltungselektronik sowie zur Vermittlung von Scheinehen genutzt.

Thüringen diente 2005 auch als Transitland für illegale Migranten. Von den Schleusungsdrehkreuzen Moskau und Prag aus wurden die Migranten über andere Etappenziele nach Deutschland weitergeschleust. Die Organisatoren der Schleusungen gehörten meist derselben Ethnie an wie die Geschleusten selbst. Die Transporte wurden von Angehörigen des jeweiligen Transitlandes organisiert.

Die Erkenntnisse über den illegalen Handel mit Betäubungsmitteln, der auf asiatische Gruppierungen zurückgeht, wurden im Berichtszeitraum weiter vertieft. Eine Präferenz bestimmter Betäubungsmittel wurde nicht festgestellt. Den Ausgangsort für den Handel bildete überwiegend die Tschechische Republik, von wo aus die Ware direkt nach Erfurt oder über Leipzig bzw. Dresden nach Thüringen transportiert wurde.

Rockerkriminalität

Das Phänomen der Rockergruppierungen rückte in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Beobachtung des TLFV. Rockergruppierungen sind Zusammenschlüsse mehrerer Personen mit streng hierarchischem Aufbau, engen persönlichen Bindungen der Gruppenmitglieder untereinander sowie selbstgeschaffenen strengen Regeln und Satzungen. So genannte „Outlaws Motorcycle Gangs“ (OMGs) und ihre kriminellen Mitglieder stellen eine ernstzunehmende und an Bedeutung gewinnende Erscheinung der Kriminalität dar. Die „Gangs“ versuchen verstärkt, Einfluss auf verschiedene Kriminalitäts- und Wirtschaftsbereiche zu gewinnen und pflegen enge Kontakte zu anderen Gruppierungen, die zum Teil der OK zuzurechnen sind. OMGs grenzen sich – auch äußerlich erkennbar – bewusst von anderen Motorradclubs (MC's) sowie den Normen und Wertvorstellungen der Gesellschaft ab.

OMGs gründen vor allem im Gaststätten- und Vergnügungsgewerbe sowie im Securitybereich Unternehmen, betreiben aber auch Motorrad- und Customizergeschäfte („Veredelung“ von Motorrädern). Mitglieder von OMGs fallen immer wieder durch kriminelle Handlungen auf. Dazu zählen u.a. der Handel mit Betäubungsmitteln, die Förderung der Prostitution und die Erpressung von „Schutzgeld“.

3. Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Das organisierte kriminelle Milieu ist durch Konspiration und Abschottung gekennzeichnet; es stellt daher an die Ermittlungsführung höchste Anforderungen. Da die Täter im Verborgenen agieren, ist es unmöglich, ihre Strukturen allein mit offenen Mitteln aufzuklären. Das ThürVSG erlaubt es deswegen unter strengen rechtlichen Voraussetzungen, Informationen auch verdeckt zu erheben. In der Palette der nachrichtendienstlichen Mittel stellt der Einsatz eines V-Manns das ergiebigste Instrument dar, befindet er sich doch in der Lage, wertvolle Erkenntnisse aus dem Innern der Strukturen beizusteuern.

Zugleich ist es unerlässlich, auf weitere nachrichtendienstliche Mittel zurückzugreifen. So bedient sich das TLFV auch der Observation. Die längerfristige Beobachtung verdächtiger Personen ermöglicht es, ein Bewegungsbild zu erstellen. Es kann in der Folge als weiterer Ermittlungsansatz dienen.

Wertvolle Ermittlungsansätze resultieren jedoch auch aus der Analyse offen zugänglicher Quellen. Erkenntnisse, die sich auf die OK beziehen, wurden darüber hinaus aus den anderen Beobachtungsbereichen – vor allem dem Rechts- und Ausländerextremismus sowie der Spionageabwehr – gewonnen.

4. Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Es bedarf größtmöglicher Anstrengungen aller mit der Bekämpfung der OK befassten und sonstiger öffentlichen Stellen, um deren Ausweitung entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck wurden in Thüringen förmliche und nichtförmliche Verbindungen aufgebaut. Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller beteiligten Aufgabenträger ist für die Bekämpfung der OK in ganz besonderem Maße erforderlich. Unter der Federführung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für OK in Gera beraten sich das TLFV, das Thüringer Landeskriminalamt (TLKA), der Bundesgrenzschutz, der Zoll und die Steuerfahndungsbehörden, um eine effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten und sich gegenseitig zu informieren. Ebenso tauscht das TLFV mit dem TLKA regelmäßig Erkenntnisse aus. Größere Ermittlungskomplexe des TLFV werden mit den Staatsanwaltschaften abgestimmt, um Maßnahmen zu koordinieren.

Hinzu tritt eine – vor allem fallbezogene – Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtendiensten, da die Vorgänge, die im TLfV bearbeitet werden, zumeist einen überregionalen Zusammenhang aufweisen. Diese nachrichtendienstliche Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Verfassungsschutzbehörden jener Länder, die mit der Beobachtung der OK betraut worden sind, und den Bundesnachrichtendienst, aber auch auf ausländische Partnerdienste.

5. Fazit

Die Übertragung der Aufgabe der Beobachtung von Tätigkeiten und Bestrebungen der OK auf das TLfV hat es auch 2005 ermöglicht, neue und vertiefte Kenntnisse über organisierte kriminelle Strukturen und Machenschaften in Thüringen zu erlangen. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden konnten ein Mehr an Informationen gewonnen und zusammengeführt sowie in der weiteren Folge strafprozessuale Anschlussmaßnahmen eingeleitet werden.

VIII. Spionageabwehr

1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland bildet für Nachrichtendienste fremder Staaten nach wie vor ein bevorzugtes Aufklärungsziel. Einige Länder aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) gehören ebenso dazu wie Staaten aus dem nahen, mittleren und fernen Osten sowie aus dem nordafrikanischen Raum. In den Vertretungen, die diese Staaten in Deutschland unterhalten, sind die jeweiligen Nachrichtendienste personell unterschiedlich stark vertreten. Über ihre als Diplomaten auf Tarndienstposten bei so genannten Legalresidenturen⁸⁵ angebotenen Mitarbeiter werden nachrichtendienstliche Aktivitäten mit dem Ziel entfaltet, Informationen zu beschaffen. Unverändertes Interesse gilt hierbei den klassischen Feldern der Spionage – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft/Forschung und Militär. Die Ausspähung und Unterwanderung von Oppositionellen aus dem eigenen Land, die in Deutschland ansässig sind, stellt ein weiteres Aktionsfeld einzelner Nachrichtendienste dar. Regierungen einiger Staaten sind darüber hinaus weiterhin bemüht, in den Besitz atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen sowie der dazu erforderlichen Trägersysteme zu gelangen. Diese Länder bedienen sich auch ihrer Nachrichtendienste, um sowohl einzelne Komponenten zu deren Herstellung als auch das erforderliche Know-how zu beschaffen.

Bestrebungen fremder Dienste, durch Spionageaktivitäten insbesondere wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, bestehen fort. Damit geht eine stärkere Konzentration der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden auf die präventive Spionageabwehr einher, um so etwaige Schwachstellen, die Wirtschaftsspionage und Know-how-Transfer für fremde Nachrichtendienste erleichtern, aufdecken und ausräumen zu können.

Die Methoden der Nachrichtendienste, um Informationen gezielt abzuschöpfen, sind vielfältiger geworden. Globalisierung und elektronische Vernetzung ermöglichen es heute den Diensten, auf Daten zugreifen zu können, die früher nur auf konspirativem Wege erlangt werden konnten. Daneben gewinnt die Auswertung weitgehend offener Quellen – Forschungsberichte, Diplomarbeiten, Dokumentationen u.a. – stetig an Bedeutung.

2. Proliferation

Unter Proliferation versteht man die Weitergabe von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) bzw. der zu ihrer Herstellung benötigten Komponenten einschließlich des erforderlichen Know-hows sowie der entsprechenden Trägersysteme an Länder, von denen zu befürchten ist, dass diese Waffen von dort aus in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden oder ihr Gebrauch zur Durchsetzung politischer Ziele angedroht wird.

Die betreffenden Staaten beliefern sich zum einen untereinander mit entsprechendem Material bzw. technischem Wissen (sekundäre bzw. horizontale Proliferation). Zum anderen sind sie bestrebt, Technologie und Bauteile aus führenden Industrienationen durch Teilhabe am freien Austausch von wissenschaftlichen Informationen und/oder durch Handel zu beschaffen (primäre bzw. vertikale Proliferation). Hierzu setzen diese Länder auch ihre Geheimdienste ein. Sie gründen Scheinfirmen und verschleiern durch Umweglieferungen über Drittländer sowohl Endabnehmer als auch Endverwendungszweck des einzuführenden Gutes, um so internationale Abkommen und nationale gesetzliche Bestimmungen zu unterlaufen. Die Feststellung der

⁸⁵ In Thüringen existieren weder Botschaften noch Generalkonsulate anderer Staaten.

Plausibilität des Endverwendungszwecks und damit der Proliferationsrelevanz wird zudem erschwert, wenn es sich um Dual-use-Güter, d.h. Technologien, die zu militärischen, aber auch zivilen Zwecken eingesetzt werden können, handelt.

Im Mittelpunkt der Proliferationsabwehr standen auch 2005 vor allem der Iran, aber auch Pakistan, Nordkorea und Syrien. Seit längerem betreiben diese Staaten eigene Programme, um Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme herzustellen. Welche große Bedeutung der Bekämpfung von Proliferation zukommt, zeigen insbesondere die zum Ende des Berichtszeitraums vom Iran vertretene unnachgiebige Haltung in Bezug auf das von ihm verfolgte Atomprogramm und die Äußerungen des Staatspräsidenten Mahmud AHMADINESCHAD auf, in denen er das Existenzrecht Israels infrage stellte. Da die angeführten Staaten bei der Forschung, Entwicklung und Herstellung dieser Waffensysteme nur zum Teil autark sind, bleiben sie auf die Beschaffung wesentlicher Komponenten (Anlagen, Geräte oder Grundstoffe) und wissenschaftlicher Spezialkenntnisse aus Industrieländern angewiesen. Die europäischen Exportkontrollen stellen aus der Sicht der proliferationsrelevanten Länder hohe Barrieren dar. Das Risiko, dass dem jeweiligen Exporteur die Ausfuhr bereits im Vorfeld untersagt oder die illegale Lieferung auf dem Transportweg erkannt und gestoppt wird, ist hoch. Folglich hat die sekundäre bzw. horizontale Proliferation an Bedeutung gewonnen. Proliferationsrelevante Länder beliefern sich immer häufiger untereinander mit entsprechenden Gütern oder richten ihr Beschaffungsinteresse an unverdächtige Schwellenländer⁸⁶ mit deutlich niedrigeren Exportrestriktionen.

Deutschland hat sich internationalen Abkommen, die der Verhinderung von Proliferation dienen, angeschlossen. Überdies bestehen Restriktionen des Außenhandels durch entsprechende Regelungen im Außenwirtschaftsgesetz, der Außenwirtschaftsverordnung sowie des Kriegswaffenkontrollgesetzes.

In die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes fällt es, Institutionen und Unternehmen, die durch ihre Forschungs-, Technologie oder Produktangebote in das Blickfeld der um Proliferation bemühten Staaten geraten könnten, entsprechend zu sensibilisieren. Das Ziel besteht darin, durch einen frühzeitigen Informationsaustausch proliferationsrelevante Beschaffungsbemühungen unterbinden und agierende Netzwerke aufklären zu können.

Im Frühjahr 2005 hat der Generalbundesanwalt Ermittlungen gegen zwei Mitarbeiter eines in Südthüringen ansässigen Prüfgeräteherstellers wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit und des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz eingeleitet. Gegen die Beschuldigten, die dem Unternehmen nicht mehr angehören, ist beim Oberlandesgericht Jena Anklage erhoben worden.

3. Wirtschaftsspionage

Unter Wirtschaftsspionage ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Firmen zu verstehen. Sie ist von der Konkurrenzspionage, bei der es sich um die Ausforschung, die ein Unternehmen gegen ein anderes – ohne nachrichtendienstliche Steuerung – betreibt, handelt, zu unterscheiden.

Die internationale Akzeptanz eines Staates hängt mehr denn je auch von seiner Wirtschaftskraft ab. Einige Staaten betreiben auch Wirtschaftsspionage, um im wachsenden internationa-

⁸⁶ Es handelt sich um fortgeschrittene Entwicklungsländer, die aufgrund wirtschaftlicher Eigendynamik beachtliche Industrialisierungsfortschritte erzielt und gegenüber den Industrienationen deutlich aufgeholt haben.

len Wettbewerb bestehen oder führende Positionen einnehmen zu können. Aufklärungsziele und Methoden richten sich hierbei nach dem jeweiligen Entwicklungsstand der handelnden Staaten. Hochentwickelte Industrienationen sind folglich vorrangig an Markt- und Wettbewerbsstrategien vergleichbarer Konkurrenten interessiert, technologisch weniger entwickelte Staaten hingegen an Fertigungstechniken und technischem Know-how, um Forschungskosten minimieren und wirtschaftliche Rückstände aufholen zu können. Einige Auslandsaufklärungsdienste sind per Gesetz verpflichtet, die Wirtschaft ihres Landes unmittelbar durch entsprechende Informationsbeschaffung zu unterstützen. Diese erfolgt sowohl durch den Einsatz moderner Nachrichtentechnik und das Eindringen in Informationssysteme als auch durch den Einsatz menschlicher Quellen. Neben eingeschleusten Nachrichtendienstangehörigen können das auch für eine Zusammenarbeit geworbene Unternehmensangehörige sein. Austauschwissenschaftler und Praktikanten, die gegebenenfalls mit einem nachrichtendienstlichen Auftrag ausgestattet worden sind oder zumindest nach ihrer Rückkehr ins Heimatland vom dortigen Nachrichtendienst abgeschöpft werden könnten, kommen hierfür ebenfalls in Betracht.

Auch Expansionsbemühungen deutscher Unternehmen auf aussichtsreich erscheinenden internationalen Märkten (z.B. China) sollten verstärkt Aspekte drohender Ausspähung und damit einhergehende Verluste berücksichtigen. Die Auslagerung kostenintensiver Produktionsbereiche ist nicht selten mit der Preisgabe modernster Technologien verbunden, die sodann von dortigen Unternehmen kopiert und für ertragreiche Billigproduktionen, die etablierte Marken durchaus stark schädigen können, genutzt werden. Sofern nicht bereits im Rahmen von Vertragsabschlüssen Fertigungsprozesse zwingend offengelegt werden müssen, wird unter Einsatz nachrichtendienstlicher Methoden versucht, in den Besitz moderner Technologien, Wettbewerbs- und Vermarktungsstrategien zu gelangen. Insbesondere für mittelständische Unternehmen kann der Verlust des Firmen-Know-hows im Einzelfall existenzbedrohend sein.

Es gilt die ökonomischen und finanziellen Schäden der heimischen Volkswirtschaft bzw. der einzelnen Unternehmen, die durch Wirtschaftsspionage hervorgerufen werden, zu minimieren. Dies erfordert eine enge Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und gewerblicher Wirtschaft, wobei die Verfassungsschutzbehörden hinsichtlich der Sensibilisierung zur Thematik ihr Augenmerk vor allem auf Klein- und mittelständische Unternehmen richten. Neben der Beratung zur Einrichtung geeigneter Sicherungsmaßnahmen, die die Barrieren für mögliche Spionageangriffe enorm erhöhen, steht das TLFV weiterhin auch als vertraulicher Ansprechpartner für Unternehmen zur Verfügung, die sich mit eventuellen Ausspähungsversuchen konfrontiert sehen.

4. Ausblick

Globalisierung und weltweite elektronische Vernetzung bergen nicht nur erhebliche Vorteile, sondern auch enorme Risiken in sich. Moderne IT- und Kommunikationssysteme eröffnen Nachrichtendiensten vielfältige Möglichkeiten, sich sensible Daten und Informationen anzueignen, ohne Spuren zu hinterlassen. Die daraus erwachsende durchaus reale Gefährdung wird – nicht zuletzt durch die veränderten politischen Verhältnisse und die Annäherung sich vormals feindlich gegenüber stehender Staaten – oftmals unterschätzt. Es gilt das Bewusstsein zu schärfen, dass Spionage infolge politischer Annäherung nicht gänzlich aufhört, sondern andere Schwerpunkte verfolgt. Dies trifft auf politische Institutionen ebenso zu wie auf die Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Mit geeigneten Präventionsmaßnahmen gilt es, derartigen gegen deutsche Interessen gerichteten Spionageaktivitäten entgegenzuwirken.

5. Frühere, fortwirkende unbekannte Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR

Konkrete Anhaltspunkte für die Existenz fortwirkender, aus dem MfS⁸⁷ hervorgegangener Strukturen haben sich im Berichtszeitraum nicht ergeben.

⁸⁷ Ministerium für Staatssicherheit, kurz vor der endgültigen Auflösung zum 31.03.1990 in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt

IX. Geheimschutz

1. Allgemeines

Der Geheimschutz hat dafür Sorge zu tragen, dass Informationen und Vorgänge, deren Bekanntgabe den Bestand oder lebenswichtige Interessen, die Sicherheit oder die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines Bundeslandes gefährden kann, geheim gehalten und vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden. Im Interesse der Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen haben Behörden im Rahmen ihrer Organisationsgewalt Vorkehrungen zu treffen, um den Geheimschutz zu gewährleisten.

Zu den Aufgaben des TLFV gehört es gemäß § 2 Abs. 5 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG), im Bereich des personellen und materiellen Geheimschutzes mitzuwirken.

2. Personeller Geheimschutz

Unter dem Begriff „Geheimschutz“ werden sämtliche Vorkehrungen im weiteren Sinne verstanden, die dem Schutz von Geheimnissen dienen. Nicht jede beliebige Person, nicht jeder Amtsträger ist geeignet, mit Geheimnissen umzugehen. Folglich gilt es, Personen, die aufgrund bestimmter Verhaltensweisen für Verrat, Erpressung oder Spionage anfällig sein könnten, von vornherein vom Zugriff zu Geheimnissen fernzuhalten. Diesem Ziel dient die Sicherheitsüberprüfung. Mit ihr wird festgestellt, ob der Überprüfte seiner Vergangenheit, seinem Charakter, seinen Gewohnheiten und seinem Umgang nach Anlass bietet, an seiner persönlichen Vertrauenswürdigkeit zu zweifeln und er somit ein Sicherheitsrisiko darstellt. Dabei kommt es nicht auf ein Verschulden im Sinne persönlicher Vorwerfbarkeit an.

Das Sicherheitsüberprüfungsverfahren ist im Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetz (ThürSÜG) vom 17. März 2003, das im Anhang dieses Berichts abgedruckt ist, geregelt.

Sicherheitsüberprüfungen werden für Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit gemäß § 1 Abs. 2 ThürSÜG ausüben, durchgeführt. Betroffen sind in erster Linie jene Personen, die Zugang zu Verschlusssachen haben oder sich einen solchen Zugang verschaffen können.

Verschlusssachen bilden im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, und zwar unabhängig von ihrer Darstellungsform. Schriftstücke, Zeichnungen, Karten, Fotokopien, Lichtbildmaterial, elektronische Datenträger, elektrische Signale, Geräte und technische Einrichtungen oder auch nur das gesprochene Wort können ebenso zu den Verschlusssachen zählen wie Zwischenmaterial, das im Zusammenhang mit Verschlusssachen anfällt (z.B. Entwürfe).

Für eine Sicherheitsüberprüfung ist der Geheimschutzbeauftragte der jeweiligen Dienststelle bzw. der zuständigen obersten Landesbehörde verantwortlich. Das TLFV wirkt an der Sicherheitsüberprüfung gemäß § 2 Abs. 5 Nr. 1 ThürVSG i.V.m. § 3 Abs. 3 ThürSÜG mit.

Die Sicherheitsüberprüfung wird je nach Geheimhaltungsgrad der Verschlusssachen abgestuft. Gemäß §§ 8 ff. ThürSÜG wird sie als einfache (Ü 1), erweiterte (Ü 2) oder als erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3) durchgeführt. Sie bedarf der vor-

herigen Zustimmung des Betroffenen ebenso wie der gegebenenfalls einzubeziehenden Person (Ehegatte oder Lebenspartner).

Das TLfV wurde im Jahr 2005 in 228 Fällen als mitwirkende Behörde an Sicherheitsüberprüfungen beteiligt und hat sein Votum gegenüber dem Geheimschutzbeauftragten der einleitenden Dienststelle abgegeben. Im Einzelnen wurden folgende Überprüfungen durchgeführt:

	Sicherheitsüberprüfung Ü1	Sicherheitsüberprüfung Ü2	Sicherheitsüberprüfung Ü3
2005	116	77	35
2004	115	62	28
2003	107	45	37
2002	186	61	35
2001	147	45	25

3. Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz betrifft die Entwicklung, Planung und Durchführung technischer Maßnahmen, die dem Schutz geheimhaltungsbedürftigen Materials vor Entwendung oder Kenntnisnahme durch Unbefugte dienen. Zu technischen Sicherheitsmaßnahmen sind auch organisatorische Vorkehrungen zu rechnen, die den Geheimschutz verbessern.

Als Rechtsgrundlagen dienen die Verschlusssachenanweisung (VSA) für den Freistaat Thüringen von 1999 (Thüringer Staatsanzeiger, S. 2716 ff.), sowie sie ergänzende Richtlinien. Die VSA richtet sich an Landesbehörden und landesunmittelbare öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die mit Verschlusssachen befasst sind und somit Vorkehrungen zu deren Schutz zu treffen haben. Darüber hinaus betrifft sie Personen, die Zugang zu Verschlusssachen erhalten oder eine Tätigkeit ausüben, die ihnen den Zugang zu Verschlusssachen eröffnet und bei der sie bestimmte Schutzvorkehrungen zu beachten haben.

Entsprechend der Schutzbedürftigkeit der Verschlusssache nehmen die herausgebenden Stellen die erforderliche Einstufung in einen der in § 4 Abs. 2 ThürSÜG bestimmten Geheimhaltungsgrade vor: „VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“, „VS-VERTRAULICH“, „GEHEIM“ oder „STRENG GEHEIM“. Aus der jeweiligen Einstufung ergeben sich die notwendigen personellen und materiellen Sicherheitsvorkehrungen. In Hinsicht auf den materiellen Geheimschutz enthält die VSA eine Reihe von Vorschriften, welche die Herstellung, Kennzeichnung und Vervielfältigung von Verschlusssachen, den Zugang zu Verschlusssachen, die Dienstpflichten zum Schutze von Verschlusssachen, die Aufbewahrung, Verwaltung und Mitnahme außerhalb des Dienstgebäudes sowie Maßnahmen bei Verletzung von Geheimschutzvorschriften betreffen.

Das TLfV informiert sicherheitsempfindliche Behörden, Einrichtungen und Unternehmen über technische Sicherheitsmaßnahmen wie Alarmsysteme oder Stahlschränke („Verwahrge-lasse“). Es berät sie unter anderem auch über den Umgang mit Verschlusssachen und sichere Organisationsabläufe. Daneben erteilt das TLfV den ersuchenden Behörden technische Sicherheitsempfehlungen, die zugleich Aspekte der Wirtschaftlichkeit berücksichtigen.

Auskünfte zur Geheimschutzbetreuung von Firmen erteilt das:

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (TMWTA)

Der Geheimschutzbeauftragte für die Wirtschaft
Postfach 10 05 52 Max-Reger-Straße 4-8
99005 Erfurt 99096 Erfurt
Telefon: 0361 3797-150

4. Sonstige Überprüfungen

Das TLfV wirkt nicht nur an Sicherheitsüberprüfungen, sondern gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 2 Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) auch an Zuverlässigkeitsüberprüfungen mit. Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 ist insbesondere auch die Sicherheit im internationalen Luftverkehr und in diesem Zusammenhang die Zuverlässigkeitsüberprüfung im Bereich der Flughäfen in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. So wurde die Frist zur Wiederholung dieser Überprüfungen durch die Novellierung der entsprechenden Verordnung des Bundes bereits im Oktober 2001 von fünf Jahren auf ein Jahr verkürzt. Mit In-Kraft-Treten des LuftSiG am 15. Januar 2005 (BGBl. I S. 78 ff.) wurden Zuverlässigkeitsüberprüfungen auch für Privatpiloten und Flugschüler eingeführt. Das TLfV wurde im Jahr 2005 an 1.076 Luftverkehrs-Zuverlässigkeitsüberprüfungen für die Flughäfen Erfurt und Altenburg-Nobitz sowie das o.g. Personal beteiligt.

	Anzahl der Luftverkehrs-Zuverlässigkeitsüberprüfungen
2005	1.076
2004	615
2003	825
2002	913
2001	545

Zum 01.09.2005 wurde das Sprengstoffgesetz (SprengG) novelliert. Seither finden auch sprengstoffrechtliche Zuverlässigkeitsüberprüfungen statt, in deren Rahmen eine Regelanfrage an das TLfV zu stellen ist. An das TLfV wurden in diesem Zusammenhang 53 Anfragen gerichtet.